Stabilisierung der Rohstoffpreise - ein Mittel der Entwicklungshilfe

---

Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften

vorgelegt der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel

1962

von

HEINRICH VOGELBERG

von Unna, Deutschland

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546005_0043

UNIVERSITEITSBIBLIOTHEEK - LEIDEN -

Stabilisierung der Rohstoffpreise - ein Mittel der Entwicklungshilfe

Dissertation
zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
vorgelegt der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel

von
HEINRICH VOGELBERG
von Unna, Deutschland

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät auf Antrag der

Herren Prof. Dr. B. Fritsch

und Prof. Dr. J. Stohler

Basel, den 7. Dezember 1962

Prof. Dr. G. Bombach, Dekan

Meinen Eltern in Dankbarkeit gewidmet

Stuttgart 1965
gedruckt von
Robert Eipper • Kleinoffset • Stuttgart

DISPOSITION

		Seite
Einführung in den Problemkreis und Abgrenzung der Arbeit		1
I. Teil :	Die spezifischen Bedingungen der Rohstoffmärkte und die Auswirkungen schwankender Rohstoffpreise	6
1. Kapitel :	Ursachen schwankender Rohstoffpreise	6
1.1	Die Ursachen schwankender Rohstoffpreise im Angebot	6
1.11	Die spezifischen Bedingungen der Agrarrohstoffproduktion	6
1.12	Die spezifischen Bedingungen der Mineralrohstoffproduktion	9
1.2	Die Ursachen schwankender Rohstoffpreise in der Nachfrage	11
1.21	Die spezifischen Bedingungen der Nachfrage nach Grundnahrungs- und Genußmitteln	12
1.22	Die spezifischen Bedingungen der Nachfrage nach industriellen Rohstoffen	16
2. Kapitel :	Die wichtigsten Rohstoffe des internationalen Handels und ihre Bedeutung im Export der Rohstoffländer	20
2.1	Die Bedeutung einzelner Rohstoffe nach ihrem Exportwert	20
2.2	Der Anteil der Entwicklungsländer an den Rohstoffexporten	22
2.3	Der Anteil der wichtigsten Rohstoffe an den Exporteinnahmen verschiedener Entwicklungsländer	24
3. Kapitel :	Kurzfristige Veränderung in der Ausfuhr der Rohstoffländer	27
3.1	Die Größenordnung von Preis-, Mengen- und Erlösschwankungen in den Ausfuhren der Rohstoffländer insgesamt	27
3.2	Exportwertveränderungen in einzelnen Rohstoffländern	30
3.3	Exportwertveränderungen einzelner Rohstoffe in verschiedenen Ländern	32
3.31	Durchschnittliche Exportwertveränderungen	32
3.32	Die Größenordnung jährlicher Exportwertveränderungen	33
	Statistischer Anhang	36
4. Kapitel :	Die allgemeinen Auswirkungen schwankender Rohstoffpreise in Rohstoff- und Industrieländern	48
4.1	Die Auswirkungen schwankender Rohstoffpreise in den Rohstoffländern	48
4.2	Die Auswirkungen schwankender Rohstoffpreise in den Industrieländern	53

Seite

II. Teil : Die historische Entwicklung der wichtigsten nationalen Versuche und internationalen Abkommen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise 56

5. Kapitel : Ausgewählte Beispiele aus der Geschichte nationaler Rohstoffpreisregulierungen 56

5.1 Nationale Versuche zur Beeinflussung der Weltmarktpreise 56

5.2 Nationale Versuche zur Stabilisierung der internen Erzeugerpreise 58

6. Kapitel : Die historische Entwicklung der wichtigsten internationalen Abkommen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise 61

6.1 Long-term Contracts : Das bilaterale Schema des englischen Ernährungsministeriums 62

6.2 Multilaterale langfristige Verträge : Die internationalen Weizenabkommen 62

6.3 Quotensysteme : Die internationalen Zuckerabkommen 66

6.4 Stabilisierungsreserven : Die internationalen Zinnabkommen 70

III. Teil : Allgemeine Grundsätze und notwendige Methoden nationaler und internationaler Schemen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise 76

7. Kapitel : Möglichkeiten nationaler Maßnahmen zur Beeinflussung der Rohstoffpreise 77

7.1 Methoden nationaler Stabilisierung der Rohstoffpreise 77

7.2 Flexible Rohstoffpreise zur Stabilisierung der Erzeugereinkommen : Die Vorschläge von Bauer und Paish 81

8. Kapitel : Internationale Abkommen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise 87

8.1 Notwendige Voraussetzungen und allgemeine Grundsätze für den Abschluß internationaler Rohstoffabkommen 87

8.2 Form und Methoden internationaler Rohstoffabkommen 90

8.3 Auswirkungen bei Beteiligung aller westlichen Industrieländer oder einzelner Verbrauchszentren wie Westeuropa oder Nordamerika 98

9. Kapitel : Die Bedeutung des Ostblocks im Handel mit den Rohstoffländern und Störungsmöglichkeiten im internationalen Grundstoffhandel 111

10. Kapitel : Zusammenfassung der Ergebnisse 118

Literaturverzeichnis I

Einführung in den Problemkreis und Abgrenzung der Arbeit

Die rasche Auflösung des europäischen Kolonialbesitzes in den letzten Jahren und Jahrzehnten hat zur Gründung einer Reihe neuer Nationalstaaten geführt, in denen alle Bemühungen darauf abzielen, auch die wirtschaftliche Selbständigkeit zu gewinnen, nachdem die politische Unabhängigkeit erreicht ist. Diese Länder sind, zusammen mit den Nationen Lateinamerikas und Ozeaniens, die schon auf eine längere Zeit politischer Eigenständigkeit zurückblicken können, durch einen, am Maßstab der westlichen Industrieländer gemessenen, niedrigeren ökonomischen Entwicklungsstand charakterisiert und daher summarisch unter dem Begriff der "Entwicklungsländer" oder "Rohstoffländer" [1] zusammengefaßt worden. Es ist sicher bedenklich, in erster Linie das Ausmaß der Industrialisierung als ausschlaggebendes Kriterium für die Beurteilung der Wirtschaftsverhältnisse einer Volkswirtschaft anzusehen, - vieles spricht gegen diese schmematische Vereinfachung -, aber andererseits umfaßt der Ausdruck Rohstoffländer Gebiete von solcher Verschiedenheit, daß eine allgemeingültige und umfassende Definition kaum zu geben ist. Ein großes Leitbild ist diesen Ländern jedoch mehr oder weniger gemeinsam : eine Industrialisierung, die dem amerikanischen Vorbild entspricht.[2]

Die Wirtschaft der meisten Rohstoffländer stützt sich nun im wesentlichen und mit nur geringen Ausnahmen auf Monokulturen, wie sie meistens von den früheren Kolonialländern oder von großen privatwirtschaftlichen Konzernen errichtet wurden oder auf die Erzeugung nur weniger Grundstoffe. Diese einseitige Produktion und das daraus resultierende Exportangebot weniger landwirtschaftlicher Erzeugnisse und mineralischer Rohstoffe haben diese Länder heute jedoch in eine Situation gebracht, die allen Entwicklungsbestrebungen erhebliche Schwierigkeiten entgegensetzt, denn einerseits bedürfen die sich entwickelnden Länder für den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau eines breiten und ständig fließenden Kapitalzustromes, andererseits bedeutet ihre Abhängigkeit von den Rohstoffmärkten stark fluktuierende Deviseneinnahmen als Folge heftiger Bewegungen des Weltmarktpreises und einer, allerdings meist weniger ausgeprägten Instabilität des Exportvolumens. Die Anfälligkeit der Rohstoffpreise am Weltmarkt wirkt sich aber nicht nur in den Terms of Trade ungünstig aus, sondern beeinträchtigt auch die notwendige Expansion der zunächst ausschließlich oder überwiegend binnenwirtschaftlich orientierten Wirtschaftssektoren. Diese Folgen sind angesichts der Rivalität zwischen den kapitalistischen Staaten des Westens und den kommunistischen Ländern des Ostens um die Gunst der Rohstoffländer besonders schwerwiegend. Die östliche Außenpolitik, um eine Änderung des politischen Kräfteverhältnisses in der Welt bemüht, hat sich in den letzten Jahren verstärkt in der Unterstützung ökonomisch rückständiger Volkswirtschaften bemerkbar gemacht, und es steht außer Frage, daß Hilfelei-

---

1) Die Bezeichnung Rohstoffländer an Stelle des sonst meist verwendeten Begriffs Entwicklungsländer ist insbesondere in den Publikationen der Vereinten Nationen üblich. Sie umfasst alle Länder Afrikas, Asiens mit Ausnahme Japans, Lateinamerikas und Ozeaniens und in Westeuropa Finnland, Griechenland, Irland, Island, Portugal und Spanien. Die Identifizierung beider Begriffe ist jedoch nicht uneingeschränkt zulässig. Zwar können fast alle Entwicklungsländer als Rohstoffländer im weitesten Sinne, jedoch nicht alle Rohstoffländer als Entwicklungsländer angesehen werden. Der im Hinblick auf Thema und Zielsetzung dieser Arbeit verwendete Begriff Rohstoffländer umfasst daher nur solche Gebiete, die zugleich auch Entwicklungsländer sind.

2) E. Salin, Unterentwickelte Länder: Begriff und Wirklichkeit, Kyklos 12, 1959, S. 406

stungen zur Entwicklungsförderung sowohl von Seiten der westlichen Industrieländer wie von Seiten der Ostblockländer politischen Charakter tragen. Mit der Geschwindigkeit des ökonomischen und sozialen Fortschritts in den Rohstoffländern wird mehr oder weniger auch die Entscheidung über die zukünftige politische Struktur dieser Länder fallen, - eine Konsequenz, die vorläufig noch in einem ambivalenten Verhältnis der meisten Rohstoffländer zwischen Ost und West Ausdruck findet. Diese im Wachstum begriffenen Nationen sind in jedem Fall dringend auf ausländische Hilfe angewiesen, um die Finanzierung ihrer ökonomischen und sozialen Vorhaben, die aus Budgetmitteln nicht oder nur zum Teil realisiert werden kann, durchzuführen. Von welcher Seite diese Hilfe gegeben wird und welchen politischen oder ideologischen Hintergrund sie hat, spielt nach Ansicht der jungen Nationen zumindest im Augenblick noch eine untergeordnete Rolle.

Die Einsicht in die Tragweite dieses aktuellen Problemkreises spiegelt sich in den, wenngleich noch unzureichenden und noch ungenügend koordinierten Aufwendungen der westlichen Industriestaaten für die Entwicklungshilfe wider. Die zahlreichen Möglichkeiten der Hilfeleistungen und die anzustrebenden Ziele werden zudem seit Jahren lebhaft diskutiert. Als ein Ergebnis dieser Diskussionen ist die nüchterne Feststellung anzusehen, daß eine anhaltende Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in den Entwicklungsländern vermutlich nur durch eine jährliche Kapitalhilfe von mindestens 1,5 % des Bruttosozialprodukts [1] der Industrieländer, das wären 1959 ca. 16,5 Mrd. und 1960 ca. 17,4 Mrd. Dollar [2] gewesen, zu erreichen ist. (Zum Vergleich : Der Wert der gesamten Ausfuhr der Rohstoffländer betrug 1959 ca. 31,4 Mrd. und 1960 ca. 33 Mrd. Dollar)[3]. Es leuchtet ein, daß die Aufbringung solcher Summen in den Industrieländern nicht leicht zu realisieren und ohne einschneidende steuerliche Maßnahmen kaum denkbar ist. Im bisherigen Kapitaltransfer wurde in den einzelnen Jahren jedenfalls nur ein Bruchteil dieses Betrages erreicht. 1959 waren es von westlicher Seite ca. 4,5 Mrd. Dollar an direkter Hilfe durch westliche Länderregierungen und internationale Organisationen, eine Summe, die zugleich dem Durchschnitt der Jahre 1956 bis 1959 entspricht.[4] Unter Einbeziehung der nur bedingt als Entwicklungshilfe zu wertenden privaten Kapitalleistungen an unterentwickelte Länder in Höhe von durchschnittlich weiteren 2,3 Mrd. erhöht sich dieser Betrag auf

---

1) Das Bruttosozialprodukt der westlichen Industrieländer belief sich 1959 auf etwa 820 Mrd. und 1960 auf rund 870 Mrd. Dollar. (Errechnet aus den Länderstatistiken in : IMF, Int. Statistics, Vol. XV, No. 1, Jan. 1962)

2) Nach einer Schätzung der Vereinten Nationen im Jahre 1951 beträgt unter bestimmten Annahmen die notwendige jährliche Kapitalhilfe an Rohstoffländer zur Erzielung eines Wachstums des Pro-Kopf-Einkommens von nur 2 % ca. 14 Mrd. Dollar. (UN, Measures for the Economic Development of Under-Developed Countries, New York 1951). Unter Berücksichtigung des zu niedrig eingeschätzten Bevölkerungswachstums und des gestiegenen Preisindex für Kapitalgüter entspricht dieser Betrag 1962 einer Summe von mindestens 18 Mrd. Dollar.

3) IMF, Int. Fin. Statistics, Vol. XV, No. 1, Jan. 1962

4) OECE, Moyens Financiers Mis a la Disposition des Pays en Voie de Developpement Economique 1956-1959, Paris 1961. In diesen Angaben sind die Militärhilfe und Kredite mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr nicht enthalten.

6,8 Mrd.Dollar. [1] Die Hilfe des Ostblocks betrug zwischen 1956 und 1959 insgesamt sogar nur 2,3 Mrd.Dollar, [1] nach einer anderen Schätzung durch das US-State-Departement von 1954 bis Anfang 1960 ca. 3,8 Mrd. oder rund 0,6 Mrd. Dollar jährlich. Es kann also sehr bezweifelt werden, daß eine 18 Mrd.- oder gar 20 Mrd.-Grenze jemals erreicht wird.

Östliche und westliche Hilfe unterscheiden sich unter anderem dadurch, daß ein großer Teil der westlichen Kapitalhilfe als unentgeltliche Zuwendungen gegeben wird. (Im Durchschnitt der Jahre 1956 bis 1959 entfielen mit 2,3 Mrd.Dollar mehr als 50 % der Kapitalhilfe aus öffentlichen Mitteln auf nichtrückzahlbare Leistungen) [2].

Hinter allen Leistungen der Industrieländer an die Rohstoffländer sollte der Gedanke stehen, daß Hilfen in Form von Kapitalzuwendungen immer nur eine ergänzende Funktion ausüben können. Zwar schaffen sie häufig erst die Voraussetzungen für eine erfolgversprechende wirtschaftliche Entwicklung, wie etwa durch die Realisierung zahlreicher Projekte zur Verbesserung der Infrastruktur oder durch die Errichtung von Basisindustrien, doch muß auf die Dauer jede Volkswirtschaft in die Lage versetzt werden, ihren Aufbau selbst zu finanzieren. Hier bieten sich Möglichkeiten an, die unter anderem in der Förderung und Erleichterung des Güteraustausches zwischen Industrie- und Rohstoffländern liegen, - eine Erkenntnis, die schon seit Jahren in der Forderung "Trade, not aid" lautgeworden ist. Bei entsprechender Berücksichtigung der Sonderbedürfnisse der unterentwickelten Gebiete kann nämlich gerade der Handel die Stellung als bisher schon wichtigste Stütze des Aufbauprozesses weiter verbessern. Denn die Durchführung eines Entwicklungsprogramms setzt einen gleichmäßigen bzw. gleichmäßig wachsenden Devisenzufluß voraus, um die steigende Investitionsgütereinfuhr für den industriellen Aufbau und die zusätzlichen Nahrungsmittelimporte decken zu können. Die Vermeidung sprunghafter Veränderungen in den regulären Einnahmen der Rohstoffgebiete ist daher von einiger Bedeutung.

Auf zwei Wegen lassen sich in den Rohstoffländern mit Hilfe des Handels eine Festigung der Kaufkraft erzielen und die Wachstumschancen vergrößern :

1. Stabilisierung der Preise traditioneller Ausfuhrgüter
2. Besserung der Absatzchancen für die jungen Industrien

---

1) OECE, Moyens Financiers Mis a la Disposition des Pays en Voie de Developpement Economique 1956-1959, Paris 1961. In diesen Angaben sind die Militärhilfen und Kredite mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr nicht enthalten.

2) Die Frage, welche Bedeutung einer Entwicklungshilfe in Form von "grants" unter den gegebenen Umständen zukommt, kann in diesem Rahmen nicht näher erörtert werden. Generell hat sich wohl der Gedanke durchgesetzt, daß eine Entwicklungshilfe unter "caritativen" Gesichtspunkten nicht immer sinnvoll ist. Andererseits wird die Rückzahlung der Kredite in der Zukunft noch einige Probleme aufwerfen. Aus einem interessanten Blickwinkel beleuchtet E.Salin diesen Themenkreis, indem er ausführt: "Genau so wie nach Platons Worten ein Staat zerbricht, wenn sich in ihm zwei Staaten, ein Staat der Armen und ein Staat der Reichen bilden, genau so ist der Westen verloren, wenn er nicht Armut und Hunger in den unterentwickelten Ländern zu mildern vermag und sie dadurch dem Kommunismus in die Arme treibt. Aber Geschenke der Reichen an die Armen sind dann ehrlicher und entsprechen besser der wirklichen Lage als Anleihen, die doch nicht zurückgezahlt werden". (E.Salin, Unterentwickelte Länder..., a.a.O., S. 432)
Zwar wurden die bisher zur Verfügung gestellten Kredite von den Rohstoffländern in der Regel termingerecht zurückgezahlt, doch geschah dies häufig mit Hilfe neuer Kredite, die zur Abdeckung älterer Verbindlichkeiten aufgenommen wurden. Die Geschichte kennt nur wenige Fälle, in denen Aufbaukredite tatsächlich zurückgezahlt wurden.

Wenn auch der Export von Industrieerzeugnissen aus den Rohstoffländern insbesondere in die Industrieländer allmählich an Bedeutung gewinnen wird, so bleibt als derzeitig vordringliches Problem doch die Stabilisierung der Rohstoffpreise bestehen, denn auch in absehbarer Zukunft werden Grundstoffe den weitaus überwiegenden Teil der Ausfuhren der Rohstoffländer bestreiten.[1)]

Die Grundstoffmärkte unterliegen einer Vielzahl unberechenbarer Einflüsse, deren Ursachen teils im Angebot, teils in der Nachfrage zu suchen sind. Dabei gelten für Agrarerzeugnisse andere Bedingungen als für Mineralrohstoffe, für Grundnahrungs- und Genußmittel andere Gesetze als für industrielle Rohstoffe. Die Summe aller dieser Störungen des Marktgeschehens führt zu häufig recht erheblichen Unregelmäßigkeiten in den Exporterlösen der Rohstoffländer. Schwankungen in den Deviseneinnahmen aus Rohstoffexporten, der Hauptfinanzierungsquelle für Kapitalgüterimporte, bleiben wiederum nicht ohne Rückwirkungen auf die Exportindustrien der entwickelten Länder, so daß sie letztlich für beide Seiten unerwünscht sind. Eine heterogene Wirtschaftsstruktur, die Unregelmäßigkeiten in den Exporteinnahmen mit Sicherheit in Grenzen hält, ist in der Mehrzahl der unterentwickelten Zonen nicht gegeben und in absehbarer Zeit - von Ausnahmen abgesehen- auch nicht zu erwarten. Somit schält sich als Kern des Problems die Frage heraus, inwieweit eine preisstabile Abnahme des Grundstoffangebots der Rohstoffländer als wichtigster Beitrag zur Schaffung einer gesunden Basis für den zukünftigen wirtschaftlichen und sozialen Aufbau dieser Gebiete garantiert werden kann. Im Zuge einer ökonomischen Weiterentwicklung der heute noch rückständigen Volkswirtschaften würde es dann voraussichtlich auch zu einer Lösung aus der unvorteilhaften Abhängigkeit von einigen wenigen Produkten und einer Ersetzung durch ein mehr oder weniger breit gestreutes Produktionsprogramm kommen. Derartige, kurzfristig undurchführbare Strukturveränderungen verlangen langfristig einen erheblichen Kapitaleinsatz, dessen Verwirklichung nicht zuletzt durch die instabilen Rohstoffpreise auf den Weltmärkten immer wieder infrage gestellt wird. In diesem Sinne sind stabile Rohstoffpreise zur Erzielung relativ gleichmäßig wachsender Exporteinnahmen als echter Beitrag zur Entwicklungshilfe anzusehen, denn insgesamt gesehen beruhen Veränderungen der Exporterlöse weniger auf Schwankungen des Ausfuhrvolumens als vielmehr auf Preisstörungen. Ein besonders krasses Beispiel möge dies unterstreichen : Während der Exportvolumenindex (1936 = 100) von 118 im Jahre 1929 auf 93 im Jahre 1934 sank, ging der Preisindex im gleichen Zeitraum von 226 auf 97 zurück und die wertmäßigen Umsätze schrumpften von 268 auf 90 zusammen.[2)] Selbst unter Berücksichtigung der Unsicherheit in der Messung solcher Indices läßt sich eindeutig feststellen, daß der Preisverfall unvergleichlich einschneidender war als der Rückgang des Exportvolumens.

Die Nachkriegsperiode kennt Veränderungen in diesem Ausmaß nicht mehr, doch waren die

---

1) Nach einer - allerdings sehr groben - Schätzung der Vereinten Nationen steigt der Importbedarf der Rohstoffländer von 20 Mrd Dollar im Jahre 1960 bis 1980 um das Dreifache auf 60 Mrd Dollar. Unter der Annahme, daß die europäischen und nordamerikanischen Staaten bis dahin traditionelle Rohstoffe im Gegenwert von jährlich 20 Mrd Dollar abnehmen können, bleibt eine Exportlücke von 40 Mrd Dollar. Da kaum zu erwarten ist, daß mehr als zwei Drittel dieser Lücke durch den Handel zwischen den Rohstoffländern und mit dem Ostblock ausgefüllt werden kann, bleiben rund 15 Mrd Dollar, die in Form von Industrieerzeugnissen von Westeuropa und Nordamerika abgenommen werden müßten. (UN, Economic Survey of Europe in 1960, Geneva 1961, Chapt. V, pp. 47-48)

2) G.Hartkort, Internationale Rohstoffpolitik, in: Der Volkswirt, Frankfurt/M., Dez.1959, Nr. 51/52

Auswirkungen der Koreakrise anfangs der fünfziger Jahre immer noch recht erheblich. Aber selbst unter Außerachtlassung solcher politischer Ausnahmefälle ergeben sich im normalen Verlauf der weltwirtschaftlichen Entwicklung immer wieder bedeutende Störungen. Die Notwendigkeit preisstabilisierender Markteingriffe findet daher in verschiedenen, mehr oder weniger erfolgreichen Lösungsversuchen ihren Ausdruck, sei es in Form spezieller internationaler Rohstoffmarktregulierungen oder in begrenzten nationalen Markteingriffen. Unter Preisstabilisierung ist dabei - im Gegensatz zur früher häufig geübten und damit von vornherein zum Scheitern verurteilten Praxis - nicht etwa die künstliche Aufrechterhaltung eines hohen Preisniveaus zu verstehen, sondern allein die Ausschaltung kurzfristiger Preisschwankungen mit dem Ziel, Veränderungen in den Exporteinnahmen der Rohstoffländer auszugleichen. Dagegen muß die Verbindung zum langfristigen Trend der Preisentwicklung erhalten bleiben, weil sich größere Abweichungen auf die Dauer mit den später zu behandelnden Mitteln direkter Kontrollen nicht aufrecht erhalten lassen. Jede Preisbeeinflussung, die eine Abweichung von der langfristigen Preisentwicklung zur Folge hat, beschwört mit Sicherheit einen Ungleichgewichtszustand auf den Rohstoffmärkten herauf, der mit den Werkzeugen kurzfristiger Preisstabilisierung nicht mehr zu beherrschen ist und dann zu ganz erheblichen Preis- und Exportwertveränderungen führt. Die einzige dauerhaft wirksame Methode zur Verhinderung der in den letzten Jahren feststellbaren, laufenden Verschlechterung der Terms of Trade der Rohstoffländer ist nur durch diese Nationen selbst anzuwenden, indem sie nämlich unter Berücksichtigung eventuell gegebener, komparativer Vorteile [1] eine möglichst heterogene Wirtschaftsstruktur aufbauen.

Um den günstigsten Ansatzpunkt für eine Preisstabilisierung bei Grundstoffen finden zu können, ist es wichtig zu wissen, welche Rohstoffpreise überhaupt beeinflußt werden können und welche dann vordringlich behandelt werden sollten. Grundsätzlich bestehen zwei Möglichkeiten, die Preisentwicklung bei Grundstoffen zu steuern. Die Eingriffe zielen entweder auf eine interne, d.h. nationale Preisstabilisierung ab und haben somit nur einen eng begrenzten Wirkungsbereich oder aber sie erfolgen auf internationaler Ebene durch ein gemeinsames Vorgehen mehrerer Länder. Dieser letzten Möglichkeit ist zweifellos schon wegen des größeren Geltungsbereiches der Vorrang zu geben, wenngleich andererseits eine globale Wirksamkeit in Anbetracht der weltpolitischen Lage heute kaum möglich sein dürfte.

Um nun eine gewisse Einengung des weitgesteckten Problemkreises zu erreichen und doch ein möglichst abgerundetes Bild zu erhalten, beschränken sich die Betrachtungen auf die wichtigsten Maßnahmen zur Preisstabilisierung, wobei für eine Beurteilung die Erfahrungen aus den bisher bedeutsamsten Markteingriffen verwertet werden. Ebenso werden aus der Vielzahl angebotener Rohstoffe nur diejenigen ausgewählt, die im internationalen Handel von bestimmter, an späterer Stelle genau abgegrenzter Bedeutung sind.[2] Darüberhinaus werden die ausgewählten Grundstoffe nicht im einzelnen behandelt, sondern gruppenweise erfasst. Eine kritische Beleuchtung von Einzelproblemen muß daher besonderen Studien vorbehalten bleiben.

---

1) Der Einfluß komparativer Kostenvorteile sollte jedoch nicht überschätzt werden, da deren mögliche Auswirkungen nur unter einem Freihandelssystem voll zum Tragen kommen können. In der Praxis wird der internationale Güteraustausch, insbesondere im Bereich des Agrarrohstoffhandels, durch protektionistische Maßnahmen stark beeinträchtigt.

2) Erdöl wird, wenngleich als Rohstoff durch die verwendeten Auswahlkriterien erfaßt, von der Untersuchung ausgeschlossen, da die speziellen Verhältnisse des Erdölmarktes eine gesonderte Behandlung, die den Rahmen dieser Studie sprengen würde, erforderlich machen würden.

1. Teil: DIE SPEZIFISCHEN BEDINGUNGEN DER ROHSTOFFMÄRKTE UND DIE AUSWIRKUNGEN SCHWANKENDER ROHSTOFFPREISE

1. Kapitel : Ursachen schwankender Rohstoffpreise

Schwankende Rohstoffpreise auf den Weltmärkten und daraus resultierende fluktuierende Exporteinnahmen der Rohstoffländer sind Tatsachen, deren Existenz unbestritten ist. Die Ursachen dieses Geschehens können allerdings nicht erschöpfend erklärt werden, doch es ist immerhin möglich, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu trennen. Dabei kommt es nicht so sehr darauf an, Einzelerscheinungen zu beschreiben, sondern Regelmäßigkeiten und Zusammenhänge derart herauszustellen, daß Schlußfolgerungen allgemeiner Natur zu ziehen sind. Die Klärung dessen, was für das vorliegende Problem relevant ist, mag dann eine Vorstellung über die relative Bedeutung der verschiedenen Kräfte geben, die hier wirksam sind.

Der bedeutsamste Unterschied zwischen den Rohstoffmärkten und den Märkten industrieller Erzeugnisse besteht in einer relativen Unempfindlichkeit der Grundstoffproduktion und auch der Nachfrage gegenüber Preisänderungen. Damit erweist sich der Preis, dessen wichtigste Funktion in einer Marktwirtschaft im Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage besteht, als unzureichender Regulator. Diese allgemeine Feststellung gibt zugleich einen ersten Ansatzpunkt für eine Systematisierung der vielfältigen Ursachen instabiler Rohstoffpreise, indem sie zu einer getrennten Untersuchung der beiden Marktkomponenten, Angebot und Nachfrage, veranlaßt.

1.1 Die Ursachen schwankender Rohstoffpreise im Angebot

Das Rohstoffangebot setzt sich aus einer nahezu unübersehbaren Vielzahl einzelner Produkte zusammen. Im Hinblick auf die Art der Erzeugung lassen sich jedoch zwei große Gruppen unterscheiden, die jeweils gleichen Produktionsbedingungen unterliegen, Agrar- und Mineralrohstoffe. Diese Unterteilung empfiehlt sich zugleich für die Betrachtung derjenigen Ursachen schwankender Rohstoffpreise, die im Angebot begründet sind. Zwar weisen vegetabile und mineralische Grundstoffe gleichermaßen Unstetigkeiten im Produktionsprozeß auf, doch sind die Gründe dafür gänzlich verschiedener Natur.

1.11 Die spezifischen Bedingungen der Agrarrohstoffproduktion

Die Agrarproduktion zeichnet sich durch ihre besondere Abhängigkeit von natürlichen Gegebenheiten aus. Klima und Bodenbeschaffenheit bestimmen im wesentlichen die Auswahl der Produktion und setzen einer Veränderung enge Grenzen. Der Standort erhält damit einen zwingenden Charakter. Als Folge ergibt sich eine weitgehende Spezialisierung auf bestimmte Produkte. Die folgende Aufstellung zeigt anschaulich wie die Wirtschaft verschiedener Länder auf die Erzeugung einzelner Rohstoffe abgestellt ist. (Siehe auch Tab. 10)

Anteil einzelner Agrarrohstoffe am Gesamtexport verschiedener Länder 1960 (in Prozent)

Baumwolle : Ägypten	70	Kautschuk : Malaya	58	Tee : Ceylon	60
Jute : Pakistan	43	Kopra : Philippinen	35 [1]	Wolle : Australien	40
Kaffee : Kolumbien	72	Reis : Burma	68	Zucker : Kuba	72 [1]
Kakao : Ghana	63	Tabak : Griechenland	36		

1) 1959

Quelle : International Monetary Fund (IMF), International Financial Statistics Vol.XIV, No.7, July 1961

Für landwirtschaftliche Unternehmungen gilt der besondere Umstand, daß Produktionsplanungen, deren Auswirkungen in der Größe der angebauten Fläche sichtbar werden und tatsächliche Produktion in der Regel auseinanderfallen, denn Ernteausfall und Umfang der Erzeugung sind weitgehend von der Witterung abhängig. Zwar ist auf lange Sicht die durchschnittliche Erntemenge mit der Größe der Anbaufläche zu beeinflussen, doch können hohe Flächenerträge Einschränkungen der Anbaufläche zu Beginn einer neuen Produktionsperiode kompensieren, während umgekehrt Mißernten auch einen vermehrten Bodeneinsatz wirkungslos werden lassen.

Die folgenden Zahlen verdeutlichen den Einfluß günstiger bzw. ungünstiger Witterungsbedingungen auf die Ernteergebnisse bei Weizen.

Tabelle 1 : Veränderungen in der Produktion, der Anbaufläche und den Flächenerträgen bei Weizen in den USA (in Prozent, bezogen auf das Vorjahr)

Jahr	Produktion	Veränderungen der Anbaufläche	Erträge / Hektar
1924	10,8	- 13,7	28,0
1942	2,9	- 15,5	22,0
1949	- 13,1	7,3	- 18,7
1951	- 2,8	10,0	- 11,8

Quellen: The Wheat Situation, Washington, D.C., 1951, FAO, Production Yearbooks 1950 und 1953

Wenn auch regionale Mißernten meist von überdurchschnittlich guten Ergebnissen in anderen Teilen der Erde größtenteils ausgeglichen werden, so bleiben sie vielfach doch nicht ohne Einfluß auf die Welterzeugung. So ging die Weizenproduktion im Jahre 1949 insgesamt um mehr als 3 % zurück, obgleich die Anbaufläche um etwa 2 % ausgeweitet wurde, und auch das Jahr 1951 zeigte eine Verschlechterung der Flächenerträge.[1] Es würden sich noch genügend andere Beispiele finden lassen, doch mag dies genügen.

1) Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO), Production Yearbook Vol.4, 1950 und Vol.7, 1953

Infolge der Wirksamkeit exogener Faktoren stößt die Ermittlung von Angebotsfunktionen für Agrarerzeugnisse auf außerordentliche Schwierigkeiten. Immerhin läßt sich die Reaktion der Produzenten auf Preisbewegungen in Größenänderungen der bestellten Fläche erkennen. Es muß allerdings hinzugefügt werden, daß dies nur bei relativen Preisänderungen eines Produkts im Verhältnis zu anderen möglich ist. Wenn alle Preise gleichzeitig und gleichmäßig fallen oder steigen, zeigt sich keine oder nur eine geringe Fluktuation in der Größe der Anbaufläche [1].

Änderungen der Anbaufläche als Reaktion auf steigende Preise können nur mit einem gewissen time lag erfolgen, da eine solche Entscheidung meist nur einmal im Jahr, wie etwa bei Getreide, getroffen werden kann und sich erst im folgenden Jahr auswirkt. Kautschuk braucht sogar 6 Jahre bis zur ersten Ernte. Ist der Durchschnittsertrag normal, wird bei einer Vergrößerung der Anbaufläche auch die Gesamtproduktion entsprechend höher sein. Da aber die Nachfrage meist nicht in gleicher Weise gestiegen ist, liegt der neue Preis unter dem Niveau der Vorperiode. Eine Reduktion der Anbaufläche und verringertes Angebot in der nächsten Periode sind die Folge. Diese Angebotseinschränkung bewirkt wiederum eine Preissteigerung und veranlaßt so eine Wiederholung des Prozesses. Das Angebot wird also weniger vom gleichzeitigen Preis als vom Preis zu Beginn der Produktionsperiode beeinflußt. Im Idealfall liegt eine dynamische Angebotsfunktion vor, in der die Angebotsmenge vom laufenden Preis unabhängig ist, während die Nachfragefunktion statisch erklärt wird. In der Theorie ist dieser Fall als Cob-web-Theorem bekannt.

Derartige zyklische Schwankungen wurden auf mehreren Märkten mit verzögerter Angebotsanpassung, am sichersten bei dem drei- bis vierjährigen Schweinezyklus [2] vor dem ersten Weltkrieg festgestellt. Als weiteres Beispiel sei die bekannte Neigung zu einem Zweijahreszyklus in der Produktion reiner Agrarprodukte genannt, dessen Ablauf allerdings durch den Einfluß exogener Kräfte häufig gestört wird.

Die Reaktionsfähigkeit des Angebots auf einen Preisrückgang wird zusätzlich dadurch beeinträchtigt, daß die fixen Kosten in der Landwirtschaft einen hohen Anteil an den Gesamtkosten ausmachen und eine Produktionseinschränkung keine entsprechende Kostenreduktion

---

1) Bean, The Farmer's Response to Price, Journal of Agricultural Economies, 1929, zitiert nach J. Tinbergen, Einführung in die Ökonometrie, Lizenzausgabe für die Schweiz, Zürich 1956. Bean stellte fest, daß Preisänderungen in der Produktionsplanung landwirtschaftlicher Betriebe eine erhebliche Rolle spielen und daß die Elastizitäten in den meisten Fällen über 1 liegen. Preisänderungen bewirken also eine überproportionale Reaktion in der Größe der Anbaufläche. Da dies jedoch nur bei relativen Preisänderungen gültig ist, beziehen sich die Beobachtungen Beans eher auf Substitutions- als auf Gesamtelastizitäten. Bean bemerkte gleichzeitig eine Verringerung der Elastizität bei größeren Preisverschiebungen.

2) A. Hanau, die Prognose der Schweinepreise, Sonderheft 2 und 18 der Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Berlin 1927 und 1930. Hanau beobachtete einen drei- bis vierjährigen Zyklus, in welchem eineinhalb bis zwei Jahre nach einem niedrigen Preisniveau ein Höchstwert erreicht wird, während das Angebot eine genau gegenläufige Bewegung vollführt. Die Verzögerungsperiode beträgt also infolge der Länge des Produktionsprozesses ca. zwei Jahre. Zugleich ermittelte Hanau die Angebotselastizität mit 0,5 bis 1.

im Gefolge hat.[1] Diese Tatsache gilt insbesondere für die kleineren und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe, die bekanntlich überwiegend mit Familienangehörigen arbeiten, so daß die Arbeit als Kostenfaktor nur eine untergeordnete Rolle spielt. In Deutschland waren z.B. im Jahre 1925 ca. 50 % der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft Familienangehörige.[2] Daraus erklärt sich, daß während der Weltwirtschaftskrise nicht nur einzelne Farmer, sondern der Agrarsektor ganz allgemein durch höheren Mengenabsatz den Preisverfall auszugleichen suchte.[3]

Wenn wegen des hohen Anteils der fixen Kosten und der durch die Mitarbeit von Familienangehörigen bedingten Unbeweglichkeit des Faktors Arbeit Produktionseinschränkungen nur ungern vorgenommen werden, erscheint eine Ausweitung im Gegensatz dazu auf längere Sicht eher möglich. Aber auch dem sind Grenzen gesetzt. Da der Faktor Boden nicht beliebig vermehrbar ist, bleibt normalerweise nur der verstärkte Kapital- und Arbeitseinsatz zur Vergrößerung der Erzeugung und zwar in dem Rahmen, in dem der Mehrertrag zuzüglich einer Risikoprämie den gesteigerten Faktoreinsatz rechtfertigt. Im Ganzen gesehen wird damit das Angebot nach "oben" elastischer als nach "unten".

1.12 Die spezifischen Bedingungen der Mineralrohstoffproduktion

Art und Umfang der Vorkommen mineralischer Rohstoffe sowie deren regionale Verteilung bestimmen die Produktionsschwerpunkte und bedingen häufig eine Gewinnung in nur wenigen Ländern. Soweit es sich dabei um unterentwickelte Gebiete handelt, ist die Wirtschaft dieser Länder - wie bei den meisten Agrarländern - häufig weitgehend vom Export der Mineralprodukte abhängig.

Anteil einzelner Mineralrohstoffe am Gesamtexport verschiedener Länder, 1960 (in Prozent)

Erdöl :		Kupfer :		Zinn :	
Venezuela	92	Chile	65 [1]	Bolivien	65

1) geschätzt
Quelle : IMF, Int.Financ.Statistics, Vol.XIV, No.7, July 1961

Minerale werden als Bergbauprodukte meist im Untertagebau gewonnen. Es fehlen somit selbst bei abbauwürdigen Vorkommen genaue Kenntnisse über Mächtigkeit und Konzentrationsverhältnisse der Minerallager. Hohe Erschließungskosten und häufig auch beträchtliche Aufbereitungs- und Transportkosten setzen die Produzenten von vornherein einem erheblichen Risiko aus. Daneben besteht immer die Gefahr der Entdeckung neuer, in Menge und Qualität ergiebigerer Lagerstätten, die günstigere Abbaubedingungen aufweisen und infolge ihrer Kostenvorteile bereits existierende Gewinnungsanlagen wettbewerbsunfähig machen können. Schon aus dieser Situation heraus wird eine höchstmögliche Kapazitätsausnutzung angestrebt.

---

1) Diese Überlegungen gelten nur bedingt für substitutive Anbaubeschränkungen, die jedoch hinsichtlich der hier interessierenden Verhältnisse in den Rohstoffländern bisher nur eine untergeordnete Rolle spielen.

2) Weber-Meinhold, Agrarpolitik, Berlin 1951, S. 209

3) C.v.Dietze, Landwirtschaft und Wettbewerbsordnung, Schmollers Jahrbuch, 66. Jahrg. 1942, S. 142

Jede Anlage zur Gewinnung mineralischer Rohstoffe braucht zur Kostendeckung eine je nach Preisniveau unterschiedliche Mindestkapazitätsausnutzung. Produktionseinschränkungen zur Anpassung an eine veränderte Marktlage sind daher nur in begrenztem Umfang möglich, wenn nicht aus Kostengründen der ganze Betrieb stillgelegt werden soll. Der durch die Amortisationslasten der Abbau- und Aufbereitungsanlagen bedingte hohe Anteil fixer Kosten und der damit verbundene Anstieg der Stückkosten bei Produktionseinschränkungen veranlassen die Produzenten dazu, eine Verminderung des Produktionsvolumens in Erwartung eines Konjunkturumschwungs so lange wie möglich hinauszuzögern. Eine solche Haltung führt unter Umständen zu einem beträchtlichen Anwachsen der Lagerbestände und bedeutet eine erhebliche finanzielle Beanspruchung der Erzeuger. Darüber hinaus genügt schon die Existenz solcher Vorräte, um die Käufer zu weiterer Zurückhaltung zu veranlassen und damit einen zusätzlichen Preisdruck auszuüben. Wenn dann die Überschüsse einen Umfang erreicht haben, der den Produzenten nicht mehr tragbar erscheint, werden die Bestände allmählich wieder abgebaut und verschlechtern die Marktposition der Erzeuger von neuem.[1] Erst bei anhaltender Bedarfsschrumpfung werden allmählich mehr und mehr Gewinnungsanlagen aus dem Produktionsprozeß ausgegliedert. Die Entwicklung des Ruhrkohlenbergbaus in der zweiten Hälfte der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre gibt dafür ein typisches Beispiel.

Die Problematik dieses verzögerten Vorgangs liegt auf der Hand, zumal "eine Industrie, die unter zyklischen Schwankungen in der Menge der verkauften Güter leidet (dazu zählen vor allem auch mineralische Rohstoffe), unvermeidlich mit Überschußkapazitäten ausgestattet ist. Die Kapazität wird ausgebaut, um der Spitzenbelastung der Boomperiode begegnen zu können (H.V.)".[2] Ein Abbau erfolgt dagegen wegen der damit verbundenen Kapitalverluste erst sehr spät. Solange es sich bei Bedarfsänderungen nur um Auswirkungen kurzfristiger Konjunkturschwankungen handelt, ist dieses "Nachhinken" nicht weiter beunruhigend. Liegt jedoch eine Wandlung in der Bedarfsstruktur vor, das heißt, läuft ein allmählicher Substitutionsprozeß ab, leitet diese Verzögerung einen langwierigen Ungleichgewichtszustand ein und bleibt dann nicht ohne ebenfalls negative Folgen auch für andere Wirtschaftsbereiche. Dem einzelnen Anbieter ist es aber aus Gründen mangelnder Marktübersicht häufig unmöglich herauszufinden, welcher Prozeß sich nun gerade abwickelt. Das gilt insbesondere dann, wenn sich derartige Entwicklungen noch in den Anfangsstadien befinden.

Innerhalb bestimmter Grenzen weist die Gewinnung mineralischer Rohstoffe gegenüber der Grundstoffproduktion des Agrarsektors eine bessere Anpassungsfähigkeit an den Konjunkturverlauf auf. Bei unvollständiger Auslastung der Produktionsanlagen kann die Erzeugung innerhalb kurzer Zeit im Rahmen der vorhandenen Kapazität ausgedehnt werden. Eine Erweiterung der Kapazitätsgrenzen ist dagegen nur durch ganz erhebliche Preisanreize und auch dann nur zögernd zu erreichen, da das ohnehin schon hohe Risiko durch die damit verbundenen erheblichen Investitionen weiter vergrößert wird. Bei einer sprunghaft steigenden Nachfrage, wie sie bei weltpolitischen Konflikten leicht entsteht - mineralische Rohstoffe sind meist auch "strategisch wichtige" Rohstoffe - kann somit das Angebot nicht beliebig vergrößert werden. Erst heftige und anhaltende Preissteigerungen führen zu größeren Kapazitätsausweitungen, die aber auf lange Sicht zwangsläufig zu einem Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage in diesem Wirtschaftssektor führen.

---

1) J. Schöllhorn, Internationale Rohstoffregulierungen, Schriftenreihe des IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung Nr. 26, München 1955, S. 20

2) A.H. Hansen, America's Role in the World Economy, New York 1945, S. 171

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß das Angebot an mineralischen Rohstoffen in engen Grenzen elastisch, darüberhinaus unelastisch ist.

1.2 Die Ursachen schwankender Rohstoffpreise in der Nachfrage

Die Situation auf den Rohstoffmärkten ist in der Regel dadurch gekennzeichnet, daß das Angebot die Nachfrage übersteigt. Ein ungenügendes Angebot ist nur in Ausnahmefällen und auch dann meist nur kurzfristig festzustellen.

Durch häufig einschneidende, nationale oder internationale Eingriffe wird daher versucht, Überschüsse vom Markt fernzuhalten, um einen unerwünschten Preisverfall zu verhindern. Geht man nun von der normalerweise zutreffenden Annahme aus, daß der durchschnittlichen jährlichen Bedarfssteigerung ein mindestens ebenso großer Produktionszuwachs gegenübersteht, dann trägt jeder überdurchschnittliche Bedarfszuwachs dazu bei, das vorhandene Ungleichgewicht zumindest zeitweilig zu verringern, während eine geringere als sonst übliche Zuwachsrate das Preisniveau gleich ernsthaft erschüttert. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß die Nachfrageseite und die sie beeinflußenden Faktoren immer wieder Gegenstand mehr oder minder erfolgreicher Untersuchungen war.[1)]

Vor einer näheren Untersuchung der Nachfrage auf verschiedenen Rohstoffmärkten und der sie bestimmenden Faktoren seien einige theoretische und technische Bemerkungen eingeflochten.

Die Existenz einer ökonomisch sinnvollen Nachfragefunktion ist gleichbedeutend mit der Existenz eines Indifferenzsystems, dessen Eigenschaft Konvexität, d.h. abnehmende Substitutionsgrenzrate ist. Unter einer ökonomisch sinnvollen Nachfragefunktion ist eine Funktion zu verstehen, in der die nachgefragte Menge von den relativen Preisen und dem Realeinkommen abhängt. Die Theorie gibt jedoch wenig Auskunft über die Art der Abhängigkeit, d.h. die spezifische Form der Nachfragekurve. In der Praxis wird daher häufig ein einfacher linearer Zusammenhang oder eine konstante Elastizität, d.h. eine logarithmisch lineare Abhängigkeit angenommen.

In der theoretischen Analyse der Nachfrage wurde das Hauptgewicht bisher meist auf die Abhängigkeit der Nachfrage vom Preis des untersuchten Gutes gelegt. Diese Art des Vorgehens führt jedoch in verschiedenen Fällen nicht zu befriedigenden Ergebnissen, da von weitgehenden Hypothesen hinsichtlich der sonstigen, in die Nachfragebeziehung einzuschließenden Variablen ausgegangen werden muß.[2)] Eine Ausnahme bilden lediglich die Nachfragefunktionen für Agrarprodukte, da hier der Preiseinfluß in der Regel dominiert.[3)]

---

1) Bereits im merkantilistischen Schrifttum findet sich eine Beobachtung von G. Kling über die Veränderungen von Ernteergebnissen und Preisen bei Weizen, die zugleich eine empirische Schätzung der Preiselastizität der Nachfrage darstellt. Verminderungen der Erntemenge um 1/10, 2/10, 3/10, usw. entsprechen Preiserhöhungen von 3/10, 8/10, 16/10 usw.

2) Die Nachfrage nach z.B. dauerhaften Konsumgütern hängt noch von weiteren Faktoren wie Vorräten, Kosten, Steuern usw. ab. Nachfragefunktionen für Produktionsgüter werden im Unterschied dazu von Kostenfunktionen abgeleitet, die wiederum von technischen Produktionsbedingungen abhängen und empirisch kaum zu erfassen sind. Näheres dazu : G. Tintner, Handbuch der Ökonometrie, Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaften, Abteilung Staatswissenschaften, Berlin, Göttingen, Heidelberg 1960, S. 68

3) J. Tinbergen, Einführung in die Ökonometrie, a.a.O., S. 137/138

Brauchbare Ergebnisse bei der Untersuchung des Konsumentenverhaltens lassen sich häufig mit Hilfe folgender Zeitreihen gewinnen :

1. Verfügbare Menge pro Kopf der Bevölkerung oder trendbereinigter Gesamtverbrauch

2. Nominaler oder geldwertbereinigter Preis [1] , und häufig noch

3. Verfügbares Einkommen pro Kopf der Bevölkerung oder Einkommensindex.

Je länger nun die zugrundegelegten Zeitreihen sind, desto größer ist einerseits die Aussagekraft der erzielten Ergebnisse, umso größer aber auch die Wahrscheinlichkeit, daß andere Faktoren als Preis und Einkommen die Nachfrage zunehmend beeinflussen. Als Beispiel sei hier nur eine Änderung der Verbrauchsgewohnheiten genannt, die zur Instabilität der geschätzten Parameter führt. Das Gleiche gilt auch für die Ermittlung von Einkommenselastizitäten der Nachfrage aus Querschnittsanalysen, in denen die Gültigkeit der Resultate außerdem noch vom Umfang der Stichprobe beeinflußt wird.

Untersuchungen in dieser Form führen in der Regel nur bei nichtdauerhaften Konsumgütern wie z.B. Grundnahrungs- und Genußmitteln, zu einem sinnvollen Ergebnis. Die Nachfrage nach industriellen Rohstoffen wird dagegen zusätzlich von einer Reihe anderer Faktoren beeinflußt, gleichgültig, ob es sich um Agrar- oder Mineralrohstoffe handelt. Der Versuch einer Systematisierung derjenigen Einflüsse in der Rohstoffnachfrage, die zu Preisschwankungen auf den Rohstoffmärkten führen, hat daher von der Unterteilung Grundnahrungs- und Genußmittel einerseits und industrielle Rohstoffe andererseits auszugehen. Damit unterscheidet sich diese Gruppierung teilweise von jener Art der Betrachtung, die bei der Ermittlung der Ursachen von Grundstoffpreisveränderungen im Angebot notwendig erschien.

1.21 Die spezifischen Bedingungen der Nachfrage nach Grundnahrungs- und Genußmitteln

Die Reaktion der Verbraucher auf Preisänderungen bei Grundnahrungs- und Genußmitteln hängt ganz davon ab, welche Stellung das Produkt im Rahmen der Verbrauchsgewohnheiten des Konsumenten einnimmt. Bei Grundnahrungsmitteln wie Weizen, Zucker u.ä. sind die Auswirkungen jedenfalls gering. Da diese Rohstoffe im wesentlichen der Deckung des lebensnotwendigen Bedarfs dienen, ist eine Ausweitung oder Einschränkung des Konsums nur in geringem Umfang möglich. Dabei spielen auch Einkommensänderungen keine große Rolle. Während zum Beispiel das Realeinkommen in den USA von 1870 bis 1910 um 85 % stieg, stand dem nur eine Zunahme der Verbrauchsausgaben für landwirtschaftliche Produkte von weniger als 3 % gegenüber. Für die Periode 1922 bis 1939 ergibt sich sogar eine rückläufige Tendenz. Das Realeinkommen vergrößerte sich in dieser Zeit um 22 %, die Ausgaben für Agrarerzeugnisse gingen dagegen um 12 % zurück.[2] Dieser Vorgang ist nicht als Ausnahme anzusehen, denn bereits 1857 entdeckte Engel in seinen Haushaltsstudien die Gesetzmäßigkeit einer solchen Entwicklung. Eine Vielzahl weiterer Untersuchungen in einzelnen Ländern bestätigten Engels Ergebnisse.

---

1) Ob nominale oder geldwertbereinigte Preise verwendet werden können, hängt davon ab, ob bei den Konsumenten eine Geldillusion vorausgesetzt werden darf oder nicht. Das Problem wird hinfällig, wenn beide Preisreihen sich nur unwesentlich unterscheiden.

2) Th. W. Schultz, Agriculture in an Unstable Economy, New York und London 1945, S. 63-64

Um nun abzuklären, ob aus den Resultaten einzelner Länderstudien auf eine Allgemeingültigkeit der Ergebnisse geschlossen werden darf, wurde vom Verfasser der Versuch unternommen, die Elastizität der globalen Nachfrage in bezug auf den Preis zu bestimmen. Zu diesem Zweck wurden die wichtigen Grundnahrungsmittel Weizen und Zucker herausgegriffen, die als repräsentativ für diese Rohstoffgruppe angesehen werden können. In beiden Fällen wurden Perioden gewählt, in denen entweder keine Marktregulierungsabkommen bestanden (Weizen) oder aber erfolglos blieben (Zucker). Dabei wurde unterstellt, daß der Verbrauch als echte Nachfrage die tatsächliche Nachfrage widerspiegelt. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß diese Annahme nur begrenzte Gültigkeit besitzt. So lösen z.B. Störungen politischer Natur immer spekulative Aktionen aus, die zu Unregelmäßigkeiten in der wirksamen Nachfrage führen und damit einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Preisbildung ausüben. Des weiteren ist zu beachten, daß globale Statistiken grundsätzlich mit Zurückhaltung zu betrachten sind, da die Erfassung oder Schätzung der zu Gesamtdaten summierten Einzelwerte kaum jemals nach genau gleichen Methoden und mit der gleichen Genauigkeit erfolgt und somit schon von vornherein ein gewisser Unsicherheitsgrad eingerechnet werden muß. Diese Bedenken behalten auch dann Gültigkeit, wenn keine bewußte Verfälschung der Werte etwa für Propagandazwecke vorliegt.

Schließlich sei noch bemerkt, daß zur Berechnung der Elastizitäten unbereinigte Preise verwendet wurden, da es kaum möglich ist, einen Preisindex zu ermitteln, der alle Verbrauchergebiete richtig erfaßt. Die Berechnung selbst erfolgte mit Hilfe der Methode der kleinsten Quadrate aus einer als logarithmisch linear angenommenen Nachfragefunktion.

Tabelle 2 : Der Weltverbrauch von Weizen und der Weizenpreis 1923 - 1937

Jahr	Weltverbrauch [1] Mio bush.	Index 1923 = 100	Weizenpreis [2] s/quarter of 480 lbs	Index 1923 = 100
1923	3.843	100,0	43,93	100,0
1924	3.541	92,1	60,19	137,0
1925	3.725	96,9	55,61	126,6
1926	3.929	102,2	53,51	121,8
1927	4.060	105,6	49,95	113,7
1928	4.363	110,5	41,93	95,4
1929	4.023	104,7	42,49	96,7
1930	4.375	113,8	26,19	59,6
1931	4.337	112,8	24,68	56,2
1932	4,254	110,7	24,44	55,6
1933	4.239	110,3	22,16	50,4
1934	4.014	104,4	26,14	59,5
1935	4.035	105,0	29,07	66,2
1936	3.929	102,2	40,80	92,9
1937	4.189	109,0	40,00	91,1

1) Weltverbrauch = Produktion (ohne UdSSR und China) + Nettoimporte aus der UdSSR ± Lagerveränderungen in den Exportländern

2) Wheat parcels Liverpool

Quelle : A.Binder, Internationale Regulierungen auf dem Weltweizenmarkt, Kiel 1952, Tabellen XI und XVI

Unter Anwendung der in Tabelle 2 aufgeführten Weizenverbrauch- und Weizenpreisreihen ergab sich für die Periode 1923 bis 1939 mit der Sicherheit von 95,5 % eine Preiselastizität von - 0,13 +/- 0,05, d.h. eine Weizenpreisänderung um 1 % bewirkte eine entgegengesetzte Nachfragereaktion von durchschnittlich 0,13 %.[1] Der Korrelationskoeffizient wurde mit - 0,72 ermittelt. Dieser für Zeitreihen relativ niedrige Wert erklärt sich zum Teil daraus, daß in der Berechnungsperiode die Jahre der Weltwirtschaftskrise erfaßt wurden. Wenn auch der Preiseinfluß dominiert, so blieb doch die rückläufige Einkommensentwicklung jener Depression nicht gänzlich ohne Auswirkungen auf den Weizenkonsum.

Tabelle 3 : Der Weltverbrauch von Zucker und der Zuckerpreis 1947 - 1959

Jahr	Weltverbrauch [1] 1000 metr.t.	Index 1947 = 100	Zuckerpreis [2] cts/lb	Index 1947 = 100
1947	25.823	100,0	4,96	100,0
1948	27.887	108,0	4,24	85,5
1949	29.696	115,0	5,16	104,0
1950	32.157	124,5	4,98	100,4
1951	33.242	128,7	5,70	114,9
1952	35.278	136,6	4,17	84,1
1953	36.526	141,4	3,41	68,7
1954	35.746	138,4	3,26	65,7
1955	38.175	147,8	2,24	45,2
1956	40.603	157,2	3,47	70,0
1957	42.018	162,7	5,16	104,0
1958	44.494	172,3	3,50	70,6
1959	45.475	176,1	2,97	59,9

1) ohne Ostblock
2) New York, Cuban 96°, World (f.a.s.Cuba)

Quellen : International Sugar Council, Pocket Sugar Year Books 1949, 1950, 1953-1956, London

Die Berechnung der Preiselastizität der Zuckernachfrage in der Periode 1947 bis 1959 führte zu keinem befriedigenden Ergebnis. Die politischen Krisen in den fünfziger Jahren lösten eine heftige Spekulation auf dem Zuckermarkt sowie "Angstkäufe" der Konsumenten aus, so daß sich zumindest für den gesamten Zeitraum kein eindeutiger Zusammenhang zwischen Preis- und Verbrauchsentwicklung zeigt. Für die Jahre 1950 bis 1956 ergab sich dagegen ein besseres Resultat. Die Preiselastizität errechnete sich mit -0,29 +/ -0,20 bei einem Korrelationskoeffizienten von -0,76, d.h.bei einer Preisänderung um 1 % war mit einer gegenläufigen Reaktion der Nachfrage von durchschnittlich 0,29 % zu rechnen.[2] Der

1) Diese Preiselastizität der Weizennachfrage entspricht nahezu dem gleichen Wert, den Schultz mit -0,15 für die USA ermittelt. Vgl.dazu: H.Schultz, The Theory and Measurement of Demand, Chicago University Press, Chicago 1938

2) Die hier ermittelte Preiselastizität von -0,29 stimmt vollkommen mit dem Ergebnis überein, das Schultz aus den Perioden 1875-1895, 1895-1914 und 1914-1929 für die USA errechnete.
Vgl.dazu: H.Schultz, The Theory and Measurement of Demand, a.a.O.,

relativ hohe Unsicherheitsgrad dieses Ergebnisses folgt sowohl aus der geringen Anzahl der zugrunde gelegten Jahre wie auch aus dem nicht sehr engen Zusammenhang zwischen Preis- und Verbrauchsentwicklung.

Bei der Beurteilung des Resultats ist zu berücksichtigen, daß der Zuckerkonsum in einigen Ländern einer hohen Verbrauchsteuer unterliegt und Preisschwankungen auf dem Weltmarkt deshalb entweder geringfügig im Verhältnis zum Endpreis sind oder gar nicht auf den Konsumenten übertragen werden. Hierdurch wird natürlich ein gewisser Stabilisierungseffekt im Hinblick auf den Verbrauch erzielt.

Weiterhin liegt ein bedeutender Teil der Erzeugung in den Industrieländern selbst und wird durch hohe Schutzzölle vom Wettbewerb des freien Marktes abgeschirmt. Trotzdem darf unterstellt werden, daß der von solchen Maßnahmen nicht betroffene Teil der Nachfrage genügend groß ist, um den Zusammenhang zwischen Preis und Konsum einigermaßen zutreffend wiederzugeben.

Diese beiden Beispiele zeigen eindeutig, daß selbst unter Berücksichtigung der doppelten Standardabweichung des Regressionskoeffizienten die Nachfrage nach Grundnahrungsmitteln unelastisch in bezug auf den Preis ist. Weiterhin gilt, daß sich die Reaktion der Konsumenten auf Preisänderungen in den einzelnen Ländern kaum unterscheiden kann, da die Preiselastizität der Gesamtnachfrage nur unwesentlich von den für die USA, einem der größten Verbrauchszentren, schon früher ermittelten Werten abweicht. [1]

Die Preisunempfindlichkeit des Grundnahrungsmittelverbrauchs läßt darauf schließen, daß auch die entsprechenden Einkommenselastizitäten gering sind. In der Tat ergaben eingehende Untersuchungen der Verbrauchsgewohnheiten der österreichischen Konsumenten [2] in Form einer Querschnittsanalyse beispielsweise eine Einkommenselastizität für Weißbrot von 0,15, das heißt, bei einer Zunahme des Einkommens um 1 % steigen die Ausgaben für Weißbrot um 0,15 %. Die entsprechenden Werte für Reis beliefen sich auf 0,12 und für Zucker auf 0,06. Die beiden letzten Werte sind zwar statistisch nur ungenügend gesichert, in jedem Fall aber bedeutend kleiner als 1.

Größere Richtungsänderungen in der Einkommensentwicklung sind in heutiger Zeit selten. Daher sind bei derartigen Produkten auch von der Einkommensseite her keine nennenswerten Störungen der Nachfrage zu erwarten. Hinzu kommt noch, daß die Nachfrage in bezug auf das Einkommen nach "unten" relativ unelastischer ist als nach "oben", das heißt, daß eine Verschiebung eines einmal erreichten Konsumniveaus nach "oben" leichter vonstatten geht als nach "unten".

Verbrauch und auch wirksame Nachfrage nach Grundnahrungsmitteln sind also relativ stabil. Allein in politischen Ausnahmefällen ist mit einer sprunghaften, aber auch dann noch begrenzten Nachfrageänderung zu rechnen, die aber ausschließlich auf Spekulationen zurückzuführen ist. Somit gehen die Impulse für kurzfristige Marktpreisschwankungen in erster Linie

---

1) Schultz berechnete für die USA weiterhin die Preiselastizität der Nachfrage nach Reis mit - 0,43, nach Hafer mit - 0,58 und nach Kartoffeln mit - 0,62 (England mit - 0,70).
Vgl.dazu H.Schultz, The Theory and Measurement of Demand a.a.O.

2) G.Tintner, Einkommenselastizitäten im österreichischen Konsum. Ökonometrische Untersuchungen zur österreichischen Konsumerhebung 1954/1955. Monatsberichte des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 32. Jahrgang, Februar 1959, Beilage Nr. 59

von der Angebotsseite aus. Genußmittel nehmen eine andere Stellung im Rahmen der Gebrauchsgewohnheiten des Konsumenten ein als Grundnahrungsmittel. Die Untersuchung der Einkommenselastizitäten im österreichischen Konsum [1] führte zu folgenden Ergebnissen: Tee 0,57, Kaffee 0,86 und Rauchwaren (Tabak) 0,88. Einkommensveränderungen üben also einen bedeutenden Einfluß auf die Verbrauchsentwicklung aus, obgleich auch hier wieder Einkommensverminderungen nicht die gleichen Auswirkungen zeigen wie entsprechende Zunahmen. Da sprunghafte Einkommensverschiebungen aber zumindest in den wichtigsten Verbrauchergebieten selten sind, ist von dieser Seite keine überraschende Störung des Marktes zu erwarten.

Preisschwankungen auf den Weltmärkten bleiben dagegen meist ohne sichtbare Reaktionen der Verbraucher, da sie in der Regel vom Handel oder den Veredlungsbetrieben aufgefangen werden. Aber auch die Folgen einer Überwälzung auf den Konsumenten können vernachlässigt werden, denn infolge der meist sehr hohen Verbrauchssteuern, die häufig ein Vielfaches des Rohstoffpreises betragen, bleiben Veränderungen des Weltmarktpreises im Verhältnis zum Endverbrauchspreis gering. Die Ursachen kurzfristiger Preisschwankungen auf den Weltmärkten sind also bei Genußmitteln wie bei Grundnahrungsmitteln hauptsächlich im Angebot zu suchen.[2]

1.22 Die spezifischen Bedingungen der Nachfrage nach industriellen Rohstoffen

Während die Grundnahrungsmittel dem lebensnotwendigen Bedarf dienen und daher weniger von der allgemeinen Konjunkturlage abhängig sind, wird der Absatz industrieller Rohstoffe von den zyklischen Schwankungen der Investitionstätigkeit in den Industrieländern stark beeinflußt.[3] Damit wird auch hier die Nachfrage relativ unelastisch in bezug auf den Preis. Der Grund dafür ist vor allem bei mineralischen Urprodukten überwiegend psychologischer Natur.

Die Ursachen von Rohstoffhaussen sind, von politischen Ausnahmefällen einmal abgesehen, im allgemeinen in Hochkonjunkturen in den Industrieländern zu suchen. Boomperioden, die immer Zeiten "leichten Geldes" sind, verführen aber dazu, bei der Eindeckung mit Rohstoffen großzügiger vorzugehen, als dies die Marktlage erfordert, zumal Grundstoffe im Verhältnis zum fixen Kapital und zu den Arbeitskosten häufig nur einen geringen Teil des im Endprodukt erstellten Wertes ausmachen.[4] Dabei nimmt die Nachfrage dann wenig Rücksicht auf die jeweilige Preissituation.

Da es bei den industriellen Basisprodukten in der Regel keine natürliche Grenze der Lagerfähigkeit gibt, spielt das Moment der Lagerbildung und beliebigen Auflösung bei der

---

1) G. Tintner, Einkommenselastizitäten im österreichischen Konsum, a.a.O.

2) Daneben ist immer die Möglichkeit einer Verschiebung der Nachfragekurve durch Spekulationskäufe gegeben, doch bleibt die Bedeutung derartiger Aktionen gegenüber den Einflüssen, die von der Angebotsseite auf die Weltmarktpreise ausgeübt werden, zurück.

3) R. Nurkse, Trade Fluctuations and Buffer Policies in Low-Income Countries, Kyklos 11, 1958, S. 141

4) C. Kapferer, Sicherung unserer Ausfuhr durch Hebung der Kaufkraft in Rohstoffländern, in Fünfzig Jahre Hamburgisches Welt-Wirtschaftsarchiv, Hamburg 1958, Seite 8

Preisbildung eine bedeutende Rolle. Allerdings findet eine Aufstockung der Vorräte irgendwann ihre Grenzen in dem nur beschränkt zur Verfügung stehenden Kapital, das zur Erstattung oder Bevorschussung der Erzeugerkosten vorhanden sein muß, während Lagerkosten dagegen keine erhebliche Rolle spielen.

Erfahrungsgemäß ist es so, daß im Gefolge der Spekulation zu Zeiten steigender Preise und daraus resultierender Gewinne Läger aufgebaut und bei sinkenden Preisen verstärkt abgebaut werden. Eine Vorratssammlung bei steigenden Preisen verstärkt jedoch nur den Aufwärtstrend in der Preisbewegung, während eine Auflösung bei umgekehrter Bewegungsrichtung die sinkende Tendenz der Preise nur vergrößert. Damit stimmt der Verbrauch als echte Nachfrage nur in Ausnahmefällen mit der wirksamen Nachfrage überein.

Eine Betrachtung der für den Mineralsektor repräsentativen Entwicklung des Kupferverbrauchs und der zugehörigen Preise bestätigt die Unabhängigkeit des Konsums vom Preis.

Die Zeitreihen der Tabelle 4 spiegeln einige interessante Tatsachen wider. Zum einen konnte der Niedrigpreis des Jahres 1949 den Verbrauch nicht beeinflussen, zum anderen nahm die "echte" Nachfrage, die aufgrund der Koreakrise stark anstieg, keine Rücksicht auf die überproportional anwachsenden Preise. [1] [2]

Tabelle 4 : Der Weltverbrauch von Kupfer und der Kupferpreis 1947 - 1959

Jahr	Weltverbrauch [1] 1000 metr.t.	Index 1947 = 100	Kupferpreis [2] Dollar, 100 pounds	Index 1947 = 100
1947	1.980	100,0	23,48	100,0
1948	2,046	103,4	24,12	102,7
1949	1.779	89,9	20,72	88,2
1950	2.116	106,9	22,38	95,3
1951	2.303	116,3	27,58	117,5
1952	2.395	121,0	32,68	139,2
1953	2.180	110,1	31,55	134,4
1954	2.352	118,8	31,34	133,5
1955	2.664	134,6	44,53	189,7
1956	2.741	138,5	40,52	172,6
1957	2.820	142,4	27,02	115,1
1958	2.854	144,2	24,68	105,1
1959	2.940	148,5	29,90	127,3

1) ohne Ostblock
2) United Kingdom, Electrolytic

Quellen : Metallgesellschaft AG, Statistische Zusammenstellung über Aluminium, Blei usw., 41. Jahrg. 1938 - 1952, Frankfurt/M. 1953 und 47. Jahrg. 1950 - 1959, Frankfurt / M. 1960
IMF, International Financial Statistics, a.a.O.

---

1) Die Unabhängigkeit des Kupferverbrauchs vom Preis bestätigte sich bei einer probeweisen Berechnung des Regressionskoeffizienten für die Periode 1947-1955. Die Regressionsgrade zeigt für diesen Zeitraum die Form einer typischen Angebotsfunktion.
2) Ob eine Preisänderung einer entsprechenden Nachfrage- oder einer entgegenge-

- Fortsetzung nächste Seite -

Nach Beendigung des politischen Konflikts legten die Regierungen verschiedener Länder strategische Reserven an und erzeugten damit eine zusätzliche Nachfrage über den echten Bedarf hinaus. Daraus erklärt sich das verspätete Abflauen der Preisauftriebstendenzen.

Trotz weiterer leichter Steigerung des Verbrauchs kehrte die Bewegungsrichtung der Preise im Jahre 1955 um. Der Abbau eines Teils der strategischen Reserven in den Jahren 1957/58 verstärkte dann noch den Abwärtstrend der Preise. Der Preisanstieg 1959 ist nicht politisch bedingt, sondern deutet nur auf die Ablösung einer leichten Rezession im Vorjahre durch eine verbesserte konjunkturelle Lage hin.

Tabelle 5 : Der Weltverbrauch von Baumwolle und der Baumwollpreis 1947 - 1957

Jahr	Weltverbrauch [1] 1000 Ballen	Index 1947 = 100	Baumwollpreis [2] Dollar/100 pounds	Index 1947 = 100
1947	22.863	100,0	35,6	100,0
1948	22.067	96,5	35,6	100,0
1949	23.687	103,6	36,8	103,4
1950	26.495	115,9	41,6	116,9
1951	25.238	110,4	53,3	149,7
1952	25.906	113,3	44,3	124,4
1953	26.878	117,6	36,2	101,7
1954	27.604	120,7	38,5	108,1
1955	28.554	124,9	37,0	103,9
1956	29.586	129,4	31,3	87,9
1957	28.525	124,8	29,5	82,9

1) ohne Ostblock
2) United Kingdom, American Middling 15/16

Quellen : Cotton-World Statistics, Quarterly Bulletin of the International Cotton Advisory Commitee, London, Vol. 12, No. 9/10, 12, 1959
IMF, International Financial Statistics, a.a.O.

Preisschwankungen bei mineralischen Rohstoffen finden ihren Grund also überwiegend in Unregelmäßigkeiten der Nachfrage.

Die Berechnung von Preiselastizitäten bei Mineralrohstoffen führt normalerweise zu keinem sinnvollen Ergebnis. Bei industriellen Basisprodukten landwirtschaftlicher Herkunft ist dage-

---

... Fortsetzung von Seite 17 (Fußnote 2)

setzten Angebotsbewegung, die den gleichen Effekt erzielt, mit einem lag nachfolgt oder aber mit einem lead vorauseilt, hängt von der Voraussehbarkeit der kurzfristigen Nachfrage- oder Angebotsänderung ab. Sich abzeichnende politische Krisen oder angekündigte Streiks in Erzeugerländern lassen Nachfragesteigerungen oder Angebotseinschränkungen erwarten. Unter solchen Umständen kann die Preisreaktion noch vor der Nachfrage- oder Angebotsänderung wirksam werden. In Fällen dagegen, in denen derartige Änderungen nicht vorauszusehen sind (z.B. Bildung strategischer Reserven in Friedenszeiten, Spekulationskäufe usw.), wird die Preisreaktion nur mit einer Verzögerung erfolgen. In der Praxis sind die zeitlichen Verschiebungen jedoch meist so gering, daß sich aus einer Analyse statistischer Unterlagen, die allenfalls Monatsdaten umfassen, nicht die Existenz eines lags oder leads nachweisen läßt.

gen manchmal eine Abhängigkeit des Verbrauchs von den Preisen festzustellen. So errechnete sich die Preiselastizität der gesamten Baumwollnachfrage für die Periode 1950 bis 1957 mit -0,26 +/ - 0,10, bei einem Korrelationskoeffizienten von -0,90, d.h. auf eine Preisänderung von 1 % folgte eine durchschnittliche Nachfragereaktion in entgegengesetzter Richtung von 0,26 %.[1] Um dieses Ergebnis jedoch richtig zu interpretieren, ist Folgendes zu berücksichtigen :

Schon seit Jahren steht der Baumwollmarkt unter einem strukturell bedingten Überangebot [2], bedingt durch die zunehmende Zahl von Substituten. Die Entwicklung und immer rationellere Herstellung von Kunstfasern, die gegenüber Baumwolle teilweise beachtliche Vorteile aufzuweisen haben, schränkt den Verbrauch der Naturfaser in den Industrieländern auf lange Sicht mehr und mehr ein. Noch ist der Anteil synthetischer Fasern in der gesamten Textilindustrie relativ gering, doch ist die zunehmende Bedeutung nicht zu übersehen. [3] [4]

Schon seit längerer Zeit zeichnet sich diese Strukturverschiebung ab, deren Auswirkungen heute noch nicht abzuschätzen sind. Die baumwollverarbeitenden Industrien haben die ihnen drohende Gefahr erkannt und suchen mit der Einführung neuer chemischer Behandlungsverfahren den Naturfasern ähnlich gute Eigenschaften zu geben, wie sie verschiedene Kunstfasern bereits besitzen. Ein Erfolg dieser Bemühungen wird den Umlagerungsprozeß möglicherweise verzögern, doch kann er ihn nicht aufhalten. Das strukturelle Überangebot läßt schon jetzt Konjunktureinflüsse kaum mehr wirksam werden. Selbst die Ablösung der leichten Rezession des Jahres 1958 durch einen erneuten wirtschaftlichen Aufschwung konnte keine Verbesserung der Preissituation hervorrufen (1958 - 28,2 Dollar/100 pounds und 1959 - 25,2 Dollar/100 pounds).

Es bleibt nun abzuwarten, ob die schnell fortschreitende Entwicklung neuer Kunststoffe auch andere industrielle Rohstoffe in eine ähnliche Lage bringen wird. Die ersten Anzeichen dafür sind bereits da. Während der Materialbedarf der industriellen Produktion von 1950 - 1957 um insgesamt 29 % stieg, hatten Buntmetalle und Agrarrohstoffe nur einen Zuwachs von 16 % bzw. 10% aufzuweisen. Der Verbrauch an künstlichen Rohstoffen, Aluminium, Kunststoffe und Kunstfasern, dagegen vergrößerte sich um 67 %.[4] Dieser Umstellungsprozeß dürfte noch lange nicht abgeschlossen sein.

---

1) Die von Schultz für eine frühere Periode berechnete Preiselastizität der Baumwollnachfrage in den USA betrug durchschnittlich -0,32, unterscheidet sich also kaum von dem hier ermittelten Wert. Näheres dazu: H.Schultz, The Theory and Measurement of Demand, a.a.O.

2) Infolge des Überangebots an Baumwolle waren auch die Auswirkungen der Koreakrise auf das Preisniveau dieses Grundstoffs nur von kurzer Dauer. Da Baumwolle kein kriegswichtiger Rohstoff ist und für eine strategische Lagerbildung keine Veranlassung bestand, hatte der kurzfristig feststellbare Preisanstieg 1951/52 überwiegend psychologische Gründe.

3) Anteil der Kunstfaser 1950 - 5 %, 1957 etwa 12 %, der Anteil der Kunstseide blieb mit 25 % unverändert.

4) National Institute of Economic Review, No.5, The Demand for Industrial Materials, 1950 - 1957, London, September 1959

2. Kapitel : Die wichtigsten Rohstoffe des internationalen Handels und ihre Bedeutung im Export der Rohstoffländer

Der internationale Handel erfasst eine Vielzahl von Rohstoffen, denen zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche Bedeutung beigemessen wird. Politische Krisen schaffen eine andere Bedarfsstruktur als Zeiten normaler wirtschaftlicher Entwicklung. Während in politischen Ausnahmefällen den "strategischen" Rohstoffen vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt wird, geht deren Bedeutung in Normalzeiten zurück.

2.1 Die Bedeutung einzelner Rohstoffe nach ihrem Exportwert

Für eine erste Beurteilung der Bedeutung einzelner Rohstoffe bietet sich die Einstufung nach dem Exportwert an.
Da aber im Rahmen dieser Arbeit insbesondere die Grundstoffe interessieren, die als Voraussetzung für Marktregulierungen eine ausreichende Lagerfähigkeit aufweisen und darüber hinaus auch im Export der Rohstoffländer eine Rollen spielen, werden der Auswahl folgende Kriterien zugrunde gelegt :

1. Die Lagerfähigkeit des Rohstoffs muß bei geringen Lagerungskosten gewährleistet sein. Die Fortschritte in der Speicherungstechnik ermöglichen heute zwar auch die Aufbewahrung leichtverderblicher Nahrungsmittel, doch verliert eine derartige Maßnahme ihren Sinn, wenn die dabei entstehenden Kosten in einem untragbaren Verhältnis zu den Herstellungskosten stehen. Südfrüchte und Gartenbauerzeugnisse scheiden damit als ungeeignet für Preisstabilisierungsmaßnahmen aus, während Grundnahrungs- und Genußmittel in dieser Hinsicht keine besonderen Schwierigkeiten verursachen. Mineralische Rohstoffe lassen sich nahezu ohne Kosten einlagern.
2. Der Exportwert des Rohstoffs mußte 1950 mindestens 100 Mio US-Dollar betragen.
3. Der Anteil des Grundstoffs am Gesamtexport mindestens eines bedeutenden Rohstofflandes mußte 1950 10 % oder mehr betragen.

Tabelle 6 : Wichtige Rohstoffe : Produktion und Handel 1950

Rohstoff	Produktion [1] Volumen 1000 m.t.	Wert Mio.US-Dollar	Export [1] Volumen	Wert Mio.US-Dollar	Anteil am Exportwert %
Baumwolle	5.410	4.300	2.800	2.240	17,7
Wolle	1.650	2.500	1.240	1.920	15,1
Kaffee	2.190	2.100	1.760	1.690	13,3
Kautschuk	1.890	1.200	1.860	1.210	9,5
Weizen	143.100	9.800	16.900	1.150	9,1
Rohzucker	30.400	3.900	8.800	1.130	8,9
Tabak	2.950	3.200	570	620	4,9
Kupfer	2.270	1.000	1.440	620	4,9
Reis	98.085	11.200	4.230	480	3,8
Kakao	790	400	760	420	3,3
Tee	570	500	410	390	3,1
Kopra	2.530	500	1.490	290	2,3
Jute	1.460	400	1.150	280	2,2
Zinn	169	300	130	250	2,0
		41.300		12.690	

1) ohne Ostblock

2) Quelle : UN, Department of Economic Affairs, Commodity Trade and Economic Development, New York, 1953, S.86-87

Um die Auswirkungen einer politischen Krise auf den Weltrohstoffmarkt annähernd erfassen zu können, wird der Exportwert der einzelnen Grundstoffe für die Jahre 1950, 1952 und 1957 aufgeführt. Damit wird die Situation zu Beginn und während der Koreakrise sowie in einem Normaljahr wiedergegeben. Ein Vergleich der jeweils zusammengehörenden drei Jahreswerte läßt dann Schlußfolgerungen auf die unterschiedliche Intensität der Marktstörungen bei den verschiedenen Urprodukten zu.

(Die Tabellen 6 und 7 sind in ihren absoluten Größen nur bedingt vergleichbar, da verschiedene Quellen mit nicht völlig übereinstimmenden Ausgangsdaten zugrunde liegen. Die Reihenfolge der Rohstoffe nach ihrem Exportwert ist jedoch direkt komparabel).

Tabelle 7 : Wichtige Rohstoffe : Handel [1] 1952 und 1957

Rohstoff	Exportwert 1952 Mio US - Dollar	Gewicht	Exportwert 1957 Mio US - Dollar	Anteil am Exportwert %
Kaffee	2.050	0,146	2.150	15,1
Baumwolle	2.200	0,157	2.100	14,7
Wolle	1.400	0,100	1.775	12,4
Weizen	1.950	0,139	1.675	11,7
Zucker	1.200	0,086	1.450	10,2
Kautschuk	1.000	0,071	1.150	8,1
Kupfer	1.350	0,096	1.000	7,0
Tabak	560	0,040	660	4,6
Reis	650	0,046	580	4,1
Tee	510	0,036	525	3,7
Kakao	400	0,029	390	2,7
Kopra	250	0,018	330	2,3
Zinn	260	0,019	300	2,1
Jute	220	0,016	185	1,3
	14.000	1.000	14.270	100,0

1) ohne Ostblock

Quelle : IMF, Int. Fin. Statistics, Vol. VII, 1954, XII, 1959

Schon auf den ersten Blick ist zu sehen, daß Agrarerzeugnisse eine dominierende Stellung im internationalen Rohstoffhandel einnehmen. Der Grund ist darin zu suchen, daß diese Produkte klimatisch teilweise an Regionen gebunden sind, die außerhalb der wirtschaftlich hochentwickelten Länder mit ihrer hohen Bevölkerungsdichte und einem dementsprechend großen Verbrauch liegen. Nichtsdestoweniger wird ein bedeutender Anteil verschiedener Agrarrohstoffe auch in den Industrieländern erzeugt und von dort exportiert. Mineralische Rohstoffe dagegen werden größtenteils in den Industrieländern selbst gewonnen und verarbeitet.

Wie nicht anders zu erwarten, konnten Weizen, und vor allem Kupfer und Zinn ihre Stellung innerhalb der Gruppe von 14 Rohstoffen zunächst erheblich verbessern, fielen in den folgenden Jahren jedoch wieder zurück. Dagegen standen die pflanzlichen Naturfasern und auch Kautschuk von Anfang an unter dem Druck synthetischer Konkurrenzerzeugnisse, der sich in Zukunft noch verstärken dürfte. Einzig und allein Kaffee nahm ständig an Bedeutung zu.

Von 1952 auf 1957 hatten Kupfer mit 26 %, Jute mit 16 % und Weizen mit 14 % den stärksten Rückgang der Exporterlöse zu verzeichnen, während Kopra mit 32 %, Wolle mit 27 % Zucker mit 21 % und Tabak mit 18 % eine deutliche Zunahme des Ausfuhrwertes erkennen lassen.

Preissteigerungen bei einigen Rohstoffen und die Ausweitung des Handelsvolumens bei anderen Grundstoffen sorgten dafür, daß die Exporterlöse noch um ca. 2 % anwachsen konnten. Insgesamt ging jedoch der Anteil dieser 14 Produkte am Welthandel beträchtlich zurück. Waren es 1950 noch mehr als 20 %, so 1952 und 1957 nur noch 19 % bzw. 13 %. Anders ausgedrückt, der Wert der Ausfuhr der westlichen Welt nahm von 1950 bis 1952 um 30 %, von 1952 bis 1957 um weitere 35 % zu, der Export der aufgeführten Erzeugnisse jedoch nur um 10 % bzw. 2 %. Wenn damit auch die Bedeutung dieser Rohstoffe im Welthandel gesunken ist, so bestreiten sie aber immer noch den überwiegenden Teil der Ausfuhren aller Entwicklungsländer.

2.2 Der Anteil der Entwicklungsländer an den Rohstoffexporten

Die im vorhergehenden Abschnitt herausgestellten 14 Rohstoffe sind nicht nur die im gesamten internationalen Handel, sondern zugleich auch die für den Export der Rohstoffländer wichtigsten Urprodukte. Betrachtet man jedoch diese Grundstoffe im einzelnen unter dem Gesichtspunkt ihrer Bedeutung für die Exporteinnahmen der Rohstoffländer, so verschiebt sich die Rangordnung im Vergleich zu Tabelle 7 teilweise recht erheblich, da einige Industrieländer, insbesondere Kanada und die USA, einen bedeutenden Teil der Rohstoffproduktion auf sich vereinigen. Die äußerst leistungsfähige Landwirtschaft einiger hochentwickelter Länder macht es erklärlich, daß allein 80 % der Weizenausfuhr, 50 % der Baumwollexporte und 35 % des Tabakangebots aus diesen Gebieten kommen. Trotzdem beträgt der Anteil der Rohstoffländer am Export der ausgeführten Grundstoffe insgesamt immer noch mehr als 75 %.

Mit der Zusammenstellung in der Tabelle 8 werden 33 % [1] der Exporte der Entwicklungsländer erfaßt, bezogen auf die ausschließliche Rohstoffausfuhr sind es etwa 45 %,[2] und unter Einbeziehung der Erdölausfuhr sogar 55 % [3].

Wie aus Tabelle 9 hervorgeht, wird ein hoher Prozentsatz der von den Rohstoffländern insgesamt angebotenen, einzelnen Grundstoffe jeweils nur von einigen wenigen Ländern auf den Weltmarkt gebracht. Somit kann das Angebot der Mehrzahl der in der Aufstellung genannten Urprodukte von nur einem oder wenigen Gebieten bedeutsam beeinflußt werden. Missernten, Streiks oder Exportrestriktionen in diesen Ländern dürften damit nicht ohne Auswirkung auf das Gesamtangebot mit den daraus folgenden Konsequenzen bleiben. Andererseits ergibt sich aber auch eine weitgehende Abhängigkeit dieser Länder von der jeweiligen Marktsituation für einzelne Grundstoffe.

---

1) Der Export der Rohstoffländer betrug 1957 ca. 33 Mrd Dollar
2) Die Rohstoffexporte beliefen sich auf geschätzte 25 Mrd Dollar
3) Der Wert der Erdölausfuhr bewegte sich in der Größenordnung von 2,75 Mrd Dollar

Tabelle 8 : Wichtige Rohstoffe : Wert der Gesamtausfuhr und Anteil der Entwicklungsländer 1957

Rohstoff	Gesamtexport Wert Mio US-Dollar	Anteil %	Anteil der Entwicklungsländer %	Wert Mio US-Dollar	Anteil %
Kaffee	2.150	15,1	100	2.150	19,6
Wolle	1.775	12,4	90	1.600	14,6
Zucker	1.450	10,2	90	1.300	11,8
Kautschuk	1.150	8,1	100	1.150	10,5
Baumwolle	2.100	14,7	50	1.050	9,6
Kupfer	1.000	7,0	80	800	7,3
Tee	525	3,7	100	525	4,8
Reis	580	4,1	75	435	4,0
Tabak	660	4,6	65	430	3,9
Kakao	390	2,7	100	390	3,6
Weizen	1.675	11,7	20	335	3,1
Kopra	330	2,3	100	330	3,0
Zinn	300	2,1	90	270	2,5
Jute	185	1,3	100	185	1,7
	14.270	100,0	77	10.950	100,0

Quellen : IMF, Int.Fin.Statistics, Vol.XII, 1959, FAO, Trade Yearbook 1958, UN, Yearbook of Int.Trade Statistics 1958, Vol.1

Tabelle 9 : Wichtige Rohstoffe : Prozentualer Anteil einzelner Rohstoffländer am Gesamtexport eines Rohstoffs, 1957

Rohstoff	Land	Proz.Anteil am Gesamtexport
Kaffee	Brasilien	40
	Kolumbien	19
Wolle	Australien	62
	Neuseeland	17
	Südafrikanische Union	11
Zucker	Kuba	47
Kautschuk	Malaya	38
	Indonesien	33
Baumwolle	Ägypten	17
Kupfer	Chile [1]	29
	Rhodesien	23
	(Belg.) Kongo [1]	15
Tee	Indien	50
	Ceylon	41
Reis	Thailand	30
	Burma	29
Tabak	Türkei	21
	Griechenland	14
Kakao	Ghana	36
	Brasilien	18

- Fortsetzung Seite 24 -

Rohstoff	Land	.Proz.Anteil am Gesamtexport
Weizen	Argentinien	10
	Australien	9
Kopra	Philippinen [1]	54
	Indonesien	12
	Ceylon [1]	10
Zinn	Malaya	38
Jute	Pakistan [1]	95

1) geschätzt

Quellen : IMF, Int.Fin.Statistics, Vol. XII, 1959, FAO, Trade Yearbook 1958

2.3 Der Anteil der wichtigsten Rohstoffe an den Exporteinnahmen verschiedener Entwicklungsländer

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, bestehen mehr als 30 % der Exporte der Rohstoffländer aus nur 14 Grundstoffen. Daraus ergibt sich zwangsläufig eine weitgehende Abhängigkeit der Exporterlöse von nur wenigen Erzeugnissen.

Je nach Stadium der wirtschaftlichen Entwicklung und Differenziertheit der heimischen Produktion ist der Einfluß einzelner Grundstoffe geringer oder stärker.

Tabelle 10 zeigt den prozentualen Anteil wichtiger Rohstoffe an der Ausfuhr von 33 Entwicklungsländern in den Jahren 1950, 1955 und 1960, geordnet nach der Größe des Gesamtexports 1960. Diese Gebiete vereinigen mit 17,1 Mrd Dollar rund 50 % [1] der Ausfuhr der Rohstoffländer auf sich und sind gleichzeitig die wichtigsten Exporteure der in den Tabellen 6 - 8 genannten Basisprodukte.

Von nur wenigen Ausnahmen abgesehen, werden in diesen Ländern mehr als 50 % der Exporteinnahmen durch die Ausfuhr von jeweils weniger als 3 Rohstoffen erzielt. Allein in 15 von 33 Gebieten erbringt ein einziger Grundstoff mehr als 50 %, in 4 Gebieten sogar 70 % oder mehr der Exporterlöse. Selbst Australien, das - nach dem Exportwert wichtigste - relativ hoch entwickelte Land bestreitet mit der Wolleausfuhr mehr als 40 % seines Exportgeschäfts.

Im Vergleich der einzelnen Werte für die Jahre 1950, 1955 und 1960 zeichnet sich ganz allgemein eine aufschlußreiche Entwicklung ab : Der Anteil der einzelnen Rohstoffe am Export nimmt in den meisten Fällen ab. Diese Tatsache erklärt sich nicht allein aus den gefallenen Rohstoffpreisen, sondern deutet auch auf eine vermehrte Differenzierung der Erzeugung hin.

1) Die Exporte der Rohstoffländer betrugen 1960 etwa 33 Mrd Dollar entsprechend 29% der gesamten westlichen Ausfuhr.

Tabelle 10 : Prozentualer Anteil wichtiger Rohstoffe am Export aus 33 Rohstoffländern 1950, 1955 und 1960 und Wert des Exports 1960 (Mio US-Dollar)

Land	Rohstoff	Prozent. Anteil am Export 1950	1955	1960	Exportwert
Australien	Wolle	58,3	45,4	40,1	1.936
	Weizen	13,3	8,3	9,4	
Indien	Tee	13,1	19,3	19,0	1.333
Brasilien	Kaffee	63,8	59,1	56,6	1.269
	Baumwolle	7,8	9,2	3,6	
	Kakao	5,8	6,4	5,4	
Südafrik.Union	Wolle	29,3	16,0	11,0	1.256
Argentinien	Weizen	14,0	26,5	13,2	1.079
	Wolle	16,1	13,4	13,4	
Malaya	Kautschuk	64,5	64,5	57,7	955
	Zinn	14,7	15,6	12,7	
Neu Seeland	Wolle	40,9	36,2	33,9	846
Indonesien	Kautschuk	42,7	45,7	45,0	839
	Zinn	6,1	6,3	6,4	
	Kopra		4,5	4,1	
Mexiko	Baumwolle	26,0	27,5	20,7	760
	Kaffee	8,4	12,9	9,4	
	Kupfer	4,9	8,4	3,4	
Kuba [1]	Zucker	84,9	77,3	72,3	675
	Tabak	4,6	7,0	8,1	
Rhodesien	Kupfer		55,0	50 [2]	576
Philippinen	Kopra		38,1	34,8	551
	Zucker	13,9	26,6	21,3	
Ägypten	Baumwolle	84,0	73,5	70,4	550
Chile	Kupfer		69,5	65 [2]	489
Kongo [1]	Kupfer		35,6	35 [2]	489
Kolumbien	Kaffee	77,9	83,6	72,0	465
Peru	Baumwolle	35,9	25,4	17,0	430
	Zucker	15,7	13,8	11,1	
	Kupfer	5,3	10,9	22,0	
Thailand	Reis	46,6	40,4	29,9	409
	Kautschuk	27,9	26,2	29,9	
	Zinn	7,9	6,5	6,2	

- Fortsetzung der Tabelle 10 auf Seite 26 -

1) 1950, 1955, 1959

2) Werte geschätzt

Tabelle 10 Fortsetzung

Land	Rohstoff	Prozent. Anteil am Export 1950	1955	1960	Exportwert
Pakistan	Jute	46,6	46,3	43,0	393
	Baumwolle	32,1	26,8	13,0	
Ceylon	Tee	48,1	61,5	59,9	385
	Kautschuk	25,9	18,0	20,6	
	Kopra		11,7	10,0	
Türkei	Tabak	24,1	28,3	17,5	321
	Baumwolle	25,5	14,5	14,2	
	Weizen		3,9	0,7	
Ghana	Kakao	79,3	75,9	63,3	286
Burma	Reis	87,3	76,5	67,9	224
	Baumwolle	2,0	3,6	3,5	
Griechenland	Tabak	41,9	42,0	35,9	203
Sudan	Baumwolle	63,9	60,0	52,4	182
	Kautschuk	7,4	9,3	11,0	
Ecuador	Kaffee	25,5	20,3	14,9	150
	Kakao	24,8	16,4	14,4	
	Reis	11,1	2,3	2,5	
Uruguay	Wolle	63,0	57,6	51,4	129
	Weizen		20,7		
Guatemala	Kaffee	67,0	70,5	69,8	113
Syrien	Baumwolle		50,8	52,6	93
	Wolle		7,1	5,4	
	Weizen		2,4		
Costa Rica	Kaffee	32,0	46,2	49,0	88
	Kakao	3,6	7,3	6,5	
Äthiopien	Kaffee	46,0	55,5	49,8	81
Honduras	Kaffee	10,4	21,5	18,5	64
Bolivien	Zinn	67,6	57,5	65,1	51
		Gesamtdurchschnitt 1960		52 %	17.121

Quelle : IMF, Int. Fin. Statistics, Vol. V-XIV, 1952 - 1961
Hickmann, Die Wirtschaft des Auslandes

3. Kapitel : Kurzfristige Veränderungen in der Ausfuhr der Rohstoffländer

Die Weltrohstoffwirtschaft der letzten 50 Jahre zeigt eine Folge von Überproduktionen, damit verbundenem Preisverfall, unverkäufliche Vorräte auf der einen Seite und Knappheitserscheinungen mit unverhältnismäßigen Preissteigerungen auf der anderen Seite. Dabei waren die Krisen für die Rohstoffländer umso ernster, andererseits die Auftriebe umso heftiger, je mehr sich die Urproduktion auf einen oder wenige Rohstoffe stützt [1] und je größer der Anteil des Rohstoffsektors an der Entstehung des Sozialprodukts war.

3.1 Die Größenordnung von Preis-, Mengen- und Erlösschwankungen in den Ausfuhren der Rohstoffländer insgesamt

Die aus dem Export resultierenden Erlöse bestimmen sich aus den jeweiligen Preisen und den verkauften Mengen. Veränderungen beider Faktoren können sich somit in ihren Auswirkungen verstärken oder kompensieren. In der Regel wird von den Rohstoffländern versucht, fallende Preise durch vermehrten Absatz auszugleichen, soweit dies im Rahmen der Produktionsbedingungen und Kapazitätsreserven möglich ist. Jedoch sind diesen Bemühungen von der Nachfrageseite her Grenzen gesetzt. Immerhin schwankt aber auch das Exportvolumen aus den an früherer Stelle genannten Gründen in einem weiten Bereich.

Eine erste Übersicht (Tab.11) zeigt die durchschnittlichen jährlichen Veränderungen in Preis, Menge und Wert der Rohstoffexporte von 1902 bis 1938, dargestellt als Durchschnitt der Veränderungen bei mehreren Rohstoffen und als durchschnittliche Veränderungen der Gesamtexporte mehrerer Rohstoffländer. Die Unterteilung des gesamten Zeitabschnitts in die drei Perioden 1902 - 1913, 1920 - 1939 und 1948 - 1958 erfolgte in der Absicht, eine Verzerrung der Ergebnisse durch die andersgearteten Verhältnisse während des ersten und zweiten Weltkrieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit zu vermeiden. Zugleich sollte ein Vergleich der drei Perioden ermöglicht werden.

Wie aus der Tabelle zu entnehmen ist, war die Instabilität der Rohstoffpreise in den Perioden vor dem ersten und nach dem zweiten Weltkrieg im Durchschnitt mit 11 % gleich groß, im dazwischenliegenden Zeitraum als Folge der Weltwirtschaftskrise jedoch bedeutend ausgeprägter.

Die Auswirkungen der Preis- und Mengenänderungen auf die Exporterlöse kompensierten sich teilweise in der ersten Periode, während sie sich in der Zwischenkriegszeit als Begleiterscheinung der großen Depression beträchtlich verstärkten. Auch in den Jahren 1948-1958 lief die Entwicklung bei Preisen und Mengen teilweise parallel, mit der Wirkung, daß die Schwankungen im Wert der Gesamtexporte ausgeprägter waren als die der beiden verursachten Faktoren.

Interessant ist das zunächst unerwartete Ergebnis, daß die Exportmengen jährlich stärker schwankten als die Preise. Das zeigt sich sowohl beim Durchschnitt aus mehreren Rohstoffen 1902 - 1938 wie auch beim Gesamtexport aus einem durchschnittlichen Rohstoffland 1948-1958. Die Erklärung dieses Phänomens ist jedoch leicht zu geben :

Die meisten Rohstoffländer sehen sich dem Faktum gegenübergestellt, daß die Preiselastizität der Nachfrage im Hinblick auf die Exporte hoch ist, die des Angebots dagegen niedrig. Diese Feststellung steht in einem scheinbaren Widerspruch zu der früher ermittelten niedri-

---

1) Näheres dazu: UN, Department of Economic Affairs, Instability in Export Markets of Under-Developed Countries New York, 1952

gen Nachfrageelastizität bei Basisprodukten. Die Unstimmigkeit erklärt sich daraus, daß sich im ersteren Fall Gesamtangebot und Gesamtnachfrage, hier sich jedoch individuelle Nachfrage und individuelles Angebot der einzelnen Länder gegenüberstehen. Während die Gesamtnachfrage tatsächlich unelastisch ist, kann sie für das einzelne, anbietende Land doch elastisch erscheinen. Eine vermehrte oder verminderte Ausfuhr des betreffenden Landes wird dann durch eine entgegengesetzte Exportentwicklung eines Konkurrenzlandes ausgeglichen.

Eine weitere Überlegung hat der Berechnung der Tabellenwerte zu gelten. Sowohl in der Mengen- wie in der Preisentwicklung ist ein Trend enthalten, der in den einzelnen Zahlen mittelbar zum Ausdruck kommt und eine unterschiedliche Verzerrung der Daten verursacht. Mit einigem Recht darf angenommen werden, daß zumindest in den beiden ersten Perioden der in den Mengenveränderungen enthaltene Trend größer ist als in den Preisbewegungen, so daß bei Trendbereinigung die verbleibenden jährlichen Schwankungen des Exportvolumens geringer sein werden als diejenigen der Preise.

Wie zu erwarten, variiert der Wert der Gesamtexporte grundsätzlich weniger als derjenige der Ausfuhr einzelner Rohstoffe. Die Differenz zwischen beiden Schwankungsgrößen ist - wie die Periode 1902-1913 zeigt - relativ groß, wenn weder ernsthafte politische noch wirtschaftliche Krisen den internationalen Warenaustausch stören. Dagegen wird, wie in der Periode 1920-1939, der Unterschied zwischen den durchschnittlichen Veränderungen des Gesamtexport- und des Rohstoffexportwertes geringer, wenn etwa Depressionen in den Berechnungszeitraum fallen. Die Nachfrageentwicklung weist in letzteren Fällen, anders als in Zeiten ungestörten wirtschaftlichen Geschehens, sowohl bei Rohstoffen wie bei sonstigen Erzeugnissen meist die jeweils gleiche Tendenz auf, so daß die Schwankungen beider Größen annähernd das gleiche Ausmaß annehmen können. Die Schwankungen des Gesamtexportwertes nähern sich damit weitgehend den entsprechenden Unregelmäßigkeiten des Rohstoffexportwerts.

Die Zahlen der Tabelle 11 zeigen absolute jährliche Veränderungen, geben jedoch keinen Aufschluß darüber, wie weit ein Trend die Größe der Daten beeinflußt. In der Tabelle 12 sind daher die jährlichen Schwankungen im Wert des Gesamtexports eines durchschnittlichen Rohstofflandes einem gleitenden 5-Jahresmittel gegenübergestellt. Der Unterschied bei den Exporterlösen, bezogen auf laufende US-Dollars, beträgt in den beiden ersten Perioden mehr als 25 %, in der Nachkriegszeit sogar über 30 %.

In Zeiten sinkender Grundstoffpreise gehen häufig auch die Preise der von den Rohstoffländern importierten Erzeugnisse zurück. Damit sind die tatsächlichen Auswirkungen der Exportwertschwankungen für die Rohstoffländer geringer, als aufgrund der absoluten jährlichen Veränderungen oder der Abweichungen vom Trend angenommen werden könnten. Der Unterschied beträgt für 1920 - 1939 etwa 40 % bzw. 20 %, für 1948 - 1958 etwa 35 % (Tabelle 12). Aus diesen Daten ist gleichzeitig zu ersehen, daß die Preise für Importe, im wesentlichen Industrieerzeugnisse, geringeren Veränderungen unterworfen waren als die der Exporte.

Tabelle 11 : Durchschnittliche jährliche Veränderungen in Preis, Menge und Wert der Rohstoffexporte [1] 1902 - 1958 (in Prozent)

Periode	Durchschnitt aus mehreren Rohstoffen [2]	Gesamtexport eines durchschnittlichen Rohstofflandes [3]
Durchschnitt 1902 - 1913		
Preis	11	
Menge	20	
Wert	19	9,7
Durchschnitt 1920 - 1939		
Preis	15	
Menge	16	
Wert	22	18,1
Durchschnitt 1948 - 1958		
Preis	11	10,1
Menge		10,4
Wert		13,3

1) Preis und Wert bezogen auf laufende US-Dollar

2) Ungewichtetes arithmetisches Mittel jährlicher Veränderungen bei 25 - 32 einzelnen Rohstoffen

3) Ungewichtetes arithmetisches Mittel jährlicher Veränderungen bei 16, 38 und 43 Ländern in den Perioden 1902/13, 1920/39, 1948/58

Quelle : IMF, Staff Papers, Vol. VIII, No.1, Nov. 1960, Tab.1, S.6

Tabelle 12 : Durchschnittliche prozentuale Abweichungen [1] vom Trend im Wert der Exporte, bezogen auf laufende US-Dollar und im Wert der Exporte, bezogen auf die Kaufkraft für Importe, 1902 - 1958

Periode	Gesamtexport eines durchschnittlichen Rohstoffiandes [2]		
	Jährliche Veränderung	Abweichungen vom Trend bezogen auf lfd. US - Dollar	bezogen auf die Kaufkraft
1902 - 1913	9,7	7,1	..
1920 - 1939	18,1	13,4	10,5
1948 - 1958	13,3	8,9	8,4

1) Ungewichtetes arithmetisches Mittel jährlicher Abweichungen vom gleitenden 5-Jahresdurchschnitt

2) siehe Anmerkung 3 Tabelle 11

Quelle : IMF, Staff Papers, a.a.O. und IMF, Int.Fin.Statistics, Vol.III-XIV, 1950-1961

3.2 Exportwertveränderungen in einzelnen Rohstoffländern

Wenn Durchschnittswerte auch einen guten Einblick in die allgemeine Größenordnung der Exportwertschwankungen zu bieten vermögen, so geben sie andererseits aber keinen Aufschluß darüber, mit welchen Extremwerten gerechnet werden muß. Ein Vergleich einzelner Länder zeigt dann auch ganz erhebliche Unterschiede in der Stabilität ihres Außenhandels. Die Gründe sind verschiedener Natur. Von Bedeutung ist :

1. ob nur einzelne oder mehrere Basisprodukte exportiert werden
2. welcher Art diese Grundstoffe sind und
3. wie weit vertragliche Abnahmeverpflichtungen durch bilaterale oder multilaterale Verträge bestehen.

Tabelle 13 gibt die prozentualen Abweichungen der Exporterlöse vom Trend in 43 einzelnen Rohstoffländern wieder und zwar als Durchschnittswerte der drei Perioden 1902 - 1913, 1920 - 1939 und 1948 ÷ 1958.

Aufschlußreicher als die dollarbezogenen Zahlen sind die Daten auf Kaufkraftbasis. Obgleich ihre absolute Größe - abgesehen von vereinzelten Ausnahmen - hinter den in einem weiten Bereich streuenden Geldwertziffern zurücksteht, weisen auch sie immer noch eine beachtliche Streuung auf. In der Zwischenkriegszeit stellte Chile mit 14,6 % die höchsten Veränderungen, Kolumbien mit 6,8 % die niedrigsten. In den Jahren 1948 - 1958 haben die durchschnittlichen Schwankungen insgesamt zwar abgenommen (8,4 % gegenüber 10,5 %), doch haben sich die extremen Abweichungen noch vergrößert und betragen 19,8 % bei Malaya und 3,2 % bei Marokko. Die Unregelmäßigkeiten sind dort besonders ausgeprägt, wo sich der Export hauptsächlich auf industrielle Rohstoffe wie Kautschuk und Buntmetalle stützt. Dies betrifft vor allem Bolivien, Chile, Indonesien und Malaya, aber auch andere Gebiete wie Ghana und der Sudan, deren Ausfuhr im wesentlichen aus nur einem Produkt besteht.

Günstigere Verhältnisse herrschen in Erdölexportländern (Saudi Arabien, Venezuela) und in den Regionen, in denen die Ausfuhr stärker differenziert ist wie in Indien, Neuseeland Portugal und Spanien.

Die in der Nachkriegszeit gegenüber der Periode zwischen den beiden Weltkriegen insgesamt größere Stabilität in den Exporteinnahmen der Rohstoffländer ist vor allem auf folgende beiden Umstände zurückzuführen :

1. Ausweitung des Exportangebots der einzelnen Länder auf eine größere Zahl von Produkten
2. Größere Preisstabilität bei Rohstoffen, bedingt durch das Ausbleiben von Depressionen in den Industrieländern.

Daneben übten bilaterale Lieferungsverträge und verschiedene Rohstoffregulierungsabkommen einen bescheidenen Einfluß aus. Trotzdem erlitten die Rohstoffländer in einzelnen Jahren immer noch erhebliche Einbußen in den Exporteinnahmen. Es sei hierzu nur ein Beispiel genannt.

Im Jahre 1958 gingen die Preise der in den tropischen Ländern erzeugten Rohstoffe um durchschnittlich 20 % zurück. Der Exportwert von 22 Grundstoffen betrug 1958 im Mittel 12 % weniger als im Vorjahre, während die Exporteinnahmen der Rohstoffländer insgesamt um ca. 10 % sanken. Bei einem Absatz in der Größenordnung von 30 Mrd US-Dollar (ohne Erdöl) entspricht dies einem Verlust von rund 3 Mrd US-Dollar. [1]

1) GATT, Contracting Parties, Fifteenth Session, 14.11.1959, Impact of Commodity Problems on International Trade, L/1103

Tabelle 13 : Prozentuale Abweichungen der Exporterlöse vom Trend [1], bezogen auf laufende US-Dollar und die Kaufkraft für Importe in 43 Rohstoffländern, 1902 - 1958

Land	Prozentuale Abweichungen, bezogen auf US - Dollar			Kaufkraft	
	1902-1913	1920-1938	1948-1958	1920-1938	1948-1958
Ägypten	7,9	16,1	8,9	11,1	7,5
Äthiopien	..	..	11,5	..	8,8
Argentinien	9,6	15,3	12,0	11,9	11,8
Australien [2]	9,7	7,1	9,2	8,1	8,3
(Belg.) Kongo [3]	..	16,5	8,8	12,6	6,9
Bolivien [3]	..	15,6	14,5	12,2	11,2
Brasilien [2]	9,1	13,9	6,4	8,7	8,1
Burma	..	..	11,4	..	9,6
Ceylon	..	12,8	7,0	9,1	7,9
Chile	5,0	20,0	10,5	14,6	8,8
Costa Rica [2]	5,5	7,8	5,9	9,4	7,5
Dom. Republik	..	18,3	9,5	14,2	7,2
Ecuador	..	14,2	7,8	8,9	9,7
El Salvador [3]	..	15,6	5,7	14,2	6,8
Ghana [3]	..	14,7	10,8	12,3	10,3
Griechenland	..	13,2	8,2	11,6	6,7
Guatemala	..	12,4	6,0	7,4	6,9
Haiti [3]	..	15,3	13,6	11,8	12,0
Honduras	..	..	7,3	..	7,8
Indien	6,0	9,1	7,9	8,2	5,0
Indonesien	..	13,4	9,8	7,5	10,3
Israel [3]	..	13,3	8,0	8,4	7,5
Kolumbien	..	9,2	6,2	6,8	8,8
Kuba [2]	8,1	17,2	8,2	11,9	7,3
Malaya [3] [4]	..	17,8	19,7	13,9	19,8
Mexico [2]	7,0	9,6	9,3	9,4	7,7
Marokko [3]	..	15,9	5,3	14,2	3,2
Neu Seeland	6,9	9,6	5,5	7,5	3,3
Nicaragua	..	11,3	8,3	8,2	8,5
Pakistan [4]	..	..	11,4	..	8,6
Paraguay	..	10,5	5,7	9,9	7,5
Peru	6,9	17,7	7,3	13,1	6,6
Philippinen	..	11,2	7,4	8,5	7,6
Portugal	4,6	11,5	7,2	7,4	6,5
Saudi Arabien	..	..	5,4	..	4,6
Spanien [2]	4,0	12,5	5,5	11,1	4,1
Sudan [3] [4]	..	14,6	20,9	13,8	18,4
Thailand	..	12,8	6,6	13,9	5,9
Tunesien	..	9,6	9,4	9,6	12,0
Türkei	..	14,9	8,0	11,5	8,4
Südafrikanische Union [2]	8,8	11,9	6,5	8,4	5,4
Uruguay	8,1	11,4	11,4	8,1	14,4
Venezuela [3] [4]	..	13,8	4,9	7,9	3,6
Durchschnitt	7,1	13,4	8,9	10,5	8,4

1) gleitendes 5-Jahresmittel
2) unvollständig für 1902 - 1913
3) unvollständig für 1920 - 1938
4) unvollständig für 1948 - 1958

Quellen : IMF, Staff Papers, a.a.O. Tabelle 2, S.11
IMF, Int.Fin.Statistics, Vol. III-XIV, 1950 - 1961

3.3 Exportwertveränderungen einzelner Rohstoffe in verschiedenen Ländern

Nach der gesamthaften Betrachtung der Schwankungen von Exporterlösen soll nun für den Zeitraum 1948 - 1960 die Bedeutung einzelner Rohstoffe für die Exporteinnahmen verschiedener Länder untersucht werden, um herauszufinden, ob bestimmte Urprodukte besonders ausgeprägten Preis-, Mengen- oder Exportwertschwankungen unterliegen. Dabei werden solche Gebiete herausgegriffen, in denen ein einzelner oder wenige Grundstoffe, die zugleich auch im Welthandel eine bedeutsame Stellung einnehmen, einen wesentlichen Anteil an den Gesamtausfuhren haben.

3.31 Durchschnittliche Exportwertveränderungen

Vor der eigentlichen Gegenüberstellung der Veränderungen im Exportwert eines Rohstoffes und der Gesamtausfuhr in 12 verschiedenen Entwicklungsländern werden die Preis- und Exportvolumenschwankungen eines Basisproduktes kurz aufgezeigt. (Tabelle 14).
Es sei noch erwähnt, daß die 12 behandelten Gebiete einen bedeutenden Teil des Angebots auf den Weltrohstoffmärkten stellen. [1]

Preis- und Mengenveränderungen (Tabelle 14) bewegten sich insgesamt gesehen ungefähr in der gleichen Größenordnung (16,7 % und 15,9 %). Im Einzelnen ergeben sich jedoch große Differenzen. Die Preisausschläge pendelten zwischen 31,6 % in Indonesien (Kautschuk) und 6,9 % in der Türkei (Tabak), die Volumenänderungen streuten zwischen 24,1 in Argentinien (Weizen) und 7,8 % in Kuba (Zucker). Die beiden letztgenannten Länder sind insofern Ausnahmen, als Argentinien in den ersten Jahren des erfaßten Zeitabschnitts unter Mißernten zu leiden hatte, und Kuba den überwiegenden Teil seiner Zuckererzeugung zu festen Preisen in den USA absetzen konnte. Die Exportwertschwankungen waren im Durchschnitt ausgeprägter als die der verursachenden Preis- und Volumenveränderungen.

Tabelle 14 : Durchschnittliche jährliche Veränderungen in Preis, Menge und Wert der Exporte von 12 Rohstoffen aus 12 Ländern, 1948 - 1960 (in Prozent)

Land	Jährliche Veränderungen in Preis [4]	Menge	Wert	Rohstoff
Ägypten	20,3	13,8	11,4	Baumwolle
Argentinien [1]	8,0	24,1	24,8	Weizen
Australien	20,7	18,8	21,8	Wolle
Brasilien [2]	23,0	16,0	15,3	Kaffee
Burma	11,9	15,6	12,6	Reis
Ceylon	10,4	4,6	9,4	Tee
Ghana	28,7	11,8	19,4	Kakao
Indonesien	31,6	16,9	46,3	Kautschuk
Kuba [3]	8,2	7,8	14,1	Zucker
Malaya	13,1	15,4	17,2	Zinn
Pakistan	18,2	14,0	16,0	Jute
Türkei	6,9	19,4	22,4	Tabak
Durchschnitt	16,7	15,9	19,2	

1) 1952, 1954-1960 2) 1948 - 1956 3) 1948 - 1959
4) Abweichungen vom jährlichen Durchschnitt monatlicher Notierungen
Quelle : IMF, Int.Fin.Statistics, Vol.III-XIV, 1950 - 1961

1) Vergl. Tabelle 9

In dieser Aufstellung sind bei Baumwolle, Jute, Kaffee, Kakao, Kautschuk und Wolle besonders ausgeprägte Preisfluktuationen, bei Kaffee, Kautschuk, Tabak, Weizen und Wolle überdurchschnittliche Mengenschwankungen und bei Kautschuk, Tabak, Weizen und Wolle erhebliche Exportwertveränderungen zu erkennen.

Im Durchschnitt der 12 Länder ergibt sich, gemessen am Gesamtexport dieser Länder, eine um 30 % größere Veränderung des Exportwertes der 12 Rohstoffe (19,2 % gegenüber 14,9%, vgl. Tabelle 15). Allein zwei Länder fallen aus diesem Rahmen. In Burma beeinflußten staatliche Maßnahmen die Reispreise. In Malaya hielten die stabilisierenden Auswirkungen des Zinnabkommens die Veränderungen des Zinnpreises in Grenzen, während in den Schwankungen des Gesamtexportwertes die starken Preisbewegungen des von diesem Land ebenfalls in großem Umfang exportierten Kautschuks Ausdruck finden. Wie an den Daten Indonesiens zu sehen ist, unterliegt der Handel dieses Agrarprodukts besonders ausgeprägten Veränderungen. Im Falle Pakistans sind die Daten etwa gleich. In allen übrigen Gebieten waren die Störungen bei den einzelnen Grundstoffen - teilweise erheblich - stärker als im Gesamtexport.

Tabelle 15 : Durchschnittlicher Anteil eines Rohstoffs an den Gesamtexporten, durchschnittliche jährliche Veränderungen des gesamten Exportwerts und der Einnahmen aus dem Export eines Rohstoffs in 12 Ländern, 1948 - 1960 (in Prozent)

Land	Anteil eines Rohstoffs am Gesamtexport	Jährlicher Gesamt-export	Veränderungen Export eines Rohstoffs	Rohstoff
Ägypten	75,8	10,1	11,4	Baumwolle
Argentinien [1]	16,8	19,5	24,8	Weizen
Australien	46,4	10,2	21,8	Wolle
Brasilien	60,6	10,4	15,3	Kaffee
Burma	75,9	14,0	12,6	Reis
Ceylon	57,0	9,2	9,4	Tee
Ghana	72,0	13,7	19,4	Kakao
Indonesien	38,3	22,2	46,3	Kautschuk
Kuba [2]	80,1	13,4	14,1	Zucker
Malaya	17,2	23,5	17,2	Zinn
Pakistan	46,2	16,2	16,0	Jute
Türkei	27,8	16,2	22,4	Tabak
Durchschnitt	51,2	14,9	19,2	

1) ohne 1953
2) 1948 -1959

Quelle : IMF, Int.Fin.Statistics, Vol.III-XIV, 1950 - 1961

3.32 Das Ausmaß der jährlichen Exportwertveränderungen

Nach der Darstellung der durchschnittlichen Ergebnisse in 12 verschiedenen Ländern soll nunmehr der Entwicklung der Exportergebnisse und dem Einfluß der jeweiligen untersuchten Rohstoffe in den einzelnen Jahren von 1948 - 1960 nachgegangen werden, um neben normalen Veränderungen im Rohstoffhandel auch einmal das Ausmaß der Störungen durch eine politische Krise sichtbar zu machen (Stat.Anhang, Tab. 15 A - 26 B, S. 36 ff).

Zum Grundsätzlichen sei bemerkt, daß alle wertbezogenen Daten auf Ausgangszahlen mit Dollarbasis beruhen, um Ungenauigkeiten aus Paritätsveränderungen auszuschalten.

Die Spalten 1 - 3 zeigen die laufenden Veränderungen in Preis, Exportvolumen und Exportwert eines Rohstoffs. Die Spalten 5 - 7 weisen eine gemeinsame Basis auf und sind somit direkt vergleichbar. Die Zahlen der Spalte 8 ergeben sich aus denen der Spalte 7, multipliziert mit einem von Jahr zu Jahr verschiedenen Faktor (Wert aus Spalte 4 / durch 100 minus Wert aus Spalte 4). Dadurch erhalten die Ergebnisse das gleiche Gewicht wie die Werte der Spalte 6 und zeigen im Vergleich beider Reihen (Relativwerte), um wieviel stabiler bzw. instabiler die Exporterlöse des einen Rohstoffs im Verhältnis zu denen der übrigen Produkte waren.

Veränderungen in Preis, Menge und Wert der einzelnen, exportierten Rohstoffe (Spalten 1 - 3)

In der Mehrzahl der Länder - Ägypten, Australien, Brasilien, Ceylon bis 1956, Ghana, Indonesien, Pakistan, - waren die jährlichen Preisveränderungen weitaus heftiger als die der Mengen. Vor allem bei den industriellen Rohstoffen machte sich die Koreakrise zu Beginn der 50er Jahre stark bemerkbar, während Genuß- und Grundnahrungsmittel weniger betroffen waren. In Argentinien, Burma und der Türkei war eher das Exportvolumen stärkeren Schwankungen unterworfen. Da es sich in allen drei Ländern um landwirtschaftliche Basisprodukte handelt, dürfte der Hauptgrund im wechselnden Ernteausfall zu suchen sein.

Einzig bei Kuba und Malaya zeichnet sich keine eindeutige Entwicklung ab. Die Kräfte, die die übrigen Märkte beeinflußten, konnten hier nicht voll zur Geltung kommen, da bilaterale (USA-Kuba) und multilaterale Abkommen (Zinnabkommen) regulierend auf Preise und Exportvolumen wirkten.

Entsprechend einer deutlichen Konjunkturabhängigkeit war der Exportwert industrieller Rohstoffe den größten Veränderungen ausgesetzt. Dies ist besonders in Indonesien festzustellen. Einen Ausnahmefall stellte die Weizenausfuhr Argentiniens dar. Bedingt durch eine katastrophale Missernte sank der Getreideanteil am Gesamtexport von 15 % im Jahre 1951 auf weniger als 1 % im Jahre 1952 ab.

Prozentualer Anteil einzelner Rohstoffe am Wert der Gesamtausfuhr (Spalte 4)

Bei der Hälfte [1] der Länder - Ägypten, Argentinien, Australien, Burma, Kuba, Pakistan - nimmt der Anteil eines Rohstoffs am Wert der Gesamtausfuhr ab. Dies deutet auf eine allmähliche Strukturwandlung in der Wirtschaft dieser Gebiete hin. In den übrigen der hier erfassten Staaten ist noch keine eindeutige Tendenz erkennbar.

Die Auswirkungen der politischen Störung im fernen Osten werden hier durch die Zunahme des prozentualen Anteils "strategisch" wichtiger Rohstoffe am Exporterlös sichtbar. Die Ausfuhrentwicklung in Ägypten (Baumwolle), Australien (Wolle) und Indonesien (Kautschuk) zeigt während des Koreakonflikts einen teilweise erheblichen Anstieg des Exportwertanteils dieser Urprodukte. Die entsprechenden Zahlen für Malaya täuschen insofern, als das wichtigste Exporterzeugnis Kautschuk (50 % der Gesamtausfuhr) besonders starken Preiserhöhungen ausgesetzt war, während der Zinnpreis relativ stabil blieb.

---

1) Bei einem Vergleich mit Tab. 10, S. 25, zeigt sich, daß der Anteil dieser Länder mehr als nur ca. 50% beträgt. Die Ursache dieser Verzerrung liegt in der geringen Zahl der an dieser Stelle erfaßten Länder und ist als Zufallsabweichung zu betrachten.

Bei Grundnahrungs- und Genußmitteln ist dagegen für diesen Zeitraum keine derartige Tendenz feststellbar. Die relativen Exportwertsteigerungen hielten sich bei diesen Grundstoffen im Rahmen der generellen Zunahme des jeweiligen Gesamtexportwertes.

Jährliche prozentuale Veränderungen des Wertes der Gesamtausfuhr, des Exports eines Rohstoffs und der übrigen Ausfuhr (Spalten 5 - 8)

Die jährlichen Veränderungen der gesamten Exporterlöse streuten in einem weiten Bereich. Es ist jedoch interessanterweise festzustellen, daß die Störungen mit positiven Vorzeichen überall stärker ausgeprägt waren als die negativer Richtung. Argentinien mit +64,0 % und - 33,6 %, Malaya mit + 68,0 % und - 36,8 % stellen Extremwerte auf der einen Seite, Kuba mit + 21,4 % und - 17,7 % auf der anderen Seite dar. Die Streuung war dort am geringsten, wo Regulierungen in irgendeiner Form angestrebt wurden.

In 5 Ländern (Ägypten, Burma, Ceylon, Kuba, Pakistan) übertrafen die relativen Veränderungen der übrigen Exporte eindeutig die einzelnen Basisprodukte (Spalte 6 und 8). Dagegen herrschte in Brasilien und Malaya nur in den ersten Jahren dieser Periode eine größere Instabilität vor. In den übrigen Ländern waren die entsprechenden Schwankungen allgemein geringer.

Die Daten der Tabellen 11 - 27 ergänzen die schon früher gewonnenen Erkenntnisse und führen - zusammengefaßt - zu folgenden Ergebnissen :

1. Die Veränderungen in Preis und Volumen der gesamten Ausfuhr zeigen im Durchschnitt mehrerer Länder normalerweise etwa die gleiche Größenordnung. Ähnliches gilt für die Ausfuhr einzelner Rohstoffe. In der Mehrzahl der einzelnen Regionen übertreffen jedoch die Preisschwankungen bei weitem die Volumenänderungen. Marktregulierungen in einigen anderen Gebieten bewirkten ein umgekehrtes Verhältnis.
2. Die den Exportwert bestimmenden Faktoren Preis und Menge bewegen sich häufig in gleicher Richtung und verstärken sich damit beträchtlich in ihren Auswirkungen. Die effektive Bedeutung der Veränderungen in den Exporterlösen ist jedoch etwas geringer, als in den geldwertbezogenen Daten zum Ausdruck kommt, da in Zeiten sinkender Rohstoffpreise zumeist auch die Importpreise für industrielle Erzeugnisse zurückgehen.
3. Länder, deren Exporte im wesentlichen durch einen Rohstoff bestimmt werden, sind normalerweise stärkeren Exportwertveränderungen unterworfen als solche mit heterogener Wirtschaftsstruktur. Regulierende Eingriffe gleichen dies in einigen Fällen jedoch wieder aus.
4. Die Veränderungen im Exportwert einzelner Rohstoffe übersteigen in der Regel die der Gesamtausfuhr. Ausnahmen bilden einzelne Länder, in denen die Erzeugung primär auf die Gewinnung eines Rohstoffs abgestellt ist, während den übrigen Produktionsbereichen noch wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Damit sind die übrigen Exporte Veränderungen unterworfen, die teilweise weit über die des Hauptexportprodukts hinaus gehen.
5. Der Exportwert industrieller Rohstoffe weist stärkere Veränderungen auf als die Ausfuhr von Grundnahrungsmitteln.
   Die Größenordnung der jährlichen Exportwertveränderungen in den Rohstoffländern läßt an der Dringlichkeit ausgleichender Eingriffe auf den Weltrohstoffmärkten wohl kaum mehr Zweifel aufkommen. Aber auch die Notwendigkeit vermehrter interner Bemühungen um eine Veränderung der Wirtschaftsstruktur in der Mehrzahl der Entwicklungsgebiete ist nicht zu übersehen.

Tabelle 16 A : Ägypten
Jährliche Veränderungen in Preis, Menge und Wert der Baumwollexporte und Anteil der Baumwolle am Gesamtexport 1948 - 1960 (in Prozent)

Jahr	Baumwollausfuhr, jährliche Veränderung in Preis	Menge	Wert	Baumwolle, Anteil am Gesamtexport
	(1)	(2)	(3)	(4)
1948	--	--	--	79
1949	- 10,2	+ 4,0	- 15,8	77
1950	- 31,8	+ 8,7	+ 9,4	84
1951	+ 66,8	- 33,9	+ 8,6	79
1952	- 34,8	+ 5,4	- 22,8	84
1953	- 28,0	+ 28,2	- 6,8	82
1954	+ 17,0	- 17,0	- 2,4	78
1955	- 1,7	+ 3,6	- 6,3	73
1956	+ 8,8	- 15,0	- 6,7	70
1957	+ 12,0	+ 11,8	+ 24,3	72
1958	- 17,1	+ 6,2	- 11,5	67
1959	- 11,2	+ 13,6	0,0	71
1960	+ 3,9	+ 17,4	+ 22,1	70

Tabelle 16 B : Ägypten
Jährliche Veränderungen des Wertes der Gesamt-, der Baumwoll- und der übrigen Ausfuhr, bezogen auf den Gesamtexport 1948 - 1960 (in Prozent)

Jahr	Jährliche Veränderung im Gesamtexport	Baumwollexport	übrigen Export	übrigen Export [1]
	(1)	(2)	(3)	(4)
1948	--	--	--	--
1949	- 3,1	+ 1,0	- 4,1	- 13,7
1950	- 28,7	- 18,8	- 9,9	- 52,0
1951	+ 34,8	+ 16,7	+ 18,1	+ 68,2
1952	+ 24,8	+ 15,2	+ 9,6	+ 50,5
1953	- 10,0	- 6,3	- 3,7	- 16,8
1954	+ 6,0	+ 10,0	- 4,0	- 14,2
1955	- 10,4	- 12,2	+ 1,8	+ 4,9
1956	+ 10,5	+ 4,7	+ 5,8	+ 13,5
1957	- 7,6	- 4,3	- 3,3	- 8,5
1958	- 16,5	- 12,4	- 4,1	- 8,3
1959	+ 16,1	+ 8,0	+ 8,1	+ 19,8
1960	0,0	- 2,7	+ 2,7	+ 6,3

1) andere Basis, direkt vergleichbar mit Spalte (6)

Quelle : Die Werte der Tabellen 16 A bis 27 B wurden errechnet aus den Länderstatistiken in : IMF, Int.Fin.Statistics, Vol.III-XIV, 1950 - 1961

Tabelle 17 A : Argentinien
Jährliche Veränderungen in Preis, Menge und Wert der Weizenexporte und Anteil des Weizens am Gesamtexport 1948 - 1960 (in Prozent)

Jahr	Weizenausfuhr, jährliche Veränderung in Preis	Menge	Wert	Weizen, Anteil am Gesamtexport
	(1)	(2)	(3)	(4)
1948	--	--	--	25
1949	--	- 15,1	- 35,5	23
1950	--	+ 48,3	- 29,9	14
1951	--	- 11,0	+ 20,6	15
1952	+ 15,3	- 92,0	- 97,5	1
1953	+ 2,0	+ 4900,0	+ 4900,0	22
1954	- 28,0	+ 16,0	- 16,0	18
1955	- 1,4	+ 23,3	+ 20,2	27
1956	- 9,9	- 30,0	+ 36,6	17
1957	- 3,1	+ 5,0	+ 1,7	16
1958	0,0	- 20,0	- 2,0	13
1959	- 4,8	+ 13,1	+ 5,8	14
1960	+ 1,7	+ 3,2	+ 7,3	13

Tabelle 17 B : Argentinien
Jährliche Veränderungen des Wertes der Gesamt-, der Weizen- und übrigen Ausfuhr, bezogen auf den Gesamtexport 1948 - 1960 (in Prozent)

Jahr	Jährliche Veränderung im Gesamtexport	Weizenexport	übrigen Export	übrigen Export [1]
	(5)	(6)	(7)	(8)
1948	--	--	--	--
1949	- 33,6	- 11,8	- 21,8	- 6,5
1950	+ 45,8	- 7,5	+ 53,3	+ 8,7
1951	- 14,1	+ 2,5	- 16,6	- 2,9
1952	- 41,4	- 16,5	- 24,9	- 0,2
1953	+ 64,0	+ 34,6	+ 29,4	+ 8,3
1954	- 9,0	- 3,4	- 5,6	- 1,2
1955	- 9,9	+ 4,0	- 13,9	- 5,1
1956	+ 2,4	- 7,1	+ 9,5	+ 1,9
1957	+ 3,6	+ 0,3	+ 3,3	+ 0,6
1958	+ 1,1	- 3,2	+ 4,3	+ 0,6
1959	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,1
1960	+ 7,9	+ 1,0	+ 6,9	+ 1,0

1) andere Basis, direkt vergleichbar mit Spalte (6)

Quelle : siehe Tabelle 16

Tabelle 18 A : Australien

Jährliche Veränderungen in Preis, Menge und Wert der Wolleexporte und Anteil der Wolle am Gesamtexport 1948 - 1960 (in Prozent)

Jahr	Wolleausfuhr, jährliche Veränderung in Preis	Menge	Wert	Wolle, Anteil am Gesamtexport
	(1)	(2)	(3)	(4)
1948	--	--	--	39
1949	+ 9,4	+ 9,3	+ 26,9	47
1950	+ 91,3	- 3,8	+ 72,0	57
1951	+ 22,6	- 18,6	+ 12,3	53
1952	- 35,3	+ 16,8	- 23,6	49
1953	+ 13,6	+ 3,1	+ 14,1	49
1954	- 8,0	+ 10,0	- 18,0	48
1955	- 15,2	+ 15,5	0,0	46
1956	+ 5,1	+ 3,8	+ 6,1	45
1957	+ 9,8	+ 12,9	+ 29,9	50
1958	- 31,1	- 13,1	- 38,1	41
1959	+ 1,6	+ 19,8	+ 15,7	39
1960	+ 4,8	- 3,9	0,0	40

Tabelle 18 B : Australien

Jährliche Veränderungen des Wertes der Gesamt-, der Wolle- und übrigen Ausfuhr, bezogen auf den Gesamtexport 1948 - 1960 (in Prozent)

Jahr	Jährliche Veränderung in Gesamtexport	Weizenexport	übrigen Export	übrigen Export [1]
	(5)	(6)	(7)	(8)
1948	--	--	--	--
1949	+ 10,1	+ 5,2	+ 4,9	+ 4,3
1950	+ 33,0	+ 37,6	- 4,6	- 6,1
1951	+ 7,0	+ 22,1	- 15,1	- 17,0
1952	- 12,3	- 17,5	+ 5,2	+ 5,1
1953	+ 9,2	+ 17,6	- 8,4	- 8,2
1954	- 8,8	- 16,0	+ 7,2	+ 6,6
1955	0,0	+ 4,8	- 4,8	- 4,1
1956	+ 2,8	+ 7,9	- 5,1	- 4,2
1957	+ 13,4	+ 17,9	- 4,5	- 4,5
1958	- 18,8	- 16,1	- 2,7	- 1,9
1959	+ 6,4	+ 20,3	- 13,1	- 8,4
1960	0,0	- 1,0	+ 1,0	+ 0,7

1) andere Basis, direkt vergleichbar mit Spalte (6)

Quelle : siehe Tabelle 16

Tabelle 19 A : Brasilien

Jährliche Veränderungen in Preis, Menge und Wert der Kaffeexporte und Anteil des Kaffees am Gesamtexport 1948 - 1960 (in Prozent)

Jahr	Kaffeeausfuhr, jährliche Veränderung in Preis	Menge	Wert	Kaffee, Anteil am Gesamtexport
	(1)	(2)	(3)	(4)
1948	--	--	--	42
1949	+ 22,5	+ 10,7	+ 28,9	58
1950	+ 65,3	- 23,4	+ 36,3	64
1951	+ 4,9	+ 10,5	+ 22,8	60
1952	+ 8,2	- 2,9	- 2,1	74
1953	+ 8,7	- 2,0	+ 5,3	71
1954	+ 39,0	- 30,0	- 13,0	61
1955	- 30,2	+ 25,7	- 10,3	59
1956	+ 5,2	+ 22,7	+ 20,5	70
1957	--	- 14,8	- 17,0	61
1958	--	- 9,8	- 19,2	55
1959	--	+ 34,9	+ 6,3	57
1960	--	- 3,6	- 1,5	56

Tabelle 19 B : Brasilien

Jährliche Veränderungen des Wertes der Gesamt-, der Kaffee- und übrigen Ausfuhr, bezogen auf den Gesamtexport 1948 - 1960 (in Prozent)

Jahr	Jährliche Veränderung im Gesamtexport	Kaffee-Export	übrigen Export	übrigen Export [1]
	(5)	(6)	(7)	(8)
1948	--	--	--	--
1949	- 6,6	+ 12,2	- 18,8	- 26,0
1950	+ 22,5	+ 21,0	+ 1,5	+ 2,7
1951	+ 31,0	+ 14,7	+ 16,3	+ 24,4
1952	- 20,2	- 1,2	- 19,0	- 54,1
1953	+ 9,9	+ 3,9	+ 6,0	+ 14,7
1954	+ 1,0	- 9,2	+ 10,2	+ 16,0
1955	- 8,9	- 6,3	- 2,6	- 3,7
1956	+ 4,3	+ 12,3	- 8,0	- 18,7
1957	- 6,3	- 11,8	+ 5,5	+ 8,1
1958	- 10,0	- 11,8	+ 1,8	+ 2,2
1959	+ 2,4	+ 3,5	- 1,1	- 1,5
1960	- 1,2	- 0,9	- 0,3	- 0,4

1) andere Basis, direkt vergleichbar mit Spalte (6)

Quelle : siehe Tabelle 16

Tabelle 20 A : Burma

Jährliche Veränderungen in Preis, Menge und Wert der Reisexporte und Anteil des Reis am Gesamtexport 1948 - 1960 (in Prozent)

Jahr	Reisausfuhr, jährliche Veränderung in Preis	Menge	Wert	Reis, Anteil am Gesamtexport
	(1)	(2)	(3)	(4)
1948	--	--	--	77
1949	+ 7,1	- 4,9	+ 1,4	81
1950	+ 6,7	- 9,5	- 23,3	87
1951	+ 4,7	+ 26,7	+ 19,2	77
1952	+ 26,9	- 15,8	+ 19,7	74
1953	+ 17,6	- 10,7	- 15,8	75
1954	- 25,0	+ 50,0	+ 13,3	80
1955	- 20,0	+ 8,7	- 15,3	76
1956	- 8,3	+ 14,7	+ 6,2	73
1957	- 5,4	- 3,7	- 5,9	74
1958	+ 7,7	- 20,5	- 16,7	74
1959	- 7,1	+ 21,0	+ 10,8	71
1960	- 5,8	+ 1,2	- 3,8	68

Tabelle 20 B : Burma

Jährliche Veränderungen des Wertes der Gesamt-, der Reis- und übrigen Ausfuhr, bezogen auf den Gesamtexport 1948 - 1960 (in Prozent)

Jahr	Jährliche Veränderung um Gesamtexport	Reisexport	übrigen Export	übrigen Export [1]
	(5)	(6)	(7)	(8)
1948	--	--	--	--
1949	- 3,1	+ 1,0	- 4,1	- 17,5
1950	- 28,7	- 18,8	- 9,9	- 66,2
1951	+ 34,8	+ 16,7	+ 18,1	+ 60,6
1952	+ 24,8	+ 15,2	+ 9,6	+ 27,3
1953	- 10,0	- 6,3	- 3,7	- 11,1
1954	+ 6,0	+ 10,0	- 4,0	- 16,0
1955	- 10,4	- 12,2	+ 1,8	+ 5,7
1956	+ 10,5	+ 4,7	+ 5,8	+ 15,7
1957	- 7,6	- 4,3	- 3,3	- 9,4
1958	- 16,5	- 12,4	- 4,1	- 11,6
1959	+ 16,1	+ 8,0	+ 8,1	+ 19,8
1960	0,0	- 2,7	+ 2,7	+ 5,7

1) andere Basis, direkt vergleichbar mit Spalte 6

Quelle : siehe Tabelle 16

Tabelle 21 A : Ceylon

Jährliche Veränderungen in Preis, Menge und Wert der Tee-Exporte und Anteil des Tees am Gesamtexport 1948 - 1960 (in Prozent)

Jahr	Teeausfuhr, jährliche Veränderung in Preis	Menge	Wert	Tee, Anteil am Gesamtexport
	(1)	(2)	(3)	(4)
1948	--	--	--	58
1949	+ 18,5	+ 1,1	+ 0,9	61
1950	+ 15,5	0,0	- 11,9	48
1951	- 1,9	+ 2,2	+ 7,3	42
1952	- 14,3	+ 3,3	- 7,7	48
1953	+ 11,1	+ 6,4	+ 14,1	53
1954	+ 36,0	+ 8,0	+ 36,2	62
1955	- 5,1	0,0	- 0,7	62
1956	- 6,2	- 3,7	- 6,3	60
1957	- 12,4	+ 5,8	- 3,0	61
1958	- 3,8	+11,8	+ 11,6	66
1959	+ 3,9	- 6,5	- 7,6	60
1960	- 3,8	+ 6,1	+ 5,3	60

Tabelle 21 B : Ceylon

Jährliche Veränderungen des Wertes der Gesamt-, der Tee- und übrigen Ausfuhr, bezogen auf den Gesamtexport 1948 - 1960 (in Prozent)

Jahr	Jährliche Veränderungen im Gesamtexport	Tee-Export	übrigen Export	übrigen Export [1]
	(5)	(6)	(7)	(8)
1948	--	--	--	--
1949	- 4,3	+ 0,5	- 4,8	- 7,5
1950	+ 12,3	- 7,3	+ 19,6	+18,0
1951	+ 22,0	+ 3,5	+ 18,5	+13,4
1952	- 21,3	- 4,5	- 16,8	- 15,5
1953	+ 4,2	+ 6,8	- 2,6	- 2,9
1954	+ 15,0	+19,0	- 4,0	- 6,5
1955	+ 7,8	- 0,4	+ 8,2	+13,4
1956	- 10,5	- 3,6	- 6,9	- 10,3
1957	- 3,6	- 1,8	- 1,8	- 2,8
1958	+ 1,9	+ 7,0	- 5,1	- 9,9
1959	+ 2,8	- 5,0	+ 7,8	+11,7
1960	+ 4,5	+ 3,1	+ 1,4	+ 2,1

1) andere Basis, direkt vergleichbar mit Spalte (6)

Quelle : siehe Tabelle 16

Tabelle 22 A : Ghana

Jährliche Veränderungen in Preis, Menge und Wert der Kakaoexporte und Anteil des Kakaos am Gesamtexport 1948 - 1959 (in Prozent)

Jahr	Kakaoausfuhr, jährliche Veränderung in Preis	Menge	Wert	Kakao, Anteil am Gesamtexport
	(1)	(2)	(3)	(4)
1948	--	--	--	85
1949	- 35,6	+ 20,6	- 29,0	74
1950	+ 65,3	+ 1,8	+ 22,2	78
1951	+ 29,0	- 14,2	+ 13,6	72
1952	- 6,3	- 7,1	- 13,3	68
1953	- 3,8	+ 11,1	+ 7,7	70
1954	+ 67,0	- 10,0	+ 50,0	81
1955	- 19,7	- 3,3	- 21,9	76
1956	- 31,3	+ 12,1	- 22,0	65
1957	- 10,8	+ 11,1	- 1,6	62
1958	+ 62,2	- 23,6	+ 22,2	66
1959	- 12,8	+ 26,2	+ 10,4	67

Tabelle 22 B : Ghana

Jährliche Veränderungen des Wertes der Gesamt-, der Kakao- und übrigen Ausfuhr, bezogen auf den Gesamtexport 1948 - 1960 (in Prozent)

Jahr	Jährliche Veränderung im Gesamtexport	Kakaoexport	übrigen Export	übrigen Export [1]
	(5)	(6)	(7)	(8)
1948	--	--	--	--
1949	- 18,9	+ 24,5	+ 5,6	+ 15,9
1950	+ 16,4	+ 16,4	0,0	0,0
1951	+ 22,4	+ 10,6	+11,8	+ 30,3
1952	- 7,7	- 9,6	+ 1,9	+ 4,0
1953	+ 4,2	+ 5,2	- 1,0	- 2,3
1954	+ 30,0	+ 35,0	- 5,0	- 21,3
1955	- 16,9	- 17,7	+ 0,8	+ 2,5
1956	- 8,3	- 16,7	+ 8,4	+ 15,6
1957	+ 3,0	- 1,0	+ 2,0	+ 3,3
1958	+ 14,7	+ 13,7	+ 1,0	+ 1,9
1959	+ 8,5	+ 6,8	+ 1,7	+ 3,5

1) andere Basis, direkt vergleichbar mit Spalte (6)

Quelle : siehe Tabelle 16

Tabelle 23 A : Indonesien

Jährliche Veränderungen in Preis, Menge und Wert der Kautschukexporte und Anteil des Kautschuks am Gesamtexport 1948 - 1960 (in Prozent)

Jahr	Kautschukausfuhr, jährliche Veränderung in Preis	Menge	Wert	Kautschuk, Anteil am Gesamtexport
	(1)	(2)	(3)	(4)
1948	--	--	--	24
1949	- 14,3	+ 48,7	+ 21,7	22
1950	+ 83,0	+ 63,7	+192,8	43
1951	+ 70,6	+ 12,6	+ 90,3	51
1952	- 38,1	+ 2,8	- 33,3	45
1953	- 33,8	- 9,1	- 37,2	32
1954	- 4,0	+ 4,0	0,0	31
1955	+ 63,5	- 1,9	+ 62,5	46
1956	- 7,6	- 7,8	- 19,3	40
1957	- 9,0	+ 1,1	- 2,4	36
1958	- 14,4	- 12,6	- 24,4	35
1959	+ 25,7	+ 18,1	+ 61,3	48
1960	+ 14,8	- 20,4	- 10,0	45

Tabelle 23 B : Indonesien

Jährliche Veränderungen des Wertes der Gesamt-, der Kautschuk- und übrigen Ausfuhr, bezogen auf den Gesamtexport 1948 - 1960 (in Prozent)

Jahr	Jährliche Veränderung im Gesamtexport	Kautschukexport	übrigen Export	übrigen Export [1]
	(5)	(6)	(7)	(8)
1948	--	--	--	--
1949	+ 34,0	+ 5,3	+ 28,7	+ 8,1
1950	+ 50,7	+ 42,9	+ 7,8	+ 5,9
1951	+ 62,1	+ 39,0	+ 23,1	+ 24,0
1952	- 27,9	- 17,5	- 10,4	- 8,5
1953	- 9,9	- 17,1	+ 7,2	+ 3,4
1954	+ 3,0	0,0	+ 3,0	+ 1,3
1955	+ 9,7	+ 19,4	- 9,7	- 8,2
1956	- 7,1	- 8,9	+ 1,8	+ 1,2
1957	+ 9,5	- 0,9	+ 10,4	+ 5,8
1958	- 21,7	- 8,7	- 13,0	- 7,0
1959	+ 26,7	+ 21,1	+ 5,6	+ 5,2
1960	- 3,8	- 4,8	+ 1,0	+ 0,8

1) andere Basis, direkt vergleichbar mit Spalte (6)

Quelle : siehe Tabelle 16

Tabelle 24 A : Kuba

Jährliche Veränderungen in Preis, Menge und Wert der Zuckerexporte und Anteil des Zuckers am Gesamtexport 1948 - 1959 (in Prozent)

Jahr	Zuckerausfuhr, jährliche Veränderung in Preis	Menge	Wert	Zucker, Anteil am Gesamtexport
	(1)	(2)	(3)	(4)
1948	--	--	--	89
1949	+ 1,9	- 12,1	- 18,8	88
1950	+11,5	+ 4,3	+ 7,7	85
1951	+ 7,7	+ 2,0	+ 17,9	83
1952	- 12,8	- 5,0	- 13,1	83
1953	- 8,2	+ 5,3	- 9,3	78
1954	- 4,0	- 21,0	- 16,7	77
1955	- 3,1	+11,4	+ 9,2	77
1956	+ 5,4	+12,5	+ 9,9	75
1957	+22,4	- 1,0	+ 24,4	77
1958	- 15,8	+ 6,1	- 10,3	77
1959	- 6,9	- 12,5	- 17,3	72

Tabelle 24 B : Kuba

Jährliche Veränderungen des Wertes der Gesamt-, der Zucker- und übrigen Ausfuhr, bezogen auf den Gesamtexport 1948 - 1959 (in Prozent)

Jahr	Jährliche Veränderung im Gesamtexport	Zuckerexport	übrigen Export	übrigen Export [1]
	(5)	(6)	(7)	(8)
1948	--	--	--	--
1949	- 17,7	- 16,8	- 0,9	- 6,6
1950	+12,5	+ 6,8	+ 5,7	+32,3
1951	+20,2	+15,2	+ 5,0	+24,4
1952	- 13,4	- 10,9	- 2,5	- 12,2
1953	- 2,9	- 7,8	+ 4,9	+17,3
1954	- 16,0	- 13,0	- 3,0	- 10,0
1955	+ 9,5	+ 7,2	+ 2,3	+ 7,7
1956	+13,2	+ 7,7	+ 5,5	+16,5
1957	+21,4	+18,4	+ 3,0	+10,0
1958	- 9,6	- 8,0	- 1,6	- 5,3
1959	- 11,5	- 13,3	+ 1,8	+ 4,6

1) andere Basis, direkt vergleichbar mit Spalte (6)

Quelle : siehe Tabelle 16

Tabelle 25 A : Malaya

Jährliche Veränderungen in Preis, Menge und Wert der Zinnexporte und Anteil des Zinns am Gesamtexport 1948 - 1960 (in Prozent)

Jahr	Zinnausfuhr, jährliche Veränderung in			Zinn, Anteil
	Preis	Menge	Wert	am Gesamtexport
	(1)	(2)	(3)	(4)
1948	--	--	--	19
1949	+ 8,0	+ 32,9	+ 15,8	23
1950	+ 24,7	+ 25,8	+ 9,1	15
1951	+ 44,5	- 11,1	+ 29,2	15
1952	+ 30,6	0,0	- 6,5	22
1953	- 24,2	- 3,8	- 24,1	22
1954	- 3,0	+ 8,0	0,0	22
1955	+ 4,1	+ 0,9	+ 4,5	16
1956	+ 4,9	+ 0,9	+ 8,7	18
1957	- 3,8	- 9,1	- 12,0	16
1958	- 1,0	- 34,0	- 36,4	12
1959	+ 7,9	- 3,0	+ 7,2	10
1960	- 0,9	+ 54,7	+ 53,4	13

Tabelle 25 B : Malaya

Jährliche Veränderungen des Wertes der Gesamt-, der Zinn- und übrigen Ausfuhr, bezogen auf den Gesamtexport 1948 - 1960 (in Prozent)

Jahr	Jährliche Veränderung im			
	Gesamtexport	Zinnexport	übrigen Export	übrigen Export [1]
	(5)	(6)	(7)	(8)
1948	--	--	--	--
1949	- 4,0	+ 3,0	- 7,0	- 2,1
1950	+ 68,0	+ 2,1	+ 65,9	+ 11,6
1951	+ 30,0	+ 4,3	+ 25,7	+ 4,5
1952	- 36,8	- 0,9	- 35,9	- 10,1
1953	- 25,4	- 5,2	- 20,2	- 5,7
1954	+ 2,0	0,0	+ 2,0	+ 5,6
1955	+ 45,0	+ 1,0	+ 44,0	+ 8,4
1956	- 4,7	+ 1,3	- 6,0	- 0,2
1957	- 2,8	- 2,1	- 0,7	- 1,3
1958	- 13,9	- 5,8	- 8,1	- 1,1
1959	+ 31,4	+ 0,8	+ 30,6	+ 3,4
1960	+ 18,0	+ 5,2	+ 12,8	+ 1,9

1) andere Basis, direkt vergleichbar mit Spalte (6)

Quelle : siehe Tabelle 16

Tabelle 26 A : Pakistan
Jährliche Veränderungen in Preis, Menge und Wert der Juteexporte und Anteil der Jute am Gesamtexport 1948 - 1960 (in Prozent)

Jahr	Juteausfuhr, jährliche Veränderung in Preis	Menge	Wert	Jute, Anteil am Gesamtexport
	(1)	(2)	(3)	(4)
1948	--	--	--	52
1949	--	- 13,1	- 13,8	46
1950	- 14,0	+ 31,5	+ 4,0	47
1951	+ 25,8	+ 13,5	+ 53,8	46
1952	- 27,0	- 22,0	- 40,0	40
1953	- 31,5	+ 16,3	- 18,7	39
1954	+ 6,0	- 9,0	- 2,6	46
1955	+ 11,3	+ 9,9	+ 10,5	46
1956	+ 32,2	- 15,0	- 14,3	46
1957	+ 9,6	- 4,7	+ 5,6	46
1958	- 6,5	+ 14,8	+ 5,3	58
1959	- 9,4	- 10,7	- 17,5	45
1960	+ 27,0	- 7,2	+ 18,2	43

Tabelle 26 B : Pakistan
Jährliche Veränderungen des Wertes der Gesamt-, der Jute- und übrigen Ausfuhr, bezogen auf den Gesamtexport 1948 - 1960 (in Prozent)

Jahr	Jährliche Veränderung im Gesamtexport	Juteexport	übrigen Export	übrigen Export [1]
	(5)	(6)	(7)	(8)
1948	--	--	---	--
1949	- 3,6	- 7,1	+ 3,5	+ 3,1
1950	+ 2,8	+ 1,9	+ 0,9	+ 0,8
1951	+ 56,7	+ 25,2	+ 31,5	+ 26,8
1952	- 30,4	- 18,4	- 12,0	- 8,0
1953	- 17,4	- 7,4	- 10,0	- 6,4
1954	- 18,0	- 1,0	- 17,0	- 14,5
1955	+ 11,0	+ 4,9	+ 6,1	+ 5,2
1956	- 15,4	- 6,6	- 8,8	- 7,5
1957	+ 6,5	+ 2,6	+ 3,9	+ 3,3
1958	- 15,9	+ 2,4	- 18,3	- 25,3
1959	+ 5,8	- 10,1	+ 15,9	+ 13,0
1960	+ 23,3	+ 8,2	+ 15,1	+ 11,3

1) andere Basis, direkt vergleichbar mit Spalte (6)

Quelle : siehe Tabelle 16

Tabelle 27 A : Türkei

Jährliche Veränderungen in Preis, Menge und Wert der Tabakexporte und Anteil des Tabaks am Gesamtexport 1948 - 1960 (in Prozent)

Jahr	Tabakausfuhr, jährliche Veränderungen in Preis	Menge	Wert	Tabak, Anteil am Gesamtexport
	(1)	(2)	(3)	(4)
1948	--	--	--	31
1949	- 4,8	+ 57,0	+ 48,0	37
1950	+ 1,0	- 34,5	- 33,3	23
1951	- 1,0	+ 9,7	+ 8,3	21
1952	- 6,9	0,0	- 6,4	17
1953	+ 8,7	+ 26,6	+ 37,0	22
1954	+ 13,0	- 11,0	0,0	26
1955	+ 11,5	- 6,7	+ 4,0	28
1956	+ 4,8	0,0	+ 3,8	31
1957	+ 1,5	+ 48,2	+ 51,8	40
1958	- 3,0	- 26,0	- 28,0	41
1959	- 9,2	0,0	- 9,3	26
1960	- 17,8	- 13,2	- 38,3	18

Tabelle 27 B : Türkei

Jährliche Veränderungen des Wertes der Gesamt-, der Tabak- und übrigen Ausfuhr, bezogen auf den Gesamtexport 1948 - 1960 (in Prozent)

Jahr	Jährliche Veränderung im Gesamtexport	Tabakexport	übrigen Export	übrigen Export [1]
	(5)	(6)	(7)	(8)
1948	--	--	--	
1949	+ 26,0	+ 15,0	+ 11,0	+ 6,4
1950	+ 4,8	- 12,3	+ 17,1	+ 5,1
1951	+ 19,7	+ 2,0	+ 17,7	+ 4,7
1952	+ 16,4	- 1,4	+ 17,8	+ 3,6
1953	+ 8,7	+ 6,3	+ 2,4	+ 0,7
1954	- 15,0	0,0	- 15,0	- 5,2
1955	- 7,1	+ 1,0	- 8,1	- 3,1
1956	- 2,5	+ 1,1	- 3,6	- 1,6
1957	+ 13,0	+ 15,6	- 2,6	- 1,7
1958	- 28,7	- 11,4	- 17,3	- 11,7
1959	+ 43,5	- 3,8	+ 47,3	+ 16,6
1960	- 9,0	- 9,9	+ 0,9	+ 0,2

1) andere Basis, direkt vergleichbar mit Spalte (6)

Quelle : siehe Tabelle 16

4. Kapitel : Die allgemeinen Auswirkungen schwankender Rohstoffpreise in Rohstoff- und Industrieländern

4.1 Die allgemeinen Auswirkungen schwankender Rohstoffpreise in den Rohstoffländern

In den meisten Rohstoffländern steuern die Einnahmen aus Rohstoffexporten einen beträchtlichen Teil zum Sozialprodukt bei. So waren es beispielsweise im Durchschnitt der Jahre 1953/55 in Burma, Kuba, Malaya, der Südafrikanischen Union und Venezuela zwischen 30 % und 40 %, in Australien, Neuseeland und Peru zwischen 20 % und 29 % und in der Mehrzahl der übrigen Gebiete fast 20 %. Eine Ausnahme machen die teilindustrialisierten Länder Argentinien und Brasilien sowie die mit Bevölkerungsproblemen kämpfenden Regionen Asiens, Indien, Pakistan und die Türkei, in denen weniger als 10 % des Sozialprodukts auf Exporterlösen beruhen. Für alle Entwicklungsländer zusammen errechnet sich ein Durchschnitt von etwa 20 %. [1] Dieser hohe Anteil macht es erklärlich, daß jede Störung auf den Rohstoffmärkten sich unmittelbar im Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung der Rohstoffländer widerspiegelt, zumal auf einem niedrigen Stand ökonomischer Aktivität dem Außenhandel in der Regel die Aufgabe zufällt, eine Volkswirtschaft auf den Weg des wirtschaftlichen Wachstums zu bringen. [2]

Die Instabilität in den Exporteinnahmen beeinflußt die Wirtschaft der Rohstoffländer auf mehrfache Weise. Einmal verursacht sie Schwankungen in den individuellen Einkommen und damit auch in den privaten Konsum- und Investitionsausgaben, zum andern bewirkt sie Fluktuationen in der Einfuhr von Konsum- und, bedeutsamer noch, von Investitionsgütern. Darüberhinaus gibt diese Instabilität auch der staatlichen Ausgabenpolitik zahlreiche Probleme auf. [3]

Die individuellen Erzeugereinkommen im Exportsektor fluktuieren unter der vereinfachenden Annahme, daß die gesamte Produktion dem Export zugeführt wird, in relativ gleichem Ausmaß wie die gesamten Exporterlöse, falls nicht von staatlicher Seite ausgleichende Eingriffe in irgendeiner Form vorgenommen werden. Die Auswirkungen derartiger Schwankungen lassen sich am besten an einem Modellfall aufzeigen. [4] Einige vereinfachende Annahmen erleichtern die Darstellung :

1. Es werden nur ausschließlich für den Export erzeugte Rohstoffe ausgeführt.
2. Die Zahlungsbilanz befindet sich immer im Gleichgewicht.
3. Ein Viertel des Volkseinkommens besteht aus Exporteinnahmen und wird für Importgüter ausgegeben.
4. Es bestehen keinerlei staatliche Eingriffsmöglichkeiten im Hinblick auf eine Besteuerung oder Subventionierung der Exporte.

---

1) UN, World Economic Survey 1956, Tab. 43, p. 108

2) W.A. Lewis, Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, deutsche Übersetzung, Tübingen-Zürich 1956, S. 313

3) UN, International Compensation for Fluctuations in Commodity Trade, Dep. of Econ. and Social Affairs, New York 1961, p.9

4) P.T. Bauer and F.W. Paish, Comment on Prof. Nurkse's Paper, Kyklos 11, 1958, S. 171 ff. Das folgende Beispiel entstammt in leicht geänderter Form dem genannten Artikel von Bauer and Paish

Gesetzt den Fall, die Weltmarktpreise für einen oder mehrere Rohstoffe steigen, dann sollen ein Viertel der zusätzlichen Einnahmen von den Erzeugern für zusätzliche Einfuhren verwendet werden und drei Viertel den übrigen Bereichen der Volkswirtschaft als Gegenleistung für vermehrten Verbrauch einheimischer Güter oder Dienstleistungen zufließen. Die Zahlungsbilanz ist aber nur dann ausgeglichen, wenn - entsprechend der Annahme 3 - das nominale Volkseinkommen um das Vierfache der zusätzlichen Exporterlöse steigt, bzw. die nominalen Einnahmen der nichtexportorientierten Wirtschaftszweige um das Dreifache. Wenn das Nominaleinkommen also gegenüber dem Realeinkommen steigt, müssen die Preise für inländische Erzeugnisse und Dienstleistungen zunehmen. Dennoch profitiert die gesamte Nichtexportwirtschaft von den vermehrten Deviseneinnahmen und zwar in Höhe des Betrages, den die Rohstoffproduzenten aufgrund des gestiegenen Preisniveaus verlieren. Die Einzigen, die aus einem solchen Geschehen keinen Nutzen ziehen, sind die Produzenten derjenigen Ausfuhrgüter, deren Weltmarktpreise sich nicht geändert haben.

Ernsthafte Schwierigkeiten treten aber dann auf, wenn die Weltmarktpreise zurückgehen und somit das Realeinkommen vermindert wird. Da die Zahlungsbilanz nach Voraussetzung im Gleichgewicht sein soll und es schwierig sein dürfte, den exportunabhängigen Zweigen der Wirtschaft den Zuwachs an Real- und Nominaleinkommen wieder zu entziehen, bleibt normalerweise nur eine Abwertung der Währung übrig. Das Nominaleinkommen bleibt in dem Fall zwar konstant, das Realeinkommen jedoch geht zurück. Diese Lösung erscheint als einziger Ausweg, wenn interne Preise und Löhne nach unten starr sind. Eine gleichmäßige Entwicklung der Wirtschaft ist in einem solchen Fall immer infrage gestellt.

Dieses konstruierte Beispiel erhebt keinen Anspruch darauf, den Ablauf der Dinge in den Rohstoffländern exakt wiederzugeben. Zusätzliche Einflüsse verschiedenen Ursprungs komplizieren einen ähnlichen Prozeß mehr oder minder stark. Das wirtschaftliche Geschehen in jenen Ländern dürfte dennoch in erheblichem Umfang von derartigen Vorgängen bestimmt werden.

Nicht weniger unangenehm sind die Folgen instabiler Deviseneinkommen in Hinblick auf die externe Kaufkraft der Rohstoffländer, denn der überwiegende Teil aller Investitionsgüter muß in den meisten Ländern noch auf lange Sicht von den Industrieländern bezogen werden. Daher setzt die Realisierung eines Entwicklungsprogramms einen gleichmäßigen bzw. gleichmäßig wachsenden Devisenzufluß voraus. Wie an früherer Stelle jedoch ausführlich gezeigt wurde, [1] sind die Einnahmen aus Rohstoffexporten als wichtigste Devisenquelle immer wieder ganz erheblichen Schwankungen unterworfen. Zahlungsbilanzschwierigkeiten gehören damit schon zu den alltäglichen Problemen der Rohstoffländer. [2]

Die Fluktuationen der Exporteinnahmen werden in ihren Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der Rohstoffländer noch dadurch verstärkt, daß die Importe wichtiger Konsumgüter in jedem Falle eine Prioritätsstellung einnehmen und keine oder nur eine unbedeutende Reduktion zulassen. Unter wichtigen Konsumgütern sind diejenigen Erzeugnisse

---

1) Kap. 3, S. 27 ff

2) Eine weitere Ursache der Zahlungsbilanzschwierigkeiten ist in der sich ständig vergrößernden Diskrepanz zwischen den Rohstoffpreisen und den Preisen industrieller Erzeugnisse und damit in einer laufenden Verschlechterung der terms of trade der Rohstoffländer zu suchen. Der Rohstoffpreisindex (1953 = 100) fiel bis 1961 auf 90, während der Preisindex für industrielle Erzeugnisse (1953 = 100) im gleichen Zeitabschnitt von 9 Jahren auf 110 anstieg.
Quelle: UN, Monthly Bulletin of Statistics, Vol. XIV, No. 3, March 1962

zu verstehen, die für die Erhaltung der Bevölkerung als lebensnotwendig anzusehen sind. Daneben läßt sich auch in einem devisenschwachen Entwicklungsland der Einstrom von sogenannten Luxusgütern zumindest in Jahren guter Exportergebnisse nicht gänzlich unterbinden. Unter der ungefähr zutreffenden Annahme, daß in den Entwicklungsländern durchschnittlich etwa 60 % der regulären Deviseneinnahmen für wichtige Konsumgüter ausgegeben werden, würde ein Rückgang der Exporteinnahmen um 20 % somit eine Halbierung der verfügbaren Mittel für den Import anderer Güter einschließlich Kapitalgüter bedeuten. [1] In der Praxis ist allerdings der Zusammenhang zwischen einer Veränderung der Exporteinnahmen und der Investitionstätigkeit nicht immer so eng, wie es aufgrund dieses Beispiels erscheinen könnte. So wird z.B. in solchen Ländern, die einen Nettoimport von Nahrungsmitteln ausweisen, die Kapitalgütereinfuhr ganz wesentlich von dem jeweiligen Selbstversorgungsgrad bestimmt. In Jahren guter Ernteergebnisse ist es dann durchaus möglich, durch eine Einschränkung der Nahrungsmitteleinfuhr bei unveränderten Exporteinnahmen den Kapitalgüterimport zu vergrößern.

Abgesehen von derartigen Ausnahmen ist in der Regel eine eindeutige Beziehung zwischen externer Kaufkraftveränderung und interner Investitionstätigkeit festzustellen. So ergaben sich in den Rohstoffländern im Durchschnitt der Jahre 1950 - 1959 Schwankungen in der externen Kaufkraft und gleichgerichtete Bewegungen in der Investitionstätigkeit, die sich zwischen 12 % bzw. 13 % in Kuba und 6 % bzw. 2 % in Peru bewegten. Im Durchschnitt von 20 untersuchten Rohstoffländern waren die gemittelten prozentualen Kaufkraftveränderungen etwas stärker ausgeprägt als die prozentualen Veränderungen in der Investitionstätigkeit (vergleiche Diagramm 1 Seite 52).

Ein staatlicher Entwicklungsplan wird immer in gewissen Grenzen flexibel gestaltet sein, um eine Anpassung an unvorhergesehene Änderungen in der Ergiebigkeit der Finanzierungsquellen zu ermöglichen. Wenn jedoch diese Änderungen ein gewisses Ausmaß übersteigen, wird der ganze Plan erschüttert. Selbst wenn es dann noch möglich ist, einzelne Projekte fertigzustellen, so kann dies doch nur auf Kosten anderer, damit in Beziehung stehender Projekte geschehen, wodurch wiederum die volle Nutzung der neuerstellten Kapazitäten infrage gestellt wird. Ein derartiger Vorgang ist häufig festzustellen, da sich die Entwicklungsplanung vielfach durch einen recht unrealistischen Optimismus im Hinblick auf die verfügbaren Faktoren, insbesondere der Finanzierungsmittel, auszeichnet. Eine Reduktion staatlicher autonomer Investitionen, sei es zur Verbesserung der Infrastruktur oder zur Errichtung von Grundindustrien, beschränkt zusätzlich die induzierte [2] private Investitionstätigkeit, da durch öffentliche Maßnahmen häufig erst die Voraussetzungen für private Projekte geschaffen werden.

Private Investitionsprogramme basieren im Gegensatz zu staatlichen Planungen meist auf vorsichtigen Schätzungen der zukünftigen Entwicklungen. Somit wirkt sich die Unsicherheit interner, wirtschaftlicher Bedingungen hemmend auf die Durchführung privater In-

---

1) UN, Commodity Trade and Economic Development, Dep. of Economic Affairs, New York, 1953, p. 11. Eine Untersuchung des Handels zweier bedeutender Entwicklungsländer unmittelbar vor dem Ausbruch der Koreakrise ergab, daß 50% der Importe des einen und 70 % der Einfuhren des anderen Landes aus wichtigen Konsumgütern bestanden. Zwischen 10 % und 20 % waren entweder Luxusgüter oder nicht genau zu klassifizieren, während die Einfuhr von Kapitalgütern sich mit 35 % bzw. 12 % der Gesamtimporte errechnete.

2) Als induziert gelten solche Investitionen, zu denen primär die Marktnachfrage Veranlassung gibt.

vestitionsvorhaben aus, denn private Investitionen werden normalerweise nur dann getätigt, wenn ein genügend großer Markt für neue Produkte zu erwarten ist. In einem Land aber, in dem z.B. die Mehrheit der Bevölkerung zu arm ist, um Lederschuhe zu tragen, wird die Errichtung einer modernen Schuhfabrik ein zweifelhaftes Unterfangen sein. Der Markt für Schuhe ist dann einfach zu klein [1]. Der Investitionsanreiz wird auch dann gering sein, wenn - um bei diesem Beispiel zu bleiben - der größere Teil der Bevölkerung sich in Zeiten relativ hoher Einkommen die Anschaffung von Schuhen leisten kann, in den häufigen Perioden niedriger Einkünfte dagegen nicht. Vor eine ähnliche Situation sehen sich private Investoren in den Entwicklungsländern gestellt. Im Unterschied zu den staatlichen Investitionen erklärt sich der geringe Umfang privater Nettoinvestitionen nicht allein aus den fehlenden Finanzierungsquellen, sondern ebenso aus der geringen oder gering vermuteten Marktgröße. Nach Ansicht einer Expertenkommission der UN werden die privaten Unternehmer durch die häufig wechselnden wirtschaftlichen Bedingungen in den Rohstoffländern und die Unsicherheit im Hinblick auf eine Amortisation getätigter Investitionen zu vermehrten kurzfristigen Investitionen im Handel auf Kosten langfristiger industrieller Investitionen angeregt [2], obgleich jede Erweiterung der ohnehin niedrigen Nettoinvestitionen, gemessen an den Industrieländern, (vergl. Tab. 28) für die wirtschaftliche Entwicklung von größter Bedeutung ist, denn auf die Dauer kann nur eine heterogene Wirtschaftsstruktur zu einer Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung führen. Erst dann erhält auch Say's Gesetz Gültigkeit, daß jede Produktion ihre eigene Nachfrage schafft, wenn sie nur den Bedürfnissen der Konsumenten entspricht.

Nicht nur die Entwicklungsprogramme sondern auch die öffentlichen Ausgaben für entwicklungsunterstützende Bereiche wie Erziehungs- und Gesundheitswesen werden durch die Instabilität im Außenhandel in Mitleidenschaft gezogen. In vielen Rohstoffländern beruht nämlich ein hoher Prozentsatz der öffentlichen Einnahmen auf der direkten Besteuerung der Einkommen in der Exportwirtschaft, auf Importsteuern und - in Ausnahmefällen - auch auf Exportsteuern, so daß jede Veränderung im Außenhandel sich sofort im öffentlichen Haushalt widerspiegelt. Da die öffentlichen Investitionen absolut gesehen ohnehin schon gering sind (vergl. Tabelle 28) und auch die übrigen Ausgaben in der Regel kaum Einschränkungen zulassen, bekommen kurzfristige Überbrückungskredite eine erhebliche Bedeutung. Langfristige Kredite internationaler Institutionen - wie z.B. der Weltbank -, einzelner Industrieländer oder auch Geschenke der Industrieländer bedeuten keine Lösung des Problems, da sie für derartige Bedarfsfälle normalerweise nicht zur Verfügung stehen, sondern meist für die Finanzierung bestimmter Einzelprojekte vorgesehen sind.

Kurzfristige Finanzierungslücken aus Devisenmangel für Entwicklungsprojekte, die primär durch Investitionsgüterimporte realisiert werden müssen, können zuweilen mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds geschlossen werden. Generell reichen die derzeitigen Quoten jedoch nicht aus, die häufig recht empfindlichen Verluste im Exportgeschäft zu überbrücken.[3] Eine Erweiterung der Kreditgewährung durch den Fonds würde zwar den

---

1) R. Nurkse, Some Aspects of Capital Accumulation in Underdeveloped Countries, National Bank of Egypt, Fiftieth Anniversary Commemoration Lectures, Cairo 1952, p. 3

2) UN, International Compensation ... a.a.O., p.13

3) UN, International Compensation ... a.a.O., p. 24, Tab. 4.
Eine Untersuchung von 31 Rohstoffländern im Zeitraum 1953 - 1959 ergab, daß in 19 Gebieten kurzfristige Verminderungen der Exporteinnahmen die maximalen Ziehungsrechte auf den Fonds teilweise ganz erheblich übertrafen, ganz abgesehen davon, daß zum jeweiligen Zeitpunkt im allgemeinen schon ein Teil der Quoten in Anspruch genommen worden war.

Ausgleich von Schwankungen in den Exporteinnahmen und damit die Durchführung importabhängiger Einzelprojekte erleichtern, dagegen die Realisierung ganzer Entwicklungsprogramme nicht gewährleisten. Ebenso ist von den in den meisten Rohstoffländern geringen und relativ noch abnehmenden Devisenreserven kein genügender Ausgleichseffekt zu erwarten. [1]

Entwicklungsprogramme umfassen - wie erwähnt - nicht nur Einzelprojekte, die mit Devisen finanziert werden müssen, sondern auch entwicklungsunterstützende Bereiche, die aus dem öffentlichen Haushalt, d.h. primär wiederum durch die Besteuerung der Einkommen aus der Exportwirtschaft, gefördert werden müssen. Reduziert sich nun die Besteuerungsbasis und damit das Steueraufkommen, so müssen notwendig auch die Aufwendungen für das Entwicklungsprogramm eingeschränkt werden.

Aus der Aufzeichnung dieser Schwierigkeiten, denen sich die Rohstoffländer gegenübergestellt sehen, ist unschwer zu erkennen, daß allein schon eine Kontrolle der Grundstoffmärkte mit der Wirkung stabiler Preise, besser noch mit der Folge stabiler Einnahmen, einen wichtigen Beitrag zur Förderung jener Gebiete zu leisten vermag.

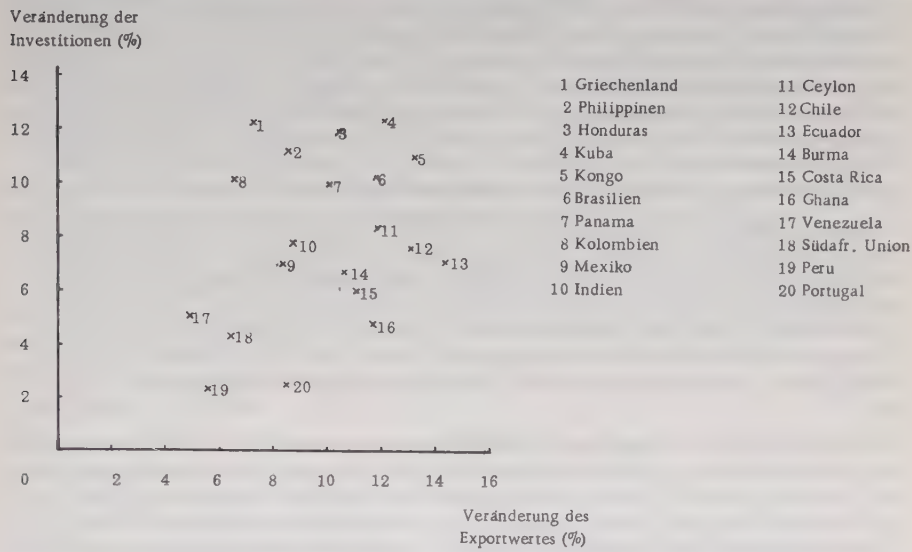
Tabelle 28 : Staatliche und private Nettoinvestitionen 1950/52 und 1957/59 (in Prozent des Nettosozialprodukts)

Land	Nettoinvestitionen			
	staatlich		privat	
	1950/52	1957/59	1950/52	1957/59
Brasilien	3	4	11	6
Burma	2	3	6	12
Ceylon	5	4	5	4
China (Taiwan)	2	3	10	9
Costa Rica	2	2	12	12
Equador	3	5	3	5
Griechenland	2	4	8	10
Honduras	2	2	9	7
Indien	2	5	4	5
Kongo	5	7	17	5
Panama	2	1	2	8
Philippinen	1	1	2	3
Portugal	2	2	11	9
Rhodesien und Njassaland	7	7	14	16

Quelle : UN, World Economic Survey 1960, Tab. 2-17, S. 81

1) UN, International Compensation ..... a.a.O., p. 17, Tab. 2. Das Verhältnis der Devisenreserven zu den Importen reduzierte sich im Durchschnitt aller Rohstoffländer von 77 % im Jahre 1950 auf 47 % im Jahre 1959, in Indexwerten ausgedrückt (1950 = 100) von 100 auf 61, während der entsprechende Wert in den Industrieländern sich von 100 auf 123 erhöhte.

Diagramm 1: Zusammenhang zwischen kurzfristigen Veränderungen im Exportwert, bezogen auf die Importpreise und kurzfristigen Veränderungen in den Investitionen als Durchschnitt der Jahre 1950-1959 (in Prozent)



Quelle: UN, International Compensation..., a. a. O., p. 11

4.2 Die allgemeinen Auswirkungen schwankender Rohstoffpreise in den Industrieländern

Die Auswirkungen schwankender Rohstoffpreise und damit wechselnder Exporterlöse in den Rohstoffländern bleiben nicht auf die Entwicklungsgebiete allein beschränkt. "Die weltwirtschaftliche Verflechtung zwischen Rohstoff- und Industrieländern und die wechselseitigen Handelsbeziehungen müssen die Preisausschläge auf den Rohstoffmärkten zu Faktoren der Weltkonjunktur machen." [1]

Tabelle 29 : Die großen Welthandelsströme 1938, 1950 und 1957 (in Prozent)

Richtung	1938	1950	1957
Exporte innerhalb A [1]	36	34	40
Exporte von A nach B [2]	26	24	27,5
Exporte von B nach A	28	29	22,5
Exporte innerhalb B	10	13	10
	100	100	100

1) Industrieländer (Japan, Kanada, USA und OEEC-Länder) 2) Rohstoffländer
Quelle : BIZ, 28.Jahresbericht, Basel 9.6.1958, S.131

1) C. Kapferer, Sicherung unserer Ausfuhr durch Hebung der Kaufkraft in den Entwicklungsländern, Fünfzig Jahre Hamburgisches Welt-Wirtschaftsarchiv, Hambg. 1958, S.7

Die Übersicht zeigt eindeutig, daß sich die Situation zuungunsten der Entwicklungsländer verschoben hat. Von 1950 bis 1957 nahm der Anteil der Industrieländer am Welthandel um knapp 10 % zu, die Bedeutung der Rohstoffländer entsprechend ab. Sowohl 1950 wie 1957 wurden mehr als 40 % der Exporte der Industrieländer von Rohstoffländern und etwa 70 % der Ausfuhren der Rohstoffländer von Industrieländern abgenommen. Damit wird deutlich, daß Preisveränderungen auf den Rohstoffmärkten bei den Rohstoffländern vergleichsweise schwerwiegendere Folgen hervorbringen müssen, daß andererseits die Rückwirkungen auf die Industrieländer nicht unerheblich sein können. Sie lassen sich insgesamt nur ungenügend abschätzen, jedoch mit einigen allgemeingültigen Feststellungen umreißen.

Wie bereits erwähnt, sind die Ursachen von Rohstoffhaussen meist in Hochkonjunkturen in den Industrieländern zu suchen. Eine Erhöhung der Rohstoffpreise in einer solchen Situation gibt dann vielfach die erste psychologische Begründung für Preissteigerungen im Industrieland zur marktpolitischen Ausnutzung der konjunkturellen Lage. Zu diesem Zeitpunkt treten nun auch noch die über vermehrte Devisen verfügenden Rohstoffländer als Auftraggeber für die ohnehin schon ausgelastete Industrie auf. Die angespannte Arbeitsmarktlage und die Handelsbilanzüberschüsse wirken sich dann fast ausnahmslos inflationär aus.

Andererseits ist eine Preissenkung bei Rohstoffen in Rezessionszeiten und die damit verbundene Kostenminderung in den rohstoffverarbeitenden Industrien nur von kurzfristigem Vorteil, der sich außerdem in den Nachwirkungen des Kaufkraftüberhangs aus der Boomperiode kaum auswirkt. Dagegen bedeutet ein Kaufkraftverlust in den Rohstoffländern meist eine Reduktion der Kapitalgüterimporte.[1] Ein Auftragsrückgang bei der ohnehin schon instabilen Kapitalgüterindustrie der exportorientierten Industrieländer führt dann leicht zu einem empfindlichen Konjunkturrückgang. Der anfängliche, betriebswirtschaftliche Mehrerlös erweist sich damit als recht zweifelhaftes Geschenk.[2] So wird als eigentlicher Grund der Weltwirtschaftskrise vielfach der katastrophale Preisverfall jener Jahre angesehen. In jenem kummulativen Prozeß spielte sicherlich nicht die geschwächte Kaufkraft der Rohstoffgebiete die einzig entscheidende Rolle, doch dürfte der Einfluß immerhin recht bedeutsam gewesen sein.

Daneben darf nicht vergessen werden, daß auch mehrere große Industrieländer wie z.B. die USA und Kanada zu den bedeutenden Rohstoffexportgebieten zählen. Veränderungen auf den Rohstoffmärkten beeinflussen damit auch in den entwickelten Gebieten wichtige Wirtschaftszweige auf direktem Wege und stellen die Regierungen dieser Länder vor die Aufgabe, die unerwünschten Auswirkungen instabiler Erzeugereinkommen in der Einkommensverteilung durch häufig recht kostspielige nationale Maßnahmen zu mildern. [3]

Die Veränderungen im Wert der Exporte aus den Industrieländern zeigen im Vergleich zu den Rohstoffländern ein geringeres Ausmaß (Tabelle 30). Auffällig sind vor allem die weitaus kleineren Schwankungen der Exportpreise - vermutlich eine Folge der nach unten relativ starren Löhne. Den überwiegenden Einfluß auf die Veränderungen der Exporteinnahmen üben stattdessen die Schwankungen des Exportvolumens aus.

Es dürfte kaum überraschen, daß industrielle Erzeugnisse und Grundstoffe in ihrer Preisentwicklung häufig die gleiche Bewegungsrichtung aufweisen (Tab. 13 und 12), denn der

---

1) UN, International Compensation for Fluctuations in Commodity Trade, a.a.O., S. 14

2) C. Kapferer, Sicherung unserer Ausfuhr durch Hebung der Kaufkraft in den Entwicklungsländern, a.a.O., S. 9

3) UN, International Compensation for Fluctuations in Commodity Trade, a.a.O., S. 14

Anstoß zu Störungen des Preisniveaus der industriellen Rohstoffe und häufig auch der Genußmittel wird in der Regel von den Industrieländern gegeben.[1] Eine gleichmäßige konjunkturelle Entwicklung in den Industriestaaten liegt also auch im Interesse der Entwicklungsländer. Einerseits wird dadurch die Gewähr gegeben, daß die Nachfrage nach Rohstoffen keinen sprunghaften Veränderungen unterliegt, andererseits garantiert die damit verbundene Sicherheit der Kaufkraft in den Entwicklungsgebieten eine gleichmäßigere Deckung des Importbedarfs.

Tabelle 30 A : Durchschnittliche jährliche Veränderungen in Preis, Menge und Wert der Exporte aus Rohstoff- und Industrieländern 1902 - 1958 (in Prozent)

Periode	Gesamtexport eines durchschnittlichen Rohstofflandes	Industrielandes
Durchschnitt 1902 - 1912		
Wert	9,7	7,7
Durchschnitt 1920 - 1938		
Wert	18,1	14,0
Durchschnitt 1948 - 1958		
Preis	10,1	6,4
Menge	10,4	9,1
Wert	13,3	10,8

Tabelle 30 B : Durchschnittliche prozentuale Abweichung vom Trend in Wert [2] der Exporte aus Rohstoff- und Industrieländern 1920 - 1958

Periode	Gesamtexport eines durchschnittlichen Rohstofflandes	Industrielandes
Durchschnitt 1920 - 1938		
Wert	13,4	10,3
Durchschnitt 1948 - 1958		
Wert	8,9	6,2

1) ungewichtetes arithmet. Mittel aus 13 Ländern
2) bezogen auf US-Dollar, siehe auch Fußnoten Tab. 11 und 12

Quelle : Siehe Tab. 11 und 12

1) R. Nurkse, Trade Fluctuations and Buffer Policies, S. 141, Kyklos 11, 1958, p. 141

II. Teil : DIE HISTORISCHE ENTWICKLUNG DER WICHTIGSTEN NATIONALEN VERSUCHE UND INTERNATIONALEN ABKOMMEN ZUR STABILISIERUNG DER ROHSTOFFPREISE

Die Geschichte nationaler und internationaler Maßnahmen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise ist ein Beispiel dafür, wie aus den zahlreichen Mißerfolgen und den wenigen Erfolgen vergangener Jahre und Jahrzehnte neue Vorstellungen erwachsen- wenn auch häufig nicht die Konsequenzen daraus gezogen wurden -, die heute zu einer befriedigenden Lösung der vielgestaltigen Probleme der Rohstoffmärkte führen können. Eine Darstellung der wichtigsten Versuche nationaler und internationaler, direkter und indirekter Preiskontrollen soll nicht allein eine - zweifellos interessante - rückblickende Betrachtung sein, sondern soll vor allem den derzeitigen Stand der Entwicklung beschreiben und damit die Grundlage für eine Bestimmung der in Zukunft notwenigen Kontrollinstrumente sein.

5. Kapitel : Ausgewählte Beispiele aus der Geschichte nationaler Rohstoffpreisregulierungen

Nationale Versuche zur Regulierung der Grundstoffpreise finden häufig ihren Anlaß in weltwirtschaftlichen Störungen, verursacht durch Depressionen oder auch weltpolitische Konflikte. Nur zu leicht unterliegen dann einzelne Länder, die in das Marktgeschehen eingreifen wollen, einer Selbsttäuschung, indem sie ihre eigene Marktposition überschätzen und dadurch zu einer unerreichbaren Zielsetzung, - Beeinflußung der Weltmärkte - verleitet werden. Anfängliche Erfolge scheinen dann zunächst die Richtigkeit der Maßnahmen zu bestätigen, doch führen die sich schon bald einstellenden Rückschläge nicht selten zu einer völligen Zerrüttung der internen Wirtschaftsgrundlagen und ziehen häufig auch noch die Weltmärkte in eine verschärfte Krise hinein. Einige besonders krasse Beispiele unökonomischen Produzentenverhaltens werden neben, ihrer Zahl nach geringen, gelungenen Versuchen die Grenzen nationaler Kontrollen aufzeigen.

5.1 Nationale Versuche zur Beeinflussung der Weltmarktpreise

Einseitige nationale Eingriffe zur Beeinflussung des Weltmarktpreises haben nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn das betreffende Land mit seiner Erzeugung eine Monopolstellung auf dem Weltmarkt einnimmt. Ein hoher Anteil am Weltangebot eines Rohstoffs kann der Regierung eines Rohstofflandes zwar für eine kurze Zeit die Möglichkeit geben, den Weltmarktpreis anzuheben, über eine längere Periode hin müssen aber alle solche Bemühungen fehlschlagen. Einige mißglückte Versuche aus der Geschichte dieser Bestrebungen geben die Bestätigung.

Die Rezession des Jahres 1920 leitete auf dem Kautschukmarkt einen drastischen Preisverfall ein. Bestärkt durch eine starke Marktposition, fühlte sich die Rubber Grower's Association, die Vereinigung britischer Plantagengesellschaften, dazu bewogen, dieser Entwicklung mit dem sogenannten Stevenson-Plan entgegenzuwirken. Der Plan trat mit Unterstützung der englischen Regierung Ende 1922 inkraft und arbeitete mit Produktions- und Exportquoten. Zu diesem Zeitpunkt verfügte die britische Erzeugergruppe über einen Marktanteil von 67 %. Dementsprechend schnell wirkten sich die Restriktionen auf den Weltmarktpreis aus.

Die holländischen Gesellschaften stellten 1922 etwas mehr als 20 % der Kautschukproduktion. Sie wußten in der Folgezeit die englischen Angebotseinschränkungen jedoch zu nutzen

und dehnten ihre Erzeugung bis zum plötzlichen Ende des Plans im Jahre 1927 um fast 150 % aus, während die britische Produktion nur einen Zuwachs von 20 % zu verzeichnen hatte. Damit hatten sich die Marktpositionen bedeutend verschoben. Der englische Interessenbereich hatte zugunsten der holländischen Konkurrenz eine Markteinbuße von mehr als 13 % in Kauf nehmen müssen. Gleichzeitig wurde in den USA, dem größten Verbraucherland, erfolgreich die Entwicklung neuer Gummispar- und Regenerierverfahren vorangetrieben. Die monopolähnliche Stellung der britischen Produzenten war auf die Dauer gebrochen. [1]

Die gleiche Erfahrung mußte auch Brasilien machen. Das Versagen der Valorisationspolitik des Kaffeestaates Sao Paulo im Jahre 1929 konnte nämlich die brasilianische Bundesregierung nicht daran hindern, die Unzulänglichkeit von Erntevernichtungen zur Hebung des Weltmarktpreises erneut unter Beweis zu stellen. Vom Beginn der dreißiger Jahre bis 1937 währten die durch Ausfuhrzölle finanzierten Kaffeeverbrennungen, bei denen bis zu 40 % einer Jahresernte vernichtet wurde. Die übrigen Exportländer nutzten natürlich diese Gelegenheit und verstärkten ihre Position auf dem Weltmarkt, indem sie die Verbraucher zur Bevorzugung ihrer Kaffeesorten anregten. Der Marktanteil der Außenseiter wuchs dabei von anfangs ca. einem Drittel auf rund die Hälfte an. Ab 1938 bemühte sich dann Brasilien, mit Preisherabsetzungen die frühere Stellung am Weltmarkt zurückzugewinnen, jedoch ohne Erfolg. [2]

Auch Kuba blieben ähnliche Erkenntnisse nicht erspart. Protektionistische Maßnahmen in den europäischen Zuckerimportländern führten ab 1923 zu einer bedeutenden Ausweitung der Rübenzuckerproduktion. Zugleich bewirkten verbesserte Anbaumethoden in verschiedenen tropischen Ländern neben einer fühlbaren Senkung der Produktionskosten einen beachtlichen Anstieg der Rohrzuckererzeugung. Innerhalb von drei Jahren sank als Folge der Zuckerpreis um nahezu 50 %.

Die Bedeutung Kubas als größtes Zuckerproduktionsland verleitete nun im Jahre 1926 die kubanische Regierung zu dem Versuch, mit scharfen Anbaurestriktionen die fallende Tendenz der Preise umzukehren. Ein geringer Erfolg stellte sich gegen Ende des Jahres ein, währte jedoch nur bis Anfang 1927. Ende 1928 stellte Kuba daher alle Bemühungen ein, denn der Preis war bis dahin um weitere 5 % gefallen und, schwerwiegender noch, der Anteil Kubas an der Weltrohrzuckererzeugung war von 30 % auf 23 % [3] zurückgegangen. [4]

Diese drei Beispiele weisen als gemeinsames Kennzeichen die nationale Beschränkung der Kontrolle auf. Wenn auch kurzzeitig ein gewisser Erfolg zu erzielen war, so sind letztlich diese Versuche doch alle gescheitert. Das zeigt aber nun nicht etwa die generelle Untaug-

---

1) G.W.Stocking & M.W.Watkins, Cartels in Action, New York 1946, S. 65 ff
M.Sudwig, Internat.Rohstoffpolitik, Zürich 1957 S.87
J.Schöllhorn, Internat.Rohstoffregulierungen, Berlin-München 1955, S.39-42, 86

2) J.Schöllhorn, Internat.Rohstoffregulierungen, a.a.O., S.84/85

3) Der Zuckerpreis auf dem Londoner Markt betrug 1926 2,66 cts/pound, 1928 2,53 cts/pound. Die Rohrzuckererzeugung belief sich 1926 auf insgesamt 19,0 Mio short tons, die Produktion Kubas 1926 auf 5,6 Mio short tons und 1928 auf 4,6 Mio short tons. Die gesamte Rübenzuckerproduktion wuchs in der gleichen Zeit von 9,0 auf 9,7 Mio short tons.

4) G.W.Stocking & M.W.Watkins, Cartels in Action, a.a.O., pp.30-36
J.Schöllhorn, Internat.Rohstoffregulierungen, s.85/86

lichkeit nationaler Maßnahmen zur Preisregulierung. Bei der Beschränkung auf eine interne Wirksamkeit zur Stabilisierung der Erzeugereinkommen können sie, wie beispielsweise in den ehemaligen britischen Territorien Westafrikas bewiesen wurde, durchaus von Vorteil sein.

5.2 Nationale Versuche zur Stabilisierung der internen Erzeugerpreise

Alle bisher bekanntgewordenen Beispiele nationaler Maßnahmen zur Regulierung der internen Rohstoffpreise bzw. der Erzeugereinkommen arbeiteten mit periodisch neu zu bestimmenden Mindest- oder auch Festpreisen. Der kanadische Wheat Board z.B. garantiert Mindestpreise, die zugleich Festpreise sind, poolt Gewinne und verteilt diese nach Ablauf ein- oder fünfjähriger Perioden. Defizite gehen ausschließlich zu Lasten des Staatshaushalts. Daher kann hier nicht von einem echten Regulierungsschema gesprochen werden. Die Begrenzung eines Preisverfalls nach unten wirkt natürlich stabilisierend, ist jedoch in dieser Form nur in einem relativ hochentwickelten Land mit heterogener Wirtschaftsstruktur möglich und in dieser Weise nicht auf die unterentwickelten Rohstoffländer übertragbar.

Größeres Interesse verdienen dagegen die unter britischer Verwaltung entstandenen afrikanischen Marketing Boards. Noch während des 2. Weltkriegs traf die britische Regierung Vorkehrungen, um einem für die Nachkriegszeit befürchteten Zusammenbruch der Nachfrage nach tropischen Rohstoffen rechtzeitig entgegentreten zu können. Gegen Ausbruch des Krieges war der Außenhandel in den Kolonien größtenteils zentralisiert worden, um die Versorgung des Mutterlandes sicherzustellen. Nunmehr begründeten zwei Weißbücher [1] die Aufrechterhaltung des Exportmonopols für Kakao, dem wichtigsten Exportgut der britischen Protektoratsgebiete Goldküste und Nigeria, mit der Notwendigkeit einer Preisstabilisierung für die folgenden Jahre.

"Mit der Festsetzung eines stabilen Kaufpreises will der Board die Abhängigkeit der Kakaopreise in Westafrika vom Tagespreis auf dem Weltmarkt aufheben. Demgemäß wird der Erzeugerpreis in manchen Perioden, wenn die Weltmarktpreise hoch sind, geringer sein, als dem Durchschnitt der Überseeverkäufe entsprechen würde. Der Board wird bei solchen Gelegenheiten einen Überschuß ausweisen. Es wird jedoch Perioden geben, in denen der durchschnittliche Weltmarktpreis unter dem Erzeugerpreis liegt. In solchen Situationen wird der Board einen Verlust zeigen, der durch die vorher entstandenen Überschüsse finanziert wird. Die Absicht ist, Gewinne in erster Linie zur Aufrechterhaltung einer höchstmöglichen Stabilität der Erzeugerpreise zu verwenden." (H.V.) [2] Durch die Methoden des Boards sollte den Erzeugern keinerlei Nachteil entstehen. "...es kann keine Rede davon sein, daß der Board Gewinne auf Kosten der westafrikanischen Kakaoproduzenten macht...", [2] und es wird dafür gesorgt, "daß im Durchschnitt einer Reihe von Jahren ... der durchschnittliche Preis in Westafrika dem realisierten Netto-Durchschnittspreis auf den Weltmärkten gleich sein wird und die Käufe und Verkäufe des Boards daher nahezu ausgeglichen sein werden." [3]

---

1) Report on Cocoa Controll in West Africa 1939 - 1943 and Statement on Future Policy, Cmd.6554, 1944
Statement on Future Marketing of West African Cocoa, Cmd.6950, 1946

2) Cmd.6554, 13) Cmd.6950, Zitiert nach P.T. Bauer & F.W. Paish, Fluctuations in Incomes of Primary Producers, a.a.O., pp. 758-760

3) Cmd.6554, 13) Cmd.6950, Zitiert nach P.T. Bauer & F.W. Paish, Fluctuations in Incomes of Primary Producers, a.a.O., pp. 758-760

In der Praxis zeigte sich jedoch schon bald, daß diese Zielsetzung die Leistungsfähigkeit der Boardverwaltungen anfangs überforderte. Der Hauptgrund lag in den unerwarteten Auswirkungen des Koreakonflikts. Nach Beendigung des Konflikts konnten die Institutionen ihren Aufgaben jedoch besser gerecht werden.[1] Sie wurden später bei der Gewährung der Unabhängigkeit von den Regierungen Ghanas und Nigerias übernommen, die schon bald die Boardreserven als einträgliche Finanzierungsquellen öffentlicher Ausgaben entdeckten und ihrem ursprünglichen Zweck entfremdeten. Die Stabilisierungsidee ist seitdem in den Hintergrund getreten, obgleich auch heute noch jährlich neue Festpreise bestimmt werden. Die Boards dienen aber heute in erster Linie der Deckung des Staatshaushalts.

Bessere Ergebnisse als die Regulierungsbestrebungen an der Goldküste und in Nigeria zeigten die Markteingriffe in Uganda, obgleich die Methoden hier wie dort gleich waren. Sie sollen daher als ein gelungenes Beispiel nationaler Preiskontrollen in ihren Auswirkungen näher beschrieben werden.

Wie in nahezu allen britisch verwalteten Gebieten bestand auch in Uganda die Neigung zur Zentralisierung des Außenhandels. Von 1935 bis 1948 wurde zunächst der Baumwollhandel in einer halbstaatlichen Institution zusammengefaßt und ging anschließend in die Hände des Lint Marketing Board über. Gleichzeitig erfolgte die Gründung des Coffee Industry Board.

Während des 2. Weltkrieges trat die Baumwoll- und Kaffee-Erzeugung zugunsten einer vermehrten Nahrungsmittelproduktion in den Hintergrund. Heute bringen diese beiden Produkte dagegen etwa 80 % der Deviseneinnahmen. Sinnvolle Marktregulierungen dürften daher von vornherein für die gesamte Wirtschaft von einiger Bedeutung sein.

Da Uganda zum Sterlingblock gehört, schieden variable Wechselkurse als Mittel der Preisregulierung von Anfang an aus. So entschied man sich auch hier für die Bildung von Stabilisierungsreserven im Zusammenhang mit jährlich neu zu bestimmenden Festpreisen als Regulierungsinstrumente. Die Exportbesteuerung diente nur der Finanzierung des öffentlichen Haushalts und beschnitt die privaten Erzeugereinkommen um einen relativ konstanten Prozentsatz. (Vergleiche Tabelle 31) Die prozentualen jährlichen Veränderungen in den Erzeugereinkommen und den Exporterlösen waren ungefähr gleich groß und beliefen sich auf mehr als 30 % im Durchschnitt der 10 Jahre. Unter Berücksichtigung des Trends wiesen jedoch die Produzenteneinnahmen ein verhältnismäßig gleichmäßiges Wachstum auf, während die Gesamteinnahmen beträchtlichen Schwankungen unterworfen waren. Einzig die Fehleinschätzung der Marktentwicklung im Jahre 1955 führte zu einem negativen Ergebnis. Den Boards ist also ein Gelingen der Stabilisierungsabsichten nicht abzusprechen.

Berechtigte Einwendungen lassen sich allerdings gegen die Höhe des angesetzten Preisniveaus erheben. Einem Erzeugereinkommen von ca. 160 Mio Pfund Sterling stand ein Boardüberschuß von mehr als 40 Mio Pfund in einem Zeitraum von 10 Jahren gegenüber. Dazu muß allerdings gesagt werden, daß der Preisauftrieb auf den internationalen Märkten anfangs der 50er Jahre kaum vorausgesehen werden konnte. (Eine ähnliche Beobachtung ist auch bei den Marketing Boards von Nigeria und der ehemaligen Goldküste zu machen. Auch dort führte der schnelle Preisanstieg zur Ansammlung enormer Reserven.)

Es läßt sich heute schwerlich feststellen, ob die internen Preise während der Koreakrise zu stark beschnitten wurden. Es ist sicher, daß durch die Abschirmung der Produktionsan-

---

1) Näheres dazu : P.T. Bauer und F.W. Paish, Fluctuations in Incomes of Primary Producers, a.a.O., pp. 757-760

reize hoher Preise die gesamten Exporteinnahmen in jenen Jahren niedriger waren, als sie bei freien Inlandpreisen gewesen wären. Ebenso sicher ist aber auch, daß ein vergrößertes Angebot nach Beendigung des Konflikts das Absinken der Weltmarktpreise für Rohstoffe noch beschleunigt hätte. Sir John Hall, der Gouverneur von Uganda zwischen 1944 und 1951, verteidigte die scharfen Maßnahmen der Boards mit folgenden Argumenten : [1]

1. Ohne scharfe Preisrestriktionen würden sich beträchtliche inflationäre Tendenzen im Lande bemerkbar gemacht haben, so daß die höheren Einnahmen zum größten Teil durch höhere Preise ausgeglichen worden wären.
2. Wenn die Exportpreise voll wirksam geworden wären, wäre vor allem die Erzeugung von Nahrungsmitteln zugunsten der Exportprodukte vernachlässigt worden, wobei jedenfalls in den Städten Versorgungsschwierigkeiten eingetreten wären.
3. Eine Ansammlung von Fondsreserven in Zeiten hoher Exportpreise sei schon deshalb zu begrüßen, weil zwischen dem Sinken der Export- und der Importgüterpreise normalerweise eine gewisse Zeitspanne liege. Mit anderen Worten, ohne Preisstabilisierungsfonds würde der Lebensstandard der Erzeuger bei fallenden Rohstoffpreisen zurückgehen.

Die Stichhaltigkeit dieser Begründungen ist nicht von der Hand zu weisen. Allerdings stehen sie nicht ganz im Einklang mit der geübten Praxis. Mit nur einer Ausnahme wurden die Reserven in jedem Jahr aufgestockt, so daß man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, daß der Fonds unter anderem auch eine Ergänzung der Exportsteuer bezweckte. In der Tat flossen auch später 50 % der Fondsbestände in den öffentlichen Haushalt und dienten einerseits der Expansion des Verwaltungsapparats, zum überwiegenden Teil jedoch der Verbesserung der Infrastruktur. [2] Ab 1953 wurde dann allerdings die Boardpolitik so gestaltet, daß die erzielten Überschüsse relativ gering blieben. Die Jahre 1958 und 1959 brachten sogar einen geringfügigen Abbau der Fondsbestände.

Tabelle 31 : Baumwoll- und Kaffeesektor [1] in Uganda 1948 - 1957

Jahr	Erzeuger-einkommen		Exportsteuern		Boardüber-schüsse		Export-erlöse [2]
	Mio Pfund	% der Exp.	Mio Pfund	% der Exp.	Mio Pfund	% der Exp.	Mio Pfund
1948	3,7	41,1	1,5	16,7	1,8	20,0	9,0
1949	8,3	43,7	3,0	15,8	4,9	25,8	19,0
1950	9,0	38,6	4,1	17,6	7,4	31,7	23,0
1951	13,4	33,5	7,8	19,5	15,3	38,2	40,0
1952	15,7	39,7	7,7	19,5	11,7	29,6	39,5
1953	15,5	62,3	4,2	16,6	1,6	6,3	25,3
1954	18,8	61,0	5,3	17,2	2,0	6,5	30,8
1955	26,5	79,6	5,5	16,5	-3,6	-10,8	33,3
1956	20,1	63,8	5,4	17,1	0,3	1,0	31,5
1957	23,6	64,5	6,1	16,7	0,6	1,0	36,6

1) 80 % des Kaffeesektors 2) f.o.b. Mombasa

Quelle : D.Walker & C.Ehrlich, Dev.Pol.in Uganda, Kykl.12, 1959, p.343, Tab.2

1) J.Hall, Some Aspects of Economic Development in Uganda, African Affairs, Jan. 1952, zitiert nach D. Walker & C.Ehrlich, Development Policy in Uganda, Kyklos 12, 1959, S.344

2) Näheres dazu: D.Walker & C.Ehrlich, a.a.O., pp.345-346

Das Beispiel Ugandas zeigt deutlich, daß nationale Regulierungsmaßnahmen grundsätzlich in der Lage sind, mit den Schwierigkeiten wechselnder Weltmarktbedingungen fertig zu werden. In Verbindung mit einer vernünftigen staatlichen Ausgabenpolitik können sie in der Tat günstige wirtschaftliche Entwicklungsbedingungen schaffen. Trotzdem sind gewisse Zweifel an der allgemeinen Durchführbarkeit derartiger Stabilisierungsschemen berechtigt. Die verwaltungstechnischen Anforderungen sind immerhin erheblich, so daß es zumindest im Augenblick noch fraglich erscheint, ob ihnen die Mehrzahl der unterentwickelten Rohstoffländer gewachsen sein wird. Bisher sind jedenfalls nur in relativ hochentwickelten Ländern oder in Gebieten mit gut ausgebauten Verwaltungssystemen wie etwa in den ehemaligen englischen Kolonien Ergebnisse erzielt worden, die den erforderlichen Aufwand rechtfertigten. Hinzu kommt noch, daß einerseits der ständige Kapitalmangel, andererseits die starke Betonung des Gegenwartsbedarfs kaum den Wunsch aufkommen lassen wird, Reserven für eine auf den Zukunftsbedarf ausgerichtete wirtschaftliche Expansion anzulegen.

Es ist nicht auszuschließen, daß in vielen Fällen nationale Preisstabilisierungen den gewünschten Erfolg - stabile Erzeugereinkommen - bringen werden. Im großen und ganzen ist jedoch im derzeitigen Entwicklungsstadium der meisten Rohstoffländer nur von internationalen Maßnahmen eine echte Hilfe zu erwarten.

6. Kapitel : Die historische Entwicklung der wichtigsten internationalen Abkommen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise

Die Geschichte internationaler Rohstoffregulierungen reicht bis zum Beginn dieses Jahrhunderts zurück. Abgesehen von kurzfristigen Erfolgen waren die Ergebnisse bis zum Ausbruch des zweiten Weltkriegs jedoch nicht sehr ermutigend. Die Gründe waren vielseitiger Natur. Häufig beeinflußten die vertraglich gebundenen Länder nur einen Teil des Weltmarktes, so daß die Außenseiter letztlich alle Bemühungen zunichte machten. In anderen Fällen wiederum wurden die Produzenteninteressen zu stark betont, so daß die Entwicklung von Substitutionsprodukten sehr gefördert wurde. Es ist daher verständlich, daß "internationale Kontrollschemen in den Verbraucherländern immer etwas unbeliebt waren, da sie an Kartelle und Trusts erinnerten, die oft aggressiver und unsozialer Natur waren... . Doch hat es seit 1922 eine ständige Verbesserung erfolgversprechender Schemen gegeben : Ich bin überzeugt, daß wir während der letzten beiden Jahrzehnte allmählich genügend Erfahrungen gesammelt haben, um in Zukunft solche Kontrollabkommen abzuschließen, die sowohl den Konsumenten wie den Produzenten nützen. " (H.V.) [1] Diese optimistische Ansicht hat sich nur teilweise bestätigt. Zwar konnten in der Zwischenzeit weitere Erkenntnisse gewonnen werden, mit deren Hilfe es möglich sein würde, internationale Kontrollen erfolgreich durchzuführen, doch wurde bisher versäumt, sie in der Praxis anzuwenden. Eine kurzgefaßte, kritische Darstellung der wichtigsten internationalen Regulierungsabkommen, die fast alle noch heute inkraft sind, wird im folgenden die Vorteile, aber auch die Schwächen der einzelnen Systeme wiedergeben.

1) G.H.C. Hart, Toward Economic Democracy in the Netherlands Indies, New York 1942, pp. 120 - 121

6.1 Long-term Contracts : Das bilaterale Schema des englischen Ernährungsministeriums

Während des 2. Weltkrieges entwickelte das britische Ernährungsministerium ein bilaterales Schema für den Rohstoffhandel, das seitdem als "long-term contract" bekannt ist. Wie aus einer 1953 von der FAO veröffentlichten Studie [1] hervorgeht, hatte England bis 1952 Verträge mit 31 Ländern abgeschlossen, um die Lieferung 22 verschiedener Rohstoffe sicherzustellen. Zum gleichen Zeitpunkt bestanden ähnliche Abmachungen zwischen Argentinien und Italien, Burma und Indien, Indonesien und den USA, die den Weizen-, Reis- und Zinnhandel betrafen.

Zweiseitige Abkommen lassen je nach Zielsetzung recht unterschiedliche Gestaltungsmöglichkeiten zu. So betrug die Laufzeit der von Großbritannien eingegangenen Verträge in der Mehrzahl 2 bis 5 Jahre, in einzelnen Fällen bis zu 15 Jahren. Aber auch die Bestimmungen über die zu liefernden und abzunehmenden Mengen variierten in weitem Rahmen. Das eine Mal wurde der ganze, dem Export zur Verfügung stehende Überschuß abgenommen, das andere Mal ein fester oder jährlich neu zu bestimmender Prozentsatz dieser Überschüsse. Daneben existierten genaue Mengenfixierungen und anderes mehr. Preisabsprachen erfolgten meist ein Jahr im voraus, mit der Auflage, daß die Veränderungen zwischen zwei Vertragsjahren nicht mehr als 7,5 % betragen durften. Diese letzte Bestimmung wurde jedoch so häufig übergangen, daß ihr schließlich nur noch geringe Bedeutung zukam.

Bilaterale Verträge weisen erhebliche Schwächen auf, gleichgültig, ob sie Preis- oder Mengengarantien oder beides enthalten. Hier seien nur einige genannt :

1. Zweiseitige Verträge müssen - ebenso wie unilaterale Maßnahmen - mit umfangreichen nationalen Kontrollen verbunden sein, wenn Schwankungen im Erzeuger- und Konsumenteneinkommen gemäßigt werden sollen.
2. Zweiseitige Verträge verursachen eine vermehrte Preisunsicherheit in Ländern, die nicht vertraglich gebunden sind. Aber auch in den Vertragsgebieten kann der einkommensstabilisierende Effekt teilweise oder gänzlich zunichte gemacht werden, wenn nur ein Teil des Angebots betroffen ist.
3. Zweiseitige Verträge sind instabil, d.h. sie können grundsätzlich von jedem der beiden Vertragspartner widerrufen werden. In der Regel sind dabei die Folgen für das Lieferland schwerwiegender als für das abnehmende Land, da bilaterale Abkommen häufig zu einer weitgehenden Abhängigkeit von nur einem Verbraucherland führen und aufgegebene Handelsbeziehungen zu anderen Gebieten vielfach nur unter Opfern wieder angeknüpft werden können.

Trotzdem neigen auch heute noch unterentwickelte Rohstoffländer mit planwirtschaftlichen Tendenzen zu langfristigen Lieferverträgen über größere Mengen. Diesen Bestrebungen kommt vor allem der Ostblock gern entgegen. Wenn aber politische Motive die Spielregeln bestimmen, treten ökonomische Argumente meist in den Hintergrund. Im Normalfall jedoch versprechen zweiseitige Abkommen kaum bessere Ergebnisse, als die mit einem bedeutend geringeren Risiko verbundenen nationalen Markteingriffe.

6.2 Multilaterale langfristige Verträge : Die internationalen Weizenabkommen

Bereits 1933 war erstmalig ein internationales Weizenabkommen zustande gekommen, das jedoch schon nach einem Jahr zusammenbrach. Dennoch verlor der Gedanke umfassender

---

1) FAO.Commodity Policy Study No.3,The Long-Term Constract,Rome 1953

Abmachungen in den Weizenexportländern nicht an Interesse. Auf Anregung der USA wurden daher 1942 erneut Verhandlungen aufgenommen, die zum Abschluß eines "Memorandum of Agreement Concerning Draft Wheat Convention" führten. Ein Teil der Bestimmungen, die besonderen, durch den Krieg verursachten Probleme betreffend, trat sofort in Kraft. Ein anderer Teil war dazu bestimmt, nach Beendigung des Krieges als Verhandlungsgrundlage einer internationalen Konferenz zu dienen. Gleichzeitig wurde der internationale Weizenrat ins Leben gerufen.

Die ersten Nachkriegsjahre brachten statt des erwarteten Überangebots einen akuten Weizenmangel. Erst als 1947 die größte Knappheit überwunden war, wurde eine internationale Weizenkonferenz nach London einberufen. Der vom Weizenrat vorgelegte, auf der "Draft Convention" beruhende Abkommensvorschlag wurde jedoch von Argentinien abgelehnt. Ein gänzlich neuer, noch im gleichen Jahr vorgelegter Entwurf fand dagegen nicht die Zustimmung Großbritanniens. Erst das Jahr 1949 brachte eine Einigung, nachdem die Verhandlungen des Vorjahres noch einmal gescheitert waren.

Vier Export- [1] und 37 Importländer unterzeichneten den Vertrag. Argentinien und die UdSSR konnten sich nicht zur Teilnahme entschließen, da Höchstpreise und Quotenverteilung ihnen unannehmbar erschienen.[2]

Am 1. August 1949 trat das Weizenabkommen in Kraft, mit dem Ziel, "den Importländern Weizenlieferungen und den Exportländern Weizenmärkte zu gerechten und stabilen Preisen zu sichern". (Art. 1) [3]

Verwaltung und Überwachung des Abkommens lagen in den Händen des internationalen Weizenrates, in dem Import- und Exportländer über die gleiche Stimmenzahl verfügten. Sie verteilten sich auf die einzelnen Mitgliedsstaaten entsprechend ihrer Liefer- und Abnahmequoten. Beschlußfassungen erforderten eine einfache Stimmenmehrheit in beiden Interessengruppen. Damit waren die Exportgebiete in allen Entscheidungen an die Zustimmung der Einfuhrländer gebunden und umgekehrt.

Das Abkommen bediente sich im wesentlichen zweier Instrumente :

1. Festsetzung von Export- und Importquoten in absoluter Höhe, wobei die Summen der Aus- und Einfuhren gleich groß waren
2. Bestimmung von Höchst- und Mindestpreisen

Die Festsetzung der Quoten erfolgte nicht nach einer starren Formel, wie bei ähnlichen Regulierungen der Vorkriegszeit meist üblich, sondern allein auf dem Verhandlungswege. Sie variierten daher sehr stark von Land zu Land. So betrug z.B. die Lieferungsquote Kanadas rund 98 %, die der USA dagegen nur 37 % der Weizenexporte des Rechnungsjahres 1947/1948. In einem fast ebenso weiten Rahmen bewegten sich die einzelnen Importquoten. Trotzdem erfaßte das Abkommen noch rund 50 % des Welthandelsvolumens von Weizen. [4]

---

1) Exportländer: Australien, Frankreich, Kanada, USA

2) Näheres dazu : A. Binder, Internationale Regulierungen auf dem Weizenmarkt, Kiel 1952, S. 55 - 60
J. Schöllhorn, Internat. Rohstoffregulierungen, a.a.O., S. 60-66, 125-126

3) Text des Abkommens, Bundesgesetzblatt Nr. 28 vom 30.6.1950

4) A. Binder, Internat. Regulierungen, a.a.O., S. 60

Das Hauptproblem bei den Verhandlungen bestand natürlich darin, einen Preisbereich zu finden, der beiden Verhandlungsgruppen angemessen erschien. Die Verpflichtungen der Teilnehmerländer wurden schließlich folgendermaßen geregelt : Sobald der freie Weltmarktpreis den festgesetzten Höchstpreis [1] überschritt, hatten die Überschußländer die ihnen zugeteilten Quoten den Importgebieten zum Maximalpreis anzubieten. Umgekehrt hatten die Importländer Weizen in Höhe ihrer Quoten zum Mindestpreis abzunehmen, sobald der freie Preis unter das fixierte Minimum fiel. Solange sich jedoch der Weltmarktpreis innerhalb dieser Grenzen bewegte, trat das Abkommen nicht in Aktion. Da nur ein Teil des Weizenhandels kontrolliert wurde, war es möglich, ohne Produktions- und Handelsrestriktionen auszukommen. Es wurden lediglich allgemeine Richtlinien für die Binnenmarktpolitik der einzelnen Teilnehmernationen aufgezeigt. Der Marktmechanismus blieb somit auch weiter in Funktion, denn der Handel konnte mit einer Einschränkung auch außerhalb des Weizenabkommens abgewickelt werden. Lag der Weltmarktpreis über dem Höchstpreis und lieferten die Exportländer nicht in voller Höhe ihrer Quoten, hatten sie den Mehrgewinn an einen Fonds abzuführen. Unterschritt dagegen der freie Preis den Mindestpreis und konnten sie ihre Quoten nicht gänzlich in Anspruch nehmen, bezogen sie Ausgleichszahlungen aus dem Fonds. Entsprechendes galt mit umgekehrten Vorzeichen für die weizenimportierenden Länder.

Der zunächst auf 4 Jahre abgeschlossene Vertrag wurde in den Jahren 1953, 1956 und 1959 immer wieder verlängert, ohne daß grundsätzliche Änderungen vorgenommen wurden.

Der unbestreitbare Vorteil des Abkommens gegenüber allen übrigen Kontrollschemen liegt in der Verpflichtung der Verbraucherländer, eine bestimmte Menge Weizen zu vorgegebenen Bedingungen abzunehmen. Damit ist dem Vertrag von vornherein ein Teilerfolg gesichert. Trotzdem sind die Abmachungen noch weit davon entfernt, als Vorbild für die Regulierung anderer Rohstoffe gelten zu können. Vor allem drei Mängel sind nicht zu übersehen :

1. Die Spanne zwischen den fixierten Höchst- und Mindestpreisen ist zu groß
2. Der regulierte Teil des Weizenmarktes ist zu klein
3. Die Festlegung der Export- und Importquoten in unveränderlicher, absoluter Höhe läßt strukturelle Veränderungen in Erzeuger- wie Verbrauchsländern unberücksichtigt.
4. Eine Zentralisierung der Exporte bzw. Importe auf nationaler Ebene ist erforderlich.

Gegen Ende der Laufzeit dieses ersten Abkommens betrug die zulässige maximale Spanne der Preisveränderungen + 50 %, bezogen auf den Mindestpreis und - 33 %, bezogen auf den Höchstpreis, wobei etwa die Hälfte sämtlicher Transaktionen garantiert wurde. In späteren Abkommen wurde zwar der erlaubte Schwankungsbereich auf 25 % nach "unten" und 33 % nach "oben" [2] eingeschränkt, jedoch nur noch ca. 1/3 des Weizenhandels kontrolliert. Eine weite Preisspanne ist jedoch unvermeidlich, wenn die Preisbestimmung auf mehrere Jahre im voraus erfolgt und keine Bindung an einen Trend besteht. Wenn diese Einschränkungen der Wirksamkeit nicht so sehr ins Gewicht fielen, dann lag dies im wesentlichen an der großzügigen nationalen Stabilisierungspolitik der Exportländer, die sich nicht scheuten, ein enormes Anwachsen der Lagerbestände in Kauf zu nehmen. Allein in

---

1) Als Preisbasis dienten kanadische Dollar pro bushel Manitoba Northern Nr.1. Der Höchstpreis wurde mit 1,80 Dollar festgelegt, während sich der Mindestpreis von 1,50 Dollar jährlich um 10 cts verminderte. Er betrug 1952/53 noch 1,20 Dollar. Die Höchstpreise auf anderen Märkten wurden je nach Qualität und Lage festgesetzt.

2) Höchst- und Mindestpreise 2,00 bzw. 1,50 Dollar/bushel No.1 Nothern Manitoba

Kanada und den USA, den beiden wichtigsten Überschußländern, vermehrten sich die Weizenvorräte zwischen 1950 und 1957 von etwa 15 Mio t auf mehr als 35 Mio t [1) 2)], - bei einem Welthandelsvolumen von knapp 30 Mio t [3)] sicherlich eine respektheischende Menge. Es ist völlig ausgeschlossen, daß derartige Belastungen von unterentwickelten Rohstoffländern zu tragen sind. Für andere Grundstoffe sind Regulierungen nach Art des bisherigen Weizenabkommens daher gänzlich unzureichend, wie ein Beispiel erläutern möge :

Der regulierte Marktanteil betrage 50 %, die zulässige Preisveränderung +/- 15 %. Fällt nun der freie Preis um 30 %, dann entspricht den Auswirkungen auf die betroffenen Einkommen ein Preissturz von insgesamt 22,5 %, Schwankungen des freien Preises von 50 % werden gerade auf 32,5 % gemildert.

Genügend enge Preisgrenzen und ein hoher kontrollierter Marktanteil vermögen anscheinend das Problem zu lösen. Der Einsatz der beiden Regulierungsmittel läßt sich jedoch nicht beliebig intensivieren, wenn zugleich die Funktionsfähigkeit des Marktmechanismus gewahrt bleiben soll. Trotzdem ist eine Verfeinerung des bisherigen Systems möglich. So beschäftigte sich die FAO in einer Studie über das Weizenabkommen [4)] insbesondere mit einer günstigeren Preisgestaltung, die eine Verbindung zum langfristigen Trend des Weltmarktpreises herstellen soll. Der Vorschlag sieht vor, zunächst einen mittleren Preis aus garantierten und freien Transaktionen der früheren Jahre zu bilden. Der Preis jeden folgenden Jahres soll dann der des Vorjahres zuzüglich z.B. eines Achtels der Differenz zwischen mittlerem und freiem Preis sein. Auf diese Weise ergibt sich ein gleitender Durchschnitt über einen Zeitraum von acht Jahren. Zusätzlich würde der mittlere Preis einer Änderung des Index der Rohstoffpreise angepaßt werden, um bei einem eindeutigen Trend nicht allzu sehr hinter der allgemeinen Entwicklung nachzuhinken. Höchst-und Mindestpreise können zusätzlich bestimmt werden, wobei jedoch - systembedingt - eine geringe Schwankungsbreite von z.B. +/- 5 % genügen würde.

Eine derartige Verbesserung der Preisbestimmung würde voraussichtlich die Bereitschaft sowohl der Export - wie auch Importländer steigern, die Kontrollen weiter auszudehnen. Zusätzlich ist dann noch eine Änderung der Quotenbestimmung erforderlich.

Wie der abnehmende Einflußbereich des Vertrages zeigt, sind die Einfuhrgebiete unter den derzeitigen Umständen wenig geneigt, umfangreiche, langfristige Bindungen einzugehen, wenn Veränderungen der heimischen Erzeugung unbeachtet bleiben. Vermutlich würde hier die Einführung variabler Abnahmegarantien, die sich der jeweiligen Eigenversorgung anpassen können, Abhilfe schaffen. Damit wird zugleich einer Ausdehnung der Marktregulierung in den Verbraucherländern eine natürliche Grenze gesetzt.

Aber auch von der Produktionsseite her ist eine Kontrolle des ganzen Marktes nicht möglich, da - und das gilt gleichermaßen für alle Agrarrohstoffe - witterungsbedingte, saisonale Schwankungen der Ernteergebnisse und damit der exportierbaren Überschüsse eine gänzliche Überwachung des Handels ausschließen.

---

1) Lagerbestände: Kanada 1950 ca. 11,6 Mio t, 1957 ca. 24,6 Mio t.
USA 1950 ca. 11,6 Mio t, 1947 ca. 21,0 Mio t

2) US. Dep.of Agriculture, Foreign Agricult.Service, Foreign Crops and Markets, No.13, Washington, Sept. 1957, p.25

3) FAO, Trade Yearbook 1959

4) FAO, Commodity Policy Study, No.1, A Reconsideration of the International Wheat Agreement, Rome 1952

Eine ausgedehnte Regulierung des Weizenhandels ohne genügende Berücksichtigung langfristiger Verschiebungen der Höhe notweniger Einfuhren führt eventuell zu Schwierigkeiten auf dem freien Markt.

Angenommen, der freie Preis deckt sich zunächst mit dem Höchstpreis des Abkommens. Eine Mißernte in einem der großen Exportländer schränkt nun das verfügbare Angebot bedeutend ein. Einzelne Länder decken einen hohen Teil ihres Bedarfs mit garantierten Importen, während andere Nationen überwiegend auf den freien Markt angewiesen sind. Ohne den bestehenden Vertrag würden sich nun die verringerten Liefermöglichkeiten in jedem Einfuhrland gleichmäßig auswirken. Unter dem Abkommen werden jedoch zunächst die Verkäufe auf dem Weltmarkt eingeschränkt, wodurch dort natürlich ein höherer Preis entsteht, als ohne Preis- und Quotenfixierung zu erwarten gewesen wäre.

Wenn nun trotz der Schwächen der Konvention, von denen nur die wichtigsten genannt wurden, ein gewisser Erfolg der Weizenmarktregulierung festzustellen ist, dann liegt der Grund weniger im Vertrag selbst als vielmehr in der Einhaltung eines gentlemen-agreements zwischen den Exportländern, die sich dadurch ein hohes Preisniveau sicherten. Andererseits muß aber auch anerkannt werden, daß im Weizenabkommen erstmalig Ansätze für eine Marktkontrolle zu finden sind, die bei weiterer Ausgestaltung und Ergänzung auch auf die Dauer einen Erfolg möglich erscheinen lassen.

6.3 Quotensysteme : Die internationalen Zuckerabkommen

Die internationale Zuckerwirtschaft ist durch eine starke Rivalität zwischen dem billig herstellbaren Rohrzucker und dem nur zu wesentlich höheren Gestehungskosten produzierbaren Rübenzucker gekennzeichnet.

Bereits zu Beginn dieses Jahrhunderts führten die staatlichen Interventionen in den europäischen Anbauländern zu einer starken Expansion der Rübenzuckerproduktion [1) 2)]. Die überseeischen Exportgebiete sahen sich damit erstmalig erheblichen Absatzschwierigkeiten gegenübergestellt. Das erste internationale Zuckerabkommen [3)] kam daher schon im Jahre 1902 zustande und war darauf ausgerichtet, einer weiteren Verschärfung und noch weitergehenden Verzerrung des Wettbewerbs entgegenzutreten. Allein durch kontrollierten Abbau der Exportsubventionen und Herabsetzung der Exportzölle gelang es, die gleichen Konkurrenzbedingungen für Rohr- und Rübenzucker wiederherzustellen und die Ausdehnung des Zuckerverbrauchs zu fördern. Restriktive Eingriffe in Produktion und Handel erwiesen sich als unnötig. Der erste Weltkrieg setzte der Konvention dann ein Ende, formell hatte der Vertrag noch bis 1920 Bestand.[4)]

Dem 1931 in Kraft getretenen Chadbourne-Plan war dagegen keine lange Existenz beschieden. Seiner Form nach ein internationales privates Kartell, suchte er mit Unterstützung der Regierungen durch scharfe Einschränkungen von Erzeugung und Ausfuhr das Überangebot der Zwischenkriegszeit zu beseitigen und den Weltmarktpreis zu heben. Dieses Vorhaben war

---

1) Großbritannien verbrauchte im Jahre 1900 ca. 1,6 Mio t Zucker, davon waren nur 8 % (129 000 t) Rohrzucker

2) H. Jacobs, Die internationale Zuckerkonvention, Berlin 1928, S. 7

3) Text des Abkommens, Reichsgesetzblatt 1903, Nr. 4 vom 20.2.1903

4) Näheres dazu: H. Jacobs, Die internationale Zuckerkonvention, a.a.O.

jedoch von Anfang an zum Scheitern verurteilt, da die Marktkontrolle unzureichend war. Die gleichzeitige Produktionsausweitung der Außenseiter machte alle Bemühungen zunichte. Im Herbst 1935 wurde daher von einer Verlängerung des Plans abgesehen. [1]

Erneute Verhandlungen der am Zuckerhandel interessierten Länder führten schon kurze Zeit später - im Jahre 1937 - zum Abschluß eines zweiten internationalen Zuckerabkommens. [2] Die durch ihre Regierungen vertretenen Nationen umfaßten etwa 85-90 % der Weltproduktion und des Verbrauchs von Zucker. [3] Als Hauptziel des Vertrages galt die Verhütung einer weiteren Einschränkung des freien Marktes. [4] [5] Die Importländer verpflichten sich daher zu einer Begrenzung des bis dahin stark geförderten Zuckerrübenanbaus. Die These vom "freien Markt" war darüberhinaus nicht sonderlich ernst gemeint, wie die gleichzeitige Festlegung von Exportquoten und die Beschränkung der Vorratshaltung in den Überschußländern bewies. Angesichts der riesigen Lagerbestände [6] [7] und der chronischen Absatzschwierigkeiten schien jedoch zu diesem Zeitpunkt keine andere Lösung möglich, die eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in den tropischen Produktionsgebieten hätte verhindern können. Die Verwaltung des Abkommens wurde dem internationalen Zuckerrat übertragen. Von den insgesamt 100 Stimmen verfügten die Exportländer über 55, die Importgebiete über 45 Stimmen. Trotzdem versuchten die Erzeugergebiete während der Vertragsdauer nicht, den Verbraucherländern ungerechtfertigt entgegenzutreten.

Durch eine Kürzung der ursprünglichen Quoten gelang es während der nächsten beiden Jahre, Angebot und Nachfrage bei einem Preis im Gleichgewicht zu halten, der beträchtlich über dem der Vorjahre lag. [8] [9] Es dürfte allerdings schwierig festzustellen sein, in wie weit der Wirtschaftsablauf von der in zunehmendem Maße drohenden Kriegsgefahr beeinflußt wurde und in wie weit das Abkommen tatsächlich wirksam war.

Eine echte Lösung der Probleme des Weltzuckermarktes war mit dieser Konvention nicht zu erzielen. Die Planungen dienten lediglich dazu, einem weiteren Preisverfall Einhalt zu gebieten, ohne jedoch die notwendigen Schritte zur Korrektur der Produktionskapazitäten auch nur einzuleiten. Der zweite Weltkrieg setzte dem Vertrag praktisch ein Ende, formal blieb er noch bis 1942 bestehen.

Die Entwicklung der Zuckerwirtschaft nach 1945 weist viele Parallelen zu den Vorgängen der Zwischenkriegszeit auf. Wiederum zwang der Devisenmangel die europäischen Länder zur Ausdehnung der Rübenzuckererzeugung. Zusätzlich engten Präferenzabkommen zwischen

---

1) Näheres dazu: G.W.Stocking & M.W.Watkins, Cartels in Action, a.a.O., pp.37-41

2) Text des Abkommens, International Labour Office, Intergovernmental Commodity Controll Agreements, Montreal 1943, pp. 26-43

3) J.Schöllhorn, Internationale Rohstoffregulierungen, a.a.O., S.33

4) 1937 betrug die weitgehend protektionierte Rübenzuckererzeugung 11,2 Mio short t = 32 % der geschätzten Weltzuckerproduktion.

5) G.W.Stocking & M.W.Watkins, Cartels in Action, a.a.O., p.27, Tab.1

6) Die geschätzten Lagerbestände betrugen am 1.9.1937 knapp 10 Mio short t = ca. 30 % der Jahreserzeugung 1937

7) G.W.Stocking & M.W.Watkins, Cartels in Action, a.a.O., p.29, Tab.2

8) G.W.Stocking & M.W.Watkins, Cartels in Action, a.a.O., p.29, Tab.2

9) Londoner Notierung: 1936 - 1,04 cts/lb, 1937 - 1,40 cts/lb für Cuban raw sugar, 96°

einigen Export- und Importländern den freien Markt weiter ein. Die im Zusammenhang mit der Koreakrise getätigten Reserveküufe vermochten die Überschußbildung noch einmal zu begrenzen, doch wuchsen die Vorräte in den Erzeugerländern nach Beendigung des Konflikts dafür umso schneller an. Zwar begann Kuba schon im Wirtschaftsjahr 1952/53 mit einschneidenden Produktionseinschränkungen [1][2], doch konnte allein damit ein schneller Preisverfall [3][4] nicht aufgehalten werden. Die Vereinten Nationen beriefen daher Mitte 1953 eine Konferenz aller interessierten Ländern ein, die zum Abschluß eines neuen internationalen Zuckerabkommens führte.[5] Es wurde von 22 Export- [6] und 16 Importländern unterzeichnet und trat am 1.1.1954 in Kraft.

Über die Zielsetzung heißt es in Artikel 1 :

"Der Zweck des Abkommens ist : Die Zuckerversorgung von Importländern zu angemessenen und stabilen Preisen sicherzustellen, den Zuckerverbrauch in der ganzen Welt zu erhöhen, die Kaufkraft derjenigen Länder und Gebiete auf dem Weltmarkt zu erhalten, deren Wirtschaft weitgehend von der Erzeugung oder dem Export von Zucker abhängt, indem den Erzeugern angemessene Einnahmen ermöglicht und die Aufrechterhaltung fairer Arbeitsbedingungen und Löhne gewährleistet werden."

Wie in der Konvention von 1937 bestand das wichtigste Regulierungsinstrument aus einer Kontrolle der Exporte, wobei die Kürzung der jedem Erzeugerland zugeteilten Quoten als Schutz für die Verbraucher jedoch auf maximal 20 % begrenzt wurde. Da jedoch die Präferenzverträge der BR Deutschland, Großbritanniens, der USA und der UdSSR unangetastet blieben, fielen nur noch etwa 40 % des Zuckerhandels unter die Bestimmungen des Abkommens.

Als zusätzliches Stabilisierungsmittel wurde ein Preismechanismus eingeführt, der den zulässigen Schwankungsbereich der Zuckerpreise mit 3,25 und 4,35 cts/lb [7] festlegte. Blieb der Weltmarktpreis an 15 aufeinanderfolgenden Tagen unter dem Mindestpreis, wurden die Quoten automatisch um 5 % gekürzt, während ein Überschreiten der Obergrenze eine Quotenerhöhung von 7,5 % auslöste. Diese Bestimmung wurde jedoch nur dann wirksam, wenn der Zuckerrat als Verwaltungsorgan des Abkommens von seinem Recht der Quotenänderung keinen Gebrauch machte.

---

1) Die Produktion Kubas wurde von 7 Mio t (1951/52) auf etwa 5 Mio t (1952/53) verringert. Zusätzlich nahm die kubanische Regierung weitere 1,7 Mio t aus dem Markt, um sie im Verlauf der nächsten 5 Jahre allmählich wieder zuzuführen. Trotzdem betrug das Angebot auf dem freien Markt insgesamt etwa 6 Mio t, dem eine Nachfrage von nur rund 4,5 Mio to gegenüberstand.

2) J.Schöllhorn, Internationale Rohstoffregulierungen, a.a.O., S.141

3) Zwischen 1951 und 1953 fiel der Preis von 5,68 auf 3,41 cts/lb für Cuban raw sugar, 96° (Jahresdurchschnitt)

4) International Sugar Council, Sugar Yearbook 1959, London

5) Text des Abkommens, Bundesgesetzblatt Teil II, Nr.9 vom 10.6.1954

6) Exportländer: Australien, Belgien, Brasilien, China, Dänemark, Dom.Republik, Frankreich, Haiti, Holland, Indien, Indonesien, Jugoslawien, Kuba, Mexiko, Nicaragua, Peru, Philippinen, Polen, Südafr.Union, Tschechoslowakei, UdSSR, Ungarn

7) Cuban raw sugar, 96°, "Weltkontrakt Nr.4, loco New York, f.a.s.kubanischer Hafen

Eine Verbesserung gegenüber früheren Vereinbarungen ist darin zu sehen, daß bei Beschlußfassungen im Zuckerrat Import- wie Exportländer über die gleiche Stimmenzahl verfügten.

Auf eine Festlegung von Importquoten wurde auch weiterhin verzichtet. Ebenso fehlen Bestimmungen über die Gestaltung der Binnenmarktpolitik in den Verbraucherländern. Die Einfuhrgebiete erklärten sich jedoch bereit, in Zukunft keine größere Zuckermengen von Ländern außerhalb des Abkommens zu beziehen, als sie in einem der Jahre 1950 bis 1952 getan hatten.

Das ursprünglich bis 1958 befristete Abkommen wurde nach einigen Verhandlungen ohne grundsätzliche Änderungen verlängert und hat noch heute Gültigkeit.

Ein grundsätzlicher Mangel des Zuckerabkommens liegt in der ungenügenden Breite der Marktkontrolle. Da Präferenzverträge den freien Markt sehr weit einengen, wirken sich Unregelmäßigkeiten in der Erzeugung und der Nachfrage fast ausschließlich im verbleibenden Sektor aus. Die Folgen sind theoretisch die gleichen wie im nichtregulierten Teil des Weizenmarktes, in der Praxis sind dagegen die Störungen wegen des Fehlens ausreichender nationaler Stabilisierungsmaßnahmen bedeutend ausgeprägter. Hinzu kommt, daß Veränderungen im nichtregulierten Marktbereich die Wirksamkeit der Konvention zusätzlich beeinträchtigen. So haben die politischen Differenzen zwischen Kuba und den USA auch zum Abbruch der Handelsbeziehungen der beiden Länder geführt. Als direkte Folge steigern nun die Exportgebiete, welche die amerikanische Bedarfslücke auszufüllen versuchen, mit allen Mitteln die Produktion, um sowohl ihre Quoten im Abkommen als auch die zusätzlichen amerikanischen Inlandsquoten auswerten zu können. Da Kuba immerhin ca.3/4 des Zuckerverbrauchs der USA deckte, ist der Weltzuckermarkt auf Jahre hinaus von kaum unter Kontrolle zu haltenden Überschüssen bedroht. Unter diesen Umständen ist die schon früher kaum genügende Exportquotenbeschränkung von maximal 20 % nunmehr vollkommen unzureichend. Schon Mitte 1954 sank erstmals der Weltmarktpreis trotz Ausschöpfung aller Restriktionsmöglichkeiten unter den vertraglich fixierten Mindestpreis, bewegte sich in der Folgezeit meist an der Untergrenze und ist seit 1959 völlig der Kontrolle entglitten. Allein zu Beginn des Jahres 1957 wurden die Exportbeschränkungen befristet aufgehoben, da als Auswirkung der Suezkrise die Preisobergrenze überschritten wurde. Die aufgrund der Vereinbarungen zu haltenden Mindestvorräte erwiesen sich aber für den plötzlichen Nachfragestoß als zu klein und waren den Erfordernissen für die Behebung der überraschenden Verknappung nicht gewachsen [1]. Es leuchtet ein, daß größere Reservebestände diese Entwicklung hätten verhindern können.

Die fehlende Möglichkeit einer Beeinflussung der Binnenmarktpolitik in den Teilnehmerländern dürfte als weiterer Grund für das Versagen der Zuckermarktregulierung anzusehen sein. Die Exportländer suchen durch die Aufrechterhaltung eines hohen Produktionsniveaus die Zahlungsbilanz günstig zu beeinflussen, während die Importländer die Interessen der heimischen Landwirtschaft durch protektionistische Maßnahmen zu wahren suchen und damit eine Verbrauchsförderung weitgehend ausschließen.

Eine Festsetzung von Höchst- und Mindestpreisen in einem ungenügend stabilen System wie dem Zuckerabkommen ist nahezu überflüssig, da die Einhaltung der Grenzen mehr oder minder zufallsbedingt ist. Damit soll nicht gesagt sein, daß der Mechanismus des Abkommens völlig unbrauchbar ist, sondern daß eine Regulierung unter den gegebenen Umständen mit den derzeitig verfügbaren Mitteln keine Lösung der Probleme des Zuckermarktes erwarten läßt.

---

1) K.O. Titze, Internationale Planungen auf den Weltrohstoffmärkten, Diss. Darmstadt 1958, S.95

6.4 Stabilisierungsreserven : Die internationalen Zinnabkommen

Die Versuche zur Regulierung des Zinnmarktes sind seit langem zu einer festen Einrichtung auf dem Weltmarkt geworden. Mit der Gründung des Bandoeng-Pools Anfang 1921 suchten die Regierungen der Malayischen Bundesstaaten und Niederländisch Indiens die allmähliche Liquidierung der hohen Überschüsse aus der Zeit des ersten Weltkriegs sicherzustellen und damit einen Preisverfall zu verhindern. Der Pool kaufte einen großen Teil der Bestände auf und brachte sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder auf den Markt. Diese Maßnahme störte jedoch die Anpassung der Produktion an den schnell steigenden Bedarf mit der Folge, daß nach Erschöpfung der Pool-Bestände 1926/27 ein akuter Zinnmangel zu starken Preisauftrieben führte. Der Anreiz der hohen Preise wiederum löste umgehend einen spekulativen Boom in der Zinnerzeugung aus, der durch die Erschließung neuer Vorkommen noch begünstigt wurde. Damit stiegen die Vorräte trotz langsamer Verbrauchsausweitung erneut an. [1)2)]

Die im Juli 1929 gegründete Tin Producer's Association verfolgte das Ziel, durch allgemeine Produktionseinschränkungen einen neuerlichen Abbau der Zinnreserven zu erreichen. Obgleich über 70 % der Erzeugung von den Mitgliedern kontrolliert wurden, erwiesen sich die freiwilligen Restriktionen mit einer Verschärfung der Weltwirtschaftskrise als Fehlschlag, da viele Teilnehmer Wege zur Umgehung der Vorschriften fanden.[3)] Die Notwendigkeit umfassender und drastischer Kontrollen wurde aber von allen Erzeugergebieten anerkannt und fand ihren Niederschlag in einem ersten internationalen Zinnabkommen im Jahre 1931.[4)] Als reines Produzentenabkommen war es eindeutig darauf abgestellt, den Zinnpreis zu heben und höhere Erzeugereinkommen zu sichern. Die dazu eingesetzten Mittel waren Produktions- und Exportquoten, deren Einhaltung von Teilnehmerregierungen zu überwachen war.

Mit Billigung des Verwaltungskommitees wurde noch im gleichen Jahr aufgrund privater Vereinbarungen ein Zinn-Pool gegründet, der gleich zu Beginn seiner Tätigkeit einen beträchtlichen Teil der Vorräte vom Markt nahm. Die allmähliche Auflösung dieser Reserven geschah erst zwei Jahre später, nachdem die Weltmarktpreise bedeutend gestiegen waren. Das zweite Zinnabkommen übernahm 1934 die Kontrollmethoden des ersten Vertrages, doch gelang es diesmal, auch noch die wenigen, bis dahin unbeteiligten Produktionsgebiete als Mitglieder zu gewinnen. Die Ergänzung durch ein offizielles buffer-stock Abkommen [7)] noch im gleichen Jahr war angesichts der günstigen Lage auf dem Zinnmarkt überflüssig und nur als Garantie für die Aufrechterhaltung eines hohen Preisniveaus zu verstehen.

---

1) Die Erzeugung betrug 1926 und 1929 144 000 long t bzw. 193 000 long t, der zugehörige Verbrauch 146 000 long t bzw. 182 000 long t

2) K.E.Knorr, Tin under Controll, Stanford University 1945, pp.298 und 302

3) Näheres dazu: K.E.Knorr, Tin under Controll, a.a.O., pp.92-102
G.W.Stocking & M.W.Watkins, Cartels or Competition? New York 1958, pp.163-165
J.Schöllhorn, Internationale Rohstoffregulierungen, a.a.O., S.47-48

4) Text des Abkommens, International Labour Office, Intergovernmental Commodity Controll Agreements, a.a.O., pp.73-75

5) Tiefstwert 1931 im Dezember 21 cts/lb, Höchstwert 1933 im Dezember 53 cts/lb, Notierung New York

6) Text des Abkommens, International Labour Office, Intergovernmental Commodity Controll Agreements, a.a.O., pp.75-79

7) Text des Abkommens, International Labour Office, a.a.O., pp.80-81

Ein drittes internationales Zinnabkommen [1] entstand 1937 als Verlängerung der vorausgegangenen, abgelaufenen Konvention. Das Regulierungsverfahren blieb wiederum erhalten, doch wurden die einzelnen Bestimmungen präziser gefaßt. Erstmals wurde auch die Vertretung der Konsumenten vertraglich verankert, doch blieb sie ohne Stimmrecht und hatte ausschließlich beratende Funktion. An den üblichen Praktiken des Zinnkommitees konnte sie jedoch nichts ändern.

Die Rezession der Jahre 1937/38 verursachte trotz Kürzung der Quoten wiederum ein Anwachsen der Überschüsse und gab damit Anlaß zum Abschluß eines zweiten buffer-stock Abkommens [2] im Jahre 1938. Diese Übereinkunft enthielt als Neuerung eine Bestimmung über das anzustrebende Preisniveau mit oberen und unteren Preisgrenzen. Durch Auffüllung der Stabilisierungsreserve, ergänzt durch weitere Restriktionen des Zinnkommitees, gelang es schon nach kurzer Zeit, den Preis an der Höchstgrenze zu stabilisieren.

Der zweite Weltkrieg machte der Tätigkeit beider Institutionen ein Ende, obgleich das Zinnabkommen 1942 formal um weitere fünf Jahre verlängert wurde. Die Erneuerung galt jedoch im wesentlichen nur der Aufrechterhaltung des Kontrollmechanismus für die Nachkriegszeit. Die Kriegszerstörungen in Ostasien während der ersten Hälfte der 40er Jahre befreite die Zinnwirtschaft vorübergehend von der Belastung durch Überkapazitäten.[4][5] Zugleich ging aber auch der Zinnverbrauch stark zurück. Zwei Gründe sind dafür verantwortlich zu machen : [6]

1. Zunehmender Ersatz des Zinns durch Aluminium, Kunststoffe und Zellophan als Verpackungsmaterial
2. Aufwendung der elektrolythischen Herstellungsmethode in der Weißblechindustrie, wodurch eine Zinneinsparung von mehr als 50 % gegenüber dem früher üblichen Tauchverfahren zu erzielen war.

Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen, so daß der Zinnkonsum seit etwa 1950 stagniert. [7][8]

Schon bald nach Beendigung des Krieges konnten die asiatischen Zinnminen wieder in Betrieb genommen werden. Der unterschiedliche Verlauf von Produktion und Verbrauch wurde zwar anfänglich noch durch die Bildung strategischer Reserven in Großbritannien und den USA verschleiert, doch zeigte sich nach Beendigung des Koreakonflikts umso deutlicher die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage. Die Initiatoren des Zinn-

---

1) Text des Abkommens, International Labour Office, a.a.O., pp.81-86

2) Text des Abkommens, International Labour Office, a.a.O., pp. 90-94

3) Text des vierten Abkommens, International Labour Office, a.a.O., pp.95-103

4) Die Zinnerzeugung betrug 1946 nur 90 000 t = 52 % des Durchschnitts der Jahre 1935 - 1939

5) OEEC, Basic Statistics of Industrial Production 1913-1952, Paris 1953, p.61

6) J.Schöllhorn, Internationale Rohstoffregulierungen, a.a.O., S.146

7) Zinnverbrauch (ohne Ostblock) 1950 = 153 000 t, 1959 = 152 000 t

8) Metallgesellschaft AG, Metallstatistik, 47.Jahrg.1950-1959, Frankfurt/M.1960

abkommens von 1953 [1] sahen sich daher vor keine leichte Aufgabe gestellt, und es zeugt von der Schwierigkeit der Marktregulierung, daß es erst Mitte 1956 Gültigkeit erhielt.

Als Verbesserung gegenüber früheren Konventionen waren diesmal Export- [2] und Importländer gleichberechtigt im Zinnrat vertreten. Außerdem verfügte die Verwaltung nunmehr über drei Instrumente zur Marktbeeinflussung:

1. Auf- oder Abbau einer Stabilisierungsreserve in bestimmten Grenzen
2. Unbegrenzte Festsetzung von Exportquoten
3. Bestimmung von Höchst- und Mindestpreisen

Die Marktregulierung geschah in erster Linie mit Hilfe der Stabilisierungsreserve. Erst wenn ein Mindestvorrat vorhanden war, durfte mit der Festsetzung von Exportquoten begonnen werden.

Der Bereich, innerhalb dessen der Preis stabilisiert werden sollte, war anfangs recht weit gehalten, konnte aber schon bald durch Heraufsetzung der Untergrenze bedeutend eingeengt werden.[3] Bewegte sich der Weltmarktpreis im mittleren Drittel der zulässigen Preisspanne, trat der Zinnrat nicht in Erscheinung. Lagen dagegen die Preise im oberen oder unteren Drittel, war die Verwaltung verpflichtet, das Angebot aus Reservebeständen zu erhöhen, um einen weiteren Preisanstieg zu verhindern bzw. als Käufer an der Londoner Metallbörse einen weiteren Preisverfall abzuwenden.

Auf eine direkte Produktionskontrolle wurde verzichtet, doch sollten die Vorräte in jedem Exportland nicht mehr als 25 % der Lieferungen in vorausgegangenen zwölf Monaten betragen. Diese Vorschrift galt allerdings nur für den Fall, daß zugleich Ausfuhrbeschränkungen bestanden.

Eine weitere Bestimmung, die bis dahin noch in keinem anderen Regulierungsabkommen zu finden war, ist von grundsätzlicher Bedeutung. So sollte eine Kürzung der Quoten um jährlich 20 % bei den Gebieten mit der unwirtschaftlichsten Produktion und eine entsprechende Erhöhung bei den kostengünstigsten Versorgungsquellen eine allmähliche, strukturelle Veränderung in der Zinnerzeugung begünstigen. Eine Klausel verlangte allerdings zugleich eine gebührende Berücksichtigung wirtschaftlicher und sozialer Härten.

Das zunächst auf fünf Jahre begrenzte Abkommen hat in den folgenden Jahren nur geringfügige Änderungen erfahren und wurde 1961 für weitere fünf Jahre verlängert.

Die Errichtung einer internationalen Kontrolle des Zinnmarktes wurde durch äußere Umstände sehr begünstigt : [4]

1. Die Zinnförderung konzentriert sich auf einige wenige Länder

---

1) In Ermangelung des Vertragstextes stützen sich die Angaben auf folgende Veröffentlichungen: J.Schöllhorn, Internat.Rohstoffregulierungen, a.a.O., S.148-1950, K.O.Titze, Internationale Planungen, a.a.O., S.141-146, Text des 2.Zinnabkommens von 1961:UN, United Nations Tin Conference, 1960, E/Conf.32/5, N.York 1961, S.25-42

2) Exportländer : Bolivien, Indonesien, Kongo, Malaya, Nigeria, Thailand (ab 1957) mit zusammen mehr als 90% der Zinnerzeugung der westlichen Welt

3) Der zulässige Preisbereich wurde anfangs durch 640 und 880 Pfund Sterling/long t, ab 1957 durch 730 und 880 Pfund Sterling/long t begrenzt.

4) K.E. Knorr, Tin under Controll, a.a.O., pp. 99 ff

2. Es besteht eine klare Trennung zwischen Erzeuger- und Verbraucherländern [1]
3. Zinn weist keine großen Qualitätsunterschiede auf und ist nur in geringem Umfang an die Produktion anderer Mineralien gekoppelt

Bis etwa zu Beginn des zweiten Weltkrieges waren nahezu keine Substitutionsprodukte vorhanden oder war die Verarbeitung von Ersatzstoffen im Zinnanwendungsbereich nur beschränkt möglich. Darüber hinaus erleichterte ein hoher Grad finanzieller Verflechtung im Zinnbergbau das Zustandekommen vor allem der früheren Abkommen.

Wie alle Rohstoffabkommen der Nachkriegszeit entstand auch die Zinnmarktkontrolle aus einer Überangebotssituation heraus. Sie war daher von vornherein auf die Beseitigung von Überschüssen abgestellt, ohne jedoch im gleichen Maß die Verbraucher vor einem plötzlichen Marktumschwung zu schützen. Der Grund für die einseitige Ausrichtung der Konvention ist in erster Linie im mangelnden Interesse der Einfuhrländer zu suchen, denn nur so sind zwei grundsätzliche Mängel des Vertrages erklärlich, die in der Folgezeit zu erheblichen Schwierigkeiten führten :

1. Die Erzeugerinteressen besitzen noch immer ein Übergewicht. Wenn auch Export- und Importländer bei Beschlußfassungen der Verwaltung gleichberechtigt abstimmen, so vertreten doch verschiedene, als Verbraucherländer geführte Staaten wie Belgien und Großbritannien in der Praxis zugleich Produzentenbelange.
2. Die Verbraucherländer gingen im Rahmen des Abkommens keinerlei Verpflichtungen ein. Sie übernahmen weder Kaufgarantien, noch beteiligten sie sich an der Finanzierung der Stabilisierungsreserve.

Da der Zinnmarkt anfangs zu mehr als 90 % von den exportierenden Mitgliedsstaaten kontrolliert wurde und die Art der Regulierungsinstrumente genügend wirksam erschien, glaubte man zunächst, eine Anpassung des Angebots an die konjunkturabhängige Nachfrage jederzeit ohne unerwünschte Auswirkungen auf den Preis gewährleisten zu können. Diese Annahme erwies sich jedoch schon sehr bald als verfehlt.

Wie schon bei Abschluß der Weizen- und Zuckerabkommen hatte der Ostblock auch bei den Verhandlungen um ein Zinnabkommen die Mitarbeit verweigert. In Anbetracht der Überkapazitäten in der Zinnproduktion war dies jedoch nicht sonderlich von Bedeutung, da die UdSSR und ihre Satellitenländer mit Ausnahme von China seit eh und je als Zuschußgebiete bekannt waren. Von etwa 1957 an konnte dann aber die östliche Zinnerzeugung über den Eigenbedarf der Ostblockländer hinaus gesteigert werden. [2][3] Vom gleichen Zeitpunkt an machten sich die sowjetischen Zinnexporte auf dem Weltmarkt bemerkbar und verursachten einige Verwirrung.

---

1) Die hier zu verstehende geographische Trennung beider Gruppen erleichterte den Abschluß des Abkommens. Daneben existierten jedoch nach kurzer Zeit wirksam werdende Interessen einzelner Verbraucherländer in Erzeugergebieten.

2) Zinnerzeugung und Verbrauch des Ostblocks (in 1000 t) :
1956 : Erzeugung 26,4 - Verbrauch 27,0
1957 : Erzeugung 35,0 - Verbrauch 27,5
1958 : Erzeugung 48,0 - Verbrauch 28,5
1959 : Erzeugung 50,7 - Verbrauch 32,2

3) Metallgesellschaft AG, Metallstatistik, 47. Jahrgang, a.a.O.

Exportquotenbeschränkungen und Käufe des Stabilisierungsfonds vermochten bis Mitte 1958 Angebot und Nachfrage wieder ins Gleichgewicht zu bringen, obgleich als Folge einer leichten Rezession der Verbrauch außerdem noch etwas zurückgegangen war. [1)2)] Die Ausfuhr des Ostblocks nahm jedoch immer noch zu, so daß schließlich die finanziellen Mittel der Stabilisierungsreserve erschöpft waren und der Weltmarktpreis kurzfristig unter den Abkommensmindestpreis fiel.[3)] Ein weiterer Preisverfall wurde durch einschneidende Quotenrestriktionen verhindert.

Während die Preisbewegung in Grenzen gehalten werden konnte, mußte ein katastrophaler Rückgang des Exportvolumens und damit der Exporteinnahmen in Kauf genommen werden. So betrug die zulässige Ausfuhrquote im letzten Quartal des Jahres 1958 gegenüber dem Vorjahr in Malaya und Indonesien 49 %, in Bolivien und Thailand 43 % und in Nigeria nur noch 37 %. [4)] Allein in Malaya verminderten sich die Einkünfte aus dem Zinnexport gegenüber 1957 um mehr als 35 %. Die Hälfte aller Zinnminen wurde gegen Ende des Jahres geschlossen und mehr als ein Drittel der Beschäftigten entlassen. Die UdSSR als Urheberin dieser Situation erklärte sich nach einigen Verhandlungen bereit, ihre Ausfuhren für 1959 auf 13.700 to zu beschränken im Vergleich zu etwa 18.000 to im Vorjahr.

Das Versagen des Zinnabkommens ist nicht auf einen unzureichenden Regulierungsmechanismus zurückzuführen. Die Größe der Stabilisierungsreserve war ausreichend, um normalen konjunkturellen Absatzschwankungen begegnen zu können. Zusammen mit Exportquotenbeschränkungen waren auch ungewöhnliche Marktverhältnisse zu beherrschen, ohne den Preis allzu sehr zu gefährden. Da es jedoch nicht möglich war, den Markteinbruch des Außenseiters abzuriegeln, wurde ein Erfolg der Preisstützung durch den Rückgang im Exportvolumen weitgehend zunichte gemacht. Es soll aber nicht verkannt werden, daß ohne Regulierungsmaßnahmen ein stärkerer Preisverfall und eine noch ausgeprägtere Veränderung der Exporterlöse zu erwarten gewesen wäre.

Bereits im Jahre 1959 zeichnete sich eine allmähliche Beruhigung des Zinnmarktes ab. Die Verwaltung des Abkommens begann deshalb mit dem Abbau der hohen Bestände des Pools. Dabei beging sie jedoch den Fehler, die Vorräte der Reserve auf ein völlig unzureichendes Maß zu reduzieren,[5)] ohne die Exportquoten entsprechend zu erhöhen. Wie nicht anders zu erwarten, verlor der Zinnrat Mitte 1961 wiederum die Kontrolle über den Markt, da das Angebot die Nachfrage zum Abkommenspreis nicht mehr decken konnte. Bolivien, das Zinnexportland mit den höchsten Produktionskosten, stellte dann auch sofort den Antrag, den Maximalpreis auf 1000 Pfund St./long t zu erhöhen. Ein derart überhöhtes Preisniveau wird aber einerseits dem Substitutionsprozeß in der zinnverarbeitenden Industrie, andererseits der Erzeugung einen unerwünschten Anstoß geben. Die Folge ist dann ein erneutes Mißverhältnis

---

1) Metallgesellschaft AG. Metallstatistik, 47. Jahrgang, a.a.O.

2) Zinnerzeugung und Verbrauch ohne Ostblock (in 1000 t) :
1956 : Erzeugung 169,3 - Verbrauch 154,4
1958 : Erzeugung 117,4 - Verbrauch 142,1

3) Niedrigster Preis 1958 : 86,50 cts/lb = ca. 695 Pfund Sterling/long t, durchschnittlicher Preis 1958 : 95,13 cts/lb = ca. 760 Pfund Sterling/long t für straits tin, New York

4) Näheres dazu : H.G. Aubry, Soviet Trade and Price Stability, Kyklos 12, 1959, a.a.O., pp. 292-293

5) Die Reserven wurden von 23 350 t im Jahre 1958 auf 10 030 t im Jahre 1959 abgebaut.

zwischen Angebot und Nachfrage.

Die bewußte Angebotsverknappung erfolgte vermutlich aus der Befürchtung heraus, trotz gegenteiliger Versicherung einem erneuten Markteinbruch des Ostblocks begegnen zu müssen. Die erwartete, neue Störung blieb dann natürlich aus. Es ist nicht nur unklug, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der kommunistischen Länder zu unterschätzen, sondern auch ebenso unvernünftig, ihnen kommerzielle Fähigkeiten abzusprechen. Andererseits darf wiederum auch nicht außer Acht gelassen werden, daß die Vertragstreue eines Staates, der die Revolution auf seine Fahnen geschrieben hat, nur dann gewährleistet ist, wenn sie den politischen Zielen im Augenblick gerade nicht widerspricht. Im Hinblick auf internationale Rohstoffabkommen bedeutet das aber, daß alle die Marktregulierungen in ihrer Funktionsfähigkeit bedroht sind, die in irgendeiner Form von östlichen Aktionen beeinflußt werden können. Das gilt in erster Linie für alle im Ostblock erzeugten Grundstoffe, im weiteren Sinne aber auch für tropische Urprodukte, denn seitdem sich der kommunistische Einflußbereich auch auf Gebiete Afrikas und Südamerikas erstreckt und vermutlich auch noch weiter ausgedehnt werden kann, dürfte eine völlige Erfassung der Erzeugerländer tropischer Grundstoffe in umfassenden Abkommen kaum mehr zu erreichen sein.

Die internationalen Planungen auf den Weltrohstoffmärkten der Nachkriegszeit haben sich als wenig erfolgreich erwiesen. Der Hauptgrund lag in der Abneigung der Verbraucherländer, Verpflichtungen im Rahmen der Regulierungsbestrebungen einzugehen. Die mangelnde Bereitschaft wurde zwar häufig mit grundsätzlichen Bedenken gegen wirtschaftliche Planungen motiviert, entsprang jedoch wohl in Wirklichkeit der Vorstellung, daß die allgemeine Überangebotssituation auf dem Rohstoffsektor eine ausreichende Versorgung mit Urprodukten gewährleisten würde und jeder Markteingriff Preisauftriebe auslösen könnte. Während sich das Weizenabkommen demzufolge mit einem engen, aber trotzdem noch schrumpfenden Einflußbereich begnügen mußte, der sich aus den wenigen Zugeständnissen mehrerer Importgebiete an einige Erzeugerländer ergab, versuchten die Zucker- und Zinnkonventionen, dem Angebot eine Monopolstellung zu verschaffen. Aber auch diese Bemühungen scheiterten, so daß eine wirksame Marktregulierung durch die ungenügende Breite der Kontrolle zunichte gemacht wurde.

Wenn nun die in Rohstoffabkommen liegenden Möglichkeiten finanzieller Entwicklungshilfe nicht ungenutzt bleiben sollen, ist eine Umgestaltung der bisherigen Regulierungsschemen nicht zu umgehen. Dabei ist dem Gedanken Rechnung zu tragen, daß globale Konventionen nicht zu realisieren sind.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Ostblocks wächst von Jahr zu Jahr, so daß mit Sicherheit von dieser Seite her mit Störaktionen auf den meisten Märkten zu rechnen ist. Zukünftige Rohstoffabkommen müssen daher so angelegt werden, daß sie auch dann funktionsfähig bleiben, wenn sie nur einen Teil der Weltmärkte erfassen. In Anbetracht der normalerweise vorhandenen Rohstoffüberschüsse sind dazu solche Vereinbarungen ungeeignet, die allein auf eine Beeinflussung des Angebots abzielen. Die Einbeziehung der Nachfrage wird damit zur Voraussetzung für einen Erfolg der Kontrollabkommen. Die damit verbundenen technischen Schwierigkeiten sind zu bewältigen, denn wie an früherer Stelle bereits gezeigt, ist der Verbrauch als echte Nachfrage normalerweise keinen sprunghaften Veränderungen ausgesetzt. Der künftige Bedarf kann daher verhältnismäßig genau vorausbestimmt werden. Es geht also vor allem darum, die Bereitschaft der Verbrauchergebiete zu aktiver Mitarbeit zu wecken. Aber auch das müßte möglich sein, denn wenn schon die Notwendigkeit der Entwicklungshilfe von den Industrieländern, die zugleich die wichtigsten Grundstoffabnehmer sind, heute kaum mehr bestritten wird, dann dürfte irgendwann auch einmal die Erkenntnis durchdringen, daß stabile Rohstoffpreise bei gesichertem Absatz ein wichtiger Beitrag zu dieser Entwicklungshilfe sind, der außerdem nichts oder nur wenig kostet.

Trotzdem erscheint es im Augenblick recht zweifelhaft, ob es gelingen wird, die großen Verbrauchszentren Westeuropa und Nordamerika zu gemeinsamen Vereinbarungen zu bewegen. Regionale Abkommen, die jeweils nur eines dieser Gebiete erfassen, dürften schon eher zu schließen sein, da sie individuellen wirtschaftlichen Zielen leichter dienstbar gemacht werden können. Aber auch schon Konventionen mit begrenztem Wirkungsbereich sind eine wichtige Hilfe für die Rohstoffländer. Die Gestaltung von Teilmarktkontrollen ist außerdem bedeutend einfacher als die Ausübung umfassender Marktregulierungen.

Die notwendige Form von Verträgen, die den gesamten westlichen Wirtschaftsbereich erfassen, aber auch die Bedeutung regional begrenzter Abkommen soll im dritten Teil näher untersucht werden.

III. Teil : ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE UND NOTWENDIGE METHODEN NATIONALER UND INTERNATIONALER SCHEMEN ZUR STABILISIERUNG DER ROHSTOFFPREISE

Eine der wesentlichen Ursachen schwankender Rohstoffpreise mit der Folge instabiler Exporterlöse beruht, wie bereits erwähnt, auf den zyklischen Veränderungen der Investitionsgrößen in den industriellen Zentren. Eine Kontrolle der Konjunkturentwicklung würde somit schon wesentlich zur Beruhigung zumindest der Märkte für industrielle Rohstoffe beitragen. Zweifellos ist mit den heute bekannten Instrumenten der Wirtschaftspolitik eine weltweite Depression wie in den dreißiger Jahren zu verhindern [1], doch ist damit nicht gesagt, daß heute ein Stadium erreicht ist, "in welchem der Trend in Produktion und Beschäftigung unveränderlich und unvermeidlich aufwärts gerichtet ist und in dem Abweichungen vom Trend unbeachtet bleiben können, da sie sich mit Sicherheit selbst korrigieren" [2] (H.V.). Es soll allein zum Ausdruck gebracht werden, daß Rezessionen künftig ein geringeres Ausmaß haben werden. Mit einigem Grund darf daher wohl angenommen werden, daß auch die Nachfrage nach Grundstoffen langfristig einen, wenn auch gemäßigten, Zuwachs zu verzeichnen haben wird. [2] Die unberechenbaren Veränderungen der kurzen Periode sind heute allerdings kaum weniger störend als in der Vergangenheit. Die Bemühungen der Rohstoffländer um eine wirksame Stabilisierung der sie interessierenden Grundstoffpreise müßten daher verständlich sein, stoßen jedoch häufig noch auf Ablehnung. Immerhin gewinnt aber doch mehr und mehr die Erkenntnis Raum, daß die westlichen Wirtschaftssysteme mit allen ihren Erscheinungen nicht ohne weiteres auf die Rohstoffländer übertragen werden können und daß eine Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Rohstoffländern auch von den kapitalistischen Industrieländern Zugeständnisse verlangt, die mit marktwirtschaftlichen Prinzipien nicht mehr in Einklang zu bringen sind. Wenn daher auch an dieser Stelle Markteingriffe befürwortet werden, dann nicht etwa im Sinne eines, bis in alle Einzelheiten gehenden, planwirtschaftlichen Systems, sondern vielmehr als eine Art Rahmenplanung, innerhalb derer marktwirtschaftliche Aspekte Gültigkeit behalten und unternehmerische Initiativen weiterhin wirksam sein können.

Es stellt sich nun die Frage, wie weit die Grenzen für derartige Eingriffe in das Marktgeschehen gesteckt werden sollen oder können, d.h. ob künftig nationale Maßnahmen

---

1) R. Nurkse, Trade Fluctuations and Buffer Policies in Low-Income Countries, Kyklos 11, 1958, p. 143

2) J.H. Adler, Comments on Prof. Nurkse's Paper, Kyklos 11, 1958 p.155

genügen oder ob internationale Kontrollen vorzuziehen sind. Aus der früheren Darstellung verschiedener Beispiele bisheriger Versuche zur Beeinflussung der Rohstoffmärkte wird jedoch deutlich, daß nationale oder internationale Regulierungen keine echten Alternativen, sondern aufgrund ihrer spezifischen Eigenschaften auf ganz bestimmte, aber voneinander verschiedene Ziele ausgerichtet sind und deshalb einander ergänzen, denn nationale Regulierungseingriffe eignen sich nur zur Stabilisierung der internen Rohstoffpreise bzw. der internen Erzeugereinkommen, während internationale Regulierungsmaßnahmen eine Stabilisierung der gesamten Deviseneinnahmen aus Rohstoffexporten zu erreichen suchen. Nationale Regulierungen können daher allenfalls als eine erste Stufe in den Bemühungen um einen Ausgleich fluktuierender Grundstoffpreise angesehen werden.

Die nun folgenden Darstellungen sollen dazu dienen, einige konkrete Lösungsansätze für die Durchführung nationaler Regulierungsmaßnahmen und die Gestaltung internationaler Kontrollabkommen aufzuzeigen, die insbesondere der heutigen weltpolitischen Konstellation Rechnung tragen.

7. Kapitel : Möglichkeiten nationaler Maßnahmen zur Beeinflussung der Rohstoffpreise

7.1 Methoden nationaler Stabilisierung der Rohstoffpreise

Eine Stabilisierung der Rohstoffpreise und damit auch der Erzeugereinkommen auf nationaler Ebene läßt sich auf verschiedenen Wegen erreichen, die sowohl in Exportländern, in denen die einheimische Produktion den Inlandsverbrauch übersteigt, wie in Importländern, in denen der Inlandskonsum die einheimische Erzeugung übertrifft, eingeschlagen werden können. In der Regel handelt es sich dabei um die Ausnutzung der Möglichkeiten, die durch eine Errichtung von Ausgleichsfonds oder Ausgleichslägern oder beiden zusammen eröffnet werden. Häufig enthalten sie ein stabilisierendes und ein protektionistisches Element, die aber meist nur ex post zu trennen sind.[1] Wenn der Erzeugerpreis auf die Dauer einem mittleren Weltmarktpreis entspricht und sich nur durch eine größere Stabilität vom Marktpreis unterscheidet, dann kann von einem reinen Stabilisierungsschema gesprochen werden. Dagegen existiert ein protektionistisches Element in den Stabilisierungsmaßnahmen, wenn der Erzeugerpreis über dem durchschnittlichen Weltmarktpreis liegt. An dieser Stelle interessieren jedoch nur die reinen Stabilisierungsaspekte nationaler Maßnahmen.

Die verschiedenartigen Methoden nationaler Preisstabilisierung im Zusammenhang mit Ausgleichsfonds unterscheiden sich im einzelnen durch die Intensität staatlichen Vorgehens. Im Prinzip sind sie sich jedoch gleich und gehen alle den Weg positiver oder negativer Besteuerung. Nurkse unterscheidet drei Verfahren [2], die in der Praxis verschiedentlich mehr oder weniger erfolgreich angewendet worden sind :

1. Eine zentrale Institution garantiert einen festen Erzeugerpreis und verkauft das jeweilige Produkt in eigener Verantwortung auf dem Weltmarkt. Der Inlandpreis wird dabei so festgesetzt, daß dieses Verfahren einer Besteuerung in Boom- und einer Subventionierung in Baisseperioden entspricht.
2. Ein Schema gleicher Form wie unter 1. operiert statt mit Festpreisen mit veränderlichen

---

1) GATT, Trends in International Trade, Geneva, Oct. 1958, p.67

2) R. Nurkse, Trade Fluctuations and Buffer Policies, a.a.O., p.146

Exportsteuern oder Exportsubventionen, entsprechend den sich wandelnden Weltmarktbedingungen. [1]

3. Eine zentrale Institution kauft die Deviseneinnahmen der Exporteure zu variierenden Wechselkursen auf. Bleiben die Verkaufsrelationen gleich, wird so vorgegangen, daß in Perioden hoher Exportpreise ein Überschuß entsteht, der bei Erfordernis einen Verlust ausgleichen kann.

Während das erste Verfahren unbedingt eine Zentralisierung des Rohstoffhandels verlangt, kann bei Anwendung der beiden anderen Methoden ein Privathandel auch weiterhin bestehen bleiben. Allerdings sind dann die organisatorischen Anforderungen bedeutend größer als beim ersten Verfahren. Befindet sich nämlich der Handel ausschließlich in privater Hand, so ergibt sich die Notwendigkeit komplizierter Kontrollen. Liegt der Inlandspreis gerade über dem Weltmarktpreis, so genügt eine Subvention in Höhe der Preisdifferenz, um das Exportgeschäft aufrecht zu erhalten. Da jedoch die Subvention in jedem Fall gezahlt wird, besteht keinerlei Anreiz für den Exporteur, einen möglichst hohen Exportpreis zu erhalten. Das Gleiche gilt auch für den Fall, daß der Inlandspreis unter dem Weltmarktpreis liegt. Durch die Besteuerung wird in jedem Fall die Preisdifferenz abgeschöpft ohne Rücksicht darauf, wie hoch sie im Einzelfall ist. Diese Schwierigkeit entsteht letztlich dadurch, daß der Weltmarktpreis keine stabile Größe ist und innerhalb kurzer Zeit erheblich schwanken kann.

Die tatsächlich erzielten Exportpreise sind daher von Fall zu Fall verschieden, und nur mit einem erheblichen organisatorischen Aufwand ist festzustellen, wie hoch sie im Einzelfall waren, bzw. wie hoch sie hätten sein können. Unter derartigen Umständen dürfte also nicht immer damit zu rechnen sein, optimale Deviseneinnahmen zu erzielen. Es sind also nicht nur politische Ansichten sondern auch verwaltungstechnische Möglichkeiten zu berücksichtigen, wenn eine Entscheidung über die Anwendung eines der drei genannten Verfahren getroffen wird. In den weniger entwickelten Rohstoffländern dürfte daher allein schon aus organisatorischen Gründen eine Zentralisierung des Grundstoffhandels eine notwendige Voraussetzung für die Durchführung nationaler Stabilisierungsmaßnahmen sein, denn in den meisten dieser Gebiete fehlt, wie bereits an früherer Stelle erwähnt - ein gut ausgebildetes Verwaltungssystem, das - wie in den Industrieländern - auch kompliziertere Kontrollen und damit die Aufrechterhaltung des privaten Handels gestattet.

Unter internationalen Aspekten ist der Errichtung von Ausgleichslägern als Mittel interner Preisstabilisierung gegenüber Ausgleichsfonds der Vorzug zu geben, denn Ausgleichsläger vermögen nicht nur einen relativ stabilen Erzeugerpreis zu gewährleisten, sondern in gewissem Umfang auch noch den Weltmarktpreis zu stützen. Allerdings warnen alle bisherigen Erfahrungen vor der Einführung derartiger Institutionen. Wenn nämlich die Verwaltung einer solchen Einrichtung unter einem ständigen innenpolitischen Druck steht oder aber die Weltmarktsituation zu optimistisch beurteilt - eines von beiden war bei den bisherigen Versuchen eigentlich immer der Fall - , dann müssen infolge eines überhöhten Inlandpreises entweder ständig wachsende Lagerbestände finanziert oder Produktionsbeschränkungen eingeführt

---

1) Dieses Verfahren kann bei einem größeren Inlandsmarkt auch dahingehend angewendet werden, daß primär die Inlandversorgung zu stabilen Preisen gewährleistet ist. Ein derartiges Vorgehen übt dann häufig einen destabilisierenden Einfluß auf den internationalen Markt aus.

werden.[1] Ist ein solcher Art vorgehendes Land zugleich ein wichtiges Exportgebiet, dann wird es durch Restriktionen kurzzeitig sogar einen höheren durchschnittlichen Preis erzielen können, als normalerweise auf dem Weltmarkt zu realisieren gewesen wäre.[2] Die gewöhnliche Folge ist jedoch schon bald eine Anregung der Produktion in anderen Erzeugergebieten, die beschleunigte Entwicklung von Substituten und zuletzt ein Zusammenbruch des Stabilisierungssystems infolge einer Erschöpfung der Finanzierungsquellen. Die Operationen einer Lagerverwaltung, die als Käufer auftritt, wenn der Preis unter einem bestimmten Niveau liegt, und als Verkäufer, wenn der Preis eine festgelegte Grenze überschreitet, sind nur dann zur Preisstabilisierung geeignet, wenn sie nicht zugleich als Instrumente ununterbrochener nationaler Protektion eingesetzt werden.[3] Da es jedoch äußerst schwierig ist, eine Lagerbildung und Auflösung der Weltmarktentwicklung entsprechend anzupassen, ist zumindest unter den derzeitigen Umständen den Ausgleichsfonds als Instrument der nationalen Preisstabilisierung in den Rohstoffländern größere Bedeutung beizumessen. Die in der Regel finanzschwachen Rohstoffgebiete werden damit vor unbeabsichtigten Lagerbildungen als Folge von Fehlkalkulationen bewahrt, die nicht nur sie selbst, sondern auch noch andere Länder durch eine vermehrte Beunruhigung des Weltmarktes in Schwierigkeiten bringen würden.[4]

Nun ist damit nicht gesagt, daß der Anwendung eines Ausgleichsfonds von vornherein ein Erfolg beschieden sein müßte. Schon bei der Einführung eines derartigen Kontrollinstruments ist mit Schwierigkeiten zu rechnen. Ein erstes Problem wird gleich mit der Frage der Finanzierung einer solchen Einrichtung aufgeworfen. Boomperioden dürften zwar eine Reservenbildung erleichtern und günstige Startbedingungen bieten, doch ist es erfahrungsgemäß so, daß in Prosperitätszeiten nur wenig Neigung zu derartigen Zwangsmaßnahmen besteht. Ein Preisverfall auf den Rohstoffmärkten dagegen läßt die Bereitwilligkeit zu Regulierungseingriffen auf Seiten der Erzeuger steigen und gipfelt schließlich meist in der Forderung nach entsprechenden Hilfen. Der akute Kapitalmangel in den Rohstoffländern macht aber gerade dann meist jegliche staatliche Aktivität unmöglich.

Eine zweite Schwierigkeit besteht auch hier in der Festlegung des Preises. Wird das interne Preisniveau zu hoch ausgesetzt, sind vermehrte Produktionsanstrengungen die Folge. Die Erschöpfung der Fondsmittel ist dann nur eine Frage der Zeit. Liegt dagegen der Inlandspreis zu niedrig, tritt eine möglicherweise unerwünschte Verlagerung von Produktionsfaktoren auf

---

1) So beliefen sich infolge überhöhter Preisgarantien die Weizenvorräte der USA 1958 auf 24 Mio t, das waren mehr als 80% des Weltweizenhandels, die Baumwollvorräte der USA betrugen im gleichen Jahr ca. 1,9 Mio t oder 65% des Weltbaumwollhandels. (GATT, Trends in International Trade, a.a.O., p. 101

2) UN, Dep. of Econ. Affairs, Commodity Trade and Economic Development, New York 1953, p. 75

3) Die Agrarpolitik der USA mit ihren protektionistischen Maßnahmen – um ein besonders krasses Beispiel zu nennen – kann nicht als Maßstab für die Rohstoffländer gelten, da der Export von Agrarrohstoffen im Rahmen der gesamten Wirtschaft der USA nur eine untergeordnete Rolle spielt und eventuelle Verluste aus diesem Exportgeschäft ohne weiteres von der Regierung getragen werden können.

4) Eine Ausnahme bildet lediglich der Fall, in dem nationale Stabilisierungsmaßnahmen eine Ergänzung internationaler Marktregulierungen darstellen. Eine Lagerbildung in begrenztem Umfang kann dann als Bestandteil allgemeiner Kontrollen durchaus von Vorteil sein. Dieser Punkt wird jedoch bei der Behandlung internationaler Preisstabilisierungen noch ausführlicher behandelt werden.

andere Erzeugungsbereiche ein, und die Exporteinnahmen gehen zurück. Ist der Marktanteil eines so vorgehenden Landes groß genug, führen derartige Fehleinschätzungen, die sich auch bald im Angebotsvolumen niederschlagen, zu verstärkter Beunruhigung der Weltmärkte. Die ausgeprägteren Preisschwankungen stellen dann wiederum vermehrte Anforderungen an den Reservefonds. Selbst eine anfänglich den internen und externen Bedingungen angepaßte Preissetzung kann langfristig zu Komplikationen führen, denn mit der Ausschaltung des Preisrisikos für den Erzeuger wird eine Realisierung langfristiger privater Investitionsvorhaben erleichtert und als weitere Konsequenz ein niedrigeres Produktionskostenniveau erreicht. Eine günstige Veränderung der Preis-Kostenrelation kann ganz allgemein in zweifacher Hinsicht, entweder in einer Vergrößerung der Erzeugung oder in einer Freisetzung von Produktionsfaktoren wirksam werden.

Die erste der beiden genannten, möglichen Auswirkungen, eine Produktionsausweitung, ist generell nur dann sinnvoll, wenn sie entweder der Nachfrageentwicklung durch steigenden Bedarf angepaßt ist oder aber einer begrenzten Vergrößerung eines bisher geringen Marktanteils dienen soll. Wenngleich die Elastizität der Nachfrage in bezug auf den Preis bei Rohstoffen normalerweise gering ist, so kann unter bestimmten Voraussetzungen eine Produktionsausweitung bei gleichzeitiger Kostenreduktion für ein einzelnes Rohstoffland doch von Vorteil sein. Ein Modellfall mag darüber Aufschluß geben :

Verfügt z.B. ein Rohstoffland bei einem bestimmten Urprodukt über einen Marktanteil von 2 % und vergrößert es diesen auf 3 %, so bedeutet dies bei einem absolut gleichbleibenden Angebot der übrigen Produzenten eine Zunahme des Gesamtangebots von annähernd 1 %, jedoch eine Produktionssteigerung des betreffenden Landes um ca. 50 %. Geht man weiter von der nicht unrealistischen Annahme aus, daß mit dieser Produktionsausweitung eine relative Kostenreduktion von 10 % verbunden ist, dann würde bei einem Preisrückgang um ebenfalls 10 % aufgrund des zusätzlichen Angebots immer noch die gleiche Preis-Kostenrelation wie zu Beginn des Prozesses bestehen. Abgesehen davon, daß eine Preiselastizität von 0,1 auch bei Rohstoffen als ungewöhnlich niedrig anzusehen ist, würde trotzdem auch unter diesen Umständen noch eine Produktionswertsteigerung von ca. 35 % zu erreichen sein.

Dieser Modellfall ist theoretisch zwar auch auf Rohstoffländer mit einem großen Marktanteil anwendbar, in der Praxis würden jedoch sehr bald Schwierigkeiten auftreten. Eine Anhebung des Produktionsniveaus bei einem Marktanteil von z.B. 50 % um nur 10 % würde einer Zunahme des Gesamtangebots ceteris paribus um 5 % entsprechen. Bei einer Preiselastizität von 0,2 würde daraus ein Preisverfall um 25 % resultieren. Eine Verbesserung der Preis-Kostenrelation in der Grundstofferzeugung infolge einer Realisierung von Investitionsplänen sollte sich deshalb in diesem Fall sinnvoll in einer Freisetzung von Arbeitskräften niederschlagen.

In den meisten Rohstoffländern wird nun eine technologisch bedingte Unterbeschäftigung nur verstärkt. Bei näherer Betrachtung ist das jedoch nicht nur negativ zu werten. "In allen Rohstoffländern beschäftigt der Exportsektor die dynamischeren Produktionsfaktoren : die fähigsten Unternehmer, die produktivste Arbeitskraft und die eingeborenen Farmer, die das Stadium der Eigenversorgung am weitesten hinter sich gelassen haben. Diese Faktoren können zweifellos leichter anderen Einsatzgebieten zugeführt werden als die durchschnittlichen, weniger wirksamen Faktoren in einer Wirtschaft. Obgleich der Transfer von Faktoren aus dem Exportsektor echte Transferkosten verursacht und in einzelnen Fällen Härten und Verluste für einige Unternehmer mit sich bringt, so sollten diese Faktoren in einer wachsenden Wirtschaft sofort wieder eingesetzt werden können und ihre Transfer als Voraussetzung des Wachstumsprozesses angesehen werden" (H.V.).[1]

---

1) J.H. Adler, Comment on Prof. Nurkse's Paper, a.a.O., p. 161

Alle bisher genannten Probleme, die bei der Durchführung nationaler Regulierungsmaßnahmen mit Hilfe eines Stabilisierungsfonds auftreten, lassen sich von einer geschickten Verwaltung lösen. Zu ernsthaften Bedenken gibt aber ein Tatbestand Anlaß, der in der Natur solcher Regulierungen begründet liegt und sich nicht beeinflussen läßt. Wie an früherer Stelle bereits gezeigt, bedingt ein nur geringfügiges Unterangebot an Grundstoffen einen überproportionalen Preisanstieg auf den Weltmärkten. Da die Angebotselastizität zwar gering, aber in der Regel größer als null ist, wird den Rohstoffproduzenten in gewissen Grenzen die Ausnutzung einer solchen Situation gestattet. Werden die Erzeugerpreise jedoch fixiert, wird gleichzeitig auch das Produktionsvolumen im Rahmen des Beeinflußbaren stabilisiert. Als Folge liegen die Exporteinnahmen dann unter dem Durchschnitt, der sich bei einem freien Preis ergeben würde. Die Größenordnung der Verluste läßt sich kaum abschätzen, dürfte jedoch nicht unerheblich sein. Einschränkend muß allerdings festgehalten werden, daß sich die möglichen Mehreinnahmen bei freiem Preis durch verstärkte inflationäre Tendenzen nur teilweise in einer Erhöhung des Realeinkommens niederschlagen würden.

Wenn nationale Preisregulierungen auf die Dauer Erfolg haben sollen, so müssen sie flexibel sein. Sie laufen damit auf einen Kompromiß hinaus, der einerseits eine weitgehende Stabilisierung des Realeinkommens bewirken, andererseits mit möglichst geringen Verlusten verbunden sein soll.[1] In diesem Zusammenhang verdient ein Plan Beachtung, der einem solchen Kompromiß recht nahe kommt und im Folgenden näher betrachtet werden soll.

7.2 Flexible Rohstoffpreise zur Stabilisierung der Erzeugereinkommen : Die Vorschläge von Bauer und Paish [2]

In einem von Bauer und Paish aufgestellten Plan, der weniger auf eine Stabilisierung der Erzeugerpreise abzielt, sondern eine Regulierung der Erzeugereinkommen ermöglicht, übernimmt eine zentrale Institution den Kauf und Verkauf der gesamten Rohstoffproduktion. Das Erzeugereinkommen wird dabei auf die Weise reguliert, daß bei hohen Weltmarktpreisen relativ weniger, bei niedrigen relativ mehr gezahlt wird, als den tatsächlich erzielten Verkaufserlösen entsprechen würde. Als Hilfsmittel dient ein Reservefonds, der in Zeiten günstiger Weltmarktbedingungen aufgestockt wird, um in Baisseperioden unterstützend eingreifen zu können. Der Plan ist so gestaltet, daß einmal die Verbindung mit dem langfristigen Trend der Entwicklung auf den Weltmärkten nicht verloren geht, zum anderen aber auch Produktionsbeeinflussungen durch die Preisveränderungen in der kurzen Periode nicht gänzlich ausgeschaltet werden.

Bauer und Paish zeigen zwei Anwendungsmöglichkeiten ihres Planes, die, methodisch ähnlich, von unterschiedlichen verwaltungstechnischen Gegebenheiten ausgehen. Der erste Vorschlag setzt eine gutorganisierte Institution voraus, die in direktem Kontakt mit jedem einzelnen Produzenten steht und dessen Produktion über mehrere Jahre hinaus kennt. Der zweite Vorschlag ist allgemeiner gehalten, da er nicht an die Voraussetzung einer laufenden Kontrolle der individuellen Erzeugung gebunden, sondern nur an die Kenntnis der annähern-

---

1) R. Nurkse, Trade Fluctuations and Buffer Policies, a.a.O., p. 151

2) P.T. Bauer & F.W. Paish, Fluctuations in Incomes of Primary Producers, The Economic Journal 62, 1952, pp. 768 - 772

den Gesamtproduktion des Landes geknüpft ist. Beiden Fällen liegt eine formale statistische Methode zugrunde, die mit einer Schätzung für das laufende Jahr als einer ersten Komponente einer Einkommens- bzw. Preisbestimmungsgleichung und mit einem gleitenden Durchschnitt über mehrere Jahre als zweiten Komponenten arbeitet. Die Anzahl der in der zweiten, ausgleichenden Komponente berücksichtigten Jahre und das Gewicht, daß der laufenden Produktionsperiode beigemessen wird, werden von der Elastizität des Angebots bestimmt. Je höher die Elastizität, umso größer ist das dem laufenden Jahr zugeteilte Gewicht und umso geringer ist die Bedeutung oder die Anzahl der vorausgehenden, einbezogenen Jahre, mit anderen Worten, je schneller das Angebot sich ändernden Weltmarktbedingungen angepaßt werden kann und je schneller nötigenfalls Produktionsumstellungen vorgenommen werden können, umso geringer ist die Notwendigkeit eines mehrere Perioden umfassenden Einkommensausgleichs.

Im ersten Anwendungsfall erhält jeder Produzent einen vorgegebenen Anteil des Wertes seiner Erzeugung der letzten oder noch laufenden Periode und gleichzeitig einen Teil seiner, in den Vorjahren einbehaltenen Erlöse. Dabei kann die Zahlung schon zu Beginn der Verkaufssaison auf der Basis einer Schätzung des Produktionsvolumens und der Marktpreise erfolgen. Die auf jeden einzelnen Erzeuger anzuwendende Formel lautet dann :

$$I_t = \frac{\bar{Y}_t}{x} + \frac{1}{n}\left(Y_{t-1} + Y_{t-2} + .. Y_{t-n} - \frac{\bar{Y}_{t-1} + \bar{Y}_{t-2} + .. \bar{Y}_{t-n}}{x}\right)$$

I_t = Erzeugereinkommen im laufenden Jahr t

Y = Wert der Produktion

$\bar{Y}$ = geschätzter Wert der Produktion

$1/x$ = auszuzahlender bzw. ausgezahlter Anteil des geschätzten Wertes der Produktion

n = Anzahl der Jahre, über welche die Erzeugereinkommen reguliert werden

Aus einem Zahlenbeispiel [1] am Ende dieser Darstellung ist die Wirkungsweise der Formel zu erkennen. Je kleiner $1/x$, der auszuzahlende Anteil des geschätzten Produktionswertes in der Periode t ist, umso größer wird der Einfluß der zweiten, ausgleichenden Komponente. Im Hinblick auf eine möglichst gleichmäßige Korrektur periodischer Einkommensschwankungen ist daher ein geringes Gewicht der ersten Komponente, d.h. ein kleiner Wert für $1/x$, von Vorteil. Außerdem bleiben dann auch die Auswirkungen einer Fehlschätzung des Produktionswertes im Zeitpunkt t gering. Mit zunehmendem Gewicht der ersten Komponente, d.h. mit steigendem Wert für $1/x$, nimmt der Stabilisierungseffekt der Gleichung ab. Größere Fehlschätzungen können dann - wie aus dem Zahlenbeispiel zu ersehen ist - die Einkommensschwankungen noch verstärken. Die Formelgestaltung wird damit maßgeblich von der möglichen Genauigkeit der Produktionswertschätzungen bestimmt. Ein echtes Problem bleibt der Aufbau einer straffen und umfangreichen Organisation, die als weitere Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit dieses in der Anwendung komplizierten Systems anzusehen ist.

Ein zweiter Vorschlag, der zwar auch eine zentrale Kaufs- und Verkaufsorganisation voraussetzt, dürfte eher den Umständen in vielen Rohstoffländern gerecht werden, da er allein

---

1) Dem Zahlenbeispiel wurden fiktive Werte zugrunde gelegt, die so gewählt wurden, daß die Wirkungsweise der Formel gut sichtbar wird.

mit einem Preis operiert, der für das ganze Land Gültigkeit besitzt. Dabei dienen wiederum zwei Komponenten in einer Formel zur Festlegung eines fiktiven Erzeugerpreises, der so bestimmt wird, daß er zu einem Ausgleich der Schwankungen in den Produzenteneinkommen führt. Die erste Komponente besteht aus einem Bruchteil des geschätzten Marktpreises im laufenden Jahr, die zweite Komponente bestimmt sich als regulierender Teil aus der Differenz zwischen den in vergangenen Jahren realisierten Gesamterlösen und den tatsächlich ausgezahlten Beträgen. Die entsprechende Formel lautet :

$$S_t = \frac{\bar{P}_t}{X} + \frac{1/n \left(P_{t-1} Q_{t-1} + .. P_{t-n} Q_{t-n} - 1/X \left(\bar{P}_{t-1} Q_{t-1} + .. \bar{P}_{t-n} Q_{t-n} \right) \right)}{\bar{Q}_t}$$

S_t = Erzeugerpreis

P = Marktpreis (netto)

$\bar{P}$ = geschätzter Marktpreis (netto)

Q = Produktionsvolumen

$\bar{Q}$ = geschätztes Produktionsvolumen

$1/X$ = auszuzahlender Anteil der Einnahmen im laufenden Jahr

n = Anzahl der Jahre, die zur Durchschnittsbildung herangezogen werden

Der Rechnungsgang zur Bestimmung der zweiten Preiskomponente ist folgender : Von den summierten tatsächlichen Verkaufserlösen einer vorgegebenen Anzahl von Jahren werden die entsprechend dem Wert 1/x gezahlten Beträge subtrahiert. Dieses Zwischenresultat wird durch n - die Zahl der zur Durchschnittsbildung herangezogenen Jahre - geteilt. Das Ergebnis, dividiert durch die geschätzte Gesamtproduktion des laufenden Jahres ergibt die zweite Komponente zur Bestimmung des Preises in der Periode t.

Das Zahlenbeispiel [1] am Ende der Darstellung macht die Vorteile und Schwächen dieser Formen sichtbar. Die Wirksamkeit dieser Methode hängt, ebenso wie bei der ersten Gleichung, weitgehend von den relativen Gewichten der beiden Komponenten ab, die den Erzeugerpreis bestimmen. Ist der erste Ausdruck groß, dann muß der zweite notwendig klein sein, und der Stabilisierungseffekt ist dann gering. Im Grenzfall (x=1) erfolgt überhaupt kein Ausgleich, da die zweite Komponente dann null wird. Der Ausgleich von Schwankungen in den Erzeugereinkommen erfolgt umso vollständiger, je geringer das Gewicht des geschätzten Marktpreises in der Periode t im Verhältnis zur zweiten Komponente ist. Als weitere Einflußgröße geht die Zahl der Jahre, über die sich der Einkommensausgleich erstreckt, in die Formel ein. Je mehr Perioden erfaßt werden, umso geringer sind die Veränderungen in den aufeinander folgenden Zeitabschnitten.

Der Nachteil dieses zweiten Vorschlags gegenüber dem ersten liegt darin, daß hier zwei Daten, nämlich Marktpreis und Produktionsvolumen geschätzt werden müssen, unter ungünstigen Umständen jedoch nur der Preis wirksam korrigiert wird. Der Erzeugerpreis wird nämlich unter Berücksichtigung der genannten Erwartungswerte berechnet, die Zahlungen dagegen erfolgen aufgrund der tatsächlichen Produktion. Wie aus dem Zahlenbeispiel zu erkennen ist, werden die Erzeugereinkommen bei Schätzungen, die sich zu weit von der Realität entfernen, instabiler, als sie es ohne Regulierungseingriffe sein würden. In solchen Fällen ist eine schnelle Korrektur des Erzeugerpreises vorzunehmen, die dann leicht durchzuführen ist, wenn die Zahlungen an die Produzenten ratenweise im Verlauf der Verkaufs-

---

1) Die fiktiven Ausgangswerte wurden wiederum so gewählt, daß Grenzen einer Einkommensregulierung mit Hilfe dieser Formel sichtbar werden.

saison erfolgen. Die Brauchbarkeit dieser Methode hängt also weitgehend von der Genauigkeit in den Schätzungen des Produktionsvolumens bzw. von der Möglichkeit einer schnellen Berichtigung falscher Mengenbestimmungen ab. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, dann werden Fehlschätzungen aber auch kurzfristige Schwankungen des Marktpreises im Verlauf mehrerer Jahre automatisch ausgeglichen. Ein überhöhtes Ansetzen des Marktpreises in einem Jahr verringert nur den zum Ausgleich der Preisveränderungen einbehaltenden Betrag, so daß das Preisniveau in den nächsten Verkaufsperioden etwas niedriger liegt.

Wie aus den bisherigen Ausführungen ersichtlich, wird mit Hilfe dieser zweiten Methode der Erzeugerpreis jeweils so bestimmt, daß das durchschnittliche Produzenteneinkommen reguliert wird. Die Auswirkungen von Marktpreisänderungen oder allgemeinen, periodischen Produktionsschwankungen werden also weitgehend gemildert. Als Mangel ist jedoch zu verzeichnen, daß dieser Vorschlag keinen Schutz gegen regionale Mißernten bietet. Sind etwa in einem Landesteil unterdurchschnittliche Erträge, in anderen Distrikten dagegen normale oder gute Ergebnisse erzielt worden, dann ist trotzdem der Preis für alle Produzenten gleich. Diejenigen Erzeuger, die ohnehin schon bessere Erträge aufzuweisen haben, profitieren sogar noch von dem Mißgeschick der übrigen Produzenten, da infolge der geringeren Gesamtproduktion der Erzeugerpreis auf einem höheren Niveau liegt, als unter normalen Umständen erreicht würde. Um derartige Entwicklungen, - die durchaus nicht selten sind (vergl. Tab.31) [1] - mit ihren unerwünschten Auswirkungen auf die Einkommensverteilung zu vermeiden, empfiehlt sich für Länder mit klimatisch unterschiedlichen Gebieten eine diesen Bedingungen entsprechende regionale Anwendung der Regulierungsmethode.

Eine Durchführung des Planes von Bauer und Paish insbesondere unter den Voraussetzungen des zweiten Vorschlags dürfte organisatorisch heute schon von vielen Rohstoffländern zu bewältigen sein, doch wird es nicht ganz einfach sein, die schon zu Beginn der Regulierungsmaßnahmen für den Aufbau eines Fonds benötigten Mittel in den finanzschwachen Rohstoffländern aufzubringen. Mit Hilfe staatlicher Garantien, die aber in einer Periode steigender Preise nicht in Anspruch genommen zu werden brauchten, könnte jedoch schon von Anfang an so operiert werden, als wenn das Stabilisierungsschema schon seit Jahren in Funktion wäre.

Ein voller Erfolg würde diesem Plan beschieden sein, wenn er nur als Ergänzung internationaler Preisregulierungen Anwendung finden würde. Unter diesen Umständen würde von vornherein ein Unsicherheitsfaktor, die Marktpreisschätzung, entfallen. Die Regulierungsmaßnahmen könnten sich dann auf die geringen noch verbleibenden Marktpreisschwankungen und die Unregelmäßigkeiten in der Erzeugung beschränken. Aber auch schon unter den derzeitigen Verhältnissen dürften die allgemeinen Durchführungsschwierigkeiten nicht wesentlich größer sein, als die anderer nationaler Markteingriffe. Das Beispiel der westafrikanischen Marketing Boards [2] zeigt, daß die generellen Probleme grundsätzlich zu lösen sind.

---

1) B.M. Niculescu, Fluctuations in Incomes of Primary Producers : Further Comment, The Economic Journal, 64, 1954, p.738

2) Vergl. II.Teil, 5.2

Tabelle 31 : Veränderungen in der Kakao-Erzeugung der Goldküste, aufgeteilt nach Provinzen, 1939/40 - 1952/53 [1]

Erntejahr	Ashanti	Western Province	Central Province	Eastern Province	Trans-Volta	Total
1939/40	100	100	100	100	100	100
1940/41	111	80	83	96	97	98
1941/42	109	109	111	101	108	106
1942/43	81	80	74	86	93	83
1943/44	109	76	98	85	88	95
1944/45	117	149	141	104	126	116
1945/46	104	117	76	84	78	109
1946/47	84	104	134	81	111	92
1947/48	133	113	73	87	123	108
1948/49	119	135	177	147	133	134
1949/50	92	93	89	82	92	89
1950/51	106	118	108	103	102	106
1951/52	80	71	71	85	96	80
1952/53	121	106	127	106	118	117

1) Erzeugung jeden Jahres als Prozentsatz der Produktion des Vorjahres. Basisjahr 1939/40

Quelle : B.M. Niculescu, Fluctuations in Incomes of Primary Producers : Further Comment, The Economic Journal, 64, 1954, p.739

Zahlenbeispiel zum ersten Vorschlag

Annahme : n=5, d.h. der Einkommensausgleich erfolgt über einen Zeitraum von 5 Jahren

Jahr	Produktionswert		Erzeugereinkommen bei 1/x =		
	effektiv $\bar{Y}$	geschätzt Y	1/4	1/2	3/4
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
1	90	100	-	-	-
2	90	70	-	-	-
3	80	80	-	-	-
4	100	120	-	-	-
5	120	110	-	-	-
6	100	90	97	98	99
7	90	100	92	90	88
8	90	100	98	96	94
9	100	-	104	104	104

1/x = auszuzahlender Anteil des geschätzten Produktionswertes im laufenden Jahr

Zahlenbeispiel zum zweiten Vorschlag

Annahme : n=5, d.h. der Ausgleich erfolgt über einen Zeitraum von 5 Jahren

Jahr	Marktpreis		Prod.Volumen		Erzeugerpreis (S) bei 1/x =		
	geschätzt $\bar{P}$	effektiv P	geschätzt $\bar{Q}$	effektiv Q	1/4	1/2	3/4
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
1	10	10	100	100	-	-	-
2	11	13	110	100	-	-	-
3	12	11	100	110	-	-	-
4	11	9	110	120	-	-	-
5	9	8	140	130	-	-	-
6	9	9	110	120	9,8	9,3	8,9
7	9	10	90	100	11,4	10,4	9,4
8	10	11	100	90	10,4	10,0	9,6
9	10	12	90	100	11,4	10,6	10,1
10	9	-	100	-	10,4	10,1	9,8

Fortsetzung Zahlenbeispiel zum zweiten Vorschlag

Jahr	gesamtes Erzeugereinkommen geschätzt bei 1/x =			durch Fehlschätzung von Q bei 1/x			ohne Regulierung
	1/4	1/2	3/4	1/4	1/2	3/4	
	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)	(14)
6	1075	1020	975	1175	1115	1080	1080
7	1035	940	845	1150	1040	940	1000
8	1040	1000	960	940	900	860	990
9	1000	955	910	1110	1060	1010	1200
10	1040	1010	980	1140	1110	1080	1100

Bemerkungen : Das geschätzte, gesamte Erzeugereinkommen (Spalte 8, 9 oder 10) würde gezahlt werden, wenn das geschätzte Produktionsvolumen mit dem effektiven Produktionsvolumen identisch wäre. Infolge der Fehlschätzung des Produktionsvolumens würden aber in Wirklichkeit die Beträge in den Spalten 11, 12 oder 13 gezahlt, falls keine kurzfristigen Korrekturen des Erzeugerpreises vorgenommen würden.

8. Kapitel : Internationale Abkommen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise

8.1 Notwendige Voraussetzungen und allgemeine Grundsätze für den Abschluß internationaler Rohstoffabkommen

Während nationale Regulierungen primär im Interessenbereich nur einer einzelnen Nation liegen und auf eine Ausschaltung der Schwankungen des Rohstoffproduktionswertes in einem Erzeugerland ausgerichtet sind, führen internationale Kontrollen, die preisstabilisierend auf den Weltmärkten wirksam sein sollen, von vornherein zu einem Interessenkonflikt zwischen Erzeuger- und Verbraucherländern. Eine andauernde Funktionsfähigkeit internationaler Abkommen ist daher nur zu gewährleisten, wenn beide Vertragsparteien darauf verzichten, eine zum Verhandlungszeitpunkt gerade bestehende Machtposition, die etwa durch ein Überangebot oder eine Übernachfrage bestimmt wird, in dem zu findenden Kompromiß zu ihrem alleinigen Vorteil auszunutzen. Jedes internationale Rohstoffabkommen ist daher, unabhängig von der Art des behandelten Grundstoffes und der Form der eingesetzten Regulierungsinstrumente, an einige notwendige Voraussetzungen und Gestaltungsgrundsätze gebunden. Einige der wichtigsten Bedingungen wurden bereits 1945, zu einer Zeit, in der sich der Welthandel langsam wieder zu entfalten begann, von der Regierung der Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit allgemeinen "Vorschlägen zur Ausdehnung des Welthandels und der Beschäftigung" [1] genannt. Sie wurden zu einem späteren Zeitpunkt mehrfach wieder aufgegriffen [2] und sind selbst heute noch von grundlegender Bedeutung, wenngleich einzelne Richtlinien als inzwischen überholt angesehen werden müssen. Eine Darstellung einzelner Bedingungen ist daher auch an dieser Stelle von Interesse: Wenn ein Untersuchungsausschuß aller interessierten Erzeuger- und Verbraucherländer zu dem Schluß gekommen ist, daß die vorhandenen Möglichkeiten zur Beeinflussung des Verbrauchs nicht ausreichen, um die Anhäufung hoher Überschüsse zu verhindern, soll zusätzlich mindestens eine der folgenden Bedingungen erfüllt sein :

1. Es muß bereits ein drückender Überschuß vorhanden oder in absehbarer Zeit zu erwarten sein, der im normalen Spiel der Kräfte des freien Wettbewerbs nicht abgebaut werden kann.
2. Es muß sich eine von der allgemeinen Konjunkturlage unabhängige Arbeitslosigkeit in dem betreffenden Rohstoffsektor gebildet haben, die nicht durch eine Umleitung von Arbeitskräften gemildert werden kann.

Diese Voraussetzungen sind im Grunde nur eine Kennzeichnung der wirtschaftlichen Situation einer Vielzahl von Rohstoffländern und schon seit Jahren, von kurzwährenden Ausnahmen abgesehen, erfüllt. Bedeutsam sind dagegen einige der für die Gestaltung zwischen-

---

1) US-Departement of State, Proposals for Expansion of World Trade and Employment, Publ.No.2411, Wash.Nov. 145

2) Die allgemeinen Grundsätze wurden von der internationalen Handelskonferenz in Havanna 1947/48 übernommen und in nur leicht geänderter Form in der "Havanna-Charta" niedergelegt. (Text des Kapitels VI "Intergovernmental Commodity Agreements" in : H.Groß, Welthandel von Morgen, Düsseldorf 1950, S.388 ff. Weiterhin ist der Einfluß der "proposals" in mehreren Veröffentlichungen der Vereinten Nationen zu Fragen des Welthandels und der wirtschaftlichen Entwicklung der Rohstoffländer zu erkennen.

staatlicher Abkommen genannten Bedingungen : [1]

1. Keinem Erzeuger- oder Verbraucherland darf der Beitritt verwehrt oder erschwert werden.
2. Bei allen Abstimmungen ist den Verbraucherländern die gleiche Stimmenzahl wie den Erzeugerländern zuzubilligen.
3. Es muß Vorsorge getroffen sein, daß jederzeit ein ausreichendes Angebot zu angemessenen Preisen zur Verfügung steht.
4. Die Abkommen sollen eine allmähliche Bevorzugung der wirtschaftlichsten Versorgungsquellen zulassen.

Die Mißerfolge bisheriger internationaler Rohstoffabkommen sind nicht allein darauf zurückzuführen, daß sie - mit Ausnahme des Weizenabkommens - überwiegend von den Exportländern gestaltet wurden, d.h. der zweiten Bedingung nicht genügten, der grundlegende Mangel ist vor allem darin zu sehen, daß alle Konventionen ihrer Konzeption nach auf eine globale Gültigkeit angewiesen waren. Die weltpolitische Situation der Nachkriegszeit ließ jedoch in Wirklichkeit nur einen mehr oder weniger eng begrenzten Wirkungsbereich zu, da Maßnahmen, die der Wirtschaft nichtkommunistischer Länder förderlich sind, nur ungern von Seiten des Ostblocks unterstützt werden, wenn nicht zugleich auch eine direkte politische Einflußnahme damit verbunden werden kann. Es darf als ausgeschlossen gelten, daß die Ostblockländer in ihrer Einstellung zu diesen Dingen eine grundsätzliche Änderung vornehmen. Ebensowenig kann man davon ausgehen, daß in der politischen Konstellation in absehbarer Zeit eine grundlegende Wandlung eintritt. Demnach bietet allein die Zusammenarbeit von Produzenten- und Konsumentenländern der westlichen und neutralen Interessenssphären Aussicht auf funktionsfähige Rohstoffmarktkontrollen. Deshalb müssen zukünftige Konventionen neben den schon vor Jahren aufgestellten Richtlinien weiteren Bedingungen genügen :

5. Die Funktionsfähigkeit der Abkommen muß bei begrenztem Wirkungsbereich gesichert sein
6. Strukturelle Veränderungen im Verbrauch müssen berücksichtigt werden können [2]
7. Die Regulierungsmaßnahmen müssen einfach durchführbar sein.

Dem letzten Punkt kommt dann größere Bedeutung zu, wenn der Wirkungsbereich eines Abkommens relativ groß ist. Je geringer die Zahl und je unkomplizierter die Art der verwendeten Kontrollinstrumente ist, desto einfacher gestaltet sich die Überwachung des Vertrages.

---

1) Als weitere Bedingung wird in den amerikanischen "proposals" eine Abkommenslaufzeit von höchstens 5 Jahren genannt, eine Forderung, die in dieser Form unsinnig ist. Stattdessen ist es zweckmäßiger, den Geltungszeitraum nicht zu befristen, sondern den Ablauf des Vertrages von einem Mehrheitsbeschluß abhängig zu machen. Damit entfällt dann auch die weitere Bedingung, daß eine Verlängerung der Abkommen an die gleichen Voraussetzungen geknüpft werden soll, die den Anlaß zum Abschluß der ursprünglichen Konvention gaben.

2) Diese Forderung gilt insbesondere für industrielle Rohstoffe der Agrarproduktion, da die Herstellung synthetischer Substitute zunehmende Bedeutung erlangt und zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht vorausgesagt werden kann, wie sich diese Entwicklung auf den Verbrauch von natürlichen Basisprodukten auswirken wird. Es ist nicht gänzlich auszuschließen, daß nicht nur ein relativer sondern sogar ein absoluter Verbrauchsrückgang zu verzeichnen sein wird.

Ein Verzicht auf eine optimale Regulierung bedeutet dann zumeist eine größere Sicherheit im Hinblick auf eine erfolgreiche Wirksamkeit.

Da Überangebot und Überkapazitäten gegenwärtig die meisten Grundstoffmärkte stören, sind Rohstoffkonventionen primär von der Nachfrageseite her zu gestalten. Legt man dabei die 14 wichtigsten Rohstoffe des internationalen Handels zugrunde (vergl.Tab.33), ergeben sich verschiedene, im einzelnen zu berücksichtigende Gesichtspunkte. Im Hinblick auf die Erzeugungsstruktur sind zu trennen :

1. Rohstoffe, bei denen ein Teil des Bedarfs in den Industrie-Ländern erzeugt wird, wie Kupfer, Zinn, Wolle, Baumwolle, Tabak, Zucker, Reis und Weizen

2. Rohstoffe, bei denen eine klare Trennung zwischen erzeugenden Rohstoff- und verbrauchenden Industrieländern besteht, wie Kautschuk, Jute, Kaffee, Tee, Kakao und Jute.

Unterteilt nach dem Verwendungszweck unterscheiden sich :

3. Industrielle Rohstoffe, wie Kupfer, Zinn, Kautschuk, Wolle, Baumwolle und Jute

4. Grundnahrungs- und Genußmittel, wie Zucker, Reis, Weizen, Kopra, Kaffee, Tee, Kakao und Tabak

Diese Rohstoffgruppen lassen kein einheitliches Regulierungsrezept zu, wenn auch in allen Fällen den gleichen allgemeinen Bedingungen genügt werden muß. Rohstoffe, von denen ein Teil des Bedarfs in den Industrieländern selbst erzeugt wird, verlangen flexiblere Regulierungsmaßnahmen als Basisprodukte, bei denen eine klare Trennung zwischen Erzeuger- und Verbraucherländern besteht. [1)]

Ebenso unterliegt der Verbrauch von industriellen Rohstoffen - wenn das andere Unterscheidungskriterium herangezogen wird - ausgeprägteren Unregelmäßigkeiten als der Konsum von Grundnahrungs- und Genußmitteln. Aber auch in diesen Gruppen selbst zeigen sich erhebliche Unterschiede in der Konsumentwicklung. Eine gemeinsame Regulierung ganzer Rohstoffgruppen, wie sie verschiedentlich vorgeschlagen wurde,[2)] bietet daher wenig Aussicht

---

1) Wird ein Teil des Verbrauchs in den industriellen Zuschußgebieten durch die Eigenerzeugung gedeckt, so sucht man selbst bei rückläufigem Bedarf in der Regel die inländische Produktion auf einem möglichst hohen Niveau zu halten. Verbrauchsschwankungen werden somit überwiegend auf das Einfuhrvolumen übertragen. Damit wird dann der Rohstoffhandel relativ stärker betroffen als der Verbrauchsänderung entsprechen würde. Bei landwirtschaftlichen Urprodukten verursachen witterungsbedingte Schwankungen der Ernteergebnisse den gleichen Effekt, selbst wenn der Konsum konstant bleibt. Addieren sich zufälligerweise die Schwankungen in Verbrauch und Eigenerzeugung, ergeben sich unter Umständen erhebliche Rückwirkungen auf die Einfuhr.

2) UN, Commodity Trade and Economic Development, a.a.O., Appendix C: J.Goudriaan, Concurring Note on Commodity Reserve Currency Schemes
E.M.Harmon, Commodity Reserve Currency, Columbia University Press, New York 1959
Der wesentliche Inhalt dieser Vorschläge zur Stabilisierung der Preise ganzer Rohstoffgruppen durch eine internationale Behörde besteht darin, eine aus verschiedenen Grundstoffen zusammengesetzte Stabilisierungseinheit zu bilden, diese Einheiten zur Grundlage von Stabilisierungsreserven zu machen und sie mit selbst geschaffenem Geld zu bezahlen. Die Ausgleichsläger sollen dann zugleich als Deckung dieser neuen Währung gelten. Schon aus den genannten Gründen .. (Fortsetzung nächste Seite)

auf Erfolg. Ein derartiges System müßte nicht nur die ständigen Änderungen der quantitativen Relationen eines Rohstoffkomplexes berücksichtigen, sondern auch noch die unterschiedliche Preisentwicklung der einzelnen Elemente dieser Regulierungseinheit in Betracht ziehen. Ein Regulierungsschema, das eine Reihe von Rohstoffen zusammenfaßt, ist daher so kompliziert in seiner Durchführung und Überwachung, - wenn es alle technischen Voraussetzungen enthält, die eine Funktionsfähigkeit theoretisch möglich erscheinen lassen -, daß es sich in der Praxis schließlich doch als Mißerfolg erweisen muß. Der günstigste Ansatzpunkt für eine Regulierung der Rohstoffmärkte dürfte daher in voneinander unabhängigen Kontrollschemen liegen, die dann verwaltungsmäßig ohne weiteres durch eine einzige internationale Behörde zusammengefaßt werden können. Die jeweils anzuwendenden Methoden werden unter Berücksichtigung der Tatsache, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt und auch in absehbarer Zukunft nur Teilmarktregulierungen zu realisieren sind, im nächsten Abschnitt näher beschrieben.

8.2 Form und Methoden internationaler Rohstoffabkommen

Aus allen bisherigen Erfahrungen mit den verschiedenartigen Versuchen zur Kontrolle der Weltrohstoffmärkte ist notwendig die Schlußfolgerung zu ziehen, daß internationale Rohstoffabkommen mit begrenztem Geltungsbereich nur in der Form mittel- oder langfristiger Verträge, die sowohl die Angebots- wie die Nachfrageseite berücksichtigen, die Möglichkeiten dauerhaft wirksamer Marktbeeinflussungen enthalten. Folgende Regulierungsinstrumente sind notwendige Bestandteile derartiger Abkommen :

1. Flexible Angebots- und Nachfragegarantien
2. Stabilisierungsreserven, die jedoch nur unter ganz bestimmten Bedingungen benötigt werden [1]
3. Flexible Garantiepreise

Angebots- und Nachfragegarantien bestimmen eindeutig den Geltungsbereich eines Abkommens [2], der im Hinblick auf die wesentliche Zielsetzung, Stabilisierung der Export-

---

Fortsetzung von Seite 89

.. ist es sehr zweifelhaft, daß diese Vorschläge jemals in die Praxis umgesetzt werden. Aber auch das Konzept einer speziellen Rohstoffwährung ist kaum durchführbar. "It is obvious to me that a proposal like this is not now within the reach of practical politics. I have great doubts wether the systems can work satisfactorily in the world as it now exists or is likely to exist in the foreseeable future". (F.G.Olano in : UN, Commodity Trade ..., a.a.O., p.66)

1) In verschiedenen Studien der Vereinten Nationen werden Stabilisierungsreserven als eines der wichtigsten Mittel zur Kontrolle der Rohstoffmärkte angesehen. Die Gültigkeit dieser Auffassung ist jedoch an die Voraussetzung gebunden, daß entweder der gesamte Weltmarkt in das Kontrollsystem einbezogen werden kann oder aber der gesamte Importbedarf der beteiligten Verbraucherländer mit Hilfe des Abkommens gedeckt wird.

2) In Anbetracht des Überangebots auf den meisten Rohstoffmärkten dürften Angebotsgarantien durch die Exportländer gegenwärtig in jedem gewünschten Umfang zu erhalten sein. Der Geltungsbereich eines Abkommens wird daher primär durch das Ausmaß der Nachfragegarantien von Seiten der Importländer bestimmt.

einnahmen in den Rohstoffländern, von vornherein so groß wie irgend möglich gehalten werden sollte. Der kontrollierte Marktanteil würde sich nun laufend verringern, wenn Lieferungs- und Abnahmeverpflichtungen wie etwa im Weizenabkommen in absoluter Höhe festgelegt werden. Stattdessen ist eine Regelung wünschenswert, die eine flexible Bestimmung der Garantiemengen zuläßt, so daß eine Berücksichtigung der Verbrauchsentwicklung möglich wird. Die Festlegung einer Basisquote in Verbindung mit einer durchschnittlichen positiven, in denkbaren Ausnahmefällen auch negativen Zuwachsrate ist dabei periodischen Verhandlungen über eine Neufestsetzung der quantitativen Verpflichtungen, die erfahrungsgemäß den Bestand eines Abkommens nur in Gefahr bringen, in jedem Fall vorzuziehen. Eine Vorausschätzung des Verbrauchs oder des Importbedarfs enthält allerdings gewisse Unsicherheitsfaktoren, die je nach Erzeugungsstruktur und Verwendungsbereich der Grundstoffe von unterschiedlichem Ausmaß sind. Es sind nun verschiedene Möglichkeiten denkbar, Fehlschätzungen der Zuwachsrate des Verbrauchs zu kompensieren, ohne zu dem Hilfsmittel neuer Verhandlungen Zuflucht nehmen zu müssen.

Eine einfache Lösung des Problems besteht darin, nur denjenigen Teil des Bedarfs unter die Bestimmungen des Abkommens fallen zu lassen, der mit Sicherheit von Schwankungen des Verbrauchs und der Eigenerzeugung unberührt bleibt. Unter Hinzufügung einer gleichbleibenden, jährlichen Mindestzuwachsrate kann dann der kontrollierte Marktanteil prozentual für längere Zeit etwa gleich groß gehalten werden. Die gesamte garantierte Nachfrage ergibt sich dann einfach als Summe der einzeln eingegangenen Verpflichtungen aller beteiligten Verbraucherländer. Der restliche Teil des Bedarfs wird über den verbleibenden freien Markt gedeckt.

Dieser Vorschlag ist bei allen Rohstoffgruppen gleichermaßen anwendbar. Unterschiede ergeben sich allein in der Größe des garantierten Anteils im Verhältnis zum Verbrauch. So sind hier Schwankungen in der Eigenerzeugung zu berücksichtigen und bei industriellen Rohstoffen zusätzlich die Größenordnung konjunkturbedingter Unregelmäßigkeiten zu beachten. Veränderungen im Verbrauch von Genußmitteln, die etwa aus einer Senkung von Verbrauchssteuern resultieren, lassen sich allerdings nicht erfassen. Sie bedingen entweder eine Neufestsetzung der Annahmegarantien, - wenn der Geltungsbereich der Konvention nicht kleiner werden soll - , oder aber verlangen eine Deckung des zusätzlichen Bedarfs über den freien Markt. Diese Methode flexibler Garantiequotenbestimmung verzichtet zwar auf eine optimale Ausnutzung der vorhandenen Möglichkeiten zur Erfassung eines großen Einflußbereiches, entspricht dafür aber in jedem Fall der Forderung nach leichter Handhabung und läßt auch Raum für strukturelle Veränderungen sowohl in der Erzeugung wie im Verbrauch. Sie geht größeren Schwierigkeiten dadurch aus dem Wege, daß sie unvorhersehbare, notwendige Anpassungsprozesse über den freien Markt ablaufen läßt, schafft dadurch jedoch günstige Voraussetzungen für eine sichere Funktionsfähigkeit und ist daher grundsätzlich denjenigen Verfahren vorzuziehen, die zwar eine Erhöhung der Nachfragegarantien ermöglichen, zugleich aber auch vermehrte organisatorische Anforderungen stellen und größere finanzielle Belastungen verursachen. Die folgenden Maßnahmen zur Vergrößerung der Angebots- und Nachfragegarantien im Verhältnis zum Verbrauch sind daher primär von theoretischem Interesse, zumindest dann, wenn die Verbraucherländer in internationalen Rohstoffkonventionen nicht ein auf jede mögliche Weise zu förderndes Mittel der Entwicklungshilfe sehen.

Eine erste Verfeinerung in der Festlegung des garantierten Importvolumens mit der Wirkung einer Expansion des kontrollierten Marktanteils wird dadurch ermöglicht, daß den Abkommensverwaltungen nicht nur die Überwachung der Verträge übertragen sondern ihnen zugleich auch noch eine Verteilerfunktion zugebilligt wird. Witterungsbedingte Unregelmäßigkeiten in der Eigenerzeugung von Agrarrohstoffen in den Verbraucherländern verlieren nämlich meist dadurch an Bedeutung, daß schlechte Ergebnisse in einzelnen Gebieten durch

eine überdurchschnittliche Erzeugung in anderen Ländern ausgeglichen wird. Der gesamte Zuschußbedarf ist damit relativ geringeren Schwankungen ausgesetzt als etwa der Grundstoffimport eines einzelnen Landes. Je größer nun der Wirkungsbereich einer Konvention ist, umso größer ist auch die Wahrscheinlichkeit eines regionalen Ausgleichs unregelmäßiger Einfuhrbedarfsänderungen. Als Voraussetzung für die gesteuerte Durchführung eines solchen Ausgleichs gilt die Bereitschaft der Verbraucherländer, den zusätzlichen Bedarf auf Verlangen zu Abkommensbedingungen zu decken, damit die summierten Abnahmegarantien in jedem Fall eingehalten werden können. Die Abkommensverwaltung zentralisiert also gewissermaßen die Nachfrage und sorgt dann von ihrer Seite für die Einhaltung der Abnahmeverpflichtungen.

Eine internationale Reserve wird notwendiger Abkommenbestandteil, wenn sich die beteiligten Verbraucherländer verpflichten, ihren gesamten Bedarf vertraglich zu binden. Damit lassen sich dann auch die unvermeidlichen Fehler in der Verbrauchvorausschätzung korrigieren, ohne dafür den freien Markt in Anspruch nehmen zu müssen. Voraussetzung sind natürlich einmal ausreichende Lagerbestände, zum anderen genügende finanzielle Reserven, die einen kurzfristigen Zuwachs oder Rückgang des Bedarfs beherrschen können. Die Reserve gewährleistet dann einmal die vollständige Rohstoffversorgung der Verbraucherländer zu Abkommensbedingungen, zum anderen bereinigt sie einen mehr oder minder großen Teil der Nachfrage von kurzfristigen Veränderungen und gibt damit zugleich der Angebotsseite eine Orientierung über langfristige Absatzmöglichkeiten und Verbrauchsentwicklungen auf dem speziellen Rohstoffsektor. [1]

Es liegt nun auf der Hand, daß industrielle Rohstoffe größere Ausgleichläger benötigen als etwa Grundnahrungs- und Genußmittel, insbesondere dann, wenn es sich zugleich um strategisch wichtige Grundstoffe handelt. Allerdings erweist es sich schon aus finanziellen Erwägungen heraus als undurchführbar, derartige Reserven auf die Anforderungen politischer Krisen abzustellen. Es bleiben also nur normale, konjunkturelle Veränderungen zu berücksichtigen, die sich mit Hilfe einer Ausgleichsreserve durchaus beherrschen lassen, denn der Verbrauch in Rezessionsjahren zum Beispiel geht meist bedeutend weniger zurück als etwa in Volumen und Preisen des Rohstoffhandels zum Ausdruck kommt. [2]

Bei Grundnahrungs- und Genußmitteln fallen die Auswirkungen konjunktureller Veränderungen und politischer Krisen weitgehend fort. Die Ausgleichsreserve hat bei den Grundnahrungsmitteln vor allem die Aufgabe, Bedarfsschwankungen aus wechselnder Eigenerzeugung zu kompensieren, während sie bei Genußmitteln eigentlich nur einen Ausgleich unregelmäßiger Zuwachsraten herbeiführen soll. Die Eigenerzeugung spielt hier in der Regel nur eine untergeordnete Rolle, so daß der Umfang der Reserven also verhältnismäßig klein gehalten werden kann.

---

1) Der Stabilisierungsreserve wird hier also nicht wie im Zinnabkommen die Aufgabe zugewiesen, durch eine Aufstockung der Bestände bei niedrigen Weltmarktpreisen und durch einen Abbau bei hohem Preisniveau direkt preisstabilisierend zu wirken, sondern sie dient allein dazu, Bedarfsschwankungen in den Verbraucherländern zu kompensieren.

2) Der Zinnverbrauch verringerte sich beispielsweise im Rezessionsjahr 1958 gegenüber dem Vorjahr in den westlichen Ländern um weniger als 6 %, die Produktion dagegen ging um 30 % zurück. Auch unter Einrechnung der russischen Lieferungen in Höhe von 13 % des westlichen Bedarfs standen die Produktionseinschränkungen in den Rohstoffländern in keinem angemessenen Verhältnis zur effektiven Bedarfsminderung. (Metallgesellschaft AG, Metallstatistik, 47. Jahrgang, a.a.O.)

Sollte sich zu irgendeinem Zeitpunkt herausstellen, daß die notwendige Reservegröße bei einem der behandelten Rohstoffe unterschätzt worden ist, so wird der Bestand des Abkommens dadurch nicht in Gefahr gebracht, da ein genügend großer freier Markt jederzeit Korrekturen zuläßt. Stabilisierungsreserven fällt also in diesem Zusammenhang primär die Aufgabe zu, Bedarfsschwankungen nach "unten" auszugleichen. Die Einführung dieses Regulierungsinstruments erfolgt damit weniger zum Vorteil der Verbraucherländer als vielmehr im Interesse der Rohstoffländer und ist auch nur als Beitrag zur Entwicklungshilfe zu rechtfertigen, da die erforderlichen organisatorischen und finanziellen Aufwendungen im Verhältnis zu dem erzielbaren, zusätzlichen Stabilisierungseffekt relativ hoch sind.

Der Erfolg eines Rohstoffabkommens hängt nicht zuletzt von einer befriedigenden Lösung des Problems der Preisbestimmung ab. Dabei ist verschiedenen Gegebenheiten und Erfordernissen Aufmerksamkeit zu widmen. Zunächst einmal verlangen die teilweise recht erheblichen Qualitätsunterschiede innerhalb eines einzelnen Rohstoffs die Bestimmung einer Standardsorte, die eindeutig definiert ist und an der sich die übrigen Güteklassen orientieren können. Um von vornherein Streitigkeiten auszuschalten, empfiehlt sich die Aufstellung eines Kataloges, in dem alle angebotenen Sorten genannt und im Verhältnis zum Standardprodukt wertmäßig festgelegt werden. Des weiteren ist die geographische Lage des Erzeugungsortes im Hinblick auf unterschiedliche Transportkosten entsprechend zu berücksichtigen. Sodann ist eine Methode der Preisbestimmung zu finden, die eine Verbindung des Garantiepreises mit der langfristigen Preisentwicklung gewährleistet.

Ein sicherer und schon häufig beschrittener Weg geht über die Festlegung des Garantiepreises in Anlehnung an den freien Preis. Eine obere und untere Preisgrenze fixiert dann einerseits den zulässigen Schwankungsbereich des Preises, gestattet andererseits aber auch eine Anpassung an den Trend in den vorgegebenen Schranken. Je breiter das Preisband ausgelegt ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß sich der freie Preis innerhalb der Begrenzung bewegt. Damit wiederum läßt sich die Abkommenstätigkeit weitgehend einschränken, da sie ja nur dann erforderlich ist, wenn mittlerer Garantiepreis und freier Preis unzulässig weit auseinanderfallen.

Es ist zu erwarten, daß eine derartige Regelung die Zustimmung der Verbraucherländer leicht finden wird und damit das Zustandekommen einer Rohstoffkonvention bedeutend vereinfacht. Die Veränderungen in den Exporteinnahmen der Rohstoffländer werden allerdings unter solchen Umständen kaum geringer sein als zuvor. Soll daher ein Abkommen wirklich seinen Zweck erfüllen, muß die erlaubte Preisspanne so eng wie möglich gehalten werden oder aber es muß von vornherein mit fixen Preisen operiert werden. Welches Verfahren der periodischen Anpassung an den Trend nun das richtige ist, muß im Einzelfall entschieden werden. Ganz sicher ungeeignet ist der Verhandlungsweg, da je nach Marktverhältnissen Erzeuger- oder Verbraucherländer dazu verführt werden, ihre jeweiligen Vorteile auszunutzen und damit die Konvention nur in Gefahr bringen. Trotz aller Einwendungen erscheint daher die formelle statistische Methode zur Berechnung eines flexiblen Preises immer noch erfolgversprechend. Sie läßt zwar auch noch Fehlentscheidungen zu, arbeitet jedoch unparteiisch und gleicht bei geschickter Handhabung Irrtümer nachträglich wieder aus.

Welche Gestalt eine Preisbestimmungsgleichung nun anzunehmen hat, hängt von der spezifischen Marktsituation des betroffenen Rohstoffs ab. Anhand von Zahlenbeispielen wird daher im folgenden die Wirksamkeit zweier Formeln dargestellt, von denen sich die erste durch eine besondere formale Einfachheit auszeichnet und vorteilhaft dann eingesetzt werden kann, wenn die Preisentwicklung auf den Rohstoffmärkten nicht sehr stark gestört wird, während die zweite Gleichung speziell für die Mäßigung extremer Preisschwankungen geeignet und daher in vielen Fällen vorzuziehen ist.

Die Verwendbarkeit beider Formeln ist an die Voraussetzung gebunden, daß weiterhin ein

freier Markt besteht. Wie jedoch an späterer Stelle (Tabelle 33) und in einem anderen Zusammenhang gezeigt wird, ist diese Bedingung bei 13 der 14 wichtigsten Grundstoffe des internationalen Handels auch unter der zum gegenwärtigen Zeitpunkt unrealistischen Annahme erfüllt, daß der gesamte Importbedarf der westlichen Industrieländer durch Rohstoffkonventionen erfaßt wird.

Die erste Preisbestimmungsgleichung [1] ist relativ einfach und leicht anzuwenden und hat folgende Form :

$$P_t = (1 + a)\, P_{t-1} - \frac{1}{n}\left((P_{t-1} + P_{t-2} \cdot\cdot P_{t-n}) - (\overline{P}_{t-1} + \overline{P}_{t-2} \cdot\cdot \overline{P}_{t-n}) \right)$$

P = Garantiepreis

$\overline{P}$ = Durchschnittl.freier Preis

a = Trendkoeffizient oder durchschnittl.periodische Preissteigerung

n = Anzahl der Perioden oder Jahre, über die Preisschwankungen ausgeglichen werden sollen

Sie setzt sich aus zwei Komponenten zusammen, von denen die erste in der Regel das weitaus größte Gewicht hat und der voraussichtlichen langfristigen Preisentwicklung folgt. Eine gewisse Schwierigkeit liegt in der Bestimmung des Koeffizienten 'a', der durchschnittlichen, periodischen Preissteigerung. Sie darf nur dann vernachläßigt werden, wenn keine eindeutige Entwicklungsrichtung des Preises erkennbar oder die durchschnittliche Preissteigerung gering ist, andernfalls unterscheidet sich der Abkommenspreis immer etwa um den Betrag der Zuwachsrate vom durchschnittlichen freien Preis. Bei positiv gerichtetem Trend werden dann die Erzeugerländer, bei negativer Neigung die Verbraucherländer benachteiligt. Diese erste Komponente dient dem Zweck, den Exportwert der behandelten Rohstoffe weitgehend zu stabilisieren mit der Konsequenz, daß auch die Deviseneinnahmen der Rohstoffländer insgesamt gesehen von kurzfristigen Veränderungen bereinigt werden. Belaufen sich beispielsweise die garantierten Ausfuhren auf 80 % des gesamten Rohstoffexports und tritt auf dem freien Markt ein kurzfristiger Preisverfall von 20 % ein, dann entsprechen die Gesamtwirkungen bei ausschließlicher Verwendung der ersten Komponente nur noch einem Preisrückgang von 4 %.

Der zweiten Formelkomponente, einem gleitenden Durchschnitt der Differenzen zwischen Abkommens- und Marktpreisen, fällt eine doppelte Aufgabe zu. Die wichtigste Aufgabe besteht darin, den Anreiz von Preisschwankungen zur Veränderung der Produktion, der durch eine Preisnivellierung ausgeschaltet wird, nicht völlig zu beseitigen, sondern in gemäßigter Form weiterbestehen zu lassen, da andernfalls die Möglichkeit einer langfristigen Fehlentwicklung des Angebots nicht auszuschließen ist. Als weitere Aufgabe gilt die Kompensation von Fehlschätzungen der Zuwachsrate 'a', die kurzfristig zwar unerheblich sein, langfristig jedoch bedeutsam werden können. Wie aus dem Zahlenbeispiel zu erkennen ist, wird ein zu hoher oder zu niedriger Wert für 'a' in seinen Auswirkungen zusammen mit den kurzfristigen Abweichungen des Marktpreises vom Trend tatsächlich weitgehend abgeschwächt. Der Ausgleich der Unregelmäßigkeiten im Marktverlauf erfolgt dabei über einen vorher zu bestimmenden Zeitraum von 'n' Jahren.

Diese hier vorgeschlagene Methode der Preisbestimmung kann auf alle Rohstoffe angewandt werden, doch gilt eine wesentliche Einschränkung. Bei extremen Marktpreisbewegungen in sehr unregelmäßigen Abständen, wie sie in der Vergangenheit häufig festzustellen waren,

---

1) Eine Anwendung dieser Preisbestimmungsgleichung in einem fiktiven Zahlenbeispiel ist am Ende dieser Darstellung zu finden

ist es schwierig, wenn nicht unmöglich, denjenigen Preis als Ausgangsbasis zu bestimmen, der einem langfristigen Marktpreis entspricht. Ebenso ergebnislos muß dann auch der Versuch verlaufen, eine durchschnittliche Preiszuwachsrate zu finden. Die Anwendung dieser Preisformel wird damit auf diejenigen Rohstoffmärkte beschränkt, bei denen die Marktpreisentwicklung dergestalt verläuft, daß Richtung und mittleres Preisniveau zu erkennen sind.

Extreme Preisschwankungen lassen sich dagegen mit der zweiten Formel behandeln, die zwar in ihrer äußeren Form etwas komplizierter, dafür jedoch in ihrer Anwendung einfacher als die erste Gleichung ist. Schwankungen des Marktpreises werden bei einer sinnvollen Bestimmung der Randbedingungen 1/x und n mit Sicherheit erheblich gemildert und zwar in der Form, daß der Abkommenspreis langfristig einem mittleren Marktpreis entspricht. Die anzuwendende Bestimmungsgleichung hat folgende Gestalt :

$$P_t = \frac{\overline{\overline{P}}_t}{x} + \frac{1}{n}\left(\left(\overline{\overline{P}}_{t-1} + \overline{\overline{P}}_{t-2} + \dots \overline{\overline{P}}_{t-n}\right) - \frac{1}{x}\left(\overline{P}_{t-1} + \overline{P}_{t-2} + \dots \overline{P}_{t-n}\right)\right)$$

P = Abkommenspreis

$\overline{P}$ = geschätzter Marktpreis

$\overline{\overline{P}}$ = effektiver Marktpreis

$1/x$ = Gewicht, das dem Preis der laufenden Periode zugemessen wird

n = Anzahl der Perioden, über welche die Preisschwankungen ausgeglichen werden sollen

Diese Formel setzt sich wiederum aus zwei Komponenten zusammen. Der erste Ausdruck besteht aus dem geschätzten Marktpreis der laufenden Periode und hat die Aufgabe, die Auswirkungen der Preisschwankungen auf das Produktionsniveau in gemäßigter Form wirksam werden zu lassen, folgt daher unmittelbar der zu erwartenden Preisentwicklung. Zur Abschwächung einer Preisveränderung gegenüber der Vorperiode wird er mit einem bestimmten Gewicht 1/x versehen. Beträgt beispielsweise die Preisabweichung gegenüber der Vorperiode 20 % und wird 1/x = 1/4 vorausgesetzt, dann wird nur eine Preisveränderung von 5 % unmittelbar auf den Abkommenspreis übertragen.

Der zweite Ausdruck hat eine Doppelfunktion zu erfüllen. Die eine Aufgabe liegt in der Ausschaltung negativer Auswirkungen einer Fehlschätzung des laufenden Marktpreises, die zweite Funktion besteht in dem Ausgleich kurzfristiger Preisschwankungen über einen Zeitraum von n Perioden. Der Ausgleichseffekt wird umso besser erreicht, je kleiner 1/x, das Gewicht der ersten Komponente und je größer n, die Anzahl der dem Ausgleichsprozeß zugrunde liegenden Perioden. Im Grenzfall 1/x gleich null wird der Abkommenspreis als gleitender Durchschnitt der vergangenen n Perioden bestimmt. Eine so weitgehende Ausschaltung von Preisfluktuationen ist jedoch nicht empfehlenswert, da Preisänderungen als Folgeerscheinung einer Fehlentwicklung des Angebots zu spät und in einem zu geringen Ausmaß berücksichtigt werden. Wie groß 1/x und n als Randbedingungen jeweils zu wählen sind, ist in jedem Einzelfall gesondert zu entscheiden. Bei industriellen Rohstoffen sollte der Ausgleichszeitraum nicht zu groß sein, da die immer preisgünstiger herstellbaren synthetischen Substitute einen zunehmenden Preisdruck auf die Naturprodukte ausüben und ein zu lange gehaltenes hohes Preisniveau den Substitutionsprozeß beschleunigen würde. Außerdem würde eine Verlagerung der Grundstofferzeugung auf kostengünstigere Produktionsstätten verzögert. Bei Grundnahrungs- und Genußmitteln ist ein Ersatzprozeß durch andere Erzeugnisse in der Regel ausgeschlossen, so daß hier insgesamt gesehen mit einer langfristig gleichmäßigeren Preis- und Verbrauchsentwicklung gerechnet werden darf. Der Ausgleichszeitraum kann hier also ohne unerwünschte Nebenerscheinungen einen längeren Zeitraum umschließen.

Ein gewisses Problem bleibt in dieser Formel die Schätzung des durchschnittlichen Markt-

preises der laufenden Periode. Eine einfache Methode besteht darin, den durchschnittlichen Marktpreis der vergangenen Periode auch für den gerade zu behandelnden Zeitraum als gültig anzusehen. Dieses Verfahren wurde in dem Anwendungsbeispiel am Ende dieser Darstellung unter Verwendung der Zuckerpreisindices zwischen 1947 und 1959 angewandt, um die Wirkungsweise der Formel bei extremen Preisveränderungen und erheblichen Fehlschätzungen des Marktpreises zu zeigen.[1] Unter den Randbedingungen $1/x = 1/4$ und $n = 5$ reduziert sich die Spanne zwischen höchstem und niedrigstem Preis um nahezu die Hälfte. Wenn trotzdem auch bei den regulierten Preisen noch erhebliche Veränderungen zwischen den einzelnen Perioden festzustellen sind, dann ist dabei zu berücksichtigen, daß die aufgeführte Zuckerpreisentwicklung nicht als repräsentativer Normalfall angesehen werden darf, da hier verschiedene politische Ereignisse, die Koreakrise, der Suezkonflikt und die Revolution in Kuba, dem größten Zuckerexportland, zu erheblichen Störungen des Preisniveaus führten. Ein besserer Ausgleich ist ohne weiteres dann möglich, wenn die Anzahl der Jahre n weiter vermehrt wird, doch birgt ein derartiger Ansatz die Gefahr einer Fehlleitung der Produktionsentwicklung in sich. Außerdem würde die Formel dann auch weitgehend ihrem Zweck entfremdet, kurzfristige Preisschwankungen zu kompensieren, nicht aber den Trend zu beeinflussen. Mittel- und langfristige Preisbewegungen müssen weiterhin unberührt ablaufen können, da andernfalls mit Sicherheit ein Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage entstehen würde.

Beide hier aufgeführten Preisbestimmungsgleichungen haben die Eigenschaft, kurzfristige Preisschwankungen auf den Rohstoffmärkten zu mäßigen. Welche der beiden Formeln nun vorteilhafter einzusetzen ist, hängt von der zu erwartenden Marktpreisentwicklung ab. Periodische Schwankungen um einen abschätzbaren Mittelwert lassen sich mit Hilfe der in der Anwendung einfachen ersten Methode korrigieren. Sind dagegen stark ausgeprägte Störungen des Preisniveaus zu befürchten, führt die Verwendung der zweiten Bestimmungsgleichung zu besseren Ergebnissen.

Zwischenstaatliche Rohstoffkonventionen ermöglichen eine weitgehende Stabilisierung des gesamten Rohstoffexportwertes, doch liegt es außerhalb ihres Einflußbereiches, Unregelmäßigkeiten in den Exporteinnahmen einzelner Rohstoffländer zu kompensieren, deren Ursachen etwa auf einer Mißernte in diesen Gebieten beruhen. Die Auswirkungen derartiger Ereignisse lassen sich nur indirekt durch Überbrückungskredite, die aber in den Kompetenzbereich anderer Institutionen, beispielsweise der Weltbank, fallen oder durch zusätzliche nationale Regulierungsschemen, wie etwa das System von Bauer und Paish, mildern.

Internationalen Kontrollen der Rohstoffmärkte in der hier beschriebenen Form kann auf die Dauer nur dann Erfolg beschieden sein, wenn auch die interne Marktentwicklung in den Mitgliedsländern so gesteuert wird, daß sie den allgemeinen Stützungseingriffen nicht zuwider läuft. In der meist üblichen Überschußsituation gilt dies insbesondere für die Exportländer und bedeutet, den verbleibenden freien Markt durch ein maßvolles Angebot von unnötigen Belastungen frei zu halten. Interne nationale Maßnahmen sind darüber hinaus für die Übertragung der Ergebnisse internationaler Regulierungen auf den einzelnen Produzenten und für eine Einhaltung der Exportgarantien unerläßlich, setzen aber eine Zentra-

---

1) Eine andere Lösung besteht darin, den Marktpreis zu Beginn der neuen Periode als voraussichtlichen Durchschnittspreis zu betrachten. In beiden Fällen sind dann alle Elemente der Formel von vornherein festgelegt und frei von jedem Ermessensentscheid. Für das Endergebnis spielt es keine große Rolle, welche der beiden Möglichkeiten gewählt wird, wenn der Wert für $1/x$ klein gehalten wird.

lisierung des nationalen Rohstoffhandels voraus. Befindet sich nämlich der Handel ausschließlich in privater Hand, ergibt sich die Notwendigkeit komplizierter interner Kontrollen, die wiederum die verwaltungstechnischen Möglichkeiten der weniger entwickelten Gebiete übersteigen. Wenn der Marktpreis über dem Abkommenspreis liegt, genügt eine Exportsubvention in Höhe der Preisdifferenz, um den Exportverpflichtungen nachkommen zu können. Ein Absinken des Marktpreises unter den Vertragspreis verlangt dagegen zunächst einmal eine Aufteilung der Exportquote unter die Händler. Soll der Gewinn aus dem Abkommen aber nicht allein den Exporteuren zugute kommen, ist der Inlandpreis durch Preiskontrollen oder staatliche Käufe dem Abkommenspreis anzugleichen. Preiskontrollen sind jedoch schwierig durchzuführen und Regierungskäufe müssen gleichzeitig durch Einfuhrquoten oder Importsteuern sowie Produktionskontrollen ergänzt werden, da sonst steigende Einfuhren und wachsende Erzeugung verstärkte inflationäre Tendenzen auslösen. [1] Es ist jedoch nicht zweckmäßig, Vorschriften über die Gestaltung der nationalen Rohstoffpolitik zu Vertragsbestandteilen internationaler Konventionen zu machen, sondern die Einführung nationaler Maßnahmen sollte nur in die Form allgemeiner Empfehlungen gekleidet werden. Den nicht mit wirtschaftlichen, sondern auch mit organisatorischen Schwierigkeiten kämpfenden Rohstoffländern muß in der Mehrzahl der Fälle ein genügend langer Zeitraum zum Aufbau der erforderlichen Institutionen zugebilligt werden, wenn den Verhandlungen nicht von vornherein ein Mißerfolg beschieden sein soll.

Anwendung der ersten Preisbestimmungsgleichung in einem Zahlenbeispiel :

Annahme : n, die Anzahl der Jahre, über die Preisschwankungen ausgeglichen werden sollen = 5

Periode	durchschnittl. Marktpreis	Garantiepreis mit Berücksichtigung von 'a'	Garantiepreis ohne Berücksichtigung von 'a'
t	$\bar{P}$	P	P
1	100	(100)	(100)
2	105	(102)	(102)
3	95	(104)	(104)
4	107	(106)	(106)
5	113	(108)	(108)
6	120	110	108
7	110	114	110,4
8	118	116,6	112,1
9	108	121,3	116,8
10	124	123,1	119,5
11	120	124,1	122,1
12	(122)	122,5	119,9

Bemerkungen : Die Perioden 1-5 dienen der Schätzung einer durchschnittlichen Zuwachsrate a=2. Die Formel selbst wird dann für die Perioden 6-12 angewendet und bringt unter Berücksichtigung von 'a' ein durchaus befriedigendes Ergebnis, da der mittlere Garantiepreis um weniger als + 1% vom durchschnittlichen freien Preis abweicht. Wird der Koeffizient 'a' vernachläßigt, d.h.gleich null gesetzt, beträgt die Abweichung im Durchschnitt - 1,6%.

1) Gleiches gilt mit umgekehrten Vorzeichen grundsätzlich auch für Importländer. Ein meist sehr gut ausgebildetes Verwaltungssystem läßt in den Industrieländern jedoch auch kompliziertere Kontrollen zu, die sowohl die Aufrechterhaltung des privaten Handels wie auch eine Sonderbesteuerung oder Subventionierung der garantierten Einfuhren gestatten.

Anwendung der zweiten Preisbestimmungsgleichung in einem Zahlenbeispiel :

Annahme : n, die Anzahl der Perioden, über die Preisschwankungen ausgeglichen werden sollen = 5
1/x, das Gewicht, welches dem geschätzten Marktpreis der laufenden Periode zugemessen wird = 1/4

Periode	Marktpreis [1]		Abkommens-preis
	effektiv	geschätzt	
t	$\bar{P}_t$	$\bar{P}_{t-1}$	P_t
1	100	100	-
2	86	100	-
3	104	86	-
4	100	104	-
5	115	100	-
6	84	115	105,25
7	69	84	93,55
8	66	69	87,20
9	45	66	79,75
10	70	45	65,35
11	104	70	65,35
12	71	104	80,10
13	(60)	71	71,25

1) Zuckerpreisindex 1947 - 1959 (1947 = 100), New York, Cuban 96°, World (f.a.s. Cuba)

Bemerkungen : Als geschätzter Marktpreis des laufenden Jahres wurde jeweils der Marktpreis des Vorjahres eingesetzt. Eine freie Schätzung des jeweiligen Preises würde in jedem Fall bessere Ergebnisse bringen, da sie der Preisentwicklung besser angepaßt werden könnte. Aus Gründen der Einfachheit und zur Demonstration der Wirksamkeit der Formel unter extrem ungünstigen Bedingungen wurde jedoch das genannte Verfahren angewendet.

8.3 Auswirkungen bei Beteiligung aller westlichen Industrieländer oder einzelner Verbrauchszentren wie Westeuropa oder Nordamerika

Die westliche Welt weist drei große Zentren des Rohstoffverbrauchs auf, Westeuropa, Nordamerika und seit neuerer Zeit auch Japan. Alle drei Gebiete zeichnen sich durch einen hohen Stand industrieller Entwicklung mit einem entsprechend großen Bedarf an industriellen Rohstoffen aus. Die hohe Bevölkerungsdichte der europäischen Industrieländer und Japans verlangt darüberhinaus auch noch die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln von außen, da die Eigenerzeugung vieler Produkte dem Bedarf schon lange nicht mehr entspricht. Die Nachfrage nach Genußmitteln wird durch den immer noch steigenden Lebensstandard bestimmt und muß ebenfalls zum größten Teil durch ein fremdes Angebot gedeckt werden. Die Vereinigten Staaten und Kanada sind im Gegensatz zu den beiden anderen industriellen Gebieten in der glücklichen Lage, infolge ihrer Großräumigkeit und ihrer umfangreichen Rohstoffquellen den überwiegenden Teil ihres Bedarfs selbst zu befriedigen. Bei verschie-

denen, vor allem vegetabilen Grundstoffen, gehören sie sogar zu den wichtigsten Überschußländern der Erde. Allein tropische Rohstoffe müssen hier wie dort in vollem Umfang importiert werden.

Unterschiede in der Bevölkerungsdichte, dem Lebensstandard, den Verbrauchsgewohnheiten und der Rohstoffeigenerzeugung zwischen Westeuropa, Nordamerika und Japan bedingen eine gänzlich andere Zusammensetzung der Grundstoffimporte. Sie werden dann noch deutlicher, wenn eine weitere Erschließung der zweifellos vorhandenen Reserven in den USA und Kanada aufgenommen wird. In Westeuropa und Japan sind dagegen die Wachstumschancen der Eigenerzeugung der meisten Rohstoffe von vornherein mehr oder minder stark begrenzt. Die Zukunft wird daher eine zunehmende Verlagerung des Rohstoffhandels bringen und Westeuropa sowie Japan mehr und mehr zu den wichtigsten Nachfragegebieten machen. [1]

Westeuropa, Nordamerika und Japan bestreiten zusammen den überwiegenden Teil des Weltrohstoffhandels und zählen damit zu den wichtigsten Handelspartnern nahezu aller weniger entwickelten Rohstoffländer. Bei einem Vergleich der Werte in Tabelle 33 ergeben sich folgende Zahlen für die Lieferungen der vierzehn wichtigsten Rohstoffe in die Industrieländer : Der überwiegende Teil von Kupfer,Kaffee 90 %, Wolle 86 %, Kakao 83 %, Zucker 72 %, Kopra 70 %, Zinn 70 %, Jute 66 %, Tee 60 %, Kautschuk 53 %, Baumwolle 33 % (oder 45 % der Ausfuhren der Rohstoffländer), Tabak 20 % (oder knapp 30 % der Ausfuhren der Rohstoffländer), Reis 3 % und Weizen - 14 %. Theoretisch kann ein gleichhoher Prozentsatz der einzelnen Rohstoffmärkte reguliert werden, wenn sich alle westlichen Industrieländer zur Mitarbeit an den Rohstoffabkommen bereiterklären. In dieser Gesamtsicht verdienen Weizen und Reis jedoch kein größeres Interesse, da die Industrienationen zusammen nicht auf der Nachfrage- sondern der Angebotsseite des Weizenmarktes erscheinen und der Zuschußbedarf an Reis so gering ist, daß sein Einfluß auf den Weltmärkten vernachläßigbar ist. [2]

Nun kann es als sicher gelten, daß auch bei den verbliebenen 12 Grundstoffen aus praktischen, organisatorischen Erwägungen heraus nicht der gesamte Importbedarf der Industriestaaten mit Hilfe von Rohstoffkonventionen gedeckt werden wird, selbst wenn die bisherige Abneigung vieler Nationen gegen derartige Institutionen sich ins Gegenteil kehren würde. Der zu regulierende Marktanteil würde sich also gegenüber den genannten Prozentzahlen noch etwas verringern. Unter der Annahme, daß 90 % der Nettoeinfuhren der aufgeführten 12 Rohstoffe - wenn einmal von Weizen und Reis abgesehen wird - durch Nachfragegarantien erfaßt werden können, würden unter diesen Umständen ca. 8 Mrd Dollar [3], das sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt etwa 25 % der Exporterlöse der Rohstoffländer, als sichere

---

1) Im Jahre 1959 importierten Westeuropa ca.57 %, Nordamerika ca. 36 % und Japan ca. 7 % der von den Rohstoffländern in die westlichen Industrieländer exportierten Grundstoffe. (UN, Secretariat of the Economic Commission for Europe, Economic Survey of Europe in 1960, Geneva 1961, Chapt.V,p.7, Tab.5)

2) Diese Feststellung verliert ihre Gültigkeit, wenn nur der Importbedarf Westeuropas betrachtet wird.

3) Dieser Wert fußt auf Weltmarktpreisen und Nettoimporten der Industrieländer im Jahre 1959.
(Quellen:FAO,Trade Yearbook, Vol.14, 1960, Metallgesellschaft AG. Metallstatistik, 47.Jahrgang, 1960, IMF, International Financial Statistics, Vol.13, 1960, UN,Economic Survey of Europe in 1960, Chapt.III)

Deviseneinnahmen in der wirtschaftlichen Entwicklungsplanung dieser Gebiete berücksichtigt werden können. Darüberhinaus würden die entsprechenden Abkommen immer noch einen größeren Einfluß besitzen, als aus den direkt regulierbaren Marktanteilen zu entnehmen ist. Mit der Festlegung quantitativ bestimmter, flexibler Abnahmeverpflichtungen werden die Erzeugergebiete in die Lage versetzt, ihre langfristige Produktionsplanung dem Zukunftsbedarf anzupassen. Das gilt sowohl für den kontrollierten wie den freibleibenden Teil des Marktes, denn es ist kaum anzunehmen, daß die Bedarfsentwicklung in den nicht an Abkommen beteiligten Ländern einen grundsätzlich anderen Verlauf als im Konventionsbereich nehmen wird. Angebot und Nachfrage könnten auf diese Weise leichter in einem annähernden Gleichgewicht gehalten werden. Die Auswirkungen auf andere, nicht direkt beeinflußte Rohstoffmärkte sind zwar auch nicht annähernd abzuschätzen, doch wird man kaum in der Annahme fehlgehen, daß sich infolge der starken Interdependenz der Rohstoffpreise eine ruhigere Preisentwicklung bei einzelnen Produkten auch auf andere Grundstoffe übertragen wird.

Der zunehmende Kapitalbedarf in den Rohstoffländern wirft nun die Frage auf, mit welcher Zuwachsrate des Exportvolumens traditioneller Rohstoffe gerechnet werden darf, ob sich ihr prozentualer Anteil an der Gesamtausfuhr vergrößern wird oder ob sich das Schwergewicht der Erzeugung auf andere Bereiche verlagern wird. Prognosen allgemeiner Art lassen sich allerdings in diesem Zusammenhang kaum stellen [1], doch besteht immerhin die Möglichkeit, unter bestimmten Annahmen die Entwicklung des zukünftigen Importbedarfs bei einigen Rohstoffgruppen ungefähr abzuschätzen. Folgende Faktoren sind dabei zu berücksichtigen :

1. Das wirtschaftliche Wachstum, d.h. die Steigerung des Sozialprodukts
2. Das Bevölkerungswachstum
3. Protektionistische Maßnahmen zum Schutz der eigenen Rohstoffproduktion
4. Fiskalische Belastungen des Rohstoffverbrauchs in Form von Finanzzöllen und Verbrauchssteuern, die keinen protektionistischen Charakter tragen.

Diese vier Faktoren sind nun in den verschiedenen Sektoren der Rohstoffwirtschaft und insbesondere im Grundstoffhandel von unterschiedlicher Bedeutung.

Die intensivste Beeinflussung erfahren Grundstoffe, die zugleich auch in den Industrieländern erzeugt werden, insbesondere Agrarrohstoffe der gemäßigten Zone. Die Auswirkungen protektionistischer Maßnahmen zum Schutz oder zur Förderung der eigenen Produktion auf den Agrarstoffhandel sind in der Regel so stark, daß sie sowohl die Folgen des wirtschaftlichen Wachstums wie der Bevölkerungszunahme überschatten.

---

1) Eine Schätzung des zukünftigen Bedarfs auf der Basis der bisherigen Entwicklung des Verbrauchs bei einer ganzen Reihe von Rohstoffen ist nicht möglich, da der feststellbare Trend sehr stark durch die Nachwirkungen der Konsumbeschränkungen während des zweiten Weltkriegs beeinflußt wurde. Nach Beendigung des weltpolitischen Konflikts bestand zunächst in der Mehrzahl der europäischen Ländern die Tendenz, zum Verbrauchsniveau der Vorkriegsjahre zurückzukehren. In den frühen fünfziger Jahren hatte dann der Prokopfverbrauch in den meisten europäischen Staaten den Vorkriegsstandard wieder erreicht. Von diesem Zeitpunkt an ist jedoch im Gefolge weiter steigender Einkommen insbesondere bei Nahrungsmitteln eine verstärkte Neigung zum Verbrauch höherwertiger Produkte zu beobachten.
(UN, Economic Survey of Europe in 1960, a.a.O., Chapt. III, p.29/31)

Tabelle 33 : Die wichtigsten Rohstoffe des internationalen Handels

Netto-Importe der westlichen industriellen Verbrauchszentren (in 1000 m.t)

Rohstoff	Gebiet	Periode 1948/52	Periode 1959	% des Welthandels [1] 1959
Kaffee	Westeuropa [2]	450	825	33
	USA und Kanada	1.260	1.420	57
	Japan	1	8	-
Baumwolle	Westeuropa [2]	1.260	1.260	40
	USA und Kanada	-915	-735	(26)
	Japan	290	605	19
Wolle	Westeuropa [2]	605	730	61
	USA und Kanada	280	185	13
	Japan	37	165	12
Weizen	Westeuropa [2]	10.835	8.660	35
	USA und Kanada	-14.435	-16.720	(57)
	Japan	1.505	2.410	8
Zucker	Westeuropa [2]	2.665	2.875	30
	USA und Kanada	3.760	2.840	34
	Japan	525	1.175	8
Kautschuk	Westeuropa [2]	520	600	24
	USA und Kanada	800	615	23
	Japan	52	170	6
Kupfer	Westeuropa [2]	695	1.170	33 [5]
	USA und Kanada	105	55	-
	Japan	-25	95	-
Tabak	Westeuropa [2]	300	350	50
	USA und Kanada	-190	-160	(30)
	Japan	2	-	-
Reis	Westeuropa [2]	155	325	9
	USA und Kanada	-505	-665	(11)
	Japan	520	280	5
Tee	Westeuropa [2]	220	245	47
	USA und Kanada	65	70	13
	Japan	-7	-7	(1)
Kakao	Westeuropa [2]	310	395	52
	USA und Kanada	275	220	30
	Japan	1	8	1
Kopra	Westeuropa [2]	735	530	41
	USA und Kanada	410	320	25
	Japan	28	55	4

- Fortsetzung nächste Seite -

Tabelle 33 : Fortsetzung

Rohstoff	Gebiet	Periode 1948/52	Periode 1959	% des Welthandels [1] 1959
Zinn [3][4]	Westeuropa [2]	51	66	36 [5]
	USA und Kanada	77	51	28 [5]
	Japan	4	11	6 [5]
Jute	Westeuropa [2]	365	445	55
	USA und Kanada	75	50	6
	Japan	15	45	5

1) Bruttowerte
2) Westeuropa ohne Griechenland, Portugal und Spanien
3) 1950 und 1959
4) Differenz zwischen Verbrauch und Erzeugung
5) Prozent des Weltverbrauchs

Quelle : Ermittelt aus den Länderstatistiken in : FAO, Trade Yearbook, Vo.14, 1960, Rome 1960. Metallgesellschaft AG, Metallstatistik, 47.Jahrgang, Frankfurt/M. 1960

Es ist nun kaum möglich, die quantitativen Auswirkungen des Agrarprotektionismus auf den Rohstoffhandel exakt zu bestimmen. Immerhin ist aber festzustellen, daß Produktion und Verbrauch von Agrarerzeugnissen in den Industrieländern derart gestiegen sind, daß der Nettoimport im Verhältnis zur Eigenerzeugung nur noch einen geringfügigen Zuwachs zu verzeichnen hat oder sogar abnimmt. [1]

Die erheblich gestiegene Eigenerzeugung ist zu einem Teil als Folge nationalen Interessenschutzes anzusehen. Ein weiterer Teil der Produktionssteigerung ist auf verbesserte Anbaumethoden zurückzuführen. Zusätzlich mögen komparative Kostenvorteile in der Agrarerzeugung Nordamerikas einen produktionsfördernden Einfluß ausüben, doch dürften diese Vorteile nicht im Güteraustausch mit den Rohstoffländern sondern vielmehr im Handel mit den westeuropäischen Industrieländern eine gewisse Rolle spielen. Die intensive Landwirtschaft Westeuropas mit ihren hohen Produktionskosten schließt dagegen die Existenz komparativer Vorteile gegenüber den Rohstoffländern völlig aus.

Wenngleich diese Faktoren hinsichtlich ihres Einflusses auf die Agrarproduktion nicht quantifizierbar sind, so steht doch eindeutig fest, daß protektionistischen Elementen in diesem Zusammenhang die größere Bedeutung zukommt. Damit setzt sich jede Änderung in der Einstellung zu Fragen der Agrarpolitik unmittelbar in eine Ausweitung oder Einschränkung des Handelsvolumens um. Da der Selbstversorgungsgrad der Industrieländer bei vielen wichtigen Agrarprodukten sehr hoch liegt, dürften also die Folgen einer neuen Konzeption in

1) Während das Welthandelsvolumen an industriellen Erzeugnissen zwischen 1913 und 1950/55 um 85 % zunahm, vergrößerte sich der zwischenstaatliche Handel mit Agrarerzeugnissen nur um 27 %. Das Handelsvolumen derjenigen vegetabilen Rohstoffe, die zugleich auch in den Industrieländern erzeugt werden, blieb sogar konstant. (GATT, Trends in International Trade, Report by a Panal of Experts, Geneva, October 1958, p.44, Tab.17)

der Agrarpolitik langfristig ganz erheblich sein.[1] Man geht aber wohl kaum in der Annahme fehl, daß grundsätzliche Änderungen in der Zukunft kaum zu erwarten sind. Demzufolge wird die Agrarerzeugung in den Industrieländern weiter zunehmen und zwar nach verschiedenen Schätzungen schneller als der Verbrauch, so daß der Bedarf an vielen vegetabilen Rohstoffen der gemäßigten Zonen selbst gedeckt werden kann.[2] Zu irgendeinem Zeitpunkt wird sich dann zwangsläufig die Notwendigkeit ergeben, den Protektionsgrad einzuschränken, um eine Ansammlung von unverkäuflichen Überschüssen zu vermeiden. Von dieser Entwicklung werden vor allem die Rohstoffländer in der gemäßigten Zone der südlichen Erdhalbkugel, Australien und Neuseeland betroffen, die einen langsamen Rückgang ihrer Einnahmen aus dem Export von Getreide, Fleisch und Meiereiprodukten zu erwarten haben, falls es ihnen nicht gelingt, neue Märkte auf dem asiatischen Kontinent zu erschließen. Die Exportchancen der Baumwoll- und Tabakexportländer werden im wesentlichen von den Subventionen beeinflußt werden, mit denen die Vereinigten Staaten den Absatz ihrer eigenen Erzeugnisse auf den Weltmärkten fördern. In Anbetracht der langfristig nur geringfügigen Zunahme des Baumwollbedarfs Westeuropas und der noch expansionsfähigen amerikanischen Produktion dürfte mit einer wesentlichen Steigerung der Nettoeinfuhren nicht zu rechnen sein. Von dieser Entwicklung bleiben auch die traditionellen, tropischen Zuckerexportländer, die zu den ärmsten Gebieten der Erde zählen, nicht unberührt, da beispielsweise in Westeuropa ein zunehmender Teil des Bedarfs durch die Eigenerzeugung gedeckt wird. Schon aus diesen wenigen Hinweisen wird deutlich, daß die Wachstumschancen des Handels der Rohstoffländer mit den Industrieländern bei Agrarrohstoffen der gemäßigten Zone gering sind. Eine Zunahme der Exporte ist mit Sicherheit nur bei solchen Basisprodukten zu erwarten, deren Erzeugung an tropische Regionen gebunden ist und bei industriellen Rohstoffen, die nicht in ausreichendem Maße selbst erzeugt werden können.

Die Größenordnung im Konsum tropischer Produkte, wie Kaffee, Tee und Kakao steht in engem Zusammenhang mit der Steigerung des Prokopfeinkommens in den Industrieländern. Die Existenz von Finanzzöllen und Verbrauchssteuern [3] ändert nichts an dieser Tatsache, sondern bestimmt nur, zusammen mit dem jeweiligen Einkommen, die Höhe des Konsumniveaus.[4] Eine Modifizierung der fiskalischen Belastungen in einer Richtung wirkt sich

---

1) Der Selbstversorgungsgrad bei Weizen, Mais, Reis, Butter und Fleisch als einer Gruppe beträgt in den Industrieländern ca. 95%, der entsprechende Wert für Tabak, Baumwolle, Wolle, Fette, Öle und Ölsaaten als weiterer Gruppe beläuft sich auf mehr als 70 %. Ein Rückgang der Eigenerzeugung um 1 % bei gleichbleibendem Konsum würde theoretisch im ersten Fall eine Ausweitung der Einfuhren um 19%, im zweiten Fall um 2 % zur Folge haben.
(GATT, Trends in International Trade, a.a.O., p. 88, Tab. 21)

2) Diese Entwicklung ist für die Rohstoffländer von erheblicher Bedeutung, denn von den in Tabelle 33 genannten 14 wichtigen Grundstoffen des internationalen Handels konkurrieren allein 6 mit gleichen Produkten des Agrarsektors der Industrieländer.

3) Die vor allem in Westeuropa recht hohe Besteuerung folgt aus der traditionellen Gewohnheit, Produkte wie Kaffee oder Tee als Luxusgüter zu werten. Dabei wird jedoch übersehen, daß Genußmittel mit steigendem Einkommen in eine andere Kategorie fallen, die den lebensnotwendigen Gütern nähersteht als dem sogenannten Luxuskonsum (GATT, Trends in International Trade, a.a.O., p. 107)

4) Dieser Tatbestand erklärt sich aus der relativ hohen Preiselastizität der Nachfrage, die z.B. bei Kaffee in Westeuropa zwischen -0,5 und -0,9 beträgt (GATT, Trends in International Trade, a.a.O., Appendix Tab. E)

nur in einer Reaktion des Verbrauchers in entgegengesetzter Richtung aus und führt damit zu einem neuen Konsumniveau.

Diese Aspekte sind im wesentlichen für die kurzfristige Entwicklung von Bedeutung, langfristig ergeben sich jedoch andere Gesichtspunkte.

Mit steigendem Einkommen nimmt die Elastizität der Nachfrage erheblich ab, so daß die Bedarfssteigerung auf lange Sicht zunehmend von der Wachstumsrate der Bevölkerung beeinflußt wird. Unter Zugrundelegung bestimmter Annahmen [1] ist daher die Abschätzung einer langfristigen Verbrauchsentwicklung einfacher durchzuführen als eine genaue Bestimmung kurzfristiger Veränderungen. So errechnete eine Studienkommission der Vereinten Nationen [2] eine Zunahme der Importe tropischer Grundnahrungs- und Genußmittel (hauptsächlich Kaffee, Tee und Kakao) zwischen 1959 und 1980 von ca. 60 % (4,42 Mrd gegenüber 2,75 Mrd Dollar). Wenngleich derartige Prognosen immer erhebliche Unsicherheitsfaktoren enthalten, so dürfte ein Zuwachs in dieser Größenordnung im Hinblick auf die Konsumentwicklung der letzten Jahre doch ungefähr zutreffend sein.

Ein hoher Stand industrieller Entwicklung und nur unzureichende eigene Rohstoffquellen verlangen in vielen hochentwickelten Ländern eine zunehmende Einfuhr von industriellen Grundstoffen zur Versorgung ihrer Industrien. Die breite Lücke zwischen Eigenerzeugung und Bedarf läßt sich in den meisten Fällen auch durch schärfste protektionistische Maßnahmen nicht schließen, so daß Autarkiebestrebungen, die auf dem Agrarsektor vermutlich eine gewisse Rolle spielen, in diesem Bereich von vornherein erfolglos bleiben würden, ganz abgesehen davon, daß eine kostengünstige Rohstoffversorgung eine der Voraussetzungen für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der meist exportintensiven Industrieländer auf den Weltmärkten ist.[3] Aus diesen Gründen wird dem Import derartiger Basisprodukte in der Mehrzahl der Verbraucherländer kaum Beschränkungen auferlegt. Da nun der Verbrauch von industriellen Rohstoffen nahezu proportional mit der Steigerung der industriellen Produktion zunimmt, ist in Zukunft bei derartigen Erzeugnissen ein erheblich schnellerer Zuwachs der Nettoimporte als bei tropischen Nahrungs- und Genußmitteln zu erwarten. So nennen die Prognosen [2] bei industriellen Rohstoffen der Agrarerzeugung (vorwiegend Textilrohstoffe und Kautschuk) eine Einfuhrexpansion von 55 % (4,50 Mrd gegenüber 2,88 Mrd Dollar), bei Mineralrohstoffen (ohne Erdöl) 145 % (5,11 Mrd gegenüber 2,08 Mrd Dollar) und bei Erdöl und Erdölprodukten 160 % (12,45 gegenüber 4,78 Mrd Dollar). Der relativ niedrige Zuwachs des Importbedarfs bei industriellen Rohstoffen der Agrarproduktion erklärt sich einmal aus der zunehmenden Substitution durch synthetische Erzeugnisse, zum anderen durch die Überschußproduktion an Baumwolle in den USA. Die Steigerung der

---

1) Die folgenden Prognosen beruhen auf der Annahme, daß die durchschnittliche Zuwachsrate der Bruttosozialprodukte in den USA 2,8 % beträgt bzw. daß sich das Bruttosozialprodukt in Westeuropa zwischen 1959 und 1980 verdoppelt und setzen außerdem bestimmte, empirisch ermittelte Nachfrageelastizitäten als auch in Zukunft zutreffend voraus.

2) UN, Secretariat of the Economic Commission for Europe, Europe and the Trade Needs of the Less Developed Countries, in : Economic Survey of Europe in 1960, Chapt. V, p.7, Tab. 5

3) Eine wichtige Ausnahme bilden hier die USA, bei den sich die zunehmende Einfuhr von industriellen Rohstoffen zum Teil aus dem Interesse an einer Schonung der eigenen Vorkommen erklärt, ein Gesichtspunkt, der insbesondere die Höhe des Erdölimports bestimmt.

gesamten Grundstoffeinfuhren wird mit 95 % (32,51 Mrd gegenüber 16,80 Mrd Dollar) prognostiziert.

Diese Schätzungen werden in Zukunft sicherlich einer Korrektur in der einen oder anderen Richtung unterzogen werden müssen, doch dürfte die Tendenz immerhin zutreffend wiedergegeben sein. An dieser Stelle ist die genaue Kenntnis der langfristig zu erwartenden, quantitativen Veränderungen aber auch nur von untergeordnetem Interesse. Das Problem erhält erst in dem Augenblick wirkliche Bedeutung, in dem ein Abschluß von Rohstoffkonventionen in Erwägung gezogen wird, würde sich dann jedoch durch eine individuelle Festlegung flexibler Nachfragegarantien lösen lassen.[1)]

Wie eingangs erwähnt, entwickeln sich die europäischen Industrieländer mehr und mehr, trotz einer Stagnation der Einfuhren einzelner Grundstoffe, zum wichtigsten Rohstoffimportgebiet der Erde. Dadurch werden sie vor Nordamerika und Japan zum einflussreichsten Handelspartner der weniger entwickelten Rohstoffländer - ein Vorgang, der folgende Konsequenzen nach sich zieht :

Eine Verlagerung der Schwerpunkte des Rohstoffhandels berührt zugleich auch die Exportchancen der Industrieländer und führt notwendig zu einer Verschiebung gegenseitiger wirtschaftlicher Interessenssphären.So ist heute eine Intensivierung der traditionellen Handelsbeziehungen zwischen Westeuropa, Afrika und Vorderasien zu beobachten, während Nordamerika zu Lateinamerika und Japan zu Ostasien engere Bindungen knüpfen. Diese regionale Betonung des Güteraustausches gestattet auch ohne internationale Regelungen eine begrenzte Beeinflussung des Grundstoffangebots der Rohstoffländer, da die individuellen Absatzmöglichkeiten in etwa abgeschätzt werden können. Andererseits wird aber auch ein gemeinsames Vorgehen der westlichen Industrieländer bei Marktregulierungen erheblich erschwert, weil die damit verbundene, notwendige Ablösung oder Einschränkung bestehender Präferenzverträge mit Sicherheit auf erhebliche Widerstände stoßen wird. Eine großräumige Lösung des Rohstoffproblems wird darüberhinaus in Einzelfällen zu wirtschaftlichen Komplikationen führen, so daß für besondere Härtefälle Übergangslösungen gefunden werden müssen.

Welche Situation ergibt sich aber nun, wenn sich die Schwierigkeiten als so erheblich erweisen, daß nur eines der beiden großen Rohstoffverbrauchszentren, Westeuropa oder Nordamerika sich zum Abschluß von internationalen Rohstoffabkommen bereit erklärt ? Zur Kennzeichnung dieser neuen Ausgangsposition mögen einige Zahlenangaben die Stellung Westeuropas im internationalen Handel deutlich machen.

Im Jahre 1959 belief sich der Anteil der westeuropäischen Staaten an den Gesamtausfuhren Afrikas auf 67,2 %, Lateinamerikas auf 31,5 %, des mittleren Ostens auf 59,7 % und des fernen Ostens auf 27,7 %.[2)] Ein großer Teil aller Rohstoffexporte fließt damit auch heute

---

1) Mit aller Gewissheit kann jedoch schon jetzt gesagt werden, daß die Deviseneinnahmen der Rohstoffländer aus einer zukünftigen Vergrößerung des Grundstoffhandels bei weitem nicht ausreichen werden, die Nachfrage nach importierten industriellen Erzeugnissen zu finanzieren, denn wenn sich die Rohstoffeinfuhren der Industrieländer bis 1980 möglicherweise auch verdoppeln, so steht diesem Zuwachs jedoch eine geschätzte Verdreifachung des Importbedarfs der Rohstoffländer an industriellen Gütern gegenüber. Diese zukünftige Lücke zwischen Grundstoffexport und Importbedarf der Rohstoffländer ist voraussichtlich nur durch eine zunehmende Ausfuhr einfacher industrieller Fertig- oder Halbfertigerzeugnisse zu schließen, da eine finanzielle Entwicklungshilfe durch die Industrieländer in der entsprechenden Höhe kaum denkbar ist. Vergl. auch Fußnote 1 auf Seite 4 dieser Arbeit.

2) UN, Economic Survey of Europe in 1960, a.a.O., Chapt.V, p.45 Tab.19

schon nach Westeuropa.[1] So waren es im gleichen Jahr bei Wolle 61 %, Jute 55 %, Kakao 52 %, Tabak 50 %, Tee 47 %, Kopra 41 %, Baumwolle 40 %, Zinn 36 %, Weizen 35 %, Kupfer 33 %, Zucker 30 %, Kautschuk 24 % und Reis 9 %.[2] Unter der Voraussetzung, daß 90 % der Nettoimporte der 14 Rohstoffe durch Konventionen gesichert und diese 90 % ausschließlich durch Rohstoffländer geliefert werden, beträgt der Wert der garantierten Einfuhren ca. 6 Mrd Dollar oder knapp 20 % der regulären Deviseneinnahmen der Rohstoffländer. Dieser Wert reduziert sich auf etwas weniger als 5 Mrd Dollar oder ca. 15 % der gesamten Exporteinnahmen der Rohstoffländer, wenn Weizen, Reis, Tabak und Baumwolle im Rahmen der bisherigen Liefermöglichkeiten Kanadas und der USA aus Nordamerika bezogen werden.[3] Wird nun die Zahl der grundstoffexportierenden Teilnehmerstaaten beschränkt, - eine Maßnahme, die infolge der weiterhin bestehenden Handelsbeziehungen und Präferenzverträge der beiden übrigen Verbraucherzentren grundsätzlich ohne größere Einwände durchführbar erscheint -, dann können die garantierten Exporte der einzelnen Mitglieder den gleichen Umfang wie in Konventionen mit größerem Geltungsbereich annehmen.

Es soll nun nicht übersehen werden, daß ein gemeinschaftliches Handeln der westeuropäischen Industrieländer im Hinblick auf eine Sicherung der Exporteinnahmen der Rohstoffländer auf eine Reihe von Problemen stößt. Die größte allgemeine Schwierigkeit liegt darin, daß Westeuropa heute wirtschaftlich in zwei Interessengruppen, in die sich zunehmend enger zusammenschließenden EWG-Länder und die in loser Verbindung zueinander stehenden EFTA-Länder, zerfällt. Sowohl die Wirtschaftsgemeinschaft wie auch die Freihandelszone nehmen eine einflußreiche Stellung im internationalen Handel ein. So betrugen im Jahre 1959 die Anteile der EWG und der EFTA an den Grundstoffausfuhren Afrikas 39,8% bzw. 26,2 %, Lateinamerikas 16,4 % bzw. 13,5 %, des mittleren Ostens 34,7% bzw. 20,2 % und des fernen Ostens 10,5 % bzw. 16,1 %.[4] Wenngleich nun die Position der EWG die Bedeutung der EFTA auf den Weltmärkten übertrifft, so ist sie doch wiederum nicht stark genug, um einen wirksamen Einfluß auf eine Regulierung der Rohstoffpreise bzw. der Rohstoffmärkte auszuüben. Noch weniger gerechtfertigt sind unabhängige Maßnahmen der EFTA-Länder. In solchen Fällen dürften sich entsprechende Abmachungen nur auf einige wenige Rohstoffländer beziehen, um deren Wirtschaft überhaupt eine merkliche Hilfe geben zu können und wären demzufolge mit allen Nachteilen bilateraler Verträge behaftet.[5]

---

1) Von allen Grundstoffexporten der Rohstoffländer in die westlichen Industrieländer gingen 1959 nach Westeuropa : Tropische Grundnahrungs- und Genußmittel 48 %, industrielle Rohstoffe der Agrarproduktion 57 %, Mineralrohstoffe (ohne Erdöl) 53%, Erdöl und Erdölprodukte 55 % (Quelle siehe zu 2)

2) Diese Prozentzahlen enthalten die Weizen-, Baumwolle- und Tabakimporte aus Nordamerika, die insbesondere bei Weizen von größerer Bedeutung sind.

3) Diese Werte wurden aufgrund der Weltmarktpreise und der Nettoimporte des Jahres 1959 geschätzt. (Quellen: FAO, Trade Yearbook, Vol. 14, 1960. Metallgesellschaft AG, Metallstatistik 47. Jahrg. 1960. IMF, International Financial Statistics. Vol. 13, 1960. UN, Economic Survey of Europe in 1960, Chapt. III)

4) UN, Economic Survey of Europe in 1960, a.a.O., Chapt.V, p.45

5) Diese Nachteile bleiben grundsätzlich auch dann bestehen, wenn derartige Verträge auch andere Verbrauchergebiete dazu veranlassen würden, ihrerseits Abnahmeverpflichtungen einzugehen und damit der Welthandel von einem Netz bilateraler Verträge überspannt würde.

Die in letzter Zeit sichtbare Annäherung beider Gruppen und das in den Industrieländern ganz allgemein wachsende Bewußtsein der Verantwortlichkeit für Hilfeleistungen an die weniger entwickelten Rohstoffländer läßt aber grundsätzlich eine Überwindung der Schwierigkeiten möglich erscheinen. Es wird dabei allerdings die Frage aufgeworfen, wie und in welcher Form das besondere Problem, die traditionsbedingten Präferenzen in den Handelsbeziehungen der europäischen Mutterländer mit den ehemaligen Kolonien zu bewältigen ist.

Bei den Verhandlungen um einen gemeinsamen Markt zeigte sich, daß eine Einigung nur unter Einbeziehung der außereuropäischen Territorien einiger teilnehmender Länder zu realisieren war. Das Projekt der Gemeinschaft mußte daher so gestaltet werden, daß es für die sogenannten assoziierten Gebiete, die sich in der Zwischenzeit großenteils zu politisch selbständigen Staaten entwickelt haben, einen Sonderstatus zuließ.[1)]

Die Ausweitung des ursprünglich nur für europäische Länder gedachten Präferenzsystems auf eine Reihe außereuropäischer Rohstoffländer schuf damit eine Situation - wie sie auch dem Verhältnis Englands zum Commonwealth entspricht -, die dem Abschluß internationaler Rohstoffabkommen in Form langfristiger Verträge einige Schwierigkeiten bereitet, denn als Voraussetzung für eine Stabilisierung der Grundstoffmärkte gilt - gleichgültig, wie weit der Rahmen gezogen wird - eine möglichst weitgehende Gleichbehandlung aller einer Konvention angeschlossenen Länder. Die Beseitigung der bestehenden Präferenzabkommen zwischen den europäischen Industrieländern und den überseeischen Rohstoffländern als Ausweg aus diesem Dilemma ist ohne eine längere Übergangszeit unmöglich. Bei einem eventuellen Beitritt verschiedener EFTA-Länder und insbesondere Englands zur EWG - eine Möglichkeit, die zum heutigen Zeitpunkt nicht mehr auszuschließen ist - dürfte sich der Präferenzbereich der Gemeinschaft sogar noch vergrößern, d.h. eine weitere Anzahl von Rohstoffländern würde zu ungunsten anderer wenig entwickelter Drittländer den Vorteil günstiger Handelsbedingungen mit der EWG für sich in Anspruch nehmen können. Im Hinblick auf die Wirksamkeit internationaler Rohstoffabkommen ist ein vergrößertes, eine einheitliche Wirtschaftspolitik verfolgendes Grundstoffimportgebiet zweifellos von Vorteil. Dagegen führt die bevorzugte Behandlung einer vermehrten Zahl von Rohstoffländern bei der Grundstoffeinfuhr nur dann nicht zu einer Vergrößerung des Ungleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage auf den Rohstoffmärkten, wenn gleichzeitig dafür Sorge getragen wird, daß die Rohstoffproduktion jener Länder nicht schneller als der Importbedarf der europäischen Verbrauchergebiete zunimmt.

Eine mögliche Lösung dieses Problems, die jedoch nur als Kompromiß für eine Übergangszeit angesehen werden kann, besteht in der Festlegung flexibler Angebots- und Nachfragegarantien auch für die überseeischen Präferenzgebiete im Rahmen umfassender internationaler Rohstoffabkommen, die infolge der notwendigen Bevorzugung jener Gebiete jedoch eine

---

1) Während die Mitgliedsländer zukünftig in Einklang mit der Abschaffung der Zölle innerhalb des EWG-Raumes auch die Zölle auf Waren aus den angeschlossenen Überseegebieten vollständig abbauen sollen, können jene Gebiete ihrerseits jedoch Zölle erheben, die den Erfordernissen ihrer Entwicklung und Industrialisierung entsprechen, oder als Finanzzölle der Finanzierung ihres Haushalts dienen, d.h. sie sind weitgehend frei in ihrer Schutz- und Finanzzollpolitik. Als nur geringe Einschränkung ist die Bedingung zu werten, daß eine Änderung von Zollsätzen für Waren, die in diese Territorien eingeführt werden, weder rechtlich noch tatsächlich zu einer mittelbaren oder unmittelbaren Diskriminierung zwischen den Importen aus den einzelnen Mitgliedsstaaten führen dürfen. (EWG-Vertrag, Artikel 131-136, Anhang IV, H. Medefind, Gemeinsamer Markt, Bad Harzburg, S. 66-74)

leicht modifizierte Form gegenüber den an früherer Stelle unterbreiteten Vorschlägen aufweisen müßten. Eine Begünstigung der assoziierten Gebiete könnte dann darin bestehen, daß ihnen höhere Garantiemengen im Verhältnis zu ihrer Produktion und eventuell auch höhere Preise (Abkommenspreis zuzüglich Einfuhrzoll) als den konkurrierenden Rohstoffländern zugestanden würden. [1] Eine derartige Regelung könnte fast ebenso wirksam sein wie andere Konventionen ohne einzelne Präferenzen, da die Exporte der assoziierten Gebiete bei einer Reihe von Rohstoffen nur einen Teil der Einfuhren der europäischen Industrieländer betragen.[2] Unter diesen Umständen dürfte die Einführung von Teilmarktregulierungen durchaus realisierbar sein, zumal auch die Abneigung gegen internationale - nicht nationale - Markteingriffe in Europa allgemein weniger ausgeprägt zu sein scheint als etwa in den USA.[3]

Produktivitätssteigerung und protektionistische Maßnahmen haben in den europäischen Ländern dazu geführt, daß sich trotz eines im allgemeinen zunehmenden Konsums der Anteil der Eigenerzeugung an der Bedarfsdeckung bei vielen Rohstoffen der gemäßigten Zone vergrößert hat. Infolge der besonderen Konzeption des EWG-Vertrages dürfte sich diese Entwicklung insbesondere auf dem Agrarsektor noch verstärken, vor allem dann, wenn noch weitere Nationen der Gemeinschaft beitreten, so daß sich trotz des im allgemeinen zunehmenden Verbrauchs die Nettoimporte relativ, in einigen Fällen auch absolut verringern werden.[4] In einer Studie der Vereinten Nationen, die von bestimmten Voraussetzungen hinsichtlich des Bevölkerungswachstums und der Zunahme des Prokopfeinkommens ausgeht, werden die voraussichtliche Produktions- und Konsumentwicklung verschiedener Gruppen von Grund-

---

1) Diese Regelung ist grundsätzlich auch dann durchführbar, wenn EWG und EFTA auch weiterhin unabhängig nebeneinander bestehen.

2) Die Rohstoffimporte der EWG-Länder aus den assoziierten Territorien betragen bei Kaffee ca. 25 %, Kakao ca. 35 % und Baumwolle weniger als 10 %. (GATT, Trends in International Trade, a.a.O., p.122, Tab.28) Eine Vergrößerung der Anteile ist allerdings dann möglich, wenn bei einem Beitritt Englands zur EWG eine Reihe weiterer Rohstoffgebiete in den Präferenzbereich eingeschlossen werden.

3) Zu dieser Ansicht gibt nicht zuletzt auch die neue Getreidemarktordnung im EWG-Raum aufgrund der Brüsseler Beschlüsse vom Januar 1962 Anlaß, die Garantiepreise und staatliche Interventionen in Form von Regierungskäufen und Verkäufen vorsieht, sobald der Getreidepreis eine bestimmte Grenze unterschritten oder überschritten hat. Es ist zu beachten daß diese Regelungen nicht, wie ähnliche Maßnahmen in den USA oder Kanada nationalen oder internationalen Charakter tragen, da sie für alle EWG-Länder Gültigkeit besitzen.

4) Durch die Brüsseler Beschlüsse im Januar 1962 wurden die Voraussetzungen für eine Durchführung der Art.40 ff. des Römer Vertrages, Verfolgung einer gemeinsamen Agrarpolitik, geschaffen. Die Realisierung eines für alle Mitgliedsstaaten gültigen Preisniveaus im Verlauf einiger Jahre bedeutet nun für einige Länder eine Erhöhung, für andere eine Senkung des Erzeugerpreises. Die Folge wird nun eine begrenzte strukturelle Verlagerung der Erzeugung sein, jedoch nicht in dem Ausmaß, das aufgrund der Preisnivellierung theoretisch zu erwarten wäre, denn eine Preissenkung bei Agrarprodukten zeigt, wie im Kapital 1 dieser Arbeit näher erläutert wurde, bei weitem nicht die gleichen quantitativen Auswirkungen wie eine entsprechende Preiserhöhung.

nahrungsmitteln der gemäßigten Zone bis 1970 einander gegenübergestellt.[1] Zur Berücksichtigung der verschiedenen Wachstumschancen in einzelnen Ländern wird dabei in folgende Gebiete unterteilt : Südeuropa, EWG-Raum und übriges Nordwesteuropa, von denen in diesem Zusammenhang jedoch nur die beiden letzten Regionen von Interesse sind. Für die EWG-Länder werden folgende Indices der Produktion und des Verbrauchs projiziert (1959 = 100) : Weizen 119 (Produktion) bzw. 93 (Verbrauch), Zucker 134 bzw. 129, Fleisch 129 bzw. 129. Die entsprechenden Werte für Nordwesteuropa betragen bei Weizen 110 (Produktion) bzw. 95 (Verbrauch), Zucker 112 bzw. 109, Fleisch 121 bzw. 118.[2] Schon diese wenigen Zahlen, die durch weitere Angaben für andere landwirtschaftliche Erzeugnisse ergänzt werden könnten, weisen darauf hin, daß die Agrarerzeugung aller Voraussicht nach schneller als die Nachfrage steigen wird. Eine Umkehr oder auch nur eine Abflachung der Produktionstendenz ist jedoch nur durch eine erhebliche Reduktion des Protektionsgrades der westeuropäischen Landwirtschaft zu erreichen. Maßnahmen dieser Art sind unter bestimmten Umständen im EWG-Raum denkbar,[3] da der Versorgungsgrad bei vielen wichtigen Agrarprodukten derart gestiegen ist,[4] daß der Bedarf schon jetzt oder in absehbarer Zukunft aus der Eigenerzeugung gedeckt werden kann. Allerdings wird eine Einschränkung des Protektionsgrades kaum so weit gehen, daß eine Erhöhung der Nettoimporte eingeleitet wird. Das Hauptgewicht der Grundstoffexporte der Rohstoffländer nach Westeuropa verlagert sich somit mehr und mehr auf diejenigen Produkte, die aus klimatischen Gründen nicht selbst oder aber, wie zum Beispiel viele mineralische Rohstoffe, auch weiterhin nur in begrenztem Umfang oder nur in geringerer Qualität gewonnen werden können.

Unter Zugrundelegung der oben beschriebenen Annahmen im Hinblick auf das Bevölkerungswachstum und die Steigerung des Prokopfeinkommens ist bei tropischen Nahrungs- und Genußmitteln (hauptsächlich Kaffee, Tee und Kakao) in Westeuropa zwischen 1959 und 1980 ein Importbedarfszuwachs von ca. 50 % zu erwarten, d.h. der Einfuhrwert würde sich von ca. 1,33 Mrd auf 1,98 Mrd erhöhen.[5] Ob diese Entwicklung sprunghaft oder gleichmäßig

---

1) In dieser Studie wird der Bevölkerungsindex für 1970 (1959 = 100) in den EWG-Ländern auf 106, in den anderen nordwesteuropäischen Ländern auf 105 und in Südeuropa auf 117 geschätzt. Der prognostizierte Einkommensindex beträgt in gleicher Reihenfolge (1959 = 100) 146, 131, 138 unter normalen Umständen und unter besonders günstigen Bedingungen 162, 146, 162. (UN, Secretariat of the Economic Commission for Europe, Some Problems of Agricultural Development, Economic Survey of Europe in 1960, a.a.O., Chapt. III, p.31)

2) Diese Werte resultieren teilweise aus einer Extrapolation der Ergebnisse einer ECE/FAO Studie, European Agriculture in 1965, Geneva 1960, die von nahezu gleichen Annahmen hinsichtlich des Bevölkerungswachstums und der Entwicklung des Prokopfeinkommens ausgeht wie die zitierte Untersuchung der Vereinten Nationen.

3) Dieser Fall ist nur dann denkbar, wenn sich die Zahl der Mitglieder nicht durch den Beitritt anderer europäischer Länder mit niedrigerem Selbstversorgungsniveau erhöht und wenn evtl. Überschüsse nicht oder nur zu sehr ungünstigen Bedingungen auf dem Weltmarkt abgesetzt werden können.

4) Der Selbstversorgungsgrad stieg zwischen 1948/52 und 1957/58 z.B. bei Weizen von 76% auf 92%, bei Zucker von 81% auf 94% und sank bei Fleisch geringfügig von 97% auf 95%. In den übrigen nordwesteuropäischen Ländern liegen die entsprechenden Anteile in Einzelfällen zwar erheblich niedriger, doch ist auch hier eine Zunahme der Eigenversorgung zu beobachten. (UN, Economic Survey of Europe in 1960, a.a.O., Chapt. III, P.35, Tab. 18)

5) UN, Economic Survey of Europe in 1960, a.a.O., Chapt. III, p.7, Tab.8

verlaufen wird, läßt sich zu diesem Zeitpunkt allerdings nicht voraussagen, da Zoll- und Steuerpolitik in diesem Zusammenhang eine erhebliche Rolle spielen und insbesondere die Auswirkungen des gemeinsamen Außentarifs der EWG-Länder noch nicht abgeschätzt werden können.

Mit einer laufenden Steigerung der industriellen Produktion in Westeuropa nimmt der Verbrauch an industriellen Rohstoffen erheblich zu. Für 1980 wird daher eine Zunahme der Einfuhren derartiger Produkte gegenüber 1959 prognostiziert, der bei industriellen Rohstoffen der Agrarproduktion 45 % (2,40 Mrd gegenüber 1,66 Mrd Dollar), bei Mineralrohstoffen (ohne Erdöl) 165 % (2,91 Mrd gegenüber 1,10 Mrd) und bei Erdöl und Erdölproduktion 160 % (6,81 Mrd gegenüber 2,65 Mrd Dollar) beträgt. [1)]

In Anbetracht des - an Westeuropa gemessen - geringeren Umfangs der Grundstoffimporte Nordamerikas (36 % gegenüber 57 % aller Grundstoffexporte der Rohstoffländer in die westlichen Industrieländer nach dem Stand von 1959) würden entsprechende Verträge zwischen den USA und Kanada auf der einen Seite und den Rohstoffländern auf der anderen Seite von vornherein eine ungünstigere Ausgangsbasis vorfinden als in den westeuropäischen Industrieländern. Trotz des prognostizierten, gleichen prozentualen Wachstums der Nettoimporte wie in Westeuropa (im Durchschnitt 85 %) würde sich also die Differenz zwischen dem nordamerikanischen und dem westeuropäischen Bedarf absolut gesehen vergrößern. [1)2)] Allein bei tropischen Nahrungs- und Genußmitteln ist mit einem höheren amerikanischen Verbrauch zu rechnen (ca. 2,4 Mrd gegenüber 2,0 Mrd Dollar).

Im einzelnen beträgt die für 1980 erwartete Importbedarfssteigerung gegenüber 1959 bei tropischen Nahrungs- und Genußmitteln 70 % (2,4 Mrd gegenüber 1,4 Mrd Dollar), bei mineralischen Rohstoffen (ohne Erdöl) 110 % (1,77 Mrd gegenüber 0,83 Mrd Dollar) und bei Erdöl und Erdölprodukten 125 % (4,0 Mrd gegenüber 1,8 Mrd Dollar). [3)] Nettoimporte bei Agrarrohstoffen der gemäßigten Zone sind auch in Zukunft nicht zu erwarten.

Sowohl die westeuropäischen wie die nordamerikanischen Rohstoffimporte werden in Zukunft beträchtlich ansteigen und unter den beschriebenen Voraussetzungen im Jahre 1980 eine Höhe erreichen, die voraussichtlich ca. 80 % bis 90 % über dem Niveau von 1959 liegen wird. Rohstoffkonventionen sowohl des einen wie des anderen Verbrauchergebietes können damit also auch in Zukunft einen erheblichen Einfluß auf eine Regulierung der Deviseneinnahmen der Rohstoffländer ausüben, obgleich der Anteil der Grundstoffexporte an der gesamten Ausfuhr jener Gebiete relativ abnehmen wird. Die Auswirkungen derartiger Maßnahmen werden für die beteiligten Staaten insbesondere dann von Vorteil sein, wenn sie sich auf eine begrenzte Mitgliederzahl beschränken und die schon jetzt bestehenden intensiven Handelsbeziehungen zwischen Westeuropa, Afrika und Vorderasien auf der einen Seite, zwischen Nordamerika und den lateinamerikanischen Staaten auf der anderen Seite als Ausgangsbasis wählen.

Die Einfuhren Japans sind zur Zeit noch so begrenzt, daß Lieferungs- und Nachfragegarantien den Charakter bilateraler Verträge aufweisen würden und somit auf die Gesamtentwicklung auch in Zukunft keinen großen Einfluß ausüben können, obgleich auch hier mit einer beträchtlichen Zuwachsrate, bis 1980 etwa mit einer Verdreifachung [3)] des Rohstoffimport-

---

1) UN, Economic Survey of Europe in 1960, a.a.O., Chapt.III, p.7, Tab.8

2) Die entsprechenden Rohstoffeinfuhren, die in Nordamerika 1959 ca.6,1 Mrd und in Westeuropa ca.9,5 Mrd betrugen, werden sich nach den UN-Prognosen 1980 auf 11,2 Mrd bzw. 17,9 Mrd belaufen. Die anfängliche Differenz von 3,4 Mrd vergrößert sich also auf 6,7 Mrd Dollar.

3) UN, Economic Survey of Europe in 1960, a.a.O., Chapt.V, p.7, Tab.5

bedarfs, zu rechnen ist. Die größere Bedeutung bei Teilmarktregulierungen kommt also in jedem Fall Westeuropa zu. Eine auf die Dauer aber wirklich befriedigende Lösung läßt sich jedoch nur durch die Mitarbeit aller westlichen Industrienationen herbeiführen.

9. Kapitel : Bedeutung des Ostblocks im Handel mit den Rohstoffländern und Störungsmöglichkeiten im internationalen Grundstoffhandel

Marx beschäftigte sich ausführlich mit dem Außenhandel unter den Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, gab dagegen aber kaum Hinweise für die Gestaltung des internationalen Handels nach Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung.[1] "Man versucht daher (im Ostblock), den sogenannten rationalen Kern der Theorien von Marx über den Außenhandel im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung auf die Verhältnisse in den Ostblockstaaten zu übertragen und diesen sogenannten rationalen Kern in Übereinstimmung mit den Maßnahmen zu bringen, die im Außenhandel der Ostblockstaaten durchgeführt sind".[2]

Bereits 1917 legte Lenin in einem seiner ersten Erlasse fest, daß nur der Staat zur Ausübung des Außenhandels berechtigt sei. Als Voraussetzung für das staatliche Außenhandelsmonopol galt die Existenz eines Devisenmonopols, das nicht allein Kontrollfunktionen ausübte, sondern auch den eventuell notwendigen Kauf von Devisen tätigte.

Die Außenhandelsmonopolthese wurde unter Stalin weiterentwickelt. Der Außenhandel war nunmehr ein wichtiges Mittel zur Aufrechterhaltung der richtigen Proportionen in der Volkswirtschaft, das heißt, zum Aufbau der Industrie und "Akkumulationsstelle der Volkswirtschaft". Stalin verstand darunter die Beschaffung von Devisen sowie die Benutzung der Gewinne aus dem Unterschied zwischen Weltmarktpreis und höherem Inlandpreis für die industrielle Entwicklung. Er vertrat die Ansicht, daß der Güteraustausch einen echten kommerziellen Gewinn erbringen muß.

Die Zentralisierung des Außenhandels in den einzelnen Außenhandelsministerien gibt die Möglichkeit, die Exportpreise bestimmter Waren aus politischen Gründen nach Ländern zu differenzieren oder auch einzelne Güter unter dem Weltmarktpreis anzubieten. Ebenso können aber auch aus taktischen Erwägungen heraus unter besonderen Umständen Vorzugspreise für Importgüter gezahlt werden, ohne daß insgesamt gesehen ein kommerzieller Verlust entsteht. Der Ausgleich unvorteilhafter Geschäfte durch wirtschaftlich günstige Transaktionen läßt sich bei weiterer Abwicklung des Außenhandelsplanes in der Regel wiederherstellen.[3]

Lenins Ansicht, bei geschickter Führung des Außenhandels auch politisch zu Erfolgen kommen zu können, findet im wachsenden Einfluß des Kommunismus in Afrika, Asien und Süd-

---

1) Näheres dazu: K.Marx, Das Kapital, Bd.2, S.94 ff, S.474 ff, Bd.3, S.265 ff, Berlin 1958. S.I.Lenin, Notizen zur Frage der Theorie der Märkte, Werke, Bd.4, S.45-54, Berlin 1955. W.I.Lenin, Zur Charakteristik des ökonomischen Romantizismus, im Anhang zu K.Marx, Das Kapital, Bd.2, S.545-568, Berlin 1958

2) Th.Hermes, Der Außenhandel in den Ostblockstaaten, Hamburg 1958, S.13

3) Näheres dazu: Th. Hermes, Der Außenhandel in den Ostblockstaaten, Hamburg 1958. J.S.Berlinder, Soviet Economic Aid - The New Aid and Trade Policy in Underdeveloped Countries, New York 1958

amerika ihre Bestätigung. Zu diesem Erfolg leistete auch die östliche Entwicklungshilfe ihren Beitrag, die in ihrer üblichen Form aber meist nichts anderes als eine Modifikation des Außenhandels ist und bei der Lieferungen auf Kredit durch ratenweise Gegenleistungen, häufig Rohstoffe, bezahlt werden. Zwar sind östlicher Außenhandel und östliche Entwicklungshilfe in ihrer Größenordnung bei weitem nicht mit den Transaktionen und Unterstützungen der westlichen Industrieländer zu vergleichen, doch stehen die damit erzielten politischen Ergebnisse, gemessen an den Aufwendungen der USA und Westeuropas, in einem überproportionalen Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln. Vor allem zwei Gründe sind dafür zu nennen :

1. Ausnutzung von Absatzschwierigkeiten für wichtige Exportprodukte einzelner Entwicklungsländer. Mit dem Beginn der Verhandlungen über eventuelle Lieferungsverträge setzt gleichzeitig eine starke Propagandatätigkeit ein.
2. Konzentration auf einige wenige Schwerpunkte, die arabischen Länder, Indien, Kuba, Malaya und einzelne afrikanische Staaten.

Noch zu Beginn der fünfziger Jahre hatte der Handel des Ostblocks mit den Rohstoffländern keine nennenswerte Bedeutung, doch setzte von 1953/54 an eine schnelle Expansion ein. Zwischen 1954 und 1960 stiegen die Einfuhren der UdSSR aus den Rohstoffländern von 75,4 Mio auf 575,8 Mio Dollar, entsprechend einer jährlichen durchschnittlichen Zuwachsrate von 40 %. Die Ausfuhren wuchsen im Mittel um 68 % von 16,7 Mio auf 310,5 Mio Dollar. Der entsprechende Import der übrigen osteuropäischen Staaten steigerte sich um jährlich 40 % von 65,5 Mio auf 495,2 Mio Dollar, der Export veränderte sich um durchschnittlich 31 % von 72,7 Mio auf 370,5 Mio Dollar.[1] Trotz dieser Intensivierung der Handelsbeziehungen betrug der Anteil des Ostblocks an den Ausfuhren der Rohstoffländer weniger als 3,5 % und ist somit noch von relativ geringer Bedeutung.[2]

Wenngleich nun außer Zweifel steht, daß sich dieser Anteil schon aus Gründen der politischen Einflußnahme in Zukunft vergrößern wird, so sind die bisherigen hohen Zuwachsraten als Basis für eine Vorausschätzung der zukünftigen Handelsausweitung jedoch kaum geeignet, denn wenn der Handel zwischen zwei Ländern oder Ländergruppen sich noch im Anfangsstadium befindet, ist, in Anbetracht des absolut bewertet meist geringen Handelsvolumens, selbst eine Verdoppelung oder Verdreifachung des Güteraustausches innerhalb eines Jahres leicht zu erreichen, doch ohne Aussagekraft über die zu erwartende Entwicklung. Erst wenn ein größerer Umfang der Transaktionen erreicht ist, gewinnt die Frage der Zuwachsraten, sei es für prognostische Zwecke oder mehr noch, wie in autoritären, zentral geleiteten Staaten, für die Einbeziehung in Wirtschaftspläne an Bedeutung. Dieses Stadium ist nunmehr im Warenverkehr zwischen den Ostblockstaaten und den Rohstoffländern erreicht, doch ist es im Augenblick noch schwierig, genaue Aussagen über die weitere Ausdehnung des Handelsvolumens zu machen. Aus den bisher veröffentlichten Planzielen der kommunistischen Länder lassen sich jedoch unter Berücksichtigung bestimmter wirtschaftspolitischer Grundsätze, die im Ostblock verfolgt werden, gewisse Rückschlüsse auf die weitere Entwicklung ziehen.

Die laufenden osteuropäischen und sowjetischen Wirtschaftspläne bis 1965 zielen auf eine intensive Förderung des Außenhandels ab und sehen eine Expansion des internationalen Warenverkehrs vor, dessen Zuwachsrate diejenige des Nettosozialprodukts noch übertreffen

---

1) UN, World Economic Survey 1954, Chapt. 6, p.193, Tab.99 und 1960, Chapt.6, p.232, Tab.6-20, New York 1955 und 1961

2) Die Gesamtausfuhr der Rohstoffländer belief sich im Jahre 1960 auf ca. 33 Mrd Dollar

soll.[1] Das projektierte durchschnittliche Wachstum des zwischenstaatlichen Güteraustausches bewegt sich z.B. zwischen 8,1 % in der DDR, 7,9-8,4 % in Polen, 8,5 % in Ungarn, 10,0 % in der Tschechoslowakei, 10,4 % in der UdSSR und 11,6 % in Rumänien.[1] Diese Planzahlen erfassen sowohl den Handel innerhalb des Ostblocks wie auch den Güteraustausch mit den Staaten außerhalb des kommunistischen Herrschaftsbereiches. Leider werden jedoch nur in einigen Fällen Auskünfte über die Ziele im Handel mit den Rohstoffländern gegeben. So erwarten die Tschechoslowakei einen zukünftigen Zuwachs von jährlich mehr als 12,5 % und Polen eine Steigerung von durchschnittlich 8,5-9,5 %. Auch Ungarn rechnet mit einer erheblichen Expansionsrate, ohne jedoch konkrete Zahlenangaben zu machen. Die UdSSR nennt 10,4 % für den gesamten Außenhandel und 6 % für den internen Ostblockhandel,[2] bringt damit also indirekt zum Ausdruck, daß der Zuwachs in den Transaktionen mit den westlichen Ländern bedeutend höher als die durchschnittliche Steigerung veranschlagt wird. Unter Berücksichtigung dieser Planzahlen und unter der Annahme, daß ähnliche Werte auch für die übrigen kommunistischen Länder Gültigkeit besitzen, schätzt eine Studienkommission der Vereinten Nationen die Einfuhren der UdSSR und der übrigen osteuropäischen Staaten aus den Rohstoffländern im Jahre 1965 auf 1,6 Mrd bzw. 1,8 Mrd, zusammen also auf 3,4 Mrd Dollar.[2] Da der Außenhandel im kommunistischen Bereich als Instrument der politischen Einflußnahme angesehen wird, dürften diese Voraussagen durchaus realistisch sein.

Diese Tendenz steht nun scheinbar in einem gewissen Widerspruch zu dem bisherigen Ziel der Wirtschaftspolitik des Ostblocks: wirtschaftliche Unabhängigkeit vom nichtkommunistischen Ausland.[3] Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß dieses Ziel auch weiterhin verfolgt wird.

Die schnell vorangetriebene Industrialisierung und die relative Vernachlässigung anderer Wirtschaftsbereiche in den vergangenen Jahren mußten notwendig zu einzelnen Engpässen in der Rohstoffversorgung führen, zu deren schneller Beseitigung eine vermehrte Einfuhr von Grundstoffen unumgänglich war. So setzten sich z.B. im Jahre 1958 die Transporte aus den Rohstoffländern in Höhe von 675 Mio Dollar zu 78 % aus industriellen Grundstoffen und zu 20 % aus Nahrungs- und Genußmitteln zusammen.[4] Die umfangreichen Importe von einzelnen Rohstoffen wie Baumwolle, Wolle u.a. (vergleiche Tabelle 35) dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die laufenden Wirtschaftspläne bis 1965 auch auf diesen Ge-

---

1) UN, Economic Survey of Europe in 1960, a.a.O., Chapt.V., p.14, Tab.10

Die projektierte Wachstumsrate des Nettosozialprodukts soll zwischen 1958 und 1965 durchschnittlich in der DDR 6,8 %, in Polen 6,5 - 7 %, in Ungarn 6,0 %, in der Tschechoslowakei 7,3 %, in der UdSSR 7,2 - 7,4 % und in Rumänien 9,8 - 10,7 % betragen.

2) UN, Economic Survey of Europe in 1960, a.a.O., Chapt.V., p.13/14

3) J.Stalin, Les Problemes Economiques du Socialisme en U.R.S.S., Etudes Sovietiques, Paris, Nov. 1952, p.21. Stalin vertrat in dieser seiner letzten Schrift die Ansicht, daß der schnelle Fortschritt in der Industrialisierung, aber auch der übrigen wirtschaftlichen Entwicklung in den Ostblockstaaten die Einfuhr von Waren aus den kapitalistischen Ländern erübrigen würde.

4) UN, Economic Survey of Europe, a.a.O., Chapt.V., p.13, Tab.9

bieten eine Deckung des Bedarfs aus der Eigenproduktion vorsehen.[1] Bereits 1958 machte die Überschußproduktion in anderen Grundstoffsektoren Exporte industrieller Rohstoffe sowie Nahrungs- und Genußmittel in einzelne Rohstoffländer möglich, die mit 23 % bzw. 29 % mehr als die Hälfte der Ausfuhren in Höhe von 601 Mio Dollar betrugen.(Siehe Fußnote 4) auf Seite 113). Die Überproduktion von Zinn gegen Ende der fünfziger Jahre und das zusätzliche russische Angebot auf den Blei- und Zinkmärkten 1960/61 geben deutlich zu erkennen, daß Autarkiegesichtspunkte auch weiterhin beachtet werden und in verschiedenen bisherigen Zuschußsektoren sogar zu exportierbaren Überschüssen geführt haben. Noch unerschlossene Reserven an Mineralrohstoffen und die geplante Intensivierung der Landwirtschaft lassen also erwarten, daß der Ostblock als Ganzes gesehen von der Belieferung mit lebensnotwendigen Grundstoffen durch nichtkommunistische Länder in Zukunft weitgehend unabhängig sein wird.

Die unmittelbare Folge dieser Entwicklung wird nun darin bestehen, daß sich die Zusammensetzung der Einfuhren aus den Rohstoffländern zugunsten derjenigen Grundstoffe ändert, die nicht im Ostblock selbst gewonnen werden können. Damit gewinnen tropische Agrarprodukte wie Kaffee, Kakao, einzelne Südfruchtarten und Kautschuk langsam an Bedeutung. Im Güteraustausch mit den Rohstoffländern fallen diese Erzeugnisse zur Zeit zwar kaum ins Gewicht, doch ist mit der zu erwartenden Anhebung der Massenkaufkraft in den Ostblockstaaten eine Vervielfachung des bisherigen Konsums vorauszusehen (vergleiche Tabelle 34).

Tabelle 34 : Import tropischer Rohstoffe in die UdSSR und Osteuropa 1958 und Prognosen für 1965 und 1980 (in 1000 t)

Rohstoff	Gebiet	1958	1965	1980
Kaffee	UdSSR	4	70	1.440
	Osteuropa	24	68	
Kakao	UdSSR	10	25	820
	Osteuropa	29	75	
Tee	UdSSR	26	-	..
	Osteuropa	7	18	
Zitrusfrüchte	UdSSR	142	330	9.125
Bananen, Datteln	Osteuropa	108	250	

Quelle : UN, Economic Survey of Europe in 1960, Geneva 1961, Chapt.V., Tab.11, p.17

1) Der russische Sieben jahresplan für die Jahre 1958-1965 sieht z.B. eine Steigerung der Agrarproduktion von 70 % vor und nennt im einzelnen eine Ausweitung des Erzeugungsvolumens bei Baumwolle von 20-30 %, bei Wolle von ca. 55 %, bei Ölsaaten von ca. 10 %, bei pflanzlichen Ölen von ca. 60 % und bei Zuckerrüben 70-90 %. Die übrigen osteuropäischen Länder planen über jeweils fünf Jahre eine jährliche Zuwachsrate der Agrarerzeugung von durchschnittlich 4 %, die einer Produktionssteigerung von rd.32 % in einem Zeitabschnitt von 7 Jahren entsprechen. (UN, Economic Survey of Europe, in 1959, Geneva 1960, Chapt.III., pp.39/40)

Trotzdem dürfte die Ausweitung des Handels in dem geplanten Ausmaß kaum allein durch die Einfuhren tropischer Produkte zusammen mit anderen Rohstoffen durchzuführen, sondern nur durch einen zusätzlichen Import z.B. einfacher industrieller Erzeugnisse zu erreichen sein. Es ist in den Ostblockstaaten also ein Kompromiss zu finden, der einerseits den Handelsbedürfnissen der Rohstoffländer entgegenkommt, andererseits aber auch für alle wichtigen Wirtschaftsbereiche erstrebten Unabhängigkeit nicht entgegensteht. Nachdem jedoch bereits ein hoher Autarkiegrad erreicht ist, scheint die Vorstellung wirksam zu sein, daß der Außenhandel in jedem Fall als politisch und wirtschaftlich vorteilhaft betrachtet werden kann. [1)]

Die Steigerung in der Agrarerzeugung [2)] und der zunehmende Ausbau der Mineralerzeugung [3)] wird nun dazu führen, daß der Ostblock nicht nur von Rohstoffimporten weitgehend unabhängig sein wird, sondern auch verstärkt als Anbieter auf einzelnen Grundstoffmärkten auftreten wird. Die Größenordnung eines zukünftigen Angebots läßt sich aber unmöglich abschätzen, da weder die effektiven Zuwachsraten der Erzeugung genau bekannt sind, noch über die Bedarfssteigerung durch einen höheren Lebensstandard bzw. durch die Ausweitung der industriellen Produktion konkrete Aussagen gemacht werden können. Immerhin läßt sich die allgemeine Tendenz bei einigen Rohstoffen und Rohstoffgruppen wiedergeben.

Tabelle 35 : Die wichtigsten Rohstoffe des internationalen Handels, Exporte und Importe des Ostblocks [1)] 1959 (in 1000 t)

Rohstoff	Gebiet	Export	% des Welthandels	Import	% des Welthandels	Nettoimport
Kaffee	UdSSR	5	-	13	-	
	China	-	-	-	-	
	Ostblock	7	-	63	2	56
Baumwolle	UdSSR	345	11	190	6	
	China	81	2	42	1	
	Ostblock	427	13	706	22	279
Wolle	UdSSR	17	1	57	4	
	China	16	1	14	1	
	Ostblock	34	2	143	10	109

Fortsetzung auf Seite 116

1) S. Helander, Das Autarkieproblem in der Weltwirtschaft, Berlin 1955, S.657
Zu dieser Annahme berechtigt nicht nur die Expansion des Handels mit den Rohstoffländern, sondern auch die Ausweitung des Güteraustausches mit den kapitalistischen Industrieländern, denn zwischen 1954 und 1960 wuchsen die Einfuhren des Ostblocks aus den westlichen Industriestaaten von 572 Mio auf 2.600 Mio Dollar (UN, World Economic Survey 1954, Chapt.6, p.193, Tab.99 und 1960, Chapt.6, p.232, Tab.6-20

2) Vergleiche Fußnote 4) auf Seite 113 dieser Arbeit

3) Nähere Angaben über die Planziele bei Gewinnung von Buntmetallen werden nicht gemacht, doch wird die Produktion im Rahmen vorhandener Lagerstätten und der technischen Möglichkeiten soweit wie möglich gefördert. (UN, Economic Survey of Europe in 1959, a.a.O., Chapt.III., p.32)

Fortsetzung der Tabelle 35 :

Rohstoff	Gebiet	Export	% des Welthandels	Import	% des Welthandels	Netto-import
Weizen	UdSSR	6.052	20	246	1	
	China	118	-	-	-	
	Ostblock	6.340	21	6.054	20	-286
Zucker	UdSSR	215	1	335	2	
	China	38	-	5	-	
	Ostblock	1.441	10	502	3	-939
Kautschuk	UdSSR	-	-	242	9	
	China	29	1	156	6	
	Ostblock	29	1	514	19	485
Kupfer	UdSSR	-	-	55	-	
	China	-	-	10	-	
	Ostblock	-	-	124 2)	-	124 2)
Tabak	UdSSR	7	1	97	13	
	China	42	6	-	-	
	Ostblock	134	18	144	19	10
Reis	UdSSR	100	1	689	11	
	China	1.661	24	-	-	
	Ostblock	1.851	27	1.119	18	-732
Tee	UdSSR	5	1	30	5	
	China	39	7	-	-	
	Ostblock	44	8	39	7	- 5
Kakao	UdSSR	13	2	40	5	
	China	-	-	-	-	
	Ostblock	15	2	83	11	68
Kopra	UdSSR	-	-	-	-	
	China	-	-	6	-	
	Ostblock	-	-	13	-	13
Zinn	UdSSR	1	-	-	-	
	China	22	-	-	-	
	Ostblock	19 2)	-	-	-	- 19
Jute	UdSSR	-	-	22	3	
	China	3	-	13	2	
	Ostblock	3	-	92	11	89

1) einschl. Jugoslawien

2) Differenz zwischen Verbrauch und Erzeugung

Quelle : FAO, Trade Yearbook Vol.14, 1960, Rome 1960
Metallgesellschaft AG, Metallstatistik, 47. Jahrg. 1960

Schon im Jahre 1959 trat der Ostblock bei fünf von vierzehn der im Export der Rohstoffländer wichtigen Grundstoffe als Anbieter auf den Weltmärkten auf (vergl. Tabelle 35). Vier dieser fünf Produkte waren landwirtschaftlichen Ursprungs, Weizen, Reis, Zucker und Tee. Zumindest bei Reis ist jedoch sehr zu bezweifeln, daß die Nettoausfuhren einer echten Überschußproduktion entsprangen, da bei diesem Agrarprodukt das mit Ernährungsproblemen beschäftigte China als Exportland auftrat. Infolge ernsthafter Versorgungsschwierigkeiten wird dieser Staat als Anbieter in absehbarer Zeit kaum mehr auftreten können. Dagegen dürfte das Teeangebot Chinas auf den Weltmärkten im Laufe der nächsten Jahre zunehmen, da die UdSSR, das für China bisher wichtigste Absatzgebiet, die Eigenproduktion von 33.000 t auf 52.000 t bis 1965 zu steigern und damit die Einfuhren von 25.000 t auf 8.000 to bis 12.000 t zu senken gedenkt. [1]

Die Nettoweizenexporte des Ostblocks entspringen insgesamt gesehen keiner Überproduktion, da der Bedarf Chinas an Grundnahrungsmitteln häufig noch durch Einfuhren aus westlichen Erzeugergebieten gedeckt werden muß. Es ist daher kaum mit einem gleichbleibenden Angebot der UdSSR, dem bisher wichtigsten kommunistischen Weizenexportland zu rechnen. Dagegen sind in der Zuckererzeugung infolge der intensiven Produktionsförderung weitere Überschüsse zu erwarten. [2] Ob auf dem Gebiet der Textilfasern in Zukunft mit einem zusätzlichen Angebot durch einzelne Ostblockländer gerechnet werden muß, ist z.Zt. kaum zu entscheiden. Die Voraussetzungen dazu werden jedenfalls geschaffen, da neben der Ausweitung speziell der Baumwollproduktion erhebliche Investitionen zum Ausbau der Kunstfaserindustrien getätigt werden, [3] somit zusätzlich eine verstärkte Substitution natürlicher durch synthetische Fasern vorgesehen ist. Auf dem Gebiet der mineralischen Rohstoffe haben bisher, abgesehen von Erdöl, das Zinn-, Zink- und Bleiangebot auf den Weltmärkten zu unerwünschten Störungen geführt, ob weitere Produkte folgen werden, steht noch offen.

Der Westen sieht sich also heute vor die Tatsache gestellt, daß der Ostblock als Abnehmer bestimmter Rohstoffe zunehmend an Bedeutung verliert und in Zukunft stattdessen als potentieller Anbieter auf den Weltmärkten auftreten kann. Da die meisten Ostblockländer heute aber nicht mehr, wie die Rohstoffländer, allein von Grundstoffexporten zur Sicherung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung abhängig sind, kann also ein eventuelles Angebot zur Verfolgung sowohl wirtschaftlicher wie politischer Ziele eingesetzt werden. In Anbetracht der an früherer Stelle beschriebenen Zinnmarktbeunruhigung gegen Ende der fünfziger Jahre würde das also bedeuten, daß in Zukunft auf verschiedenen weiteren Grundstoffmärkten mit einem plötzlichen Angebot aus den kommunistischen Staaten gerechnet werden muß, mit anderen Worten, es wird auf diese Weise ein zusätzliches Unsicherheitsmoment in die ohnehin schon labilen Rohstoffmärkte hineingetragen.

Es liegt heute somit im Interesse der Rohstoffländer wie auch der westlichen Industrieländer, durch internationale Abkommen in einer der an früherer Stelle beschriebenen Formen Aktionen des Ostblocks zu unterbinden, die durch eine Gefährdung der Kaufkraft der Rohstoffländer die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Gebieten beeinträchtigen und dadurch auch

---

1) UN, Economic Survey of Europe in 1959, a.a.O., Chapt.III., p.39

2) Vergl. Fußnote 4, Seite 113 dieser Arbeit

3) UN, Economic Survey of Europe in 1959, a.a.O., Chapt.III., p.34
In der UdSSR werden allein 40 % der Investitionen der chemischen Industrie zur Ausweitung der Kapazitäten in der Kunstfaser- und Plastikerzeugung getätigt und auch in weiteren osteuropäischen Staaten gelten der chemischen Industrie erhebliche Anstrengungen.

die westlichen Exportindustrien in Mitleidenschaft ziehen. Der häufig empfohlene, gänzliche Boykott des kommunistischen Angebots ist nicht durchführbar, da im gleichen Augenblick auch Exporte der westlichen Industrieländer in die Ostblockstaaten unterbleiben würden und man von westlicher Seite schwerlich darauf verzichtet wird. So bleiben als Ausweg nur internationale Marktregulierungen, die ihren Wirkungsbereich auf die westliche Welt oder auch nur Teile davon beschränken.

10. Kapitel : Zusammenfassung der Ergebnisse

I. Die ökonomische Entwicklung der meist noch jungen Nationalstaaten Afrikas, Asiens und Südamerikas verlangt einen von Jahr zu Jahr steigenden Kapitalzustrom, der infolge der Zahl und der Größe jener wenig entwickelten Räume bei aller Bereitschaft der Industrieländer, durch Kredite und Geschenke zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Wachstumsbedingungen dieser Gebiete beizutragen, zum weitaus größten Teil durch den Güteraustausch mit den Ländern Westeuropas und Nordamerikas gesichert werden muß. Wenngleich die Expansionsmöglichkeiten in der Ausfuhr traditioneller Exportgüter aus den Rohstoffländern begrenzt sind, so ist doch der Grundstoffhandel noch auf lange Sicht hin die wichtigste Finanzierungsquelle der wirtschaftlichen Entwicklung jener Gebiete. Die Instabilität der Rohstoffmärkte führt aber nun immer wieder zu erheblichen Unregelmäßigkeiten in den Exportergebnissen und wirkt sich damit indirekt in einer Beeinträchtigung der Durchführung von Wirtschaftsplänen aus.

1. Eine der wesentlichen Ursachen der Störungen auf den Rohstoffmärkten liegt in der kurzfristig meist hohen Inelastizität von Angebot und Nachfrage, die eine Funktionsfähigkeit des Marktmechanismus weitgehend infrage stellt. Die Reaktion des Angebots auf kurzfristige Preisänderungen wird bei Agrarrohstoffen durch die Dauer des Produktionsprozesses verzögert und bei Mineralrohstoffen durch Kapazitätsgrenzen und Rentabilitätsgesichtspunkte bestimmt. Die Nachfrage nach Grundnahrungsmitteln als lebensnotwendigen Gütern ist von vornherein relativ starr und auch bei industriellen Rohstoffen infolge des meist geringen Anteils an den Gesamtkosten des Endprodukts durch kurzfristige Preisbewegungen nur in Ausnahmefällen zu beeinflussen. Der Konsum von Genußmitteln unterliegt in der Regel einer hohen Besteuerung, so daß die Auswirkungen selbst von starken Preisschwankungen auf den Weltmärkten im Endverbrauchspreis kaum mehr spürbar werden. Daneben wirkt eine Vielzahl anderer, unberechenbarer exogener Einflüsse, die sich beispielsweise in Mißernten bei der Agrarproduktion äußern oder als weltpolitische Störungen zu einer plötzlichen Steigerung der Nachfrage führen können, auf die Grundstoffmärkte ein.

2. Die Untersuchung einzelner Rohstoffe hinsichtlich ihrer Bedeutung im Export der Rohstoffländer führt zur Auswahl von 14 Grundstoffen, die bestimmten, in Anbetracht der Zielsetzung dieser Arbeit zugrunde gelegten, für Preisregulierungen notwendigen Bedingungen genügen. Dieser Grundstoffkomplex umfasst ca. 35 % der gesamten Ausfuhren der Rohstoffländer und bestreitet mit seinen einzelnen Komponenten in den 33 wichtigsten Rohstoffländern, die zusammen mehr als 50 % aller Exporte der wenig entwickelten Regionen umfassen, minimal 10 % und maximal 90 % der jeweiligen Ausfuhren dieser Staaten. Zwölf dieser 14 Grundstoffe entstammen der Agrarproduktion und nur zwei, Kupfer und Zinn, dem Mineralsektor. (Erdöl wurde wegen seiner besonderen Marktbedingungen nicht in diese Aufstellung einbezogen, obgleich es wertmäßig an der Spitze aller durch den internationalen Handel erfaßten Rohstoffe steht). Dieser Tatbestand ist insofern von Bedeutung, als die Wachstumschancen des Agrar-

stoffhandels geringer eingeschätzt werden müssen als die Expansionsmöglichkeiten in den Transaktionen von mineralischen Basisprodukten.

3. Die kurzfristigen Veränderungen in den Exporteinnahmen der Rohstoffländer resultieren aus Preis- und Exportvolumenschwankungen, die häufig gleichgerichtet sind und sich damit in ihren Auswirkungen auf den Exportwert verstärken. Es scheint zunächst nicht mit der niedrigen Angebots- bzw. Nachfrageelastizität in Einklang zu bringen zu sein, daß Preis- und Volumenschwankungen darüberhinaus im Durchschnitt eine annähernd gleiche Größenordnung aufweisen, obgleich in verschiedenen Ländern als Folge von Marktregulierungen, bilateralen Abnahmeverpflichtungen u.ä. eine davon stark abweichende Tendenz festzustellen ist. Die Erklärung dieses Phänomens findet sich vor allem in der Tatsache, daß sinkende Preise in der Regel auch zu einem abnehmenden Handelsvolumen führen, da die Verbraucherländer in Erwartung eines weiteren Preisverfalls zunächst einen Abbau ihrer Lagerbestände vornehmen und umgekehrt, ebenfalls aus psychologischen Gründen, bei steigendem Preisniveau zu einer Aufstockung ihrer Reserven schreiten. Daneben sind noch andere Einflüsse, wie z.B. Mißernten u.ä. wirksam, die unabhängig von der jeweiligen Preisentwicklung das Exportvolumen erheblich beschränken oder ausweiten können. Die Summe aller dieser Faktoren ruft dann unter günstigen oder ungünstigen Umständen extreme jährliche Exportwertveränderungen hervor, die in hier erfaßten Einzelfällen beispielsweise bis zu + 64 % bzw. -37 % betragen. Einschränkend muß allerdings gesagt werden, daß Durchschnittswerte erheblich niedriger liegen, wenngleich auch zwischen den einzelnen Ländern große Unterschiede bestehen. Länder mit Monokulturen sind in dieser Hinsicht besonders ausgeprägten Störungen in der Ausfuhrentwicklung unterworfen, so daß die Neuordnung der Produktionsbereiche mit dem Ziel einer heterogenen Wirtschaftsstruktur, wie sie in der Mehrzahl dieser Regionen angestrebt und in der sich wandelnden warenmäßigen Zusammensetzung ihrer Exporte sichtbar wird, nur zu begrüßen ist. Aber gerade dieser Umschichtungsprozeß, der umfangreiche Investitionen erfordert, wird durch die starken Fluktuationen in den Deviseneinnahmen immer wieder verzögert.

4. Die Instabilität in den Exporteinnahmen, die häufig einen beträchtlichen Teil des Sozialprodukts der Rohstoffländer darstellen, beeinflußt die Wirtschaft dieser Gebiete in mehrfacher Weise. Einmal verursacht sie Schwankungen in den individuellen Erzeugereinkommen, zum anderen führt sie zu Unregelmäßigkeiten in den öffentlichen Einnahmen, die zu einem hohen Prozentsatz auf Export- und Importsteuern oder auf der direkten Besteuerung der Einkommen in der Exportwirtschaft beruhen. Die unmittelbaren Auswirkungen zeigen sich in einer inkonsistenten Investitionstätigkeit sowohl auf dem privaten wie auch auf dem öffentlichen Sektor und zwar entsprechen die Veränderungen der gesamten Investitionstätigkeit in den einzelnen Ländern im Durchschnitt annähernd den prozentualen Fluktuationen in der Exportwertentwicklung.

   Da die Sachkapitalbildung in den Rohstoffländern auch in Zukunft überwiegend durch Kapitalgüterimporte aus den Industrieländern gesichert werden muß, bleiben Schwankungen in der externen Kaufkraft der wenig entwickelten Staaten nicht ohne Auswirkungen auf die konjunkturelle Entwicklung in den Industrienationen. Es liegt somit im Interesse der Rohstoff- wie auch der Industrieländer, die Ausstrahlungen instabiler Rohstoffmärkte soweit wie möglich auszuschalten. Der geeignete Ansatzpunkt liegt in einer Beeinflussung der Grundstoffmärkte, um sowohl Preis- wie Volumenänderungen in Grenzen zu halten. Bei allen derartigen Maßnahmen muß jedoch gewährleistet sein, daß der langfristige Trend der Entwicklung ungestört bleibt.

II,5. Verschiedene nationale Versuche zur Regulierung der Rohstoffmärkte in der Vergangenheit erwiesen sich meist als wenig erfolgreich. Der wesentliche Grund des Versagens früherer nationaler Kontrollmethoden ist darin zu sehen, daß die notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Wirksamkeit, die Monopolstellung des auf eine Marktbeeinflussung abzielenden Landes, nicht gegeben war.

6. Die Ursache des Misserfolges der meisten internationalen Regulierungsschemen war ähnlicher Natur. Mit Ausnahme des Weizenabkommens waren alle zwischenstaatlichen Konventionen infolge ihrer Konzeption auf eine globale Gültigkeit angewiesen, da sie in der Mehrzahl der Fälle primär der Vertretung einseitiger Produzenteninteressen dienten. Wenn aber unter derartigen Umständen nicht das gesamte Angebot erfasst werden kann, lassen Außenseiteraktionen schon nach kurzer Zeit alle Stabilisierungsbestrebungen scheitern. Erst das Weizenabkommen der Nachkriegszeit wurde so gestaltet, daß zugleich auch Verbraucherwünsche berücksichtigt werden mußten. Der Nachteil dieser Konvention lag und liegt jedoch in der quantitativ geringen Bedeutung, da nur ein relativ kleiner und dazu noch in absoluten Mengen festgelegter Teil des Weizenmarktes erfaßt wird, und weiterhin in der unzureichenden Methode der Preisbestimmung, so daß der tatsächliche Stabilisierungseffekt des Abkommens gering sein würde, wenn nicht die Hauptexportländer, die USA und Kanada, durch zusätzliche nationale Restriktionsmaßnahmen unterstützend eingreifen würden. Obwohl also die Funktionsweise dieses Abkommens kaum zufriedenstellen kann, so weist es doch Merkmale erfolgversprechender Regulierungsschemen auf, da die eingesetzten Kontrollinstrumente grundsätzlich eine Wirksamkeit auch in begrenztem Rahmen zulassen. Wie die Erfahrung der letzten Jahre lehrt, ist eine derartige Konzeption Grundvoraussetzung für eine gesicherte Funktionsfähigkeit von Rohstoffkonventionen, denn infolge der weltpolitischen Konstellation sind Abkommen mit globaler Gültigkeit zu keinem Abschluß zu bringen.

III,7. Nationale Maßnahmen allein sind zwar zur Beeinflussung der Weltmarktpreise ungeeignet, doch können sie bei einer Beschränkung auf eine interne Wirksamkeit mit dem Ziel einer Stabilisierung der Erzeugereinkommen durchaus von Vorteil sein. Stabile Produzenten-Einkommen in den meist stark exportorientierten Rohstoffländern bedeuten zugleich eine Regulierung der internen Kaufkraftentwicklung, schaffen damit also eine günstige Ausgangsbasis für die private Investitionstätigkeit. Der Vorteil derartig begrenzter Methoden besteht darin, daß sie unabhängig von der Zustimmung anderer Staaten jederzeit eingeführt werden können, wenn einige organisatorische Voraussetzungen erfüllt sind. An einem von Bauer und Paish unterbreiteten Vorschlag wird die mögliche Wirkungsweise nationaler Maßnahmen gezeigt und nachgewiesen, daß selbst unter ungünstigen Weltmarktbedingungen und bei erheblichen Schwankungen des Produktionsvolumens ein ausgeprägter Regulierungseffekt erzielt werden kann. Allerdings lassen sich mit solchen Systemen nicht zugleich auch die öffentlichen Einnahmen aus Export- und Importzöllen stabilisieren. Soll zugleich auch dieses Ziel erreicht werden, ist die Einführung von internationalen Regulierungsmaßnahmen unerläßlich.

8. Infolge der politischen Konfliktsituation zwischen Ost und West, die häufig auch auf die wirtschaftliche Ebene übertragen wird, müssen internationale Abkommen zur Beeinflussung der Rohstoffmärkte von vornherein auf eine mögliche Wirksamkeit bei mehr oder weniger begrenztem Geltungsbereich ausgerichtet sein. Eine weitere Forderung richtet sich auf die leichte Anwendbarkeit eingesetzter Kontrollinstrimente, wobei eine ungestörte Durchführung von Stabilisierungsmaßnahmen auch einen Verzicht auf eine optimale Regulierung rechtfertigt. Als günstigste Abkommensform bietet sich unter diesen Aspekten der langfristige Vertrag an, der sowohl Angebots- wie Nach-

fragegarantien enthält, die, um einen langsam schrumpfenden Einflußbereich zu verhindern, flexibel gestaltet sein und eine Berücksichtigung der Verbrauchsentwicklung zulassen müssen. Das Problem der Preisbestimmung läßt sich günstig mit Hilfe einer formellen statistischen Methode lösen, die in Anlehnung an den Preis auf dem verbleibenden freien Markt eine Berücksichtigung der Preistendenz zuläßt, ohne jedoch die kurzfristigen Preisveränderungen voll zu übertragen. Flexible Mengengarantien und flexible Preisbestimmung sind also die Instrumente, die je nach Erfordernis modifiziert auf allen Rohstoffmärkten gleichermaßen angewendet werden können.

Die Beantwortung der Frage, in welchem Ausmaß nun Rohstoffkonventionen der ökonomischen Entwicklung der Rohstoffländer dienlich sein können, hängt im wesentlichen von der Bereitschaft der westlichen Industrieländer zur Mitarbeit an derartigen Institutionen ab, denn von der als Normalfall anzusehenden Überschußsituation in nahezu allen Rohstoffsektoren wird der Einflußbereich internationaler Abkommen fast ausschließlich von der Nachfrageseite her bestimmt. Unter bestimmten Annahmen und der Voraussetzung, daß alle westlichen Industriestaaten bereit sind, Abnahmeverpflichtungen einzugehen, würden z.Zt. allein durch eine Erfassung der 14 im Export der Rohstoffländer wichtigsten Grundstoffe ca. 8 Mrd Dollar oder rund 25 % der Exportergebnisse der Rohstoffländer als garantierte Deviseneinnahmen in der Entwicklungsplanung berücksichtigt werden können. Dieser Anteil reduziert sich auf ca. 5 bis 6 Mrd Dollar, entsprechend ca. 15 - 20 % der Exporteinnahmen, wenn sich die Konventionen allein auf Westeuropa als Verbrauchsgebiet beschränken. Die bestehenden Präferenzen zwischen westeuropäischen Staaten und überseeischen Territorien lassen sich dabei auch weiterhin berücksichtigen.

Wenngleich der Rohstoffverbrauch in den westlichen Verbrauchszentren auch weiterhin zunehmen wird, so doch nicht im gleichen Ausmaß wie der wachsende Importbedarf der Rohstoffländer. Während sich der Rohstoffimport der westlichen Industriestaaten bis 1980 etwa verdoppeln wird, wobei der Bedarf an Mineralrohstoffen schneller als der Verbrauch an Agrarrohstoffen zunehmen wird, dürfte sich der Importbedarf der Rohstoffländer im gleichen Zeitraum verdreifachen. Damit wird die Bedeutung internationaler Rohstoffabkommen absolut gemessen zunehmen, relativ gesehen jedoch an Einfluß verlieren. Die Notwendigkeit derartiger Institutionen wird davon jedoch nicht berührt.

9. Die zunehmende Rohstoffproduktion des Ostblocks läßt in Zukunft auf einigen Grundstoffmärkten zusätzliche Störungen erwarten, auf denen die kommunistischen Länder bisher als Nachfrager auftraten, künftig jedoch ihre Überschußproduktion anbieten werden. Damit empfiehlt sich auch aus dieser Sicht die Einführung internationaler Regulierungsabkommen.

Literaturverzeichnis

A. Bücher

Albonetti, A., Vorgeschichte der Vereinigten Staaten von Europa, Baden-Baden, Bonn 1961

Anderson, O., Probleme der statistischen Methodenlehre, Würzburg 1957

Arndt, H., Über die Voraussetzungen des Marktautomatismus, Heidelberg 1947

Bennet, M.K. International Stockpiling an Economic Stabilizer, Stanford University Press, Stanford 1949

Berlinder, J.S., Soviet Economic Aid - The New Aid and Trade Policy in Underdeveloped Countries, New York 1958

Billerbeck, K., Die Auslandshilfe des Ostblocks für die Entwicklungsländer, Hamburg 1960

Binder, A., Internationale Regulierungen auf dem Weltweizenmarkt, Kieler Studien, Kiel 1952

Davis, J.S., International Commodity Agreements : Hope, Illusion, or Menace? New York 1947

Doane, R.R., World Balance Sheet, New York 1957

Erdmann, P. und Rogge, P., Die europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Drittländer, Veröffentlichungen der List Gesellschaft, Basel-Tübingen 1960

Fried, F., Wende der Weltwirtschaft, Leipzig 1939

GATT, Trends in International Trade, Report by a Panel of Experts, Geneva, Oct. 1958

Grondona, L.St.Clare, Utilizing World Abundance, London 1958

Gross, H., Welthandel von Morgen, Düsseldorf 1950

Hansen, A.H., America's Role in the World Economy, New York 1945

Harmon, E.M., Commodity Reserve Currency, Columbia University Press, New York 1959

Hart, G.H.C., Toward Economic Democracy in the Netherlands Indies, New York 1942

Helander, S., Das Autarkieproblem in der Weltwirtschaft, Berlin 1955

Hermes, Th., Der Außenhandel in den Ostblockstaaten, Hamburg 1958

Hickmann, E., Die Wirtschaft des Auslandes, Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung, Darmstadt 1959

International Labour Office, Intergovernmental Commodity Controll Agreements, Montreal 1943

Jacobs, H., Die internationale Zuckerkonvention, Berlin 1928

Knorr, K.E., Tin under Controll, Stanford University Press, Stanford 1945

Lenin, W.I., Was tun? Reclam-Verlag Leipzig, Nr.8511 - 13
- - Werke, Bd. 4, Berlin 1955

Lewis, W.A., Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, deutsche Übersetzung, Tübingen-Zürich 1956

Ludwig, M., Internationale Rohstoffpolitik, Zürich 1957

Marx, K., Das Kapital, Berlin 1957/59

Medefind, H., Gemeinsamer Markt, Das Wichtigste über die EWG, Bad Harzburg

Myrdal, G., Internationale Wirtschaft, Berlin 1959

National Institute of Economic Review, The Demand for Industrial Materials 1950 - 1957, London, Sept. 1959

Nurkse, R., Equilibrium and Growth in the World Economy, Harvard Economic Studies, Volume CXVIII, edt.by G.Haberler a. R.M.Stern, Harvard University Press, Cambridge, Mass. 1961

Nurkse, R., Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries, Seventh Impression, Oxford 1960

Nurkse, R., Some Aspects of Capital Accumulation in Underdeveloped Countries, National Bank of Egypt, Fiftieth Anniversary Commemoration Lectures, Cairo 1952

Say, J.B., Cours complet d'economie politique pratique, Paris 1828/29

Schiller, K., Marktregulierung und Marktordnung in der Weltagrarwirtschaft, Schriften des Instituts für Weltwirtschaft Kiel, Jena 1940

Schmitt, M., Partnerschaft mit Entwicklungsländern, Stuttgart 1960

Schöllhorn, J., Internationale Rohstoffregulierungen, Schriftenreihe des IFO-Instituts, Berlin-München 1955

Schultz, H., Der Sinn der statistischen Nachfragekurven, Veröffentlichungen der Frankfurter Gesellschaft für Konjunkturforschung, Bonn 1930

Schultz, H., Statistical Laws of Demand and Supply, The University of Chicago Press, Chicago 1928

Schultz, H., The Theory and Measurement of Demand, Chicago University Press, Chicago 1938

Schultz, Th.W., Agriculture in an Unstable Economy, New York - London 1945

Sombart, W., Die drei Nationalökonomien, Leipzig 1930

Stalin, J., Les Problemes Economiques du Socialisme en U.S.S.R. Etudes Sovietiques, Paris Nov. 1952

Stocking, G.W., and Watkins, M.W., Cartels in Action, The Twentieth Century Fund, New York 1946

Stocking, G.W. and Watkins, M.W., Cartels or Competition? The Twentieth Century Fund, New York 1948

Tinbergen, J., Einführung in die Ökonometrie, Lizenzausgabe für die Schweiz, Zürich 1956

Tinbergen, J., Selected Papers, edit.by L.H.Claassen, L.M. Koyck and H.J.Witteveen, Amsterdam 1959

Tintner, G., Handbuch der Ökonometrie, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1960

Titze, K.O., Internationale Planungen auf den Weltrohstoffmärkten, Diss. Darmstadt 1958

UN, Food and Agriculture Organization, Commodity Policy Studies :

No.1, A Reconsideration of the International Wheat Agreement, Rome 1952

No.2, Survey of National Measures for Controlling Farm Prices in Western European Countries, Rome 1953

No.3, The Long-Term Contract, Rome 1953

No.4, Observations on the Proposed International Sugar Agreement, Rome 1953

No.5, Disposal of Agricultural Surpluses, Rome 1954

No.6, Uses of Agricultural Surpluses to Finance Economic Development in Under-Developed Countries, Rome 1955

No.7, The Stabilisation of the International Trade in Rice, Rome 1955

No.8, The International Effects of National Grain Policies, Rome 1955

No.9, The Stabilisation of the Olive Oil Market, Rome 1955

No.10, Functions of a World Food Reserve: Scope and Limitations, Rome 1956

UN, Commodity Trade and Economic Development, New York 1953

UN, Instability in Export Markets of Under-Developed Countries, New York 1952

UN, International Compensation for Fluctuations in Commodity Trade, New York 1961

UN, Measures for the Economic Development of Underdeveloped Countries, New York 1951

UN, Measures for International Economic Stability, New York 1951

UN, National and International Measures for Full Employment, New York 1949

UN, United Nations Sugar Conference, 1956, Summary of Proceedings, New York 1957

UN, United Nations Sugar Conference, 1958, Summary of Proceedings, Geneva 1960

UN, United Nations Tin Conference, 1960, Summary of Proceedings, New York 1961

UN, United Nations Wheat Conference, 1958-1959, Summary of Proceedings, New York 1960

United States, Department of State, Proposals for Expansion of World Trade and Employment, Publ.No. 2411, Washington Nov. 1945

Warren, G.F. and Pearson, F.A., Interrelationship of Supply and Price, Cornell University, Agricultural Experiment Station, New York, March 1928

Weber, M., Gesammelte Aufsätze zur Wirtschaftslehre, Tübingen 1928

Weber-Meinhold, Agrarpolitik, Berlin 1951

Wickizer, V.O., Coffee, Tea and Cocoa, An Economic and Political Analysis, Stanford University Press, Stanford 1951

Zook, P.D. Economic Development and International Trade, Southern Methodist University Press, Dallas 1959

B. Aufsätze, Gesetzestexte, Jahrbücher und Statistiken

Abrey, H.G., Soviet Trade, Price Stability, and Economic Growth, Kyklos Vol.12, 1959

Barber, W.J., Disguised Unemployment in Underdeveloped Economies, Oxford Economic Papers, Vol.13, 1961

Bauer, P.T. and Paish, F.W., The Working of Rubber Regulation, The Economic Journal, Vol.56, 1946

- - The Reduction of Fluctuations in the Incomes of Primary Producers, The Economic Journal, Vol. 62, 1952

- - The Reduction of Fluctuations in the Incomes of Primary Producers Further Consideres, The Economic Journal, Vol.64, 1954

Benoit, E., Purchase Guaranties as a Means of Reducing Instability of Commodity Export Proceeds of Underdeveloped Countries, Kyklos Vol.12, 1959

Berlitzer, H., Weltkonjunktur auf lange Sicht : Vollbeschäftigung durch Verschwendung der Rohstoffvorräte, Wirtschaftsdienst, Hamburg, 34.Jahrgang 1954

Brady, D.S. and Barber, H.A., The Pattern of Food Expenditures, Review of Economic Statistics, Vol. 30, 1948

Bräker, H., Überlegungen zur Problematik der westlichen und östlichen Hilfeleistungen für die Entwicklungsländer, Osteuropa-Wirtschaft, 5.Jahrgang, 1960

Bundesgesetzblatt Teil II, Nr.9, 10.6.1954, Text des internationalen Zuckerabkommens

Bundesgesetzblatt Nr. 28, 30.6.1950, Text des internationalen Weizenabkommens

Chenery, H.G., Patterns of Industrial Growth, American Economic Review, Vol.50, 1960

Dietze, C.v., Landwirtschaft und Wettbewerbsordnung, Schmollers Jahrbuch, 66.Jahrg. 1942

Friedensburg, F., Rohstoffpolitik, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Berlin, Heft 1, 1954

Friedman, M., Commodity Reserve Currency, Journal of Political Economy, Vol.59, 1951

- - The Reduction of Fluctuations in the Incomes of Primary Producers : A Critical Comment, The Economic Journal, Vol.64, 1954

Gayżago, O.v., Der sowjetische Außenhandel mit den Entwicklungsländern, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Berlin, Heft 4, 1959

GATT, Contracting Parties, Fifteenth Session, 14.11.1959, Impact of Commodity Problems in International Trade. L/1103

Gross, H., Das Ende des Rohstoffzeitalters, Außenpolitik, 11.Jahrgang 1960

- - Die Rohstofflage des Westens bis 1975, Außenpolitik, 3.Jahrgang 1952

Haberler, G., International Trade and Economic Development, National Bank of Egypt, Cairo 1959

D.Hammerskjöld, Wachsendes Außenhandelsdefizit der Entwicklungsländer, Entwicklungsländer, 3. Jahrg., 1961

Hanau,A. , Die Prognose der Schweinepreise, Sonderheft 2 und 18 der Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Berlin 1927 und 1930

Harkort, G., Internationale Rohstoffpolitik, Der Volkswirt, No.51/52, 21.12.1959

Hasselblatt, W.B., Industrieproduktion und Rohstoffeinfuhr, Weltwirtschafts-Archiv, 73.Jahrg. 1954

Hazlewood, A., Stabilization and Development, A Proposal, Kyklos Vol.12, 1959

Hirschman, A.O., Primary Products and Substitutes : Should Technological Progress be Policed? Kyklos, Vol.12, 1959

International Monetary Fund, International Financial Statistics, Washington

- - Staff Papers, Wash., Vol.8, 1960

International Sugar Council, Pocket Sugar Yearbook 1949, 1950, 1953-1956

- - Sugar Yearbooks 1957-1959, London

Isaacs, A., International Commodity Agreements, in G.Hoover: Twentieth Century Economic Thought, New York 1950

Kansathasan, S., Export Instability and Contracyclical Fiscal Policy in Underdeveloped Export Economies, in : IMF, Staff Papers, Wash.Vol.7, 1959

Kapferer, C., Steigerung unserer Ausfuhr durch Hebung der Kaufkraft in Rohstoffländern, Fünfzig Jahre Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg 1958

Keynes, J.M., The Policy of Government Storage of Food Stuffs and Raw Materials, The Economic Journal, Vol.48, 1938

Kitamura, H. and Yang, S.C. , Domestic Stability and Development : A Critique of Nurkse's Scheme, Kyklos Vol.12, 1959

La Roche, Ch., Empirische Konsum- und Sparfunktionen, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Vol.86, 1950

Lenin, W.I., Zur Charakteristik des ökonomischen Romantizismus, Anhang zu K.Marx, Das Kapital, Bd.2, Berlin 1958

Lerdau, E., Stabilization and the Terms of Trade, Kyklos Vol.12, 1959

Lewis, W.A., World Production, Prices and Trade 1870-1960, The Manchester School of Economic and Social Studies, Vol.20, 1952

Malick, S., Unzulänglichkeit der Handelshilfe für Entwicklungsländer, Wirtschaftsdienst, Hamburg, 40.Jahrgang 1960

Niculescu, B.M., Fluctuations in Incomes of Primary Producers: Further Comment, The Economic Journal, Vol.64, 1954

Nurkse, R., Trade Fluctuations and Buffer Policies in Low-Income Countries with Comments by J.H.Adler, P.T. Bauer and F.W. Paish, M.Byé, S.Cains, J.Goudriaan, R.F. Harrod, A.Kafka, K.Knorr, R.S.Porter, Kyklos.Vol11, 1958

OEEC, Basic Statistics of Industrial Production 1913-1952, Paris 1953

OECE, Moyen Financiers Mis a la Disposition des Pays en Voie de Developpement Economique 1956-1959, Paris 1961

o.V. Die Bestimmungen über Grundstoffabkommen in der Havanna-Charta, Wirtschaft und Wettbewerb, Düsseldorf, 4.Jahrg. 1954

o.V. Probleme der Entwicklungshilfe, Monatsberichte des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 34. Jahrg. 1961, Beilage Nr.67

o.V. Purchasing Raw Materials on a Fluctuating Market, Operations Research, Baltimore, Maryland, Vol. 7, 1959

Pitchford, J.D., The Inflationary Effects of Excess Demand for Goods and Excessive Real Income Claims, Oxford Economic Papers, Vol.13, 1961

Reichsgesetzblatt Nr.4, 20.2.1903, Vertrag über die Behandlung des Zuckers

Röpke, W., Die unentwickelten Länder als wirtschaftliches, soziales und gesellschaftliches Problem, in A.Hunold, Entwicklungsländer - Wahn und Wirklichkeit, Erlenbach-Zürich-Stuttgart 1961

Rosenstein-Rodan, P.N., International Aid for Underdeveloped Countries, The Review of Economics and Statistics, Vol.43, 1961

Salin, E., Kerneuropa und die Freihandelszone, Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, Heft 227, Tübingen 1960

- - Unterentwickelte Länder, Begriff und Wirklichkeit, Kyklos, Vol.14, 1959

Stern, R.M., The Price Pesonsiveness of Egyptian Cotton Producers, Kyklos, Vol.12, 1959

Swerling, B.C. Agricultural Trade and Economic Development, Kyklos, Vol.14, 1961

- - Buffer Stocks End International Commodity Problems, The Economic Journal, Vol.63, 1953

Tintner, G., Einkommenselastizitäten im österreichischen Konsum 1954/55, Monatsberichte des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 32.Jahrg. 1959, Beilage 57

Tinbergen, J., International Co-ordination of Stabilization and Development Policies, Kyklos, Vol.12, 1959

Tse Chun Chang, A Statistical Note on World Demand for Exports, Review of Economic Statistics, Vol.30, 1948

UN, Economic Survey of Europe in 1954/1959/1960/, Geneva 1955/1960/1961

UN, Monthly Bulletin of Statistics, Vol. XVI, 1962, No.3

UN, World Economic Survey 1956/1960, New York 1957/1961

UN, Yearbook of International Trade Statistics, New York 1958

UN, Economic and Social Council, International Commodity Problems, Official Records, Geneva, Sess.22, 1956

UN, Food and Agriculture Organization, Production Yearbooks, Rome, Trade Yearbooks, Rome

United States, Department of Agriculture, Foreign Agricultural Service, Foreign Crops and Markets, No.13, Wash., Sept.1957

Wald, A., The Approximate Determination of Indifference Systems by Means of Engel Curves, Econometrica, Vol.8, 1940

Walker, D. and Ehrlich, C., Stabilization and Development Policy in Uganda: An Appraisal, Kyklos, Vol.12, 1959

Wu, Yuan-Li, International Capital Investment and the Development of Poor Countries, The Economic Journal, Vol.56, 1946

Curriculum vitae

Als Sohn des Maschinenbau-Ingenieurs Heinrich Vogelberg und seiner Ehefrau Anni, geb. Betzler, wurde ich, Heinrich Vogelberg, am 28. Mai 1934 in Unna/Westfalen geboren. Vom Frühjahr 1940 bis zum Herbst 1944 besuchte ich die Volksschule zu Unna, um dann zum Neusprachlichen Gymnasium des gleichen Ortes überzuwechseln. Am 20.Februar 1954 legte ich dort nach 9-jähriger Oberschulzeit die Reifeprüfung ab.

Im Frühjahr 1954 trat ich in das väterliche Baugeschäft ein und belegte gleichzeitig Vorlesungen an der Technischen Hochschule Hannover, Fachrichtung Wasserbau, die mir von 1956 bis 1958 als Grundlage umfangreicher, selbständiger Planungen von Meliorationsprojekten dienten.

Im Wintersemester 1958/59 nahm ich das Studium der Volkswirtschaft an der Universität Tübingen auf und besuchte in den Fächern theoretische und praktische Volkswirtschaftslehre, Geld- und Bankwesen sowie Finanzwissenschaft Vorlesungen und Übungen der Herren Prof. Dr. Arndt, Prof. Dr. Johns, Prof. Dr. Koch, Prof. Dr. Moeller, Prof. Dr. Peter, Dr. Ellinghaus, Dr. Pahlke, Dr. Reichardt und Dr. Zeitel, im Fach Statistik Vorlesungen und Übungen des Herrn Prof. Dr. Griesmeier, in Betriebswirtschaftslehre die Vorlesungen und Übungen der Herren Prof. Dr. Barth, Dr. Keim, Dr. Menrad und Dr. Pohmer und in den juristischen Fächern Vorlesungen und Übungen der Herren Prof. Dr. Bachof, Prof. Dr. Eisser und Prof. Dr. Raiser.

Nach einem Jahr, zum Wintersemester 1959/60, verließ ich Tübingen und immatrikulierte mich an der Universität Basel, an der ich im Dezember 1962 mein Studium mit der Promotion abschloß. In dieser Zeit nahm ich in den Fächern theoretische und praktische Volkswirtschaftslehre, Geld- und Bankwesen sowie Finanzwissenschaft an den Vorlesungen, Übungen und Seminaren der Herren Prof. Dr. G. Bombach, Prof. Dr. B. Fritsch, Prof. Dr. O. Morgenstern und Prof. Dr. E. Salin teil, in den Fächern Statistik und Ökonometrie an den Vorlesungen und Übungen der Herren Prof. Dr. G.Bombach und Prof. Dr.H.Guth, in Betriebswirtschaftslehre an den Vorlesungen und Seminaren des Herrn Prof. Dr.O.Angehrn, in den juristischen Fächern an den Vorlesungen und Übungen der Herren Prof.Dr.M.Imboden und Prof. Dr.K.Spiro, in Soziologie an Vorlesungen des Herrn Prof. Dr. H.Popitz sowie an Vorlesungen des Herrn Prof. Dr.K.Jaspers.

Diese Dissertation entstand auf Anregung und unter Anleitung meines verehrten Lehrers Herrn Prof. Dr. Bruno Fritsch, dem ich an dieser Stelle meinen Dank sagen möchte.

Nach Beendigung des Studiums trat ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter in ein Institut für Wirtschaftsforschung in Basel ein. Am 1. September 1964 übernahm ich die Leitung der Marktforschungsabteilung eines Betriebes der metallverarbeitenden Industrie in Nordrhein-Westfalen.